



BEGEGNUNG SÜDLICHES AFRIKA

ARBEIT UND LEBEN
GLOBAL GEDACHT

READER

zu sozio-ökonomischer Ungleichheit,
Arbeitsbedingungen und Lieferketten

in Südafrika, Namibia, Zimbabwe,
Moçambique und weltweit

2022

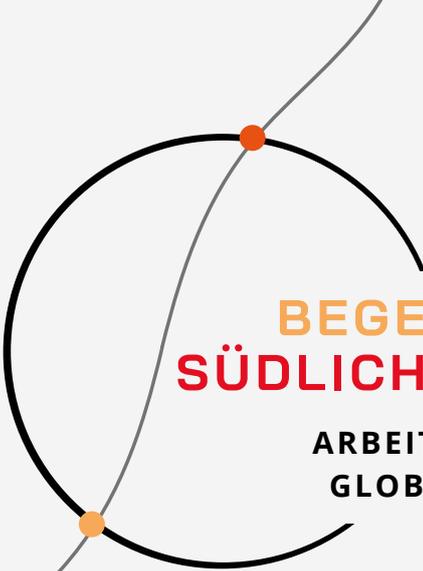


SADOC

Dokumentations- und Kooperationszentrum
Südliches Afrika



Gefördert durch die
Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit



BEGEGNUNG SÜDLICHES AFRIKA

ARBEIT UND LEBEN
GLOBAL GEDACHT

Über das Projekt

Das zweijährige Projekt schlägt dialogische Brücken zwischen Arbeitenden und Aktivist:innen in Österreich und Ländern des Südlichen Afrikas (Südafrika, Namibia, Zimbabwe, Moçambique) und erörtert gemeinsam Ursachen und Gegenstrategien für globale soziale und wirtschaftliche Ungleichheit.

In Seminaren und interaktiven Workshops von Expert:innen und lokalen Aktivist:innen werden anhand von konkreten Fallbeispielen in den drei Themenfeldern Weinbau und -handel, Platin und Roffstoffabbau sowie informelle Beschäftigung Zusammenhänge zwischen internationalem Handel, kolonialer Vergangenheit und regionalen Arbeits- sowie Lebensbedingungen aufgezeigt.

Daraufhin können sich die österreichischen Teilnehmenden in Dialoggruppen mit Arbeitenden, Aktivist:innen und Gewerkschafter:innen aus den vier Schwerpunktländern über digitale Medien vernetzen, um first hand etwas vom Lebens- und Arbeitsalltag, tagtäglichen Herausforderungen und Bewältigungsstrategien der anderen zu erfahren. Durch eine Art Brieffreundschaft 2.0 können sie virtuell in die Lebenswelt der jeweils anderen reisen, sich per Video über Erfahrungen austauschen, voneinander lernen und gemeinsam Strategien für besseres Arbeiten und Leben weltweit diskutieren.

>> Weitere Informationen: www.sadocc.at/dialogprojekt

INHALTSVERZEICHNIS

Einführung

Schmidhofer, Sandra (2022): *Über globalen Dialog und digitale Brieffreundschaften*

International - Die Zeitschrift für Internationale Politik Ausgabe 1/2022

Jauch, Herbert (2022): *Soziale Krise im südlichen Afrika - Für einen starken Entwicklungsstaat*

INDABA. Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika, 113/22

Claar Simone (2020): *Die Liberalisierung geht weiter. Europa und die Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten ringen um ein Nachfolgeabkommen für Cotonou*

ak analyse&kritik

Selz, Christian (2022): *Inszenierte Partnerschaft*

Tageszeitung junge Welt

Shakur, Kofi (2017): *Rodney: Wie Europa Afrika unterentwickelte*

Klasse gegen Klasse - Offenes Forum

Weinbau und -handel

Schönherr, Markus (2021): *Entkolonialisiert die Weinindustrie!*

Südwind Magazin (Ausgabe Januar/Februar 2021)

Knapp, Simone/Mabanza, Boniface/Wagner, Marita (2016): *Die süd-afrikanische Weinindustrie und die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer FarmerbeiterInnen*

KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika. Heidelberg

Humbert Franziska/Polotzek Lia (2017): *Billig Verkauft – Teuer Bezahlt. Die Marktmacht deutscher Supermarktketten und Arbeitsbedingungen von Frauen auf Traubenfarmen in Südafrika*

Oxfam Deutschland. Berlin

Lenárt, Severin/Schweitzer, Erwin (2005): *Weißer Wein in schwarzen Flaschen? Black Economic Empowerment in der Weinerzeugung Südafrikas*

INDABA. Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika, 52/06

INHALTSVERZEICHNIS

Ressourcenabbau und Platin

Knapp, Simone (2018): *Marikana für EinsteigerInnen Oder: Was hat mein Auto mit dem Massaker von Marikana zu tun?*

KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika. Heidelberg

Mabanza, Boniface (2018): *Strategien imperialer Rohstoff-Sicherung in der EU-Politik*

Becker, Brigitte/Grimm Maren/ Krameritsch, Jakob (Hg.): Zum Beispiel BASF. Über Konzernmacht und Menschenrechte. Mandelbaum Verlag. Hamburg, S. 340-357

Informelle Beschäftigung

Lindner, Nadine (2012): *Wenig Geld für harte Arbeit*

Archiv Deutschlandfunk (20.04.2012)

Sibanda, Lorraine/Herzog, Nina (2019): *Nur vor den Wahlen sind sie zu uns freundlich. Straßenhändlerinnen, Gewerkschaften und Politik*

INDABA. Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika, 104/19, S.14-16

Schäfer, Rita (2021): *Goldbarren im Handgepäck. Simbabwe gängelt informell Arbeitende und die Elite profitiert*

iz3w - informationszentrum dritte welt (iz3w) 386. Freiburg, S.36-39

Vittori, Stefania (2020): *Simbabweische Care-Arbeiter*innen im südafrikanischen Migrationsregime*

Heinrich Böll Stiftung. Heimatkunde. Migrationspolitisches Portal

INHALTSVERZEICHNIS

Südafrika

Schwarz, David/ Schneeweiß Anne (2018): *10 Jahre nach der Finanzkrise: Südafrika*

Südwind e.V. Bonn

Müller, Melanie (2017): *Das Fallbeispiel Südafrika*

Müller, Melanie (2017): Auswirkungen internationaler Konferenzen auf soziale Bewegungen, Bürgergesellschaft und Demokratie, Springer. Wiesbaden, S. 81-93.

Bega, Sheree (2019): *Von dem Übergang zur „green economy“. Diskussion ins Südafrika zu Kohleausstieg und Umweltsteuern*

INDABA. Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika, 104/19, S.3-7

Manek, Julia/ Jung, Anne (2021): *Genealogie der Impfungsgerechtigkeit. Die deutsche Impfblockade hat weltweite Auswirkungen*

iz3w - informationszentrum dritte welt 386. Freiburg

Namibia

Nghitevelekwa, Romie (2020): *Namibia nach 30 Jahren Unabhängigkeit. Die Namibier*innen warten weiter auf Umverteilungsgerechtigkeit*

Rosa-Luxemburg Stiftung

Tjitemisa, Kuzeeko/Musutua, Rinaani (2020): *Ein Weg zur Armutsbekämpfung. 500 namibische Dollar machen einen Unterschied*

INDABA. Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika, 108/20, S. 3-7

Kößler, Reinhart (2021): *Moralische Verantwortung? In Namibia sorgt das neue Abkommen mit Deutschland für Konflikte*

iz3w - informationszentrum drittwelt 368. Freiburg, S.10-11

INHALTSVERZEICHNIS

Moçambique

Tengler, Hemma (2017): *Moçambique am Scheideweg. Die politische und wirtschaftliche Krise von 2016/17*

INDABA. Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika, 95/17, S. 3-8

Tengler, Hemma (2019): *Menschen und Zyklone. IDAI und Kenneth in Moçambique.*

INDABA. Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika, 102/19, S. 16-18

Bohne Andreas/Guilengue Fredson (2021): *Mosambikanischer Bürgerkrieg. Die EU mischt mit*

Rosa-Luxemburg Stiftung

Kleibl Tanja, Lutz Ronald (2019): *Verärgerte Geister und Götter?*

afrika süd-Dossier: Tradition im globalen Zeitalter, Heft 6/2019

Zimbabwe

Stögerer, Daniel (2020): *Wie vor 40 Jahren*

INDABA. Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika, 106/20, S. 14-16

Kurima, Portia/Stögerer Daniel (2021): *Inspiration und Hoffnung*

INDABA. Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika, 110/21, S. 12-14

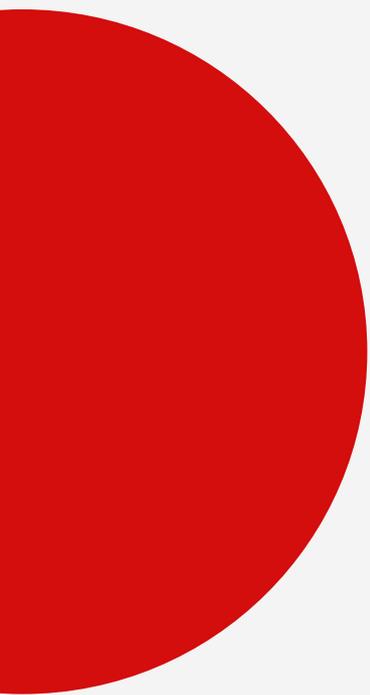
Moyo, Japhet/Sauer, Walter (2017): *Um Jahre zurückgefallen. Solidaritätsappell von Gewerkschafter Japhet Moyo*

INDABA. Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika, 95/17, S. 12-14

Anhang

Welthaus Bielefeld (Hg.) (2016): *17 Ziele für eine bessere Welt. Eine Broschüre für die Sekundarstufe II, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung.*

EINFÜHRUNG





15. Oktober 2021: Besucher auf der Food and Wine Expo in Johannesburg, Südafrika

Über globalen Dialog und digitale Brieffreundschaften

Videobotschaften, Chat-Nachrichten und Rotwein – das Projekt „Begegnung Südliches Afrika. Leben und Arbeit global gedacht“ über neue Wege soziale Ungleichheit zu verringern.

Von **Sandra Schmidhofer**

„Ich zeige dir meine Stadt, wie ich dort lebe und arbeite – zeigst du mir dein Leben?“ – Ein Aufruf zu virtuellem Austausch der etwas anderen Art. Mit dem Projekt „Begegnung Südliches Afrika. Leben und Arbeit global gedacht“ möchte das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC) neue Möglichkeiten globaler Partnerschaften schaffen. Über Videobotschaften und digitale Räume soll ein Austausch ermöglicht werden, für den sonst lange Flugreisen nötig wären.

Gewerkschafter:innen, Aktivist:innen sowie politisch Interessierte aus fünf Ländern – Österreich, Südafrika, Namibia, Zimbabwe und Moçambique – stellen sich gemeinsam der Frage: Wie verringern wir soziale Ungleichheit?

Was Menschen aus diesen Regionen verbindet, wird anhand drei konkreter Themenfelder diskutiert. Warum ist südafrikanischer Wein in österreichischen Weinregalen ein Problem? Welche Rolle spielt Platin für unsere Gesundheit? Und wie wirken sich informelle Arbeitsverhältnisse auf unseren Lebensstandard aus? In weiterführenden Workshops sollen Teilnehmer:innen dann in persönlichen Austausch treten, einander kennenlernen und Beziehungen zueinander aufbauen. Wie bei Brieffreundschaften, nur eben digital.

Ein Achterl Ungerechtigkeit

Der Weinbau und -handel ist etwas, das Österreich und Südafrika stark verbindet. Zum einen über Lieferketten, denn südafrikanische Weine sind auch in unseren heimischen Regalen auffindbar. Doch auch die Leidenschaft zum Weinbau vereint beide Regionen, erzählt Helena Hornung, Projektmitarbeiterin von Begegnung Südliches Afrika: „Wer kennt es nicht, gibt es etwas, das man gerne mag, dann tauscht man sich darüber auch gerne mit anderen aus. Und genau darum geht es.“ In einem Workshop können Weinbäuer:innen aus Österreich und dem südlichen Afrika einander kennenlernen und sich über ihre gemeinsame Leidenschaft austauschen. Hornung fügt hinzu: „Vergessen darf man aber nicht, dass hinter dem Genuss noch so viel mehr steckt: Die Arbeitsbedingungen vor Ort und die Dynamik von Lohndumping.“

Eine Flasche südafrikanischen Rotwein gibt es in österreichischen Supermärkten um knapp fünf Euro. Der Weg in unsere Weinregale ist nicht nur durch eine hohe Kilometerzahl, sondern auch durch ein großes Ausmaß an sozialer Ungleichheit geprägt. Denn von diesen fünf Euro geht nur ein minimaler Teil an die südafrikanischen Landarbeiter:innen.

Seit vielen Jahren fordert die südafrikanische Gewerkschaft Commercial, Stevedoring, Agriculture & Allied Worker Union (CSAAWU) bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für Landarbeiter:innen. Existenzsichernde Löhne, Unterkünfte mit angemessenen Sanitäreinrichtungen, voll bezahlter Mutterschaftsurlaub und das Verbot von Anstellungen über Leiharbeitsfirmen sind nur einige ihrer Forderungen. In einer Studie der Rosa Luxemburg Stiftung und der CSAAWU (2011) wurden auf vier südafrikanischen Weinfarmen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen beobachtet.

Das Problem ist vielschichtig, hält Hornung fest: „Mittlerweile wissen wir: Wenn es besonders niedrige Löhne andernorts gibt, sind unterdurchschnittliche Preise möglich. Diese stehen dann in Konkurrenz zu heimischen Produkten. Qualität hat ihren Preis, aber die Frage ist: Wer bezahlt dafür? Die Konsument:innen? Die Menschen, die ihre Arbeit für einen Hungerlohn verrichten? Die Kassiererin, die systemrelevant den Wein im Akkord über das Band zieht?“

Gar nicht edel

Beim Thema Platin ist das Finden positiver Gemeinsamkeiten wesentlich schwieriger. SADOCC steht seit Jahren mit einzelnen Gewerkschaften, vor allem aber mit verschiedenen NGOs im südlichen Afrika in Kontakt, die soziale Ungleichheit aufzeigen und sich dagegen engagieren. Darunter fallen auch vom Platin-Abbau negativ betroffenen Communities in Südafrika.

Platin ist ein Edelmetall, das als Bestandteil von Smartphones oder Medikamenten verwendet wird und in Katalysatoren oder Rußpartikelfiltern für reine Luft sorgt. Kaum ein Mensch in Österreich kommt nicht täglich mit Platin in Berührung, wenn auch meistens unbewusst. Auch die Schmuckindustrie erfreut sich an der Robustheit des Materials. Weniger erfreut sind jene Menschen, die am Platinabbau beteiligt sind. 120 Tonnen des Edelmetalls wurden 2020 alleine in Südafrika hergestellt. Zum Vergleich: Der zweitgrößte Hersteller, Russland, hat im selben Jahr 21 Tonnen produziert. In Zimbabwe wird ebenfalls viel Platin gewonnen.

Auch in Platin-Minen sind die Arbeitsbedingungen hart. Mehrere hundert Meter unter der Erde, bei Temperaturen von bis zu 45 Grad wird das Platin, meist in Kombination mit anderen Metallen, aus der Erde gesprengt. Immer wieder demonstrieren Minenarbeiter:innen für bessere Arbeitsbedingungen. Immer wieder enden diese gewaltvoll. Doch auch bei der Arbeit riskieren sie ihre Gesundheit, manchmal ihr Leben. Obwohl Platin eines der teuersten Edelmetalle weltweit ist, reichen die Löhne der Minenarbeiter:innen kaum zum Überleben. Doch die Arbeitslosigkeit ist groß und Arbeiter:innen sind somit leicht ersetzbar.

Platin veranschaulicht gut, dass Verknüpfungen zwischen Österreich und Ländern des südlichen Afrikas nicht immer offensichtlich sind. „Dabei sind gerade diese versteckten Verkettungen wichtig. Wir hier wollen beispielsweise etwas für den Klimaschutz tun und unserer Gesundheit nicht schaden. Platin spielt dabei eine wichtige Rolle“, erklärt Helena Hornung, „für die reine Luft zum Atmen in Europa und ein reines Gewissen in Bezug auf Umweltverschmutzung werden durch den Bergbau aber nicht nur die Lungen der Minenarbeiter:innen geschädigt, sondern auch die Grundwässer und Böden in ihrer Heimat.“

Von Monat zu Monat, von Woche zu Woche

Der dritte Themenschwerpunkt des Projektes Begegnung Südliches Afrika widmet sich informeller Arbeit. Ein Phänomen, dass es überall gibt. Laut OECD arbeitet mehr als die Hälfte der weltweiten Erwerbsbevölkerung im informellen Sektor. Tendenz steigend. Informelle oder atypische Beschäftigung heißt in der Regel: Kein fixes Einkommen, keine Absicherung. Menschen leben von Monat

zu Monat, von Woche zu Woche. Im südlichen Afrika sind informelle Arbeitsverhältnisse besonders häufig.

„Da gibt es den Obsthändler, der jeden Tag, das ganze Jahr über seit 10 Jahren an derselben Stelle seinen Stand aufbaut und am Abend wieder abbaut. Oder den kleinen Familienbetrieb an der Straßenecke, wo ein junger Mann Großpackungen Toilettenpapier aus einem Auto heraus verkauft“, erzählt Helena Hornung, „das klingt noch ganz romantisch. Da ist es schon anders, wenn man mit den Gelegenheitsarbeitern spricht, die an der Hauptstraße tagein, tagaus mit ihren Kettensägen stehen und hoffen, dass jemand ihnen einen Auftrag zum Baumschneiden gibt.“ Was sie jedoch auch beobachtet: Die Menschen erarbeiten Strategien, die wohlfahrtsstaatlichen Regeln ähneln. Beispielsweise einzelne Gelegenheitsarbeiter, die sich zusammenschließen und eine Art Fond bilden, der bei Neuanschaffung von Geräten oder Krankheit unterstützen soll. „Meiner Meinung nach zeigt das zwei Dinge: Es zählt zu den menschlichen Grundbedürfnissen abgesichert zu sein. Und: In armen Verhältnissen leben heißt nicht, dass man nicht hart dafür arbeitet, überhaupt den Kopf über Wasser zu halten. Ganz im Gegenteil“, betont Hornung.

Warum wir globale Partnerschaften brauchen

Ich zeige dir mein Leben, zeigst du mir deines? – nach diesem Prinzip werden in den Workshops von Begegnung Südliches Afrika Handyvideos erstellt und miteinander geteilt. Die so entstehenden digitalen Brieffreundschaften schaffen Beziehung, Empathie und Interesse für das Leben jener Menschen, die sonst so weit weg erscheinen. Der Austausch miteinander gibt dem Problem der sozialen Ungleichheit Gesichter und zeigt die Menschen hinter diesen Geschichten. Neben den Videos kann man auch schriftlich über digitale Plattformen kommunizieren. „Dem Austausch sind keine Grenzen gesetzt und bei Interesse können entweder fortführende Workshops stattfinden oder in Dialoggruppen über WhatsApp weitere Nachrichten ausgetauscht werden. Man kann es mit einer klassischen Brieffreundschaft vergleichen, in der man über einen beliebigen Zeitraum hinweg einen ungezwungenen Austausch aufrechterhält“, hält Helena Hornung fest.

Durch Begegnung werden Brücken gebaut

Das auf zwei Jahre hin ausgelegte Projekt wird mit finanzieller Unterstützung der Austrian Development Agency (ADA) und in Partnerschaft mit der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) durchgeführt. Ausgangspunkt für das Projekt waren die Schlussfolgerungen der Konferenz „Inequality. A Challenge for African-European Cooperation“, welche 2018 in Kooperation mit dem Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC) durchgeführt wurde. Die Teilnehmer:innen sprachen sich für eine neue Form europäisch-afrikanischer Kooperation aus, in der Rahmenbedingungen für Handel, Entwicklung und Sicherheit auf Grundlage von Respekt, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit beschlossen werden sollen. Ein Aspekt dieser neuen Kooperation umfasst ein stärkeres Miteinbeziehen der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Arbeiter:innenvereinigungen. Genau hier knüpft Begegnung Südliches Afrika an. Außerdem soll das Projekt einen Beitrag zur Umsetzung der Sustainable Development Goals

„Verringerung der Ungleichheit“ (SDG 10) und „Globale Partnerschaften“ (SDG 17) leisten. 

Sandra Schmidhofer, freie Journalistin, hat Ethnologie und Internationale Entwicklung an der Universität Wien studiert, verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit des Projektes „building bridges“.

E-Mail: sandra_schmidhofer@hotmail.com

Soziale Krise im Südlichen Afrika

Für einen starken Entwicklungsstaat!

Das Scheitern des neoliberalen Entwicklungsmodells, verstärkt durch die Auswirkungen der Pandemie, hat einmal mehr die Frage nach der Rolle des Staates aufgeworfen. Unter dem Namen „Alternatives to Neoliberalism in Southern Africa“ treten Expert/inn/en aus der Region für eine entwicklungspolitische Transformation von Staaten und Volkswirtschaften ein. Einer von ihnen, Herbert Jauch in Windhoek, stellt das Programm vor.

Das Südliche Afrika befindet sich nach wie vor im Griff mehrerer sozialer und wirtschaftlicher Krisen, die sich in einem enormen Ausmaß an Ungleichheit manifestieren, gepaart mit hohen Raten an Arbeitslosigkeit, Armut und geschlechtsspezifischer Gewalt. Seit dem Aufkommen des Neoliberalismus in den 1970er Jahren haben die meisten Länder der Region die Ideale der Gleichheit und Umverteilung zunehmend aufgegeben und durch das Marktmantra der Schaffung eines günstigen Umfelds für private Investitionen ersetzt. Dies geschah im Einklang mit der Ideologie und den Praktiken, die vom *Washington Consensus* (IWF, Weltbank und US-Finanzministerium) gefördert wurden, der die Entwicklungsländer dazu drängte, ihre Volkswirtschaften zu „stabilisieren, zu privatisieren und zu liberalisieren“. Im Südlichen Afrika geschah dies vor allem durch die mit den IWF-Darlehen verbundenen Auflagen, die im Gegenzug für



eine marktkonforme Politik der kreditgebenden Länder gewährt wurden. Einige Länder wie Namibia und Südafrika verfolgten allerdings eine marktfreundliche Politik, ohne von IWF-Krediten abhängig zu sein.

Dieser politische Zugang reduzierte soziale Ziele wie Bildung für alle, allgemeine Gesundheitsversorgung oder ange-

messenen Wohnraum auf einen bloßen *Trickle-down*-Effekt. Die Rolle des Staates wurde in dem ideologisch geprägten Glauben, der Markt würde sich schon irgendwie selbst korrigieren und zu dem versprochenen Wirtschaftswachstum und Wohlstand führen, immer weiter reduziert. Empirische Belege aus der gesamten Region des Südlichen Afrika haben allerdings gezeigt, daß dies nicht der Fall war. Statt dessen gelangte nur

Umverteilung schafft Wachstum

einen Schuldennachlaß

weniger ist als das, was die reicheren Länder zahlen, besteht dennoch die Sorge, daß die Länder, die bereits mit den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu kämpfen haben, noch mehr Geld aufnehmen müssen, um ihre Bevölkerung zu schützen. Es überrascht daher nicht, daß die AU-Mitgliedstaaten zögern, diese Finanzierungsfazität zu nutzen.

Bis Mai 2020 hatten nur fünf afrikanische Länder Botswana, Kamerun, Tunesien, Togo und Mauritius – das erforderliche Deposit von 15 % der Kaufsumme hinterlegt.

Die UN-Leitprinzipien für Auslandsverschuldung und Menschenrechte betonen, daß die Rückzahlung von Auslandsschulden die Bemühungen eines Staates um die Verwirklichung zentraler Rechtsverpflichtungen, einschließlich des Rechts auf Gesundheit und einen angemessenen Lebensstandard, nicht beeinträchtigen darf. Vor diesem Hintergrund haben sich immer mehr afrikanische Länder aufgrund der wirtschaftlichen Kosten von Covid-19 an den Schuldenerlaßprozeß der G20 gewandt. Auch wenn ein vorübergehender Schuldenerlaß zu begrüßen ist, müssen Kreditgeber und Geber darüber hinausgehen und einen *dauerhaften* Schuldenerlaß in Erwägung ziehen, um eine nachhaltige Erholung zu ermöglichen, sowie innovative Hilfgelder bereitstellen, die es der SADC ermöglichen, den Covid-19-Sturm zu überstehen, einschließlich des kurzfristigen Erwerbs einer größeren Anzahl von Impfstoffen.

In Anbetracht der Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Schulden Afrikas (einschließlich der SADC-Länder) inzwischen bei China liegt, ist es außerdem wichtig, daß sich die chinesische Regierung aktiv an den multilateralen Bemühungen um einen Schuldenerlaß beteiligt. Geberländer wie China sollten von der bilateralen Verhandlungstaktik mit Entwicklungsländern ablassen, die wirtschaftlich so ungleich sind, daß sie lediglich das ungerechte System aufrechterhalten, das die Länder Afrikas hoch verschuldet hält. Es ist an der Zeit, die Schuldenkurve abzufachen und den afrikanischen Ländern den fiskalischen Spielraum zu geben, den sie brauchen, um ihre sozioökonomischen Defizite – einschließlich der derzeitigen Verfügbarkeit von Impfstoffen – anzugehen!

Auszug aus: Amnesty International South Africa, Southern Africa needs Assistance. An open call to the regional and international community, Johannesburg 2021 (<https://www.amnesty.org/en/documents/afr03/4343/2021/en/>).

den unterschiedlich, aber es gibt gemeinsame Trends, wie am Beispiel Namibias gezeigt werden soll, das 1990 unabhängig wurde und trotz seiner kleinen Bevölkerung und seiner großen natürlichen Ressourcenbasis vom „Ressourcenfluch“ betroffen war. Diesen Begriff verwenden wir, um Länder zu beschreiben, die reich an natürlichen Ressourcen – insbesondere Mineralien und Kohlenwasserstoffen – sind, deren extreme Armut aber zumindest teilweise darauf zurückzuführen ist, daß die Einnahmen aus der Rohstoffindustrie an eine mit der Politik verbundene Elite fließen. Dies trifft auch für Namibia zu: Das Land zeichnet sich durch enormen Reichtum aus, der mit akuter Entbehrung für große Teile der Bevölkerung einhergeht. Die Weltbank stellte kürzlich fest, daß über 60 % der Namibier/innen von Armut betroffen sind.

Seit der Unabhängigkeit hat sich Namibia an die makroökonomische Orthodoxie gehalten und in den ersten 25 Jahren der Unabhängigkeit sehr niedrige Haushaltsdefizite bei moderaten wirtschaftlichen Wachstumsraten und niedriger Inflation erzielt. In Verbindung mit einer investorenfreundlichen Wirtschaftspolitik wurden diese Errungenschaften durch sehr geringe Verbesserungen beim „Index der menschlichen Entwicklung“ sowie durch anhaltende Einkommensungleichheit und sozioökonomische Ungleichheit zwischen den Geschlechtern erkauft.

Nachdem Namibia in den ersten beiden Jahrzehnten der Unabhängigkeit den Standardvorgaben von IWF und Weltbank gefolgt war, nutzte es einen Teil des fiskalischen und politischen Spielraums für entwicklungspolitische Interventionen wie das *Tar-*

Demokratie übergehen, die in die Gestaltung der Politik eingreift,

Eine weitreichende Analyse der Herausforderungen im Südlichen Afrika wurde 2006 von einer von den Gewerkschaften geleiteten Initiative mit dem Namen *Alternatives to Neoliberalism in Southern Africa* (ANSA) veröffentlicht. Darin wird darauf hingewiesen, daß sich die Region mit drei Kernfaktoren der Entwicklung auseinandersetzen muß, nämlich:

1. mit dem Schutz der grundlegenden Menschenrechte und der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse (sozialer Faktor),
2. dem Entscheidungsprozeß und der Verteilung der Ressourcen (demokratischer Faktor) und
3. mit den Auswirkungen der Globalisierung und dem Einfluß imperialer Interessen (globaler Faktor).

Jede Entwicklungsinitiative im Südlichen Afrika muß sich gleichzeitig mit diesen drei Faktoren befassen, um ein besseres Leben für die arbeitende Bevölkerung zu erreichen und die Armut zu beseitigen. Staatliche Entwicklungsmaßnahmen müssen daher eine aktive Beteiligung der Bürger sicherstellen, um ein qualitativ anderes Ergebnis zu erzielen.

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, die vielen praktischen Maßnahmen zu skizzieren, die für den Aufbau demokratischer Entwicklungsstaaten erforderlich wären. Zu den wichtigen Aspekten gehören sicherlich eine deutliche und sichtbare Verbesserung der Qualität des Bildungswesens, eine allgemeine Gesundheitsversorgung, angemessener Wohnraum, menschenwürdige Arbeit und Arbeitnehmergenossenschaften.

Ein Entwicklungsstaat muß einen Konsens über die Notwendigkeit einer systematischen Umverteilung zur Beseitigung der Einkommensungleichheit herstellen.

Die Einführung eines universellen Grundeinkommens (BIG) als wirtschaftliches Recht der Bürger/innen könnte ein wichtiger er-

ster Schritt sein, um die Fesseln der Armut zu sprengen und lokale wirtschaftliche und soziale Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen. Ein universelles Grundeinkommen würde eine erhebliche Wirkung haben, muß aber durch weitere umverteilende Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen und Eigentumsverhältnisse ergänzt werden.

Ausgehend von den Erfahrungen der Vergangenheit und den derzeitigen Gegebenheiten im Südlichen Afrika erfordert der Aufbau von Entwicklungsstaaten, die in der Lage sind, transformative Veränderungen herbeizuführen, Folgendes:

1. Eine zentrale Planungsbehörde, die in der Lage ist, die Wirtschaft in Richtung bestimmter Ergebnisse zu lenken (im Gegensatz zum Warten auf trickle-down-Ergebnisse),
2. eine Umverteilungsagenda zugunsten der verarmten Mehrheit,
3. eine effiziente Bürokratie zur Umsetzung von Entwicklungsprogrammen und -projekten,
4. eine beratende und partizipative Struktur, die eine direkte Beteiligung der betroffenen Bevölkerungsgruppen ermöglicht,



5. selektive Abkopplung von den Prozessen der Globalisierung, die die endogenen Entwicklungsinitiativen Afrikas untergraben, und
6. ökologische Erwägungen, da das Industrialisierungsmodell des 20. Jahrhunderts für die Menschheit schlichtweg unhaltbar ist.

Es besteht kein Zweifel daran, daß solche Veränderungen von den Interessen der Eliten bekämpft werden und daher politischen Druck von unten sowie eine reaktionsfähige politische Führung erfordern, die mutig genug ist, entscheidende Schritte zu unternehmen. Eine größere politische Offenheit, die Förderung neuer Ideen und kritischer Reflexion sowie die Förderung kollektiver Werte des Teilens und der Umverteilung sind Voraussetzungen für einen Wechsel von der „Politik des Bauches“ zu entwicklungspolitischen Maßnahmen und sozialer Gerechtigkeit.

Herbert Jauch ist Sozial- und Wirtschaftsexperte und seit vielen Jahren an gewerkschaftlichen Bildungsprogrammen beteiligt. Er ist Vorsitzender des „Economic and Social Justice Trust“ in Namibia.

Die Liberalisierung geht weiter

Europa und die Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten ringen um ein Nachfolgeabkommen für Cotonou



Containerterminal in Abidjan, Côte d'Ivoire. Für viele Staaten auf dem Kontinent soll der innerafrikanische Handel Vorrang haben. Foto: [Futureofafrica](#) / Wikimedia, [CC BY-SA 4.0](#)

Am 29. Februar 2020 ist das sogenannte Cotonou-Abkommen zwischen der Europäischen Union und den insgesamt 79 AKP- Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) ausgelaufen. Als das Lomé-Abkommen von 1975 im Jahr 2000 auslief, handelten die Europäische Union und die AKP-Staaten einen Nachfolger aus: das Cotonou-Abkommen. Es regelt seit 2002 die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten auf den Ebenen der Entwicklungszusammenarbeit, wie zum Beispiel finanzielle Unterstützung zur Armutsbekämpfung, der Handelspolitik sowie Vereinbarungen über Prinzipien der guten Regierungsführung.

Was die Handelspolitik angeht, so wurde schnell deutlich, dass das Abkommen gegen die Meistbegünstigungsklausel der Welthandelsorganisation verstößt. Diese sieht vor, dass Handelsvorteile, die einem Partner gewährt werden, allen anderen WTO-Vertragspartnern, die nicht Teil des Handelsabkommens sind, ebenfalls zugute kommen. Daraufhin wurde den Vertragspartnern bis Ende 2007 Zeit gegeben, den handelspolitischen Teil des Cotonou-Abkommens neu zu gestalten, während die anderen beiden Ebenen ihre Gültigkeit behielten. Doch die Vorstellungen Europas und der AKP-Staaten gingen auseinander.

Inkompatible Regionalblöcke

In der Praxis bedeutete es, dass die Europäische Union mit verschiedenen Regionen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die Economic Partnership Agreements (EPA),

abschließen wollte. Die EU definierte sechs regionale Gruppen, die sich nicht mit den vor allem auf dem afrikanischen Kontinent existierenden regionalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenschlüssen deckten. So wird zum Beispiel Südafrika in den EPAs immer als Sonderfall behandelt, obwohl es Teil der Zollunion des südlichen Afrikas (SACU) mit Botswana, Lesotho, Namibia und Eswantini (Swasiland) ist. Auch die Möglichkeit sich überschneidender Mitgliedschaften, zum Beispiel in der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika SADC und dem gemeinsamen Markt für das östliche und südliche Afrika (COMESA), führt zu einer Spaltung der regionalen Institutionen innerhalb des EPA-Prozesses. Einige Länder, wie Sambia, sind sowohl Mitglied der SADC als auch der COMESA, was langfristig zu Problemen hätte führen können, da Handel und Zölle zwischen diesen beiden regionalen Institutionen gegenüber der EU unterschiedlich sind.

Die Sorge war, dass die heimischen Produkte von Markt getrieben werden und europäische Unternehmen von der Liberalisierung profitieren.

Neben den Verhandlungsgruppen sah die inhaltliche Stoßrichtung der EPAs anders aus, als von den AKP-Staaten erwartet. Auch wenn EU-Vertreter den entwicklungspolitischen Ansatz des Freihandels im Gegensatz zu anderen Abkommen hervorhoben, stellte sich schnell heraus, dass die Zielsetzung ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Abkommen war. Für die EU passen die EPA-Verhandlungen zu ihrer Strategie für ein globales Europa, die die Liberalisierung der Zölle, aber auch handelsbezogene Fragen und neue Handelsbereiche umfasst, wie unter anderem die Wettbewerbspolitik. Auf der Grundlage der Strategie für ein globales Europa stellen die EPAs für die Volkswirtschaften des globalen Südens eine Verlagerung vom nicht-reziproken (ungleichen) auf den reziproken (gegenseitigen) Handel dar, einschließlich Fragen wie Investitionsbestimmungen oder dem Handel mit Dienstleistungen. Damit verlagerte sich der Schwerpunkt der EU nicht nur auf Handel mit Waren, sondern es fand auch eine breitere Harmonisierung von politischen Bereichen statt. In der Praxis bedeutet dies, dass unter anderem der Handlungsspielraum von Nationalstaaten eingeschränkt wird, und zum Beispiel die Regelungen der EU-Wettbewerbspolitik angewendet werden müssen, obwohl das institutionelle Setting in vielen nicht-EU-Ländern ein anderes ist. Das hat Auswirkungen auf den Staat und Kapitalismus in den afrikanischen Ländern, da sie ihre Art zu wirtschaften ändern müssen.

Während es zu Beginn des Prozesses viel Kritik aus der afrikanischen und europäischen Zivilgesellschaft sowie von afrikanischen Regierungen gab, wurde die Kritik immer leiser, und es wurden Wege für eine Zusammenarbeit zwischen den Verhandlungspartnern der EU und der jeweiligen Verhandlungsgruppe gesucht. Die Bedenken der Zivilgesellschaft wurden nur rudimentär mit aufgegriffen – unter anderem gab es in Südafrika eine parlamentarische Ausschussdebatte zu den EPAs. Dabei wurden unterschiedliche Interessengruppen, vor allem wirtschaftliche, angehört. Zentrale Kritikpunkte, auch über Südafrika hinaus, waren vor allem der wechselseitige Handel, Handel mit Dienstleistungen und Investitionen sowie tiefgehende Harmonisierung. Die Sorge war, dass die heimischen Produkte von Markt getrieben werden und vor allem europäische Unternehmen von der Liberalisierung von Dienstleistungen und Investitionen profitieren.

Ein weiteres großes Problem blieb aber, dass die Bedenken und die Kritik aus den afrikanischen Staaten nicht ernst genommen wurden, und die Europäische Union vor allem mit Druck reagiert hat. Doch seit dem Verhandlungsbeginn 2007 gibt es für afrikanische Staaten neue Handelspartner wie die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China), weshalb sich auch die EU bewegen musste. Am Ende wurde unter anderem ein EU-SADC-EPA abgeschlossen,

das sich vorrangig auf den Handel mit Waren konzentriert und die Fragen rund um Handel mit Dienstleistungen und Investitionen auf später verschoben hat.

Innerafrikanischer Handel hat Vorrang

Während gerade in verschiedenen Kontexten unter anderem die USA oder Großbritannien der Protektionismus sich deutlich verstärkt, scheinen die Staatschefs der afrikanischen Staaten sich mehr für Liberalisierung und Harmonisierung zu interessieren und ein eigenes Freihandelsabkommen zu implementieren. Die African Continental Free Trade Area (ACFTA) wurde 2012 vereinbart und mittlerweile haben es 29 von 54 Staaten ratifiziert. Inhaltlich geht es vor allem um die Regulierung von Handel mit Waren, Dienstleistungen, Investitionen, aber auch um Recht am geistigen Eigentum und Wettbewerbspolitik. Das sind alles Elemente, die im Rahmen der EPA-Verhandlungen massiv abgelehnt wurden, und nun auch selbst propagiert werden. Das Ziel hier ist es, die Handelsbeziehungen auf dem Kontinent zu verbessern. Allerdings wird das ACFTA-Abkommen auch als komplementär zu dem Nachfolge-Abkommen von Cotonou gesehen, das seit 2018 zwischen der EU und den AKP-Staaten verhandelt wird. Die EU will diesmal größere regionale Verhandlungsgruppen wie EU und Afrika haben. Interessanterweise werden neben Demokratie, Frieden und wirtschaftlichem Wachstum auch die Aspekte von Klimawandel eine zentrale Rolle im den Nachfolgeabkommen spielen. Insbesondere das nachhaltige Entwicklungsziel Nummer acht der Vereinten Nationen – wirtschaftliches Wachstum – soll ein wichtiger Bestandteil sein.

Für die AKP-Staaten ist vor allem die Augenhöhe und gleichberechtigte Partnerschaft mit der EU zentral, sowie die Förderung des privaten Sektors. Es wird aber auch deutlich, dass die bisherigen Handelszahlen zwischen der EU und AKP-Staaten nicht wirklich optimistisch stimmen.

Der Unterschied ist sicherlich, dass die ökonomische Stärke der EU deutlich mehr Gefahren für die verschiedenen afrikanischen Ökonomien birgt, und es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die Verhandlungen ziehen, bis es ein neues Abkommen gibt. Es zeigt aber, dass Liberalisierung weiterhin eine Strategie der EU bleibt und auch von afrikanischen Staatschefs aufgenommen wird. Dabei wird trotz aller Kritik an den Abkommen mit der EU diese weiterhin als Möglichkeit für wirtschaftliche Entwicklung gesehen. Dies geht an den tatsächlichen Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen auf dem Kontinent vorbei.

Dr. Simone Claar ist Nachwuchsgruppenleiterin des Projektes GLOCALPOWER an der Universität Kassel. Sie forscht und lehrt zur Internationalen politischen Ökonomie, Handelsabkommen und Erneuerbaren Energien mit einem Schwerpunkt auf afrikanische Staaten, insb. Südafrika. bit.ly/glocalpower

Literatur:

Simone Claar: International Trade Policy and Class Dynamics in South Africa. The Economic Partnership Agreement. Palgrave Macmillan, 2018.

Tralac: African Continental Free Trade Area (ACFTA) Legal Texts and Policy Documents.

Europäische Kommission: Questions and answers: New ACP-EU Partnership after 2020, 2019.

Viwanou Gnassounou: Interview mit Jeune Afrique, 19. Juni 2019.

Inszenierte Partnerschaft

EU-Afrika-Gipfel: Brüssel prahlt mit Investitionspaket, will aber vor allem eigene Energieversorgung sichern. Ärger über westliches Impfstoffmanagement sitzt tief

Christian Selz, Kapstadt

Ein Infrastrukturprogramm mit einem Volumen von 150 Milliarden Euro und die Ankündigung, bis Mitte dieses Jahres 450 Millionen Coronaimpf Dosen bereitzustellen – das sind die wichtigsten Ergebnisse des 6. Gipfeltreffens von Europäischer Union (EU) und Afrikanischer Union (AU). »A Joint Vision for 2030« – »eine gemeinsame Vision« für die laufende Dekade also – sollte das Treffen, das am Donnerstag und Freitag in Brüssel stattgefunden hat, laut Abschlusserklärung hervorgebracht haben. Doch anstatt den afrikanischen Staats- und Regierungschefs auf der viel bemühten »Augenhöhe« zu begegnen, präsentierte die EU nur neue große Pläne zur Schaffung von Wohlstand und Prosperität in Afrika, an deren Ausarbeitung die AU und deren Mitgliedstaaten einmal mehr kaum beteiligt waren.

Nicht beteiligt

Es passte ins Bild, dass Frankreichs Präsident Emmanuel Macron den Abzug seiner Truppen aus Mali per einseitiger Erklärung am Vorabend des Gipfeltreffens bekanntgab. Vereinbart worden war dies lediglich mit den europäischen und kanadischen Partnern des Militäreinsatzes. Einige handverlesene afrikanische Staatschefs wurden immerhin vorab im Élysée-Palast über die Pläne unterrichtet, die AU aber nicht in die Entscheidung eingebunden. Zu Beginn des Gipfels, auf dem er das Thema offensichtlich nicht besprechen wollte, befand der französische Staatschef dann, dass die Beziehungen zwischen EU und AU zuletzt »etwas eingeschlafen« seien. Das ist noch die freundliche Umschreibung des Status quo. Der letzte Gipfel lag über vier Jahre zurück, ein für 2020 anberaumtes Treffen war abgesagt worden – offiziell wegen der Coronapandemie. Inoffiziell sickerte durch, dass es nicht gelungen sein soll, sich auf eine Tagesordnung zu einigen. Die Möglichkeit, die Konferenz damals virtuell abzuhalten, wurde schließlich nicht weiter in Betracht gezogen.

Die afrikanischen Staatenlenker haben schlicht nicht das Gefühl, dass die Europäer überhaupt bereit wären, gleichberechtigt mit ihnen zu verhandeln. Auch das Infrastrukturprogramm, das die EU nun in Afrika auflegen will, ist dafür bei genauerem Hinsehen ein weiterer Beleg. Zunächst einmal besteht ein großer Teil der großspurig verkündeten 150 Milliarden Euro lediglich aus Kreditgarantien (53,4 Milliarden Euro), nur 36,8 Milliarden sollen aus dem EU-Haushalt kommen, rund 20 Milliarden aus den einzelnen Mitgliedstaaten. Der Rest soll aus privaten Investitionen generiert werden, zu denen noch nichts weiteres bekannt wurde. Eingebettet ist das Investitionspaket in das 2021 geschaffene EU-Programm »Global Gateway«, das Ende 2021 auf Grundlage einer Zusage beim G7-Gipfel ins Leben gerufen wurde, um laut EU mit insgesamt 300 Milliarden Euro eine »weltweite Investitionslücke« zu schließen. Schon aus dem Entstehungsprozess des Programms ist klar ersichtlich, dass kein afrikanischer Staat an dessen Entwurf beteiligt war.

Laut Abschlusserklärung des EU-AU-Gipfels soll der »Global Gateway« nun vor allem eingesetzt werden, um Investitionen in den Bereichen Energie, Verkehr und Digitalisierung auf den Weg zu bringen und für eine »grüne« Energiewende zu sorgen. Einer Förderung von Erdgasprojekten, mit denen etliche afrikanische Staaten ihre Industrialisierung vorantreiben wollen, hat die EU – die diese »Brückentechnologie« in ihren Mitgliedstaaten selbst gerade für »grün« befunden hat – in Afrika eine Absage erteilt. Dabei wird nicht nur mit zweierlei Maß gemessen, sondern Energiepolitik im Eigeninteresse betrieben. Die EU will in Afrika vor allem die Gewinnung von Wasserstoff als Energiespeicher voranbringen, um sich so für die Zukunft die Deckung des eigenen Bedarfs zu sichern. Kurz

gesagt: Afrika soll die für die energieintensive Produktion von Flüssigwasserstoff nötigen Flächen für Solar- und Windanlagen bereitstellen, damit in der EU das Licht an bleibt. Da dies auf Basis von Privatinvestitionen organisiert werden soll, dürfte der Markt regeln, dass der Finanzstärkere dann den Erstzugriff hat.

Letzteres Modell kennen die afrikanischen Partner bereits leidlich von der globalen Impfstoffverteilung in der Coronapandemie. Die EU hat bisher 55 Millionen Dosen vernichtet, aber nur 30 Millionen Dosen gespendet, einen wesentlichen Teil davon so kurz vor dem Ablaufdatum, dass der Impfstoff gar nicht mehr verwendet werden konnte. Die Ankündigung, nun in großem Stil Vakzine bereitstellen zu wollen, stieß bei den afrikanischen Staatenlenkern dementsprechend auf vorsichtige Zurückhaltung. Die Enttäuschung und die Verärgerung, die das Impfstoffhorten des Westens in Afrika hinterlassen haben, war auch in Brüssel klar spürbar. Zumal die Interessen auch bei der Impfstoffproduktion kaum gegensätzlicher sein könnten. Die EU blockiert weiter vehement die von der AU geforderte Freigabe der Patente.

Der deutsche Kanzler Olaf Scholz (SPD) betrieb statt dessen Lobbyarbeit für die Containerlösung von Biontech, mit der das Mainzer Unternehmen in fertigen Labormodulen auf afrikanischem Boden Impfstoff abfüllen will, ohne einen Technologietransfer zuzulassen. Bei afrikanischen Experten sorgt das Vorhaben auch deshalb für Kopfschütteln, weil eine von Biontech finanzierte Stiftung laut einem Bericht des Fachjournals The BMJ darauf gedrängt haben soll, die Vakzindosen in den Containerlabors unter Umgehung der medizinischen Kontrollbehörden in den jeweiligen afrikanischen Staaten zu produzieren.

Eigener Weg

Während Scholz am Donnerstag über die Internetseite der Bundesregierung allen Ernstes erklären ließ, Biontech habe damit »gezeigt«, wie eine Beschleunigung »lokaler Impfstoffproduktion in Afrika auch dank maßgeblicher Unterstützung (...) ganz konkret ermöglicht werden kann«, stellte Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa tags darauf auf einer Pressekonferenz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) am Rande des Gipfels das Gegenmodell vor. Demnach soll basierend auf einem Vakzin, das südafrikanische Forscher in einem Technologietransfer-Hub der WHO auf Grundlage frei verfügbarer Sequenzen des Coronavakzins des US-Herstellers Moderna (trotz dessen Verweigerung von Unterstützung) entwickelt haben, bald ein Wissensaustausch und schließlich die eigenständige Produktion in weiteren afrikanischen Ländern ermöglicht werden.

Im Fokus stehe »das Leben von Hunderten Millionen Menschen, nicht die Gewinne einiger Konzerne«, erklärte Ramaphosa. Es sei »nicht akzeptabel, dass Afrika beim Zugang zu Medikamenten immer wieder am Ende der Schlange steht«, so der südafrikanische Staatschef, der zudem erklärte, dass man für Spenden zwar »dankbar« sei, diese aber »niemals ein nachhaltiger Mechanismus« wären. »Regierungen, die es ernst meinen mit dem Zugang zu Impfstoff für alle«, so forderte Ramaphosa im Beisein von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, »müssen der TRIPS-Freigabe (der Patente, jW) zustimmen.« Die EU ließ sich freilich auch davon nicht umstimmen. Ihre Entscheidungsträger haben offensichtlich einen anderen Fokus als der südafrikanische Präsident.

<https://www.jungewelt.de/artikel/421217.kolonialherrenmanier-inszenierte-partnerschaft.html>

Rodney: Wie Europa Afrika unterentwickelte



Warum sind die Länder Afrikas unterentwickelt? Und wie fing die imperialistische Ausplünderung des Kontinents an? War die Versklavung ein Produkt des Rassismus? Oder entstand der Rassismus vielmehr aus der wirtschaftlichen Ausbeutung afrikanischer Arbeitskraft? Der guyanische Antiimperialist Walter Rodney liefert materialistische Antworten auf diese Fragen.

Der britische Dub-Poet Linton Kwesi Johnson (LKJ) widmete ihm ein Lied, nachdem er 1980 bei einer Bombendetonation in seinem Auto starb. Und bis heute erinnert man sich an die als „Rodney Riots“ bekannten Proteste, die von den Studierenden der Universität der Westindischen Inseln ausgingen, nachdem die jamaikanische Regierung ihm wegen Reisen nach Kuba und in die Sowjetunion den Lehrstuhl entzog. Von wem die Rede ist: von keinem geringeren als dem antiimperialistischen Kämpfer Walter Rodney.

LKJ betonte bei seinen Konzerten oft die Bedeutung, die Rodneys Buch „How Europe underdeveloped Africa“ – der Titel der deutschen Fassung „Afrika. Die Geschichte einer Unterentwicklung“ ist nicht nur eine falsche Übersetzung, sondern eine krasse Verwässerung des politischen Inhalts für das Verständnis der aktuellen Lage des afrikanischen Kontinents.

Walter Rodney leistet darin nichts weniger als eine Untersuchung verschiedener afrikanischer Kulturen und Staaten vor der Zeit als sie von Sklavenhandel und imperialistischem Raubbau geprägt waren und beschreibt den jeweiligen Stand der Entwicklung. Exemplarisch werden dabei anhand einzelner Beispiele die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen von der Urgesellschaft bis zum Übergang in den Feudalismus und die Herausbildung von Staaten geschildert.

Wie entsteht Rassismus?

Dabei ist vor allem die Erklärung der Entstehung von Rassismus eine der Leistungen, die man Rodney im Besonderen anerkennen muss. Gegen ein auch noch heute verbreitetes Vorurteil schreibt er:

Gelegentlich besteht das Missverständnis, die Europäer hätten die Afrikaner aus rassistischen Gründen versklavt. Europäische Plantagen- und Bergwerksbesitzer versklavten die Afrikaner aber aus wirtschaftlichen Gründen, um ihre Arbeitskraft auszubeuten. Ohne die afrikanische Sklavenarbeit hätte man nicht auf kapitalistischer Grundlage die Neue Welt erschließen und dort unentwegt Reichtum erzeugen können. Erst als sie von dem, afrikanischen Arbeitskräftereservoir endgültig abhängig waren,

mussten die Europäer im In- Und Ausland diese Ausbeutung rassistisch rechtfertigen. Um diese Ausbeutung abzusichern, folgte unweigerlich die gewaltsame Unterdrückung. Die Unterdrückung afrikanischer Völker aus rassistischen Gründen ging einher mit der Unterdrückung aus wirtschaftlichen Gründen, verstärkte sie und war von ihr bald nicht mehr zu unterscheiden.

Ebenso viel Aufwand wie bei der exakten Darstellung der Entwicklung des Konzerns Unilever zum Monopolisten auf Kosten Afrikas fällt auf die Widerlegung der Lügen des gemeinnützigen Kolonialismus, der für die Afrikaner*innen auch Vorteile gehabt hätte. All die Straßen, Schulen, Krankenhäuser, kurz alle infrastrukturellen Neuerungen, von deren Nutzen europäische Weltretter*innen auch heute noch erzählen, dienten entweder direkt dem Export der Rohstoffe oder waren nur Annehmlichkeiten für Weiße. Die Absurdität des Arguments vom Nutzen wird spätestens klar, wenn man liest, dass in einer britischen Kolonie annähernd britische Verhältnisse herrschten, natürlich nur für die Kolonisierenden, während für zigtausende Afrikaner*innen ein einziger Arzt zur Verfügung stand.

Dabei wird deutlich, dass die Unterentwicklung des afrikanischen Kontinents weder ein Ergebnis einer von der Rassenkunde konstruierten natürlichen Unterlegenheit der Afrikaner*innen noch ihrer Gesellschaften, sondern der bewussten Aktivität des Versklavungshandels und des Kolonialismus ist. Erst die massive Zerstörung und Aneignung von Wissen, die Monopolisierung von Rohstoffen und die Ausbeutung der Arbeitskraft der Schwarzen – kurz, die brutale Durchsetzung kapitalistischer und imperialistischer Interessen, der Interessen der europäischen Bourgeoisie – kann den aktuellen Status afrikanischer Staaten als „Entwicklungsländer“ erklären. Auch heute noch ist es die unheilige Allianz zwischen imperialistischen Staaten und heimischen Bourgeoisien, die für die Unterjochung der Halbkolonien zuständig sind. Im Angesicht des Kampfes gegen den Imperialismus war es für Rodney jedoch umso wichtiger zu betonen, dass der Kampf um Befreiung und Unabhängigkeit nur infolge der selbstständigen Politik der Ausgebeuteten und Unterdrückten stattfinden kann.

Nicht eine Volksfront, das heißt eine Koalition mit der eigenen Bourgeoisie, sondern die unabhängige Organisation des Proletariats in den Halbkolonien ist notwendig. Vor allem da den lokalen Bourgeoisien nicht selten die Aufgabe der Rolle der Kompradoren zukommt: Sie fungieren wie Agenten für Interessen imperialistischer Konzerne, um im Gegenzug von ihrer privilegierten Position und im Verbund mit ihnen zu profitieren. Nicht selten pflegen sie dabei einen nationalistischen Jargon in Ummantelung der „Unabhängigkeit“, um dann die Interessen des eigenen Volkes zu verraten. Bekannte Beispiele sind Blaise Compaoré oder Joseph Kasavubu, die jeweils in Zusammenarbeit mit dem französischen bzw. US-amerikanischen Imperialismus für die Ermordung antikolonialer Kämpfer*innen verantwortlich waren.

Ausbeutung des afrikanischen Kontinents

Rodney beschränkte sich jedoch nicht nur auf Darstellung der kolonialen Unterdrückung aus marxistischer Sicht, sondern untersuchte auch präzise die Rolle der Ausbeutung des afrikanischen Kontinents im Zuge der Kapitalakkumulation für die europäischen Bourgeoisien. Rodney beschreibt unter anderem die vollständige Plünderung ganzer Länder, die zum Beispiel mit einer Monokultur überzogen wurden und auf Kosten der Bevölkerung für Hunger und Elend sorgten. Für die Kapitalinteressen lohnte sich dieser Raubzug, sie konnten einerseits den Warenexport erhöhen und andererseits auf billige, entrechtete Arbeitskräfte zurückgreifen. Auch Franz Fanon zeigte mit folgender Analogie die Bedeutung der imperialistischen Herrschaft auf:

Der Kolonialismus und der Imperialismus sind mit uns nicht quitt, wenn sie ihre Fahnen und ihre Polizeikräfte von unseren Territorien zurückgezogen haben. Jahrhundertlang haben sich die Kapitalisten in der unterentwickelten Welt wie wahre Kriegsverbrecher aufgeführt. Deportationen, Blutbäder, Zwangsarbeit, Versklavung sind die Hauptmittel der Kapitalisten zur Vermehrung ihrer Gold- und Diamantenreserven, ihrer Reichtümer und Machtpositionen gewesen. Vor kurzem hat der Nazismus ganz Europa in eine Kolonie verwandelt. Die Regierungen der europäischen Nationen haben

Reparaturen und die Rückerstattung der gestohlenen Reichtümer in Geld und natura verlangt: Kunstwerke, Bilder, Skulpturen, Glasfenster sind ihren Eigentümern zurückgegeben worden. (...)

Mit dem gleichen Recht sagen wir, daß die imperialistischen Staaten einen schwerwiegenden Fehler und eine unerhörte Ungerechtigkeit begingen, wenn sie es beim Abzug ihrer militärischen Kohorten von unserem Boden und bei der Abberufung ihrer Verwaltungsbeamten und Behörden bewenden ließen, deren Aufgabe es war, unsere Reichtümer zu entdecken, sie auszubeuten und nach den Mutterländern zu befördern.

Die moralische Wiedergutmachung, die uns mit der nationalen Unabhängigkeit zuteil wurde, blendet uns nicht; sie kann uns nicht ernähren. Der Reichtum der imperialistischen Länder ist auch unser Reichtum. Europa hat sich an dem Gold und den Rohstoffen der Kolonialländer unmäßig bereichert: aus Lateinamerika, China und Afrika, aus all diesen Kontinenten, denen Europa heute seinen Überfluss vor die Nase setzt, werden seit Jahrhunderten Gold und Erdöl, Seide und Baumwolle, Holz und exotische Produkte nach eben diesem Europa verfrachtet. Dieses Europa ist buchstäblich das Werk der Dritten Welt. Die Reichtümer, an denen es erstickt, sind den unterentwickelten Völkern gestohlen worden.

Über die koloniale Arbeitsteilung, die im Zuge der Ausbeutung stattfand, heißt es von Rodney:

Keine Industrie hieß aber keine Entwicklung technischer Fertigkeiten. Sogar im Bergbau achtete man darauf, dass die einträglichsten Arbeiten außerhalb Afrikas gemacht wurden. Man vergisst nur allzu leicht, dass erst die Arbeit den Waren durch die Umwandlung der bloßen Naturstoffe Wert verleiht. Obgleich beispielsweise Schmuckdiamanten einen Wert besitzen, der ihren praktischen Nutzen bei weitem übersteigt, ist es nicht einfach ihre Seltenheit, die sie wertvoll macht. Für das Aufsuchen der Diamanten war Arbeit erforderlich. Das ist eine gelernte Arbeit, die ein Geologe durchführt, und natürlich waren die Geologen Europäer. Die Förderung der Diamanten aber erfordert hauptsächlich körperliche Arbeit – und nur in dieser Phase erschienen Afrikaner aus Südafrika, Namibia, Angola, Tansania und Sierra Leone auf der Bildfläche. Danach musste für das Schneiden und Schleifen der Diamanten qualifizierte Arbeit geleistet werden, was zum geringen Teil von Weißen in Südafrika, zum größten Teil von Weißen in Brüssel und London gemacht wurde. Erst auf dem Tisch des gelernten Schleifers wurde der Diamant zu einem Schmuckstück und sein Wert stieg sprunghaft an. Es wurde zur Kolonialzeit keinem Afrikaner erlaubt, auch nur eine Spur dieser Fertigkeit zu erwerben.

Dabei beweist Rodney in einem Interview über die Situation in seinem Geburtsland Guyana mit scharfem Blick auf die gesellschaftlichen Strukturen, dass er nicht nur klar die spezifisch rassistische Unterdrückung der Schwarzen und indischen Arbeiter*innen als Schwarze und Inder*innen, sondern auch ihre Ausbeutung und Unterdrückung als Arbeiter*innen erkennt und bekämpft, indem er zum gemeinsamen Kampf aufruft.

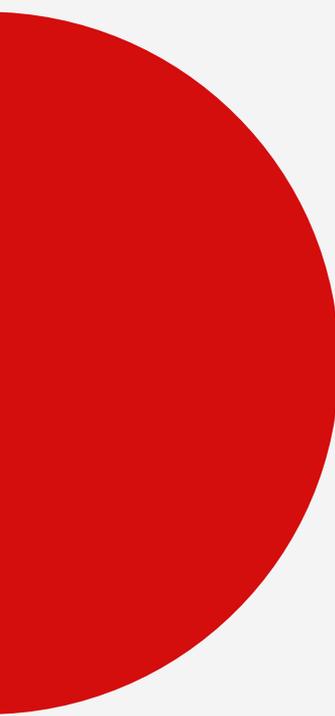
Im Angesicht der kommenden Aufgaben ist es eine Notwendigkeit, sich auf die Untersuchungen und Erkenntnisse Rodneys zurückzubedenken. Wenn wir eine schlagkräftige Bewegung gegen Rassismus und die imperialistischen Interessen des deutschen Kapitals aufbauen wollen, müssen wir die heute verbreiteten falschen Ansichten über die Ursache und Funktion von Rassismus bekämpfen und ihr eine historisch-materialistische Analyse entgegenstellen.

Shakur, Kofi (19.04.2017) in KlasseGegenKlasse

<https://www.klassegegenklasse.org/die-bedeutung-des-antiimperialistischen-kampfes/>



THEMENSCHWERPUNKT:
WEINBAU UND -HANDEL



„Entkolonialisiert die Weinindustrie!“

Von Markus Schönherr · 01.01.2021 · [2021/Jan-Feb](#)



Südafrikanischer Weinbau hat eine jahrhundertealte Tradition. Aber nur für weiße Männer. 26 Jahre nach Ende des Apartheidregimes beginnt sich das zu ändern.

In ihrem früheren Leben war Nondumiso Pikashe Lehrerin in einem südafrikanischen Township. Heute zählt sie zu jener Handvoll Weinbäuerinnen, die im jahrhundertlang von weißen, wohlhabenden Männern bestimmten Sektor aufmischt. Der Name ihres Weinlabels lautet Ses'fikile – übersetzt: „Wir sind angekommen“. Südafrikas Weinindustrie ist mehr als nur ein lukrativer Wirtschaftszweig, sie hat Symbolwert. Und sie ist ein Spiegel der Gesellschaft. 1652 hatte der Holländer Jan van Riebeeck den ersten Weinstock in die damalige Kapkolonie gebracht. Vom ersten Tag an schufteten Schwarze als SklavInnen auf den Farmen. Später wurde Wein „made in South Africa“ trotz der Sanktionen gegen das Apartheid-Regime zum Kultgetränk in der ganzen Welt. Weiterhin gab es für die ArbeiterInnen keine Gleichstellung. Bis 1961 war gar der Verkauf von Wein an Schwarze verboten. Schwarze Frauen als Winzerinnen, das ist noch immer eine kleine Revolution am Kap. Die Weinindustrie teilt sich auf große Abfüller auf, mit – fast ausschließlich weißen – Familienbetrieben. Nur zwei Prozent des Bodens, auf dem die Reben angebaut würden, befinden sich in den Händen Schwarzer SüdafrikanerInnen*, kritisiert eine Gruppe von Winzerinnen und Winzern. Mit einem Protestmarsch machte sie auf ihre Lage aufmerksam.

Kämpferische Winzerinnen. Protestplakate vor Tafelberg-Kulisse: „Entkolonialisiert die Weinindustrie!“ und „Hört auf, uns zu bevormunden“ war auf den Bannern der DemonstrantInnen zu lesen, die im August vergangenen Jahres vor das Parlament in Kapstadt zogen. Ihre Anführerin: Vivian Kleynhans, Südafrikanerin und Winzerin. „Die Industrie ist zu verschlossen. Wenn wir nicht nach den Regeln der Weißen im Weinbusiness spielen, sind wir draußen“, sagt sie. Zwar ist Kleynhans eine der wenigen NeueinsteigerInnen mit eigenem Grund und Boden, sie besitzt neun Hektar gemeinsam mit 30 weiteren Bäuerinnen und Bauern. Trotzdem muss auch sie Trauben zukaufen. Von Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa und seiner Regierung forderten die DemonstrantInnen mehr Unterstützung. „Der Markteinstieg ist eine große Herausforderung“, so Kleynhans. Abseits des Themas Land fehle Zugang zu Infrastruktur und Produktionsstätten. Neben Förderungen könnte auch eine Abnahmequote für Supermärkte helfen, die sozialen Strukturen auf Südafrikas Weinfarmen zu verbessern. Denn die LebensmittelhändlerInnen am Kap halten sich in Sachen Wein immer noch überwiegend an Traditionsgüter.

Südafrika

Hauptstadt: Kapstadt (Legislative), Pretoria (Exekutive), Bloemfontein (Judikative)

Fläche: 1.221.037 km² (Österreich: 83.878 km²)

EinwohnerInnen: 59 Millionen (2020)

Human Development Index (HDI): Rang 113 von 189 (UNDP-Bericht 2018)

Gini-Koeffizient (Einkommensungleichheit): 63 (2014)

BIP pro Kopf: 6.001 US-Dollar (2019, Österreich: 50.277 US-Dollar)

Regierungssystem: Parlamentsgebundene Exekutivgewalt, Präsident und zugleich Staatsoberhaupt der Förderalen Republik ist Cyril Ramaphosa.

Auch Rosemary Mosia weiß, was es bedeutet, Kämpferin in einer von weißen Männern beherrschten Domäne zu sein. „Viele Besucher auf Weinmessen glauben, dass wir Angestellte von jemandem sind“, klagt die Winzerin. Überzeugt seien die Wein-Gourmets erst, wenn sie Fachbegriffe der Sommelier-Sprache verwende, so Mosia. 2012 gründete die ehemalige Wirtschaftsprüferin die Marke „Bridge of Hope“, unter der sie Wein nach Afrika, Asien und Europa exportiert. Ihr Weingut befindet sich im Internet, denn ein eigenes Stück Land fehlt Mosia. Soll heißen: Sie kauft die Trauben für ihren Wein von bereits etablierten Weingütern. Damit bringt die Winzerin das Problem vieler auf den Punkt: „Solange wir kein Land besitzen, ist unser Geschäft nicht nachhaltig.“

Debatten um Landbesitz. Seit Jahren sorgt das Thema Land in Südafrika für politische Debatten. 2018 sprach sich das Parlament überwiegend für entschädigungslose Enteignungen aus. Opposition und konservative Interessengruppen wollen dies um jeden Preis verhindern. Sie fürchten, Südafrika könnte denselben Pfad einschlagen wie der nördliche Nachbar Simbabwe. Dort hat die Landwirtschaft durch die Landreform des mittlerweile verstorbenen Langzeitdiktators Robert Mugabe schweren Schaden genommen. „Der Wandel geht sehr langsam voran. Die Mehrheit Schwarzer Weinbauern ist abhängig von unerschwinglichen Pachten und der Zusammenarbeit mit anderen Weingütern“, sagt Koni Maliehe. Die aus Johannesburg stammende Winzerin kann dem Sektor aber auch gute Seiten abgewinnen: „Ich habe rund um den Erdball wunderbare Menschen getroffen, die zu Freunden wurden.“ Zudem hätten einige weiße Farmer die Notwendigkeit von Reformen erkannt. Jedenfalls beruhe die Beziehung zu ihrem Geschäftspartner auf „Respekt, guten Werten und einem Win-Win-Ansatz“ – etwas Machbares, wenn beide Seiten den Willen mitbringen. „Am Ende brauchen wir alle einander“, so Maliehe. Der renommierte Weinbauort Stellenbosch, etwa 40 Minuten östlich von Kapstadt: Hier wohnt Beverly Farmer, Gründerin der Organisation „Women in Wine“. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, Frauen im Wein-Business zu helfen, auf eigenen Beinen zu stehen. Durch ein eigenes „Women in Wine“-Label, das sechs verschiedene Weine produziert, will sie ihnen beim Markteinstieg helfen. „Südafrikas geschichtsträchtige Weinindustrie kann ziemlich einschüchtern. Deshalb ist es mir wichtig, von ihren unbesungenen Helden und Heldinnen zu erzählen – den Menschen, die in den Weinbergen und Kellern arbeiten“, so Farmer. Als Ex-Marketingbeauftragte eines großen Weinunternehmens will sie ihre Erfahrung weitergeben. Und das scheint zu funktionieren. „Wir können heute zusehen, wie Kauffrauen und Kellermeisterinnen anstandslos von Angestellten zu Unternehmerinnen werden.“

Markus Schönherr ist freier Journalist in Pretoria und berichtet für deutschsprachige Medien aus dem südlichen Afrika.

„Schwarz“ wird großgeschrieben, um zu verdeutlichen, dass es sich um ein konstruiertes Zuordnungsmuster handelt. „Schwarz“ ist eine politisch gewählte Selbstbezeichnung, in Ablehnung kolonial-rassistischer Bezeichnungen.

Die südafrikanische Weinindustrie und die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer FarmarbeiterInnen



„Mein Boss hat sieben Farmen, aber wir haben keine Toiletten; als wir welche verlangten, sagte er, dass er lieber eine zusätzliche Farm erwerben als Toiletten installieren würde... Alle seine Kinder studieren und besitzen Autos. Wir können uns gar nichts leisten, nicht einmal Schuhe für die Schule.“ (Koesie, Goudmyn)

Auch gut 20 Jahre nach Ende der Apartheid befinden sich noch immer vier Fünftel der landwirtschaftlichen Flächen Südafrikas in der Hand einer weißen Minderheit. Eine gerechte Umverteilung des Landes ist bislang nicht in Sicht, stattdessen bestehen auf den Farmen die Apartheidverhältnisse fort. Besonders in der Weinindustrie sind erhebliche Verstöße gegen die Menschenrechte der FarmarbeiterInnen zu vermerken, welche nicht länger unbeachtet bleiben können. Um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen zu verbessern, müssen neue ethische Standards und Verhaltenskodizes definiert und strikt eingehalten werden. Nur so lässt sich ein fairer Vertrieb der südafrikanischen Weine in Zukunft sicherstellen.

Südafrika als Weinproduzent

Südafrika zählt mit einem Anteil von 4,1 Prozent zu den zehn größten Weinproduzenten weltweit. Der Export des Landes beträgt zwischen 38 und 48 Prozent. Wichtigster Handelspartner, nach Großbritannien, ist Deutschland mit einem Exportanteil von 18,4 Prozent. Dies entspricht einer Weinmenge von 96,5 Mio. Litern. Insgesamt produziert die südafrikanische Weinindustrie innerhalb eines Jahres 1,16 Mrd. Liter an Tafelwein, Weinbrand, Traubensaft und Branntwein, wodurch 4,8 Mrd. Rand (\approx 298,6 Mio. Euro) erwirtschaftet werden. Die Weinindustrie allein hat einen Anteil von drei Prozent am Bruttoinlandsprodukt Südafrikas und der politische Einfluss der Farmer ist groß.

Die Weinfarmen erstrecken sich über eine Anbaufläche von 100.000 Hektar, die sich zu 95 Prozent im Western Cape befinden. Insgesamt arbeiten 300.000 Personen direkt und indirekt im Weinsektor. Ende 2014 wurde der Rekordwert der letzten 20 Jahre mit einem inländischen Verkauf von 353 Mio. Litern erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutete dies eine Gewinnsteigerung von 7,3 Prozent. Zurückführen lässt sich dieser Erfolg vor allem auf den ausgebauten und optimierten Weintourismus sowie eine wachsende südafrikanische Mittelklasse.

Deutschland als Weinimporteur

Deutschland belegte 2014 mit 9,3 Mio. Hektolitern (Mhl) den 10. Platz unter den Wein produzierenden Ländern. Mit einem jährlichen Eigenkonsum von 20,2 Mhl gehört Deutschland zu den top Weinmärkten hinter den USA, Frankreich und Italien. Von den importierten Weinen stammen 77 Prozent aus Italien, Spanien und Frankreich. 2014 wurden 0,83 Mhl Wein aus Südafrika bezogen. Diese Menge entsprach einem Importwert von 86 Mio. Euro und somit 1,03 Euro pro Liter.

Fair gehandelte Weine aus Südafrika in Deutschland

Über Fairtrade Deutschland lassen sich bereits zertifizierte Weine aus Südafrika in Deutschland beziehen. Der Anbieter führt 73 verschiedene Weine. 48 Weine und somit zwei Drittel stammen aus Südafrika, die restlichen aus Chile und Argentinien. Im Jahr 2014 wurden 968.610 Liter Wein zertifiziert und damit ein Umsatz von 4,36 Mio. Euro erzielt. Von den zertifizierten Weinen sind 21 Prozent Bio-Weine. In Südafrika gibt es bereits 54 zertifizierte Weinproduktionen, von denen bislang aber nur ein kleiner Teil in Deutschland vertreten ist.



Wie fair ist WIETA?

Auf dem derzeitigen südafrikanischen Weinmarkt existieren zwei verschiedene Fair-handels-Zertifikate: Zum einen das klassische Fair Trade-Siegel und zum anderen das speziell für südafrikanische Weine geltende WIETA-Siegel.

WIETA (*Wine and Agricultural Ethical Trade Association*) ist ein ethischer Handelsverband in Südafrika, der aktuell 1429 Produzenten als Mitglieder landesweit umfasst.¹ Das erklärte Ziel WIETAs ist es, höhere soziale Standards in der Wein-Industrie durch Trainings und technische Unterstützung der Farmen zu fördern. Das ausgestellte Zertifikat dieser Multi-Stakeholder-Organisation soll garantieren, dass der von den Mitgliedern vertriebene Wein unter ethisch vertretbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen produziert wird. WIETA hat dazu einen Verhaltenskodex ausgearbeitet, dessen Einhaltung durch soziale Audits überwacht wird.

Auffällig ist, dass nur 40 Prozent der WIETA-Mitglieder das eigentliche Zertifikat besitzen. Es entsteht somit schnell der falsche Eindruck, dass alle Mitglieder unter ethischen Standards produzieren, was nicht der Fall ist. Auch das WIETA-Prüfverfahren weist Schlupflöcher auf, indem es die Möglichkeit zur Vorbereitung auf den Kontrollbesuch eines Prüfers bietet. Dadurch kommt es zu einer Verzerrung der realen Situation auf den Farmen. Ein weiterer Kritikpunkt besteht darin, dass die Arbeitsbedingungen der SaisonarbeiterInnen und der durch Arbeitsvermittler angestellten ArbeiterInnen bei der Vergabe des Zertifikates nicht berücksichtigt werden. Folglich wird dessen Aussagekraft sehr fragwürdig.

Rassismus und Paternalismus als Erbe der Apartheid

Doch was spielt sich hinter den Kulissen dieses boomenden Geschäftes ab? Welche Akteure sind an der südafrikanischen Weinproduktion beteiligt, wer sind die Gewinner, wer die Verlierer? Der historische Hintergrund bildet dabei den Nährboden für die heutigen Lebens- und Arbeitsbedingungen auf den südafrikanischen Weinfarmen.

Die repressiven Strukturen und das hierarchische Gefälle der Apartheid bestehen heute größtenteils noch immer fort. Auf den Weinfarmen zeigt sich dies bereits mit Hinblick auf die Wohnsituation der FarmarbeiterInnen. Oft stellt der Farmer seinen ArbeiterInnen eine Unterkunft auf seinem Land zur Verfügung. Die bezogenen Häuser gehen damit jedoch nicht in deren Privatbesitz über, sondern bleiben Eigentum des Farmers, was fatale Folgen hat. Der Verlust des Arbeitsplatzes oder der Eintritt ins Rentenalter bedeutet den Verlust des Wohnrechtes auf der Farm. Gleiches gilt für Kinder, die das 18. Lebensjahr erreichen, aber nicht auf der Farm angestellt sind.

Diese Durchdringung von Privat- und Arbeitsleben führt zu einer leichteren Kontrolle der ArbeitnehmerInnen durch den Farmer. Es entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen den FarmarbeiterInnen, deren Familien und den Farmeigentümern, das auf die Apartheid-Ära zurückgeht. Das Verhältnis der Farmer zu ihren „Schützlingen“ ist von Rassismus, Paternalismus und einem unterdrückerischen Führungsstil geprägt. Die ArbeiterInnen werden nach wie vor wie Leibeigene behandelt. Diese enorme Abhängigkeit der FarmarbeiterInnen von den Farmern begünstigt ein Arbeitssystem, welches auf Niedriglöhnen, schrecklichen Arbeitsbedingungen und Ausbeutung gründet. Doch die Angst um die Sicherung der eigenen Existenz führt dazu, dass sich die FarmarbeiterInnen diesem Druck beugen.

Leben unter (!) dem Existenzminimum

Von existenzsichernden Löhnen der FarmarbeiterInnen kann keine Rede sein. Bis 2012 betrug der Mindestlohn bei einer 6-Tage-Woche 58 Rand am Tag, gerade einmal 3,72 Euro. Im selben Jahr kam es deshalb zu einem Streik, der eine Lohnerhöhung auf 128,28 Rand pro Tag (7,98 Euro) erzielte. Doch die reale Situation der ArbeiterInnen hat sich dadurch nicht verbessert. Nach der Einkommenserhöhung strichen die Farmer den bis dato kostenlos zur Verfügung gestellten Transport sowie die Unterbringung ihrer Angestellten und verlangten nun eine finanzielle Aufwandsentschädigung für beides. Der finanzielle Mehrgewinn wird den ArbeiterInnen somit an anderer Stelle wieder abgezogen.

Noch schlimmer trifft es die SaisonarbeiterInnen, die nur befristete Arbeitsverträge erhalten. Ihnen werden noch geringere Löhne gezahlt. Sie erhalten, anders als die Festangestellten, auch keine Erhöhung des Mindestlohnes um ein Prozent pro Beschäftigungsjahr. Darüber hinaus werden SaisonarbeiterInnen, die über Arbeitsvermittler auf die Farmen kommen, lediglich nach Stückzahl, nicht nach Arbeitsstunden bezahlt. Dies entspricht etwa einem Einkommen von 95 Rand pro Tag (6,10 Euro). Den SaisonarbeiterInnen stehen keine Leistungen wie Sozial- oder Krankenversicherung, geschweige denn ein bezahlter Urlaub zu. Im Winter haben sie wegen schlechter Wetterbedingungen erhebliche Einbußen. Die vermittelten ArbeiterInnen sind meist MigrantInnen ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Da sie keinen legalen Status haben, können sie auch keine Rechte einfordern.

¹ <http://www.wieta.org.za/download/Newsletter-May-2016.pdf>

Leben und Arbeiten auf den Farmen

Ein normaler Arbeitstag auf den Farmen hat zwölf bis vierzehn Stunden. Gearbeitet wird unter allen Wetterbedingungen. Keine oder nur mangelhafte Schutzkleidung, für die die FarmarbeiterInnen finanziell meist selbst aufkommen müssen, führt zu Kontakt mit gefährlichen Pestiziden und Chemikalien. Auf den meisten Farmen fehlt zudem ein Zugang zu sauberem Trinkwasser und Toiletten am Arbeitsplatz. Oft sind die Wohnhäuser in desolatem Zustand.

Benachteiligte des Systems sind vor allem die Frauen, welche meist nur als Saisonarbeiterinnen angestellt werden. Für die gleiche Arbeit verdienen sie weniger Geld als die Männer. Schwangere Frauen werden oft ohne Rechtfertigung entlassen. Nur fünf Prozent von ihnen erhalten bezahlten Mutterschaftsurlaub, obwohl ihnen dieser rechtlich für vier Monate zusteht. Diese Faktoren führen zu einer 30-40 Prozentigen Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen.

Auch das Familienleben leidet unter den auf den Farmen herrschenden Bedingungen. Kinder, die auf Farmen leben, sind im Durchschnitt häufiger unterernährt und unterentwickelt. Verursacht wird dies vor allem durch das Dop-System der Farmer, die ihre ArbeiterInnen teilweise mit Alkohol bezahlen, obwohl dies bereits 1960 verboten wurde. Die dadurch geförderte Alkoholabhängigkeit führt dazu, dass die Betroffenen ihr ohnehin schon zu geringes Gehalt für Alkohol ausgeben. Aufgrund der gefährlichen Kombination aus Alkoholkonsum der Eltern, Unterernährung und dem Pestizideinsatz auf den Farmen sind Kinder im Western Cape doppelt so häufig behindert als im nationalen Durchschnitt.

Immer mehr festangestellte ArbeiterInnen verlassen die Farmen und siedeln sich in Squatter Camps in den umliegenden Dörfern und Siedlungen an. Sie wollen sich so der direk-

ten Kontrolle durch die Farmer entziehen und ihre Kinder vor rassistischen Übergriffen schützen. Da die Farmen weit außerhalb liegen, erhoffen sie sich einen besseren Zugang zur Infrastruktur, auch wenn diese immer noch mangelhaft ist. Schulen und Krankenhäuser sind aber dennoch besser von den Siedlungen als von den Farmen aus zu erreichen.

Wissen um die eigenen Rechte

Viele FarmarbeiterInnen kennen ihre Rechte oft nicht. Zu diesen gehört auch das Recht auf Vertretung, welches durch die Verfassung gewährleistet, von den Farmern aber missachtet wird. Auf den Beitritt zu einer Gewerkschaft folgt häufig die Entlassung durch den Arbeitgeber. Von den rund 700.000 FarmarbeiterInnen sind nur zwischen drei und fünf Prozent Mitglieder einer Gewerkschaft. In der westlichen Kapprovinz gehören immerhin noch fünf bis acht Prozent einer Gewerkschaft an. Problematisch ist auch die große Abhängigkeit der ArbeiterInnen hinsichtlich der engen Verknüpfung von privatem Wohnen und gleichzeitigem Arbeiten auf der Farm. Da die Farmen außerhalb der Städte liegen, sind die ArbeiterInnen von der Infrastruktur abgeschnitten. Dies erschwert eine gewerkschaftliche Organisation. Die Gewerkschaften leisten einen essentiellen Beitrag zur Mobilisierung und Aufklärung der Mitglieder über ihre Rechte.

Die staatliche Kontrolle der Farmen versagt aufgrund der eingeschränkten Kapazität des Arbeitsministeriums. So finden sich in der westlichen Kapprovinz 107 Arbeitsinspektoren, die für 6000 Farmen verantwortlich sind. Weil Kontrollbesuche den Farmern immer angekündigt werden müssen, ist eine echte Feststellung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der FarmarbeiterInnen unmöglich. Die beschriebenen Abhängigkeiten der ArbeiterInnen von den Farmern belegen die Vulnerabilität ersterer. Sie können allzu leicht von den Farmern unter Druck gesetzt und somit ihrer Menschenrechte beraubt werden.



Farmarbeiterstreik in Western Cape – Robertson Winery

Die *Robertson Winery-Farm* befindet sich im Langeberg Distrikt im Western Cape. Derzeit finden dort Auseinandersetzungen zwischen den Farmern und ihren Angestellten statt. Die ArbeiterInnen fordern eine Lohnerhöhung von 3.700 Rand (rund 245 Euro) auf 8.500 Rand (rund 563 Euro) pro Monat. Organisiert wird dieser Streik durch die Gewerkschaft CSAAWU (*Commercial Stevedoring, Agricultural and Allied Workers Union*).

Der CEO von *Robertson Winery*, Anton Cilliers, wendet gegen die Vorwürfe ein, dass die Arbeitsbedingungen von Robertson dem Standard der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entsprechen. *Robertson Winery* verweigert bislang Menschenrechtsbeauftragten den Zugang zu den Weinfarmen.

CSAAWU hat eine Online-Kampagne gestartet, die mittlerweile auch im Ausland große Aufmerksamkeit erregt. Es fand ein Treffen zwischen CSAAWU und Vertretern des schwedischen Unternehmens Systembolaget statt, das den FarmarbeiterInnen seine Unterstützung zusagte. Auch Dänemark und Norwegen reagieren besorgt auf die Situation in Südafrika und solidarisieren sich mit den ArbeiterInnen in Western Cape.





Was muss sich ändern?

Auf südafrikanischer Seite müssen endlich **existenzsichernde Löhne** gezahlt werden, welche die Ernährungssicherheit und ein Leben in Würde für die FarmarbeiterInnen garantieren. Der FarmarbeiterInnenstreik von 2012/2013 hat dies nicht erwirkt. Was die Angestellten durch die Lohnerhöhung von 2013 mehr verdienen, wird ihnen beim Transport und der Unterkunft wieder abgezogen. An der realen Situation hat sich somit nichts verändert.

Der **Zugang zu Gewerkschaften** muss aktiv gefördert werden. Sie sind wichtige Instanzen, bei denen die ArbeiterInnen eine Aus- und Weiterbildung erhalten und über ihre Rechte aufgeklärt werden. Das Recht auf Versammlungsfreiheit steht den ArbeiterInnen zu, doch die Farmer verweigern es ihnen. Die existierenden Gewerkschaften sind in ihren Einflussmöglichkeiten sehr begrenzt, weil nur die wenigsten FarmarbeiterInnen gewerkschaftlich organisiert sind. Die Distanz zwischen den Farmen behindert die gewerkschaftliche Organisation. Hinzu kommen die Hürden, die von den Farmern errichtet werden.

Außerdem müssen **bessere Arbeitsbedingungen für SaisonarbeiterInnen** geschaffen werden, vor allem auch für die MigrantInnen unter ihnen. Ihnen stehen keine Zusatzleistungen wie Mutterschafts- oder bezahlter Urlaub zu. Gleichzeitig fällt ihr Gehalt aber deutlich niedriger als das der Festangestellten aus. Da sie häufig außerhalb der Farm leben, haben sie während der Arbeit keinen Zugang zu Toiletten. Die Verfügbarkeit von SaisonarbeiterInnen und ihre Manipulierbarkeit aufgrund des prekären Status der MigrantInnen unter ihnen dient den Farmern dazu, Proteste von Festangestellten gegen schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen, wenn sie überhaupt artikuliert werden, im Keim zu ersticken.

All dies muss sich dringend ändern. Dafür bedarf es ethischer Standards und Kodizes, deren Umsetzung und Einhaltung kritisch und effektiv über-

prüft werden müssen. Das reine Formulieren von Verhaltensstandards reicht nicht aus, Menschen- und Arbeitsrechte müssen geschützt werden. Hier sind in erster Linie die Nationalregierung Südafrikas und die Regierung der westlichen Kapprovins gefragt. Sie stehen in der Pflicht, die in der südafrikanischen Verfassung und in den vielen weiteren nationalen Gesetzen verankerte Würde aller Menschen auch für die FarmarbeiterInnen geltend zu machen. Dafür müssen die Stellen in den Ministerien, die für die Überwachung der Arbeitsrechte zuständig sind, aufgestockt werden. Auch eine Verstärkung der in diesem Bereich arbeitenden Gewerkschaften und NGOs würde helfen.

Auch auf der deutschen Seite, sprich der Vermarktungsseite, sind einige Schritte notwendig, um zu einer positiven Veränderung in Südafrika beizutragen. Viele Weinimporteure bekennen sich explizit oder implizit zu Menschenrechten und somit zur **Lieferkettenverantwortung**, die auch für die Weinindustrie gelten muss. Solange sie über die herrschenden Verhältnisse in der südafrikanischen Weinindustrie schweigen, tragen sie dazu bei, diese aufrechtzuhalten. Als Importeure verfügen sie über Handlungsmöglichkeiten, die sie nutzen sollten, um zur Überwindung der rassistischen Strukturen bei ihren Geschäftspartnern beizutragen. Über die Importeure hinaus ist auch die Politik gefragt, um durch entsprechende Gesetzte zur Einhaltung der Menschenrechte in der Lieferkette der Weinindustrie beizutragen. Beispiele solcher Gesetzgebungen existieren etwa in Schweden. Die Bundesregierung könnte sich an diesen orientieren.

Bild Seite 1: Weinberg bei Robertson, Südafrika (Christian Selz)

Bild Seite 2: Farmarbeiter-Siedlung bei De Doorns (Christian Selz)

Bild Seite 3: Streik der Farmarbeiter auf Robertson Winery (Ryno Filander)

Bild Seite 4: FarmarbeiterInnen im Gespräch mit dem KASA-Team (Simone Knapp)

Herausgegeben von:
KASA – Kirchliche Arbeitsstelle
Südliches Afrika
Simone Knapp, Boniface Mabanza,
Marita Wagner
Im WeltHaus Heidelberg
Willy-Brandt-Platz 5
69115 Heidelberg
Telefon: (06221) 4 33 36-16
Telefax: (06221) 4 33 36-29
E-Mail: kasa@woek.de
www.kasa.de

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL
im Auftrag des BMZ

Quellen

Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (Hg.):
Fair gehandelter Wein aus Südafrika –
Ansatzpunkte für Aktivitäten in Deutschland,
Heidelberg, Oktober 2016.

Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (Hg.):
Langeberg Weinfarmen und FarmarbeiterInnen,
Heidelberg, Oktober 2016

BILLIG VERKAUFT – TEUER BEZAHLT

DIE MARKTMACHT DEUTSCHER SUPERMARKTKETTEN UND
ARBEITSBEDINGUNGEN VON FRAUEN AUF TRAUBENFARMEN
IN SÜDAFRIKA



OXFAM
Deutschland

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Untersuchung beleuchtet den Preisdruck deutscher Supermarktketten auf die südafrikanische Wein- und Tafeltraubenindustrie und die unhaltbaren Zustände für Landarbeiterinnen auf den Plantagen. In den letzten Jahren hat die südafrikanische Weinindustrie sehr gelitten, nur 15 Prozent der Weinproduzenten können noch profitabel arbeiten. Am stärksten betroffen sind die Arbeiterinnen auf Traubenplantagen, die teilweise nicht den Mindestlohn erhalten, mit giftigen Pestiziden besprüht und diskriminiert werden. Sie sind das schwächste Glied der Lieferkette.

Die Studie basiert u.a. auf einer Untersuchung von Oxfams Partnerorganisation, der südafrikanischen Frauenorganisation Women on Farms Project (WFP), die sich seit 1992 für die Rechte von Arbeiterinnen auf Traubenplantagen einsetzt. Von März 2016 bis Februar 2017 wurden insgesamt 343 Landarbeiterinnen befragt. Die Studie ist Teil einer Reihe von Oxfam-Berichten, die immer wieder Menschenrechtsverstöße entlang der Lieferketten tropischer Früchte von deutschen Einzelhandelsunternehmen belegen. Trotz der Nachhaltigkeitsversprechen deutscher Supermarktketten verbessern sich die Arbeitsbedingungen auf Fruchtplantagen in den Produktionsländern kaum.

Für einen strukturellen Wandel ist auch in diesem Fall die konsequente Umsetzung des Arbeitsrechts in Südafrika

nötig – aber auch die Einführung verbindlicher gesetzlicher Regeln in Deutschland, die für den Schutz der Menschenrechte in der Wertschöpfungskette deutscher Unternehmen sorgen.

Die wichtigsten Erkenntnisse der Studie im Überblick:

Marktmacht der Supermarktketten

Im Weinmarkt sind die Discounter wie Aldi, Lidl, Rewes Penny und Edekas Netto-Markendiscout besonders dominant. Sie verkaufen nach Berechnungen des Deutschen Weininstituts 40 Prozent des in Deutschland konsumierten Weins, während Supermärkte wie Edeka und Rewe 21 Prozent der Verkaufsmenge umsetzen. Bei Tafeltrauben und frischem Obst dominieren die Edeka-Gruppe, die Schwarz-Gruppe (Lidl und Kaufland), die Aldi-Gruppe und die Rewe-Gruppe den Markt mit zusammen rund 67 Prozent des Gesamtumsatzes. Das verleiht deutschen Discountern und Supermarktketten eine enorme Verhandlungsmacht gegenüber ihren Lieferanten.

Preisverfall: Exportpreise im Sinkflug

Seit 2000 ist der durchschnittliche Exportpreis für südafrikanischen Wein bei der Ausfuhr nach Deutschland um über 80 Prozent gefallen. Gleichzeitig

sind in den letzten zehn Jahren die Produktionskosten um rund 48 Prozent gestiegen. Südafrikanische Produzenten berichten, dass sie pro Flasche nur rund 25 Cent erhalten (ca. zehn Prozent des durchschnittlichen Einzelhandelspreises).

Bei Weintrauben sind die Zahlen ähnlich: Der Ausfuhrpreis nach Deutschland liegt mit 77 Eurocent (2015) pro Kilogramm weit unter dem Weltdurchschnitt.

Problem Tankwein

Unter Tankwein versteht man Wein, der in großen Tanks statt in Flaschen exportiert wird. Für deutsche Importeure ein Preisvorteil: Die Einfuhr von Tankwein ist fast um die Hälfte billiger als Wein in Flaschen. Umgefüllt wird der Tankwein in Deutschland, was einen Wert- und Stellenverlust für die südafrikanische Weinindustrie bedeutet. Die für die Wertschöpfung zentralen Prozesse wie die Mischung des Weins und die Erschaffung einer Marke finden nicht mehr in Südafrika, sondern in Deutschland statt. Der Wein als Rohstoff wird dadurch austauschbar. Importeure und Einzelhändler brauchen sich nur nach dem Preis zu richten und das billigste Angebot zu nehmen. 2014 wurden 79,4 Prozent des nach Deutschland exportierten südafrikanischen Weins als Tankwein verschifft.

Fehlende Transparenz

Auf Nachfrage von Oxfam hat keine der vier großen deutschen Supermarktketten ihre Lieferbeziehungen in Bezug auf Wein und Trauben vollständig offengelegt. Insbesondere die Information, von welchen Plantagen die Trauben kommen, wurde nicht preisgegeben. Auch für Verbraucher/innen bleiben bei der Verwendung von Tankwein und insbesondere bei Eigenmarken der Discounter die Plantagen verborgen, da meist nur der Importeur in Deutschland und der Abfüller auf dem Etikett aufgeführt werden.

Farmarbeiterinnen: ausgebeutet und ungeschützt

Unter dem enormen Preisdruck im südafrikanischen Wein- und Tafeltraubenmarkt leiden vor allem die Arbeiterinnen auf den Farmen. 20 Prozent der befragten Arbeiterinnen erhalten weniger als den Mindestlohn.

Dazu kommt ein enormes Gesundheitsrisiko: Gut die Hälfte der für die Studie befragten Frauen ist während der Arbeit giftigen Pestiziden ausgesetzt, oft ohne Schutzkleidung. Zudem werden Frauen auf verschiedenste Weisen benachteiligt: Sie erhalten für die gleiche Arbeit weniger Lohn als Männer, werden sexuell diskriminiert oder müssen dies fürchten. Wehren können sich die Frauen nicht: Nur die

wenigsten sind Mitglied einer Gewerkschaft, denn viele Farmer erlauben nicht, dass die Arbeiterinnen an Gewerkschaftstreffen teilnehmen und verbieten Gewerkschaftern, die Plantagen zu betreten.

Forderungen

Oxfam fordert eine gemeinschaftliche Anstrengung aller Beteiligten: Die südafrikanische Regierung muss nationales Arbeitsrecht umsetzen. Gewerkschaften und Frauenorganisationen müssen die Rechte von Landarbeiterinnen angemessen vertreten können. Plantagenbesitzer/innen

müssen die Arbeitsrechte ihrer Landarbeiterinnen achten. Supermarktketten und Importeure müssen dafür sorgen, dass Menschenrechte auch bei ihren Lieferanten geachtet werden. Und die deutsche Bundesregierung muss durch ein Gesetz zur menschenrechtlichen Sorgfalt im Sinne der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte Supermarktketten und Importeure verpflichten, dafür zu sorgen, dass Menschenrechte in deren Lieferketten geachtet werden. Diese Sorgfaltspflicht umfasst auch die Zahlung fairer Preise und das Einhalten fairer Handelspraktiken.



Anbaugebiet in Stellenbosch, Westkap

MANGELNDE TRANSPARENZ IN DER LIEFERKETTE

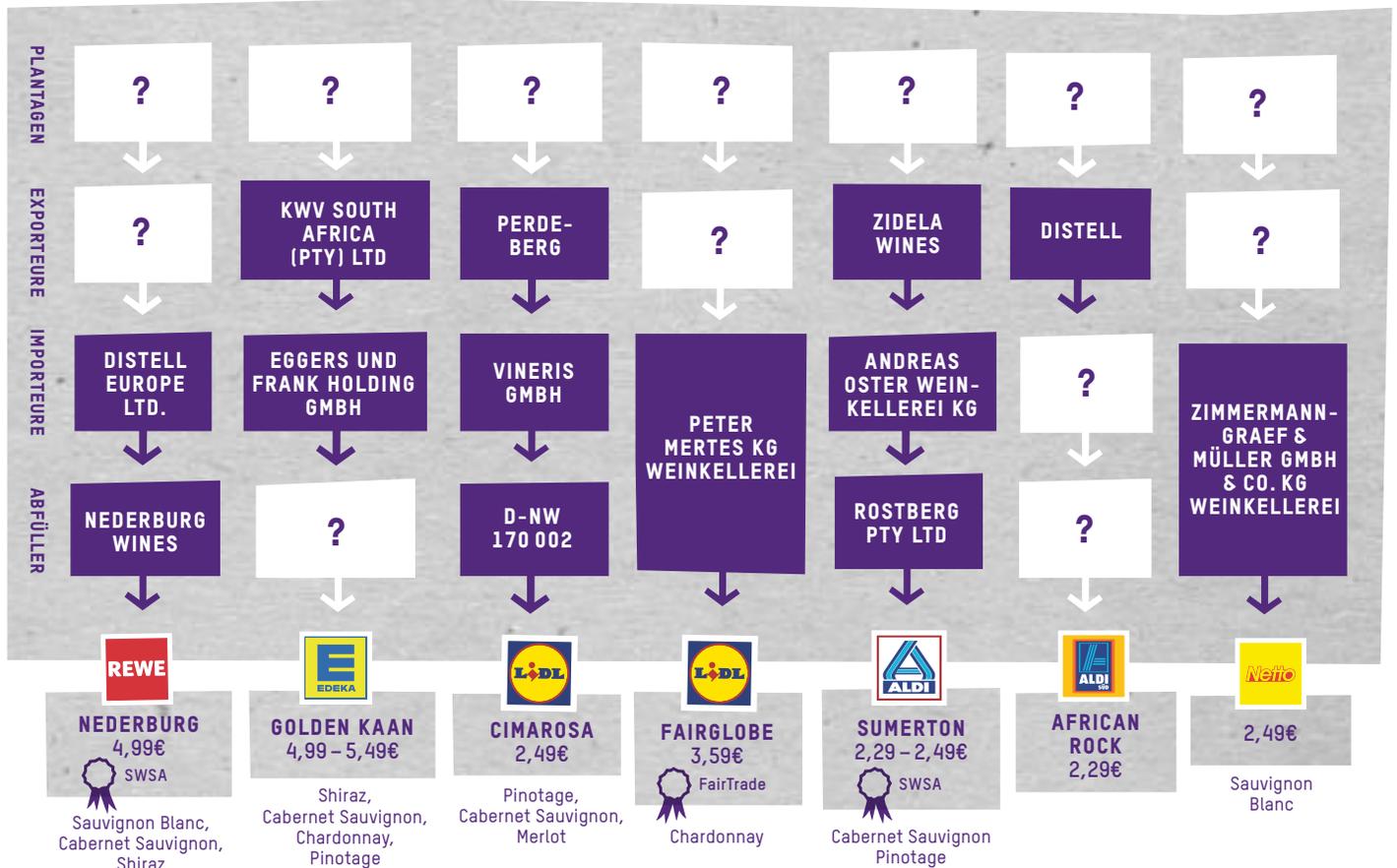
Keiner der vier großen deutschen Einzelhandelskonzerne hat seine Lieferbeziehungen in der Wein- und Tafeltraubenlieferkette auf Nachfrage von Oxfam vollständig offengelegt. Insbesondere teilte keins der Unternehmen mit, von welchen Plantagen ihre im Wein verarbeiteten Trauben oder ihre Tafeltrauben kommen.

Bei Markenweinen lassen sich die Weinplantagen anhand der Flaschenetiketten teilweise identifizieren. Bei der Verwendung von Tankwein und insbesondere bei Eigenmarken der Discounter bleiben Verbraucher/innen die Plantagen verborgen, da meist nur der Importeur in Deutschland und der Abfüller auf dem Etikett aufgeführt werden.

Lidl – so viel ließ sich ermitteln – arbeitet für seinen Cimarosa-Wein mit Genossenschaften zusammen, die in Paarl ansässig sind, darunter laut eigenen Angaben eine namens Perdeberg.²⁹ Für Aldi Nord kontrolliert ein Unternehmen mit dem Namen Zidela Wines die vertraglich angeschlossenen Weinplantagen, beispielsweise in Stellenbosch, Paarl und Franschhoek. Aldi Süd arbeitet mit dem in Stellenbosch ansässigen Unternehmen Distell zusammen. In diesen Anbaugebieten fanden Recherchen der Oxfam-Partnerorganisation Women on Farms Project statt. Auch wenn nicht bekannt ist, wohin die untersuchten Farmen exportieren, stellen die meisten der dabei festgestellten Missstände ein strukturelles Problem im südafrikanischen Weintrauben- und Weinsektor dar und dürften daher auch auf Produzenten zutreffen, die für den deutschen Markt anbauen.

AUSGEWÄHLTE LIEFERVERBINDUNGEN FÜR WEIN

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von Eigenrecherche von Oxfam in Supermärkten und Angaben von Handelsunternehmen und Branchenexperten



NACHHALTIGKEITSINITIATIVEN DER SUPERMARKTKETTEN

Die befragten Unternehmen Edeka, Rewe, Aldi und Lidl sind Mitglied in verschiedenen freiwilligen Nachhaltigkeitsinitiativen und versuchen, sich auf diese Weise in ein positives Licht zu rücken.

So sind alle bei den vier Einzelhandelsketten angebotenen Weintrauben GLOBALG.A.P.-GRASP-zertifiziert³⁰, ursprünglich ein Siegel zur Sicherung der Lebensmittelsicherheit, das seit ein paar Jahren auch Arbeitsbedingungen umfasst. In Südafrika arbeitet GLOBALG.A.P. auch mit der Sustainability Initiative South Africa SIZA zusammen, einer lokalen Nachhaltigkeitsinitiative³¹. Alle vier großen Supermarktketten sind zusätzlich Mitglieder der Business Social Compliance Initiative (BSCI)³², einem Zusammenschluss unter anderem von Einzelhändlern, Textil- und Lebensmittelherstellern, um gemeinsam die sozialen Bedingungen in der Lieferkette zu verbessern. Darüber hinaus arbeiten Lidl, Aldi und Edeka mit Lieferanten zusammen, die von der WIETA-Initiative (Wine Industry Ethical Trading Association) überprüft worden sind, einer Multi-Stakeholder-Initiative für die Verbesserung der sozialen Bedingungen im Weinsektor.³³



© Carla Weurer

Wohnstätte von Farmarbeiterinnen und ihren Familien im Township „Spooky Town“

Einige Weine tragen das Nachhaltigkeitssiegel „Sustainability Seal“, das den Schwerpunkt auf Einhaltung der ökologischen Standards setzt.³⁴ Alle diese Standards lassen jedoch den Kern des Problems außer Acht: die niedrigen Einkaufspreise und die Handelspraktiken der Supermarktketten und Importeure. Zwar führen alle Supermarktketten auch Fair-trade-Weine mit garantiertem Mindestpreis für Weinproduzenten im Angebot, keines der Unternehmen setzt sich jedoch Ziele, um dieses Sortiment zu erhöhen.

GLOBALG.A.P. ist für südafrikanische Produzenten und Exporteure faktisch Eintrittsvoraussetzung für den deutschen Markt: So kaufen deutsche Supermarktketten keine Weintrauben, die nicht GLOBALG.A.P.-zertifiziert sind. Ihre erhöhten Ausgaben für die Einhaltung der Nachhaltigkeitsanforderungen der verschiedenen Standards können die Produzent/innen jedoch nicht durch Preiserhöhungen ausgleichen. Dass sowohl der Handel als auch die Endverbraucher/innen keine höheren Kosten für zertifizierte Weine akzeptieren, sei laut Aussage eines Großhändlers nicht nur in Deutschland ein Problem.³⁵

Wie sieht es auf den Traubenfeldern und Weingütern in Südafrika wirklich aus und wem nützen die Nachhaltigkeitsstandards? Verändern sie tatsächlich die Situation der Arbeiterinnen oder helfen sie nur den Supermarktketten, ihre Gewinne zu steigern und den deutschen Verbraucher/innen, sich beim Einkauf wohler zu fühlen?



© Notti Masango

Landarbeiterinnen bei der Arbeit auf einer Traubenplantage im Westkap

ARBEITSBEDINGUNGEN VON FRAUEN AUF WEIN- UND TAFELTRAUBENPLANTAGEN

„Frauen werden geringer bezahlt als Männer ... Sie werden diskriminiert und ihre Arbeitsverhältnisse sind unsicher. Insgesamt haben sie eine geringere Aussicht als Männer, unbefristet angestellt zu werden und ihren prekären Beschäftigungsverhältnissen zu entkommen.“

Human-Rights-Watch-Bericht 2011

Weltweit gehören Landarbeiterinnen zu den Ärmsten der Armen. In Südafrika reicht die strukturelle Ungleichheit zwischen Grundbesitzer/innen und Farmarbeiter/innen in die Kolonialzeit zurück, als noch Sklaven und Sklavinnen auf den Feldern der holländischen und französischen Kolonialherren arbeiteten. In den Jahren der Apartheid bis 1994 ging die Ausbeutung der Landarbeiter/innen weiter. Dazu gehörten Kinderarbeit, unmenschliche Lebensbedingungen und das sogenannte „Tot-System“: Farmarbeiter/innen wurden mit Wein bezahlt, was zu verbreitetem Alkoholismus unter ihnen führte und am West- und Nordkap die weltweit höchste Rate des fetalen Alkoholsyndroms³⁶ mit sich brachte. Obwohl nach dem Ende der Apartheid ein neues Arbeitsrecht eingeführt wurde, fehlt es an einer flächendeckenden Umsetzung, um wirklich zu einer Verbesserung der Situation der Arbeiter und insbesondere der Arbeiterinnen zu gelangen.

Frauen, die auf Farmen Weintrauben ernten, leiden immer noch unter strukturellen Problemen wie Niedriglöhnen, prekären Arbeitsverhältnissen, mangelndem Gesundheits- und Arbeitsschutz und miserablen Unterkünften. Ein Kernproblem war und ist der geringe Organisationsgrad bei Land- und Saisonarbeiter/innen. Eine Vertretung durch Gewerkschaften, die den Interessen weiblicher Arbeiterinnen nachkommt, fehlt.

Human Rights Watch und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) haben bereits in Studien aus 2011 und 2015 den Anstieg von Saison- und Gelegenheitsarbeit in unsicheren Vertragsverhältnissen dokumentiert.³⁷ Wie die von WFP durchgeführten Interviews zeigen, hat sich die Lage weiter verschlechtert: Während fest angestellte Arbeiter/innen häufiger auf der entsprechenden Farm wohnen, gilt dies nicht für Tagelöhner/innen. Sie leben in informellen Siedlungen und Townships außerhalb der Städte, wohin seit dem Ende der Apartheid Hunderttausende vertrieben wurden.

STREIKS IM ANBAUGEBIET DE DOORNS UND IN DER KELLEREI ROBERTSON WINERY

Im November 2012 brach im Anbaugebiet De Doorns im Westkap ein historischer Streik aus, der sich schnell ausweitete. Neben der allgemeinen Forderung nach mehr Lohn wollten Frauen gleiches Geld für gleiche Arbeit und bezahlten Mutterschutz. In seinem Verlauf kam es zu Gewalttaten, zwei streikende Arbeiter wurden getötet. Während des Ausstands bekamen die Arbeiter/innen kein Geld und hungerten teilweise. Ende Januar 2013 endete der Streik mit einer

Erhöhung des Mindestlohns von 69 auf 105 Rand. Auch wenn dies weniger ist als die geforderten 150 Rand, war der Streik ein Erfolg und hat auch dazu geführt, dass Arbeiterinnen sich ihrer Rechte stärker bewusst sind und sich teilweise besser organisieren. Auf der anderen Seite wurden in der Folge zahlreiche Festangestellte durch Saisonarbeiter/innen ersetzt. Viele Gewerkschaftsmitglieder kamen auf schwarze Listen, 60 Mitglieder der Gewerkschaft CSAAWU wurden entlassen.

Wichtig auch der Streik in der Weinkellerei Robertson Winery aus 2016. Er hat insbesondere durch den Dokumen-

tarfilm „Bitter Grapes – Slavery in the Vineyards“³⁸ des Filmemachers Tom Heinemann internationale Aufmerksamkeit bekommen. Der Boykott der dänischen Verbraucher/innen und die Weigerung dänischer Supermärkte, weiter Wein von Robertson abzunehmen, hat auch den Einfluss europäischer Verbraucher/innen und Einkäufer beleuchtet. Letztendlich hat der Streik für eine Lohnerhöhung von acht Prozent und die Einräumung eines jährlichen Zuschlags gesorgt und einmal mehr die strukturelle Ausbeutung in der Weinindustrie aufgezeigt.³⁹

„Die Farmer blicken auf uns herab und behandeln uns wie Hunde.“

Landarbeiterin, die Weintrauben erntet und verpackt

ARBEITSVERTRÄGE UND LÖHNE

„Ich bin nicht glücklich: Ich habe keinen Vertrag, ich kenne meinen Lohn nicht.“

Interview mit einer Farmarbeiterin 2016

„Ich habe noch nie in meinem ganzen Leben einen Vertrag unterzeichnet.“

Landarbeiterin auf einer Farm, die für Lidl im Gebiet De Doorns Tafeltrauben anbaut



© Neli Masango

Traubenplantage im Westkap

Von den durch WFP befragten Frauen haben nur rund 30 Prozent eine Kopie ihres Arbeitsvertrags erhalten, knapp 40 Prozent haben gar keinen Vertrag unterzeichnet. 18 Prozent der Befragten wissen nicht, ob sie den Mindestlohn für Landarbeiter/innen bekommen, wobei die Mehrheit aussagte, ihn zu kennen. Grund ist, dass die Lohnzettel häufig intransparent sind und illegale Abzüge enthalten. 20 Prozent sagten aus, weniger als den Mindestlohn zu erhalten. *„Ich möchte einen fairen Lohn“*, so eine der befragten Landarbeiterinnen. *„Ich möchte, dass jeder Arbeiter und jede Arbeiterin angemessen dafür bezahlt wird, dass sie sorgfältig arbeiten und die Weintrauben ordnungsgemäß verpacken.“*

Zwischen März 2016 und Februar 2017 lag der monatliche Mindestlohn für Landarbeiter/innen bei 2.778,83 Rand (178,10 €)⁴⁰. Die Empfehlung des südafrikanischen Nationalen Rats für wirtschaftliche Entwicklung und Arbeit (NEDLAC) für 2016 liegt bei 3.500 Rand (226,40 €). Laut der Pietermaritzburg Agentur für soziale Gemeindearbeit (PACSA) musste eine durchschnittliche fünfköpfige Familie in Südafrika 2016 monatlich 3.125,87 Rand (202,40 €) allein für Essen ausgeben, um sich einigermaßen gesund und ausgewogen zu ernähren.⁴¹

Die Umfrageergebnisse unterscheiden sich deutlich, je nachdem, ob die Befragten fest angestellt oder als Saisonarbeiterinnen tätig sind. Nach eigener Aussage bekommen 73 Prozent der Festangestellten den Mindestlohn, bei den Saisonarbeiterinnen sind es nur 51 Prozent. Auch bei den Verträgen gibt es deutliche Unterschiede: Während nur 17,5 Prozent der Saisonarbeiterinnen aussagten, eine Kopie des Vertrages bekommen zu haben, waren es bei den Festangestellten 37 Prozent. Nach Schätzungen von WFP sind 70 Prozent der Arbeiterschaft als Saisonarbeiter/in tätig, die Mehrheit sind Frauen. Zahlreiche Beschäftigte auf den Farmen verdienen also nicht genug, um sich und ihre Familien ausreichend zu ernähren und ein menschenwürdiges Leben zu führen. Außerdem bekommen Saisonarbeiterinnen nach eigener Aussage keinen bezahlten Urlaub, Lohnfortzahlung oder sonstige Sozialleistungen.

„Es ist nicht viel Geld. Nein, das ist kein angemessener Lohn. Einmal hat uns jemand besucht, der mit uns über gesunde Ernährung gesprochen hat. Dass wir Obst und Gemüse essen sollten. Aber wo ist das Geld, um das zu kaufen?“

Landarbeiterin auf einer Farm, die für Lidl im Gebiet De Doorns Tafeltrauben anbaut

Besonders am Westkap wird die Zahlung des Mindestlohns oft davon abhängig gemacht, dass Arbeiterinnen hohe Zielvorgaben erfüllen. Dies ist vielfach eine Strategie der Farmer, um den Mindestlohn zu umgehen: Eine Arbeiterin be-



© Becker / Oxfam Deutschland

Arbeiterinnen auf einer Traubenplantage im Westkap

richtet, dass die Ziele sich von Tag zu Tag erhöhen. Schaffen die Frauen zum Beispiel 70 Rebstöcke am Tag, lautet die nächste Vorgabe 74.

33 Prozent der Befragten gaben an, dass sie nach solchen Zielvorgaben arbeiten. Erreichen sie ihre Tagesziele nicht, sind Abzüge vom Lohn, unbezahlte Überstunden oder die Streichung von Boni übliche Mittel der Bestrafung. Selbst bei Erfüllung der Vorgabe bekommen einige der Befragten nicht den Mindestlohn. „Man verdient 50, 75 oder 100 Rand pro Tag (6,50 €), wenn man die Vorgabe erfüllt, aber niemals darüber“, so eine Farmarbeiterin, die für Lidl im Gebiet De Doorns Tafeltrauben anbaut. Saisonarbeiterinnen droht bei Nichterreichung der Zielvorgabe sogar die Entlassung.

Ein zunehmendes Problem der fest angestellten und auf den Farmen zur Miete lebenden Arbeiter/innen sind rechtswidrige Lohnabzüge für ihre volljährigen Kinder:

„Wir zahlen eine Extra-Miete für unsere Kinder, die über 18 Jahre alt sind. Für die, die zwischen 18 und 26 Jahre alt sind, zahlen wir 60 Rand pro Woche und für die älter als 26 zahlen wir 90 Rand pro Woche. Auf einer anderen Farm zahlen sie 200 Rand pro Kind pro Woche.“

Interview mit einer Farmarbeiterin 2016

ARBEITSSCHUTZ UND GESUNDHEIT

Arbeitsunfälle

„Die Leute berichten nicht über ihre Arbeitsunfälle. Sie haben zu viel Angst, ihrem Vorgesetzten davon zu berichten, weil sie fürchten, nach Hause geschickt zu werden, ihren Tageslohn zu verlieren und ihren Job.“

Interview mit einer Farmarbeiterin

Viele Farmer profitieren davon, dass Arbeiterinnen ihre Rechte nicht kennen und Arbeitsunfälle nicht melden. Vielfach behält der Farmer gesetzeswidrig den Tageslohn ein, wenn eine verletzte Arbeiterin eine Klinik aufsucht. Von solchen Fällen haben 62 Prozent der Saisonarbeiterinnen berichtet.

Belinda (Name geändert)

37, verheiratet, drei Kinder, fest angestellte Landarbeiterin auf einer Weinfarm

„Diese Woche war eine harte Woche, uns ist das Essen ausgegangen. Wir müssen hart arbeiten, wir müssen die Tagesziele erreichen, sonst bekommen wir keinen Bonus. Heute habe ich es nicht geschafft, aber morgen werde ich es schaffen.“

Pestizide

„Sie warnen uns nicht vor, wenn sie sprühen. Es ist, als ob wir Tiere wären und sie einfach sprühen dürften.“

Landarbeiterin auf einer Farm, die für Lidl im Gebiet De Doorns Tafeltrauben anbaut

51 Prozent der insgesamt Befragten und sogar 69 Prozent der befragten Saisonarbeiterinnen sind während der Arbeit Pestiziden ausgesetzt, weniger als eine Stunde nach deren Anwendung. 66 Prozent gaben an, keine Schutzkleidung zu tragen, da ihnen diese nicht – wie arbeitsrechtlich festgelegt – zur Verfügung gestellt wird; bei den Saisonarbeiterinnen waren es 73 Prozent. Nur der Traktorfahrer, der die Pestizide versprüht, bekommt nach Aussage der Landarbeiterinnen Schutzkleidung. Wenn die Frauen die Felder betreten, seien die Trauben manchmal noch mit einer weißen Schicht aus Pestiziden bedeckt; trotzdem seien sie gezwungen, sie mit bloßen Händen anzufassen.

Linda (Name geändert)

32, verheiratet, drei Kinder, festangestellte Landarbeiterin

„Wir müssen in der heißen Sonne arbeiten, es gibt auch Schlangen. Letztes Jahr bin ich dreimal krank geworden von den Pestiziden, ich bin in Ohnmacht gefallen. Ich musste sechs Tage ins Krankenhaus.“

Die am häufigsten durch Pestizide verursachten Gesundheitsprobleme sind entzündliche Hautreaktionen, Erkrankungen der Atemwege, Augenentzündungen und Kopfschmerzen. Davon sind nicht nur die Farmarbeiterinnen selbst betroffen, sondern auch ihre Kinder und Angehörigen, die in der Nähe der Felder wohnen. Landarbeiterinnen berichten, dass die versprühten Pestizide auch draußen aufgehängte Wäsche bedecken.⁴² Zudem wird die Kleidung der Familie mit Pestiziden kontaminiert, wenn die Arbeiterinnen ihre Arbeitskleidung zu Hause zusammen mit der übrigen Wäsche waschen.



© Becker/ Oxfam Deutschland

Traktorfahrer bei der Arbeit auf einer Traubenplantage im Westkap

GEWERKSCHAFTSRECHTE

„Gewerkschaften sind nicht erlaubt auf der Plantage.“

Landarbeiterin auf einer Traubenplantage

Mit drei Prozent ist der Organisationsgrad bei Landarbeiter/innen im Westkap gering.⁴³ Ein Grund ist Unkenntnis: Teilweise wissen die Arbeiter/innen gar nicht, dass es Gewerkschaften gibt, bei denen sie Mitglied werden können. Darüber hinaus erlauben viele Farmer weder Besuche von Gewerkschaftsvertreter/innen auf der Plantage noch die Teilnahme an Gewerkschaftstreffen. 73 Prozent der Befragten sagten aus, dass Gewerkschaften die Plantage, auf der sie arbeiten, nicht betreten dürfen. Viele denken zudem, dass nur Festangestellte einer Gewerkschaft beitreten können. Weil viele die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Saisonarbeiterinnen nicht berücksichtigen, fühlen sich zahlreiche Landarbeiterinnen auch von den bestehenden Gewerkschaften nicht angemessen vertreten.

DISKRIMINIERUNG UND SEXUELLE GEWALT

„Die Aufseher schreien uns an und beschimpfen uns. Aber man kann nichts tun. Wenn man sich darüber beschwert, schicken sie einen für eine Woche nach Hause, ohne Bezahlung.“

Landarbeiterin auf einer Farm, die für Lidl im Gebiet De Doorns Tafeltrauben anbaut

Frauen sind von den unwürdigen Arbeitsbedingungen auf den Traubenplantagen am meisten betroffen. Viele Befragte beschwerten sich, dass sie weniger Lohn für die gleiche

Arbeit bekommen als Männer. Sie dürfen auch nicht alle Tätigkeiten ausüben, zum Beispiel Lastwagen oder Gabelstapler fahren. Außerdem berichten viele von Fällen sexueller Belästigung bis hin zu Vergewaltigung.



Betty Fortuin
Sozialarbeiterin, Aktivistin und Mitglied von WFP, geboren 1963 in Marrysburg, aufgewachsen im Anbauggebiet De Doorns und Mutter dreier Kinder

„Die meisten Frauen rufen mich an: ‚Aunty Betty, der Plantagenbesitzer hat mir gesagt, dass ich ab morgen entlassen bin.‘ Und wenn es sich nicht um eine berechnete Entlassung handelt, gehe ich dorthin und treffe mich mit dem Plantagenbesitzer, um mit ihm zu reden, damit die Menschen ihren Job zurückbekommen.

Manchmal beschimpfen sie die Frauen und gerade habe ich zwei Fälle sexueller Belästigung. Und wissen Sie was: Der Plantagenbesitzer und der Vorarbeiter bestritten die Vorfälle. Eine Frau vertrieben sie von der Plantage und sie verlor ihre Arbeit, weil sie sich wegen sexueller Belästigung beschwert hatte.

Wir machen Protestmärsche, entweder gegen Zwangsräumungen oder als Reaktion auf Vergewaltigungsfälle auf den Plantagen, oder weil die Plantage verkauft wurde und der neue Besitzer die Angestellten nicht übernehmen wollte.“

„Während ihrer Menstruation benutzen Frauen die Büsche, um ihre Binden zu wechseln. Es ist gefährlich, in die Büsche zu gehen, weil überall Männer darum herum sind. Du hast Angst, vergewaltigt zu werden. Es ist unwürdig.“

Landarbeiterin auf einer Traubenplantage

Fehlende Toiletten und sanitäre Einrichtungen sind ebenfalls eine Form der Diskriminierung von Frauen. 48 Prozent der Befragten gaben an, dass sie keinen Zugang zu sanitären Anlagen haben. Die Frauen müssen sich während der Feldarbeit in den Büschen erleichtern und fühlen sich dabei von den Männern beobachtet.

STAATLICHE KONTROLLE UND NACHHALTIGKEITSINITIATIVEN

„Das Arbeitsministerium kommt zur Farm, aber nur zum Farmer; sie sprechen nie mit den Arbeiterinnen.“

Landarbeiterin auf einer Traubenplantage

Einer der Hauptgründe für die anhaltende Ausbeutung auf den Traubenplantagen ist eine mangelnde Umsetzung der nationalen Arbeitsgesetze. Laut Aussagen von Arbeiter/innen werden die Farmen nur unzureichend staatlich überprüft und die dort Beschäftigten in die Betriebsprüfungen nicht einbezogen.

Bisher haben auch freiwillige Nachhaltigkeitsinitiativen der einheimischen Industrie wie WIETA nicht zur Überwindung der Ausbeutung geführt. Zu kritisieren ist auch hier die mangelnde Einbeziehung der Arbeiterinnen. Nur 24 Prozent der befragten Arbeiterinnen kennen WIETA. Die Mehrheit der Arbeiterinnen wird also durch die Nachhaltigkeitsinitiative bei Betriebsprüfungen nicht befragt. Ohne eine angemessene Einbeziehung der Arbeiterinnen ist jedoch eine nachhaltige Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen nicht möglich.

Darüber hinaus sind sowohl staatliche Kontrolle als auch die im Rahmen der Nachhaltigkeitsinitiativen durchgeführten Audits keine ausreichenden Mittel, um die Arbeitsbedingungen langfristig zu verbessern. Die Befragung hat gezeigt, dass bei vielen Betriebsprüfungen betrogen wird und Arbeitgeber vorgeschriebene Maßnahmen wie etwa die Bereitstellung von Schutzkleidung und sanitären Anlagen oder die Markierung von Pestiziden nach ihrem Giftigkeitsgrad nur für die Zeit der Audits durchführen.

„Wenn die Inspektoren kommen, macht der Plantagenbesitzer alles sauber. Er stellt sogar Tische und Stühle für uns zum Mittagessen auf. Aber sobald die Inspektoren wieder verschwunden sind, sind Tische und Stühle auch weg. Das macht mich wütend. Wieso kann er das nicht die ganze Zeit machen?“

Landarbeiterin auf einer Farm, die für Lidl im Gebiet De Doorns Tafeltrauben anbaut

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Nach einer Reihe von Oxfam-Studien zur Produktion von Tropenfrüchten in verschiedenen Ländern Lateinamerikas zeigt die Untersuchung der südafrikanischen Wein- und Tafeltraubenlieferkette einmal mehr: Die Marktmacht und der Preisdruck der Supermarktketten haben eine verheerende Wirkung auf Importeure und Produzenten und damit letztendlich auf das schwächste Glied der Lieferkette, die Arbeiter/innen auf dem Feld und in der Verpackung.

Im vorliegenden Fall sind es insbesondere die Discounter, die mit ihrer steigenden Nachfrage nach Tankwein fallende Exportpreise begünstigen und dadurch Ausbeutungsstrukturen verstärken. Aber nicht nur die Ausfuhrpreise für südafrikanischen Wein nach Deutschland sind in den letzten zehn Jahren rapide gefallen, auch die Exportpreise für Weintrauben haben sich um zwei Drittel verringert. Hinzu kommen unlautere Handelspraktiken der Supermarktketten insgesamt, die mit der Forderung nach Listungsgebühren oder der Finanzierung von Werbeaktionen Kosten und Risiken auf Exporteure und Produzenten abwälzen. In der Folge mussten viele Produzenten den Weinanbau aufgeben. Doch während Weinproduzenten vielfach auf andere Produkte wie zum Beispiel Zitrusfrüchte umsteigen können, leiden Arbeiterinnen unter einem zunehmenden Trend zur Gelegenheits- und Saisonarbeit und müssen versuchen, ihre Familien auf diese Weise durchzubringen.

Was ist zu tun?

Weder die freiwilligen Nachhaltigkeitsstandards der Supermarktketten, wie GLOBALG.A.P.-GRASP, noch die Versuche der südafrikanischen Industrie mit der Initiative WIETA haben bisher zu einer Überwindung der fest verwurzelten Ausbeutungsstrukturen beigetragen. Zweifelhafte Audits und ausbleibende Verbesserungen auf den Plantagen zeugen davon. Einzig die Streiks in De Doorns und beim Exporteur Robertson Winery haben zu Erfolgen bei der Erhöhung des Mindestlohns geführt.

Darüber hinaus stellt sich angesichts der fortschreitenden Technisierung und Mechanisierung der Weinindustrie ohnehin die Frage nach den Zukunftsperspektiven der Arbeiterinnen. 20 Prozent der von PWC befragten Farmer gaben an, aufgrund höherer Produktivitätsraten und angesichts der Arbeiterunruhen vergangener Jahre zunehmend auf mechanische Landwirtschaft und den Einsatz von Technik umstellen zu wollen.⁴⁴

Die Antwort kann nur in einer gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten liegen: Die südafrikanische Regierung muss das nationale Arbeitsrecht effektiv umsetzen und gerade Frauen die Chance bieten, selbstbestimmt Berufe frei von Ausbeutung zu wählen. Gewerkschaften und Frauenorganisationen müssen die Rechte von Landarbeiterinnen angemessen vertreten können und sie dabei unterstützen, sich ihrer Rechte bewusst zu werden und diese zu verteidigen. Plantagenbesitzer/innen müssen die Arbeitsrechte ihrer Landarbeiterinnen achten. Und sowohl die deutsche Bundesregierung als auch deutsche Unternehmen müssen für faire Preise und faire Handelspraktiken sorgen, damit Menschenrechte in der Lieferkette geachtet und geschützt werden können.

IMPRESSUM



© Becker / Oxfam Deutschland

42 WFP-Bericht, S. 31

43 Human Rights Watch, op. cit.

44 PWC, *The South African wine industry insights survey 2015*, www.pwc.co.za/wine-insights-survey.

45 Vgl. detaillierte Forderungen im WFP-Bericht.

46 UN Guiding Principles for Business and Human Rights, www.ohchr.org/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR_EN.pdf.

47 Vgl. Rechtsgutachten, erstellt für Amnesty International, Brot für die Welt, Germanwatch, Oxfam Deutschland: *Verankerung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen im deutschen Recht*, 2016, www.oxfam.de/system/files/gutachten-sorgfaltspflichten-oxfam.pdf.

HERAUSGEBER

© Oxfam Deutschland e.V.
September 2017

Oxfam Deutschland e.V.
Am Kölnischen Park 1
10179 Berlin

Tel. +49 30 – 45 30 69-0
E-Mail info@oxfam.de
www.oxfam.de

V.I.S.D.P.

Marion Lieser

AUTOR/INNEN

Franziska Humbert
Lia Polotzek

REDAKTION

Julia Jahnz

GESTALTUNG

Judith Fehlau
Malte Herok [mlthrk.com]

TITELBILD

Oxfam Australia / WFP

HERSTELLUNG UND DRUCK

Oktoberdruck AG
Grenzgrabenstraße 4
13053 Berlin
Tel. +49 30 – 69 53 86-0



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Gefördert durch Engagement Global mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Oxfam Deutschland e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Weißer Wein in schwarzen Flaschen?

Black Economic Empowerment in der Weinerzeugung Südafrikas

Ursprünglich fast ausschließlich in der Hand afrikaanssprachiger Großgrundbesitzer und politisch ein Bollwerk der Apartheid, hat sich die südafrikanische Weinindustrie mittlerweile einer ziemlichen Transformation unterzogen. Die Verbesserung der Lebens- und Besitzverhältnisse der Landarbeiter/innen läßt allerdings noch zu wünschen übrig.

Von Severin Lenárt und Erwin Schweitzer.

a drette junge schwarze Damen und Herren, leger bis nobel gekleidet, prosteten einander mit Weingläsern zu und lächeln dabei fröhlich in die Kameras der Journalist/inn/en. Wir befinden uns auf einer Weinverkostung – nicht wie üblich in der Weinregion am Kap, sondern beim 2. Soweto-Weinfestival, dem ehemaligen Township in der Nähe der Millionenstadt Johannesburg. Soweto erlangte Mitte der 1970er Jahre durch den blutigen Ausgang der Proteste schwarzer Schüler/innen und Student/inn/en gegen die Apartheid-Bildungspolitik weltweit traurigen Ruhm. Symbolisch geladen wie kein anderer Ort in Südafrika, scheint es kein Zufall zu sein, daß Vertreter/innen der Weinindustrie gerade dort ihre Produkte präsentieren. So kann die Klientel des alkoholischen Genußmittels auf die neue schwarze Mittelschicht erweitert und gleichzeitig dem Rest der Welt ein frisches, positives Image einer mittlerweile auch schwarzen Weinindustrie vermittelt werden.

Seit dem Ende der Apartheid existieren Bestrebungen im Rahmen des sogenannten *Black Economic Em-*

powerment (BEE), die ungleichen ökonomischen Verhältnisse im Weinsektor zu Gunsten der bisher marginalisierten schwarzen Bevölkerung zu verändern. Aber hat sich die südafrikanische Weinindustrie seit 1994 tatsächlich so gewandelt, wie sie sich in Soweto präsentiert?

„In der Vergangenheit, als ich ‚schwarz‘ war, stellten die Weingüter ein Symbol des Reichtums einer ‚weißen‘ Minderheit in unserem Land dar. Ich konnte mich nie damit identifizieren“, erklärt Charles Erasmus, der Geschäftsführer der BEE-Organisation *South African Wine Industry Trust (SAWIT)*. Für ihn, wie für viele andere Schwarze, repräsentierte die südafrikanische Weinindustrie lange Zeit

das alte Südafrika, gekennzeichnet durch die Herrschaft einer weißen Minorität, die im Wohlstand lebte, über eine schwarze Mehrheit, die durch ihre Arbeitskraft unter prekären Lebensbedingungen diesen Reichtum ermöglichte.

d ie Geschichte des südafrikanischen Weinsektors reicht bis in die Anfänge der europäischen Kolonialisierung des Landes zurück. *„Heute, Gott sei gepriesen, wurde Wein das erste Mal aus Trauben des Kaps her-*



Nelson's Creek Farmhaus im Western Cape

gestellt“, soll Jan van Riebeeck, der damalige holländische Kolonieverwalter, am 2. Februar 1659 erklärt haben. Mit Hilfe der harten Feldarbeit von Sklav/inn/en erwies sich der Weinbau als bedeutender Wirtschaftszweig. Wein stellte zu Beginn des 19. Jahr-

hunderts sogar die wichtigste Exportware der europäischen Kolonie dar. In dieser wirtschaftlichen Blütezeit entstanden großteils auch die herrschaftlichen Prachtbauten im kapholländischen Baustil. Mit der offiziellen Abschaffung der Sklaverei im Jahr 1834



änderten sich die Arbeitsbedingungen der nunmehr „freien“ Farmarbeiter/innen nur geringfügig – und die Besitzverhältnisse von Land und Ressourcen zwischen Schwarzen und Weißen im Weinbau überhaupt nicht. Die Landarbeiter/innen blieben weiterhin in enormer sozialer und ökonomischer Abhängigkeit zu den weißen Winzern.

Ein besonders perfider Aspekt des Abhängigkeitsverhältnisses war das *Dop*-System. Als Teil ihres Lohnes erhielten die Arbeiter/innen dreimal täglich Wein und wurden damit systematisch in die Alkoholsucht getrieben. Trotz eines gesetzlichen Erlasses zum Verbot des *Dop*-Systems im Jahr 1961 setzten viele Farmer die Praxis der Entlohnung in Alkohol unvermindert fort. Auch wenn die südafrikanische Regierung und Nichtstaatliche Organisationen heute davon ausgehen, daß dieses System kaum mehr Anwendung findet, stellt der Alkoholismus mit seinen gesund-

Südafrika: Neue

Einen Fünf-Jahres-Plan gegen die HIV/Aids-Epidemie kündigte die südafrikanische Regierung anlässlich des Welt-Aids-Tages am 1. Dezember an. Die neue Strategie enthält signifikante neue Elemente und reagiert offensichtlich auf die weltweite Kritik am bisherigen Zögern Pretorias, den Kampf gegen Aids mit Priorität zu behandeln – trotz des Umstands, daß Südafrika zu den weltweit am meisten von der Seuche betroffenen Ländern zählt.

Besonders empfindlich sah sich die Regierung diesbezüglich von den scharfen Angriffen des Aids-Sondergesandten der UNO für Afrika, Stephen Lewis, getroffen, der im August vor der International AIDS-Konferenz in Toronto erklärt hatte, Südafrika „sei das einzige Land in Afrika, dessen Regierung sich noch immer abgestumpft, zögernd und ignorant hinsichtlich der medizinischen Behandlung gibt.“

Seit damals wurde Gesundheitsministerin Manto Tshabalala-Msimang innerhalb des Kabinetts mehr oder weniger kaltgestellt. Ihre Stellvertreterin, Nozizwe Madlala-Routledge, rückte in den Vordergrund und unterzog sich kürzlich selbst einem öffentlichkeitswirksamen Aidstest. Seitens der *Treatment Action Campaign*, Südafrikas wichtigster Lobby in Sachen HIV/Aids, wurden die Veränderungen in der Haltung der Regierung begrüßt.

Neben äußerem Druck dürften allerdings die massiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Epidemie Pretoria zum Einlenken veranlaßt haben. Ein Plan zur verstärkten Ausgabe von Medikamenten war zwar bereits im November 2003 veröffentlicht worden, hatte damals bei Staatspräsident Thabo Mbeki und seiner Gesundheitsministerin allerdings nur lauwarmer Aufnahme gefunden. Abgesehen von Mbekis Zweifeln an der Verursachung von Aids durch HIV waren offiziell meist finanzielle Gründe gegen die breite Ausgabe antiretroviraler Medikamente angegeben worden.

Botswana – dessen Aidspolitik international einen guten Ruf genießt – wendet immerhin sechs Prozent seines gesamten staatlichen Budgets für den Kampf gegen Aids auf; zusätzliche Mittel werden von ausländischen Finanzquellen (vor allem dem *US Presidential Emergency Plan For Aids Relief* sowie dem *Global Fund to fight AIDS, malaria and tuberculosis*) aufgebracht.

Aids-Strategie?

Einer neuen Analyse des *Bureau for Economic Research (BER)* der Universität Stellenbosch zufolge würden die volkswirtschaftlichen Vorteile eines breit angelegten Therapieprogramms die Kosten allerdings weit überwiegen. BER zufolge würde es dadurch möglich sein, in den Jahren 2010-2020 ein positives Wirtschaftswachstum bei einem merklich höheren Niveau des Bruttosozialprodukts als heute aufrechtzuerhalten.

Die BER-Studie ist die erste auf landesweiter Basis durchgeführte Analyse der ökonomischen Auswirkungen eines massiven antiretroviralen Therapie (ART)-Programms. Auf Basis der Annahme, daß etwa die Hälfte der Risikogruppe sich einer von der öffentlichen Hand angebotenen ART unterziehen würde, werden die volkswirtschaftlichen Ausfälle (z. B. durch Aids-bedingte Todesfälle von Arbeitskräften) für die Zeit zwischen 2010 und 2020 auf durchschnittlich bis zu 17 % geringer geschätzt als ohne Therapie.

Weiters wird angenommen, daß viele der fehlenden qualifizierten Arbeitskräfte durch niederqualifizierte Arbeitslose ersetzt werden könnten (was freilich ein ebenso massives Berufsbildungsprogramm voraussetzen würde, *Anm. d. Red.*).

Dem neuen Regierungsprogramm zufolge soll die Anzahl der HIV-Infektionen bis 2011 halbiert werden, vor allem in der Zielgruppe der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren. Bis zu 80 % der HIV-Positiven sollen antiretrovirale Medikamente erhalten. Die Anzahl der infizierten Menschen in Südafrika wird derzeit auf fünfeinhalb Millionen geschätzt.

Angaben des Gesundheitsministeriums zufolge beginnen monatlich etwa 11.000 Patienten zusätzlich mit der Therapie, seit September 2006 wurden mehr als zweihunderttausend Erwachsene und Kinder zusätzlich in das Programm einbezogen.

ART ist derzeit in 273 Spitälern und Kliniken im ganzen Land erhältlich. Die Anzahl derjenigen, die sich freiwillig einer Aidsberatung bzw. einem Aidstest unterziehen, hat sich in den vergangenen eineinhalb Jahren verdoppelt (1,7 Mio Menschen im Jahr 2005/06).

SouthScan

heitlichen sowie sozialen Folgen in Farmarbeiter/innen/gemeinschaften ein gravierendes Problem dar.

anfang des 20. Jahrhunderts änderten sich die Produktionsstrukturen der südafrikanischen Weinindustrie aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten grundlegend. Das Gros der Weinfarmer schloß sich im Jahr 1918 zur Genossenschaft *Koöperatieve Wijnbouwers Vereniging (KWV)* zusammen, um Pflanzungs- und Produktionsquoten zu regulieren und ihren Mitgliedern Mindestpreise zu bezahlen. Trotz strenger Regeln entstand so ein System der Massen- und Überproduktion. Die KWV war von Beginn an eng mit institutionalisierten und informellen Netzwerken der weißen Herrschaft verbunden. Sowohl die *South African Party* als auch später die *National Party* sorgten mit ihrer Gesetzgebung für die zentrale Stellung der KWV in der südafrikanischen Weinindustrie. Obwohl zu dieser Zeit die Apartheid noch nicht offiziell umgesetzt wurde, hatten sich im Weinsektor schon längst asymmetrische Wirtschaftsstrukturen etabliert, die durch eine absolute weiße Dominanz geprägt waren.

Durch den internationalen Boykott südafrikanischer Produkte während der Apartheid änderte sich die auf Quantität basierende Weinerzeugung nicht, jedoch initiierte die Weinindustrie die ersten systematischen Sozialreformen auf Weingütern. Um das schlechte Image Südafrikas aufgrund von mißlichen Arbeits- und Lebensstandards der Farmarbeiter/innen im Ausland zu verbessern und die Produktivität der Arbeiter/innen zu heben, entstand im Jahr 1982 die *Rural Foundation (RF)* mit dem Ziel der „sozialen Entwick-

Boykott initiierte Reformen

lung“ von Landarbeiter/innen/gemeinschaften. Die von der Apartheidregierung, Spender/innen aus Übersee und südafrikanischen Farmern finanzierte RF konnte in Bereichen der Gesundheit und der allgemeinen Lebensverhältnisse der Arbeiter/innen sowie in der Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmer/innen und Management kleine systemimmanente Erfolge erzielen. An den ungleichen Eigentumsverhältnissen änderte dies allerdings gar nichts.

Nach dem Ende der Apartheid im Jahr 1994 waren rund 87 Prozent der gesamten Fläche Südafrikas in weißem Besitz. Um diese Situation zu verändern, definierte die neue Regierung unter der Führung des ANC im *Reconstruction and Development Programme (RDP)* das ambitionierte Ziel, 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche innerhalb der ersten fünf Jahre umzuverteilen. Durch ein Drei-Säulen-Modell der Restitution, Redistribuition und Bodenrechtsreform sollten die historischen Ungerechtigkeiten zu Gunsten der ehemals diskriminierten Bevölkerungsgruppen transformiert werden. Das Kernstück dieses Reformprozesses

Drei Säulen-Modell der Landreform

stellt die Komponente der Redistribuition dar. Sie soll laut Ministerium für Landangelegenheiten „zur allgemeinen Sicherung der Existenzgrundlage und zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen“. Trotz einer Reihe von Gesetzen und Bestimmungen wurden jedoch bis 2004 nur drei Prozent der Fläche im Rahmen der Redistribuition umverteilt. Noch drastischer ist die Situation im Weinbau: Expert/innen gehen davon aus, daß der Anteil nicht-weißer Besitzer/innen am Weinland im Moment bei nur einem Prozent liegt.

Im Gegensatz zur schleppenden Landreform geht die marktwirtschaftliche Umstrukturierung in der Weinindustrie zügig voran. Die vormals



Kellereiarbeiter auf der Paul Cluver-Farm

durch die KVV rigide regulierten und international isolierten Weinerzeuger wandeln sich heute zu marktorientierten, wettbewerbsfähigen Akteur/innen im internationalen Weingeschäft – „von der ineffizienten Massen- zur rationalen Qualitätsproduktion“, lautet nun das neue Credo. Mittlerweile erzeugen südafrikanische Winzer/innen 3,1 Prozent des Gesamtvolumens des weltweiten Weins und sind damit an neunter Stelle der globalen Produktion.

Mit der politischen Wende wurde gleichzeitig eine Verbesserung der rechtlichen Situation von Farmarbeiter/innen initiiert. Während der Apartheid waren sie fast ausschließlich der absoluten Autorität des weißen Farmers unterstellt. Willkürlich konnte dieser Arbeiter/innen kündigen, von seinem Land vertreiben und sexistisch sowie rassistisch bei der Beschäftigung von Arbeitskräften vorgehen. Die Verabschiedung von zahlrei-

chen Gesetzen in den Bereichen des Sozial-, Arbeits- und Landrechts schränkt heute die Verfügungsgewalt von Winzer/innen erheblich ein. Das Spektrum der neuen Gesetzgebung umfaßt unter anderem Bestimmungen für minimale Arbeitsbedingungen (*Basic Conditions of Employment Act 1997*) und anti-diskriminierende Beschäftigung (*Employment Equity Act 1998*), Sicherheit vor Vertreibungen (*Extension of Security of Tenure Act 1997*) sowie die Festsetzung von Mindestlöhnen (*Promulgation of Minimum Wages 2003*). Trotz vieler Vorteile dieser Bestimmungen ist gerade die Situation von Frauen weiterhin äußerst prekär, da zum Beispiel ihre Bodennutzungsrechte noch immer über die Beziehung zu männlichen Partnern definiert werden. Verliert der Mann seinen Arbeitsplatz und muß deshalb die Farm verlassen, kann die Frau sowie die gesamte Familie vertrieben werden, auch wenn sie auf derselben Farm beschäftigt sind. Die rechtliche Situation bleibt in diesen Fällen unklar.

Aufgrund der zunehmenden Internationalisierung und der Einführung strengerer Arbeitsgesetze greifen Farmer/innen verstärkt auf die Rationalisierung und Auslagerung von Arbeitskraft zurück. Sukzessive ersetzen sie dauerhaft beschäftigte Arbeiter/innen, die auf den Weingütern leben, durch temporäre Saisonal- und Kontraktarbeiter/innen aus zumeist nahe gelegenen Townships. „Manchmal arbeite ich in einer Küche oder einem Restaurant, ich mache jeden Job, den ich bekomme“, erklärt Patricia Kwandebeler, eine nur tageweise auf Weinfarmen beschäftigte Landarbeiterin aus einem Township in der Nähe von Stellenbosch. So wie sie bestreiten viele temporäre Arbeiter/innen ihren Lebensunterhalt unter sehr prekären Umständen. Mit dem Rationalisie-

rungsprozeß geht der Trend zur „Feminisierung“ der Landarbeit einher, da die meisten befristeten Arbeiter/innen Frauen sind, welche Winzer/inne/n traditionell geringer entlohnen als Männer.

Parallel zum Strukturwandel des Weinsektors und der rechtlichen Transformation versuchen staatliche, privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteur/innen *Black Economic Empowerment (BEE)* auf einer breiten gesellschaftlichen Ebene umzusetzen. „Black“ in BEE steht für alle während der Apartheid diskriminierten und ausgebeuteten Bevölkerungsgruppen, also für jene Südafrikaner/innen, die früher gesetzlich als *Black (African)*, *Coloured* und *Indian* kategorisiert waren. Beispiele für BEE in der Weinindustrie sind Gewinnbeteiligungspläne, die Partizipation im Management, Sozial- und Ausbildungsprogramme für Arbeiter/innen und ihre Familien sowie Beteiligungen an Weinfarmen beziehungsweise Kellereien. Besonders erfolgreich erwies sich bisher BEE bei der Förderung schwarzer Südafrikaner/innen aus der Mittel- und Oberschicht, wie beispielsweise die Übertragung von 25,1 Prozent der Aktienanteile der mittlerweile exportorientierten KWV an das aus mehreren schwarzen Weinorganisationen bestehende *Phetogo*-Konsortium zeigt. Damit befindet sich ein Unternehmen, das lange Zeit die weiße Vorherrschaft in der südafrikanischen Weinindustrie symbolisierte, zu einem Viertel im Besitz von Schwarzen.

Verstärkt bemühen sich auch andere Weinbetriebe, Aktionäre aus ehemals benachteiligten Gruppen für ihre Firmen zu gewinnen. Eine im Auftrag der *South African Wine and Brandy Company (SAWB)* im Jahr 2004 durch-

geführte Befragung ergab, daß mittlerweile 6 beziehungsweise 22 Prozent der Beschäftigten im hohen und mittleren Management der privaten Weinkeller sowie der Genossenschaftskellereien schwarz sind. Diese Entwicklungen sind nicht nur auf den Idealismus der Farmer/innen und Kellerbesitzer/innen zurück zu führen, sondern vor allem auf den zunehmend stärkeren Druck der Regierung auf den Weinsektor.

Während *Black Economic Empowerment* bei der Begünstigung einer schwarzen Wirtschaftselite erfolgreich zu sein scheint, erweisen sich Initiativen, die marginalisierten Farmarbeiter/inne/n ermöglichen sollen, selbst Winzer/innen zu werden, als viel problematischer. Exemplarisch können drei Weingüter mit BEE-Projekten verdeutlichen, wie solche Maßnahmen bisher zur Verbesserung der ökonomischen Situation von Landarbeiter/inne/n implementiert wurden: Der Eigentümer der Weinfarm *Nelson's Creek* ermöglichte im Jahr 1997 – als einer der ersten Farmer in ganz Südafrika – 16 Familien aus seiner Arbeiter/innen/schaft die Gründung des Partizipationsprojektes *New Beginnings*. Er übertrug ihnen rund 13 Hektar Land,

wobei sie den offiziellen Landtitel erst im Jahr 2006 erhielten. Das Weingut *Sonop*, das seit 1998 im Besitz eines Schweizer Investors und Weingroßhändlers ist, hat mit dem

Kauf der Farm in Windmeul/Paarl das Projekt *Winds of Change* initiiert und viel Augenmerk auf die Ausbildung der Farmarbeiter/innen gelegt, sodaß mittlerweile einige von ihnen den Umstieg von der Feldarbeit ins untere und mittlere Management geschafft haben. *Thandi*, das dritte Beispiel, ist ein Empowerment-Projekt der Weinfarm

Paul Cluver in der Nähe von Grabouw an der Fernstraße von Kapstadt nach Durban. Im Gegensatz zu den beiden anderen Initiativen befindet sich diese Genossenschaft auf einem räumlich vollständig vom „Mutterbetrieb“ getrennten Grundstück und wirkt vielleicht auch deshalb auf den ersten Blick als das eigenständigste Projekt.

Allen drei BEE-Initiativen fehlt es an Kapital und den grundlegendsten Produktionsmitteln wie Traktoren, Weinpressen und Wasserspeichern. Um eine effiziente agrarische Nutzung der Weinberge zu gewährleisten, bedarf es, neben finanziellen und technischen Ressourcen, auch viel körperlicher Arbeitskraft. Diese muß jedoch meist von außen zugekauft werden, da die Genossenschaftsmitglieder selber weiterhin als Farmarbeiter/in-

Arbeiter wenig beteiligt

Schwarze Aktionäre dringen vor



In der Abfüllung der Paul Cluver-Farm

nen oder Büroangestellte beschäftigt sind, um ihre laufenden Kosten zu bestreiten. Somit sind es vor allem Tagelöhner/innen und Saisonarbeiter/innen, die zu den wichtigsten Arbeitszeiten im Frühling und im Herbst aus den nahe gelegenen Townships auf den Weingütern der Empowerment-Projekte arbeiten. Auch auf der Ebene von Marketing, Werbung und Vertrieb bleiben die Initiativen kaum mehr als ein zweites Label der weißen

Farm, wie vor allem die Internetauftritte von *Nelson's Creek/New Beginnings* und *Sonop/Winds of Change* klar zeigen.

Diese drei Beispiele veranschaulichen, wie eine immer größere Anzahl an Farmarbeiter/innen durch Black Economic Empowerment zwar zu



Demonstration der Weinarbeiter in Stellenbosch

Landbesitzer/innen wird, aber sie gleichzeitig auch lohnabhängige Landarbeiter/innen bleiben – das heißt in ein doppeltes Abhängigkeitsverhältnis zur Firma versetzt werden.

Firmenmitbeteiligungen oder auch Weingüter in Hand von schwarzen Winzer/innen sind laut der *Black Association of the Wine and Spirit Industry (BAWSI)* weiterhin Ausnahmen. Im Jahr 2005 waren nur 20 von 4.435 Weingütern im Besitz ehemals benachteiligter Personen. Diese Situation könnte sich in naher Zukunft jedoch radikal ändern: Durch die Verfassung einer Wein-Charter und die Gründung einer neuen Vertretung der Weinindustrie, dem *South African Wine Council (SAWIC)*, wurde im Sommer 2006 ein Meilenstein im BEE-Prozeß erreicht. Sobald die Wein-Charter in Kraft tritt, werden Unternehmen im Weinsektor durch ein Punktesystem bewertet und gegebenenfalls sanktioniert. In der Praxis kann dies den Verlust von Regierungsaufträgen oder der

Exportlizenz bedeuten. Damit könnte sich die Wein-Charter zu einem entscheidenden Werkzeug bei der Umsetzung von Black Economic Empowerment entwickeln. Aber auch der SAWIC hätte das Potential, die ökonomische Transformation in der Weinindustrie zu fördern, da das erste Mal in der Geschichte Südafrikas nicht nur die Privatwirtschaft und die Regierung, sondern auch nichtstaatliche Organisationen und Gewerkschafter/innen über die Richtung der Weinbranche bestimmen können. Durch das Einbeziehen der Zivilgesellschaft will die Weinindustrie den florierenden Wirtschaftszweig in eine sozioökonomisch nachhaltige Zukunft führen. Diese Entwicklungen verleiten Charles Erasmus, den Geschäftsführer von SAWIT, zu folgendem Kommentar: „*Wir fühlen uns jetzt als Teil der Industrie. Wir blicken auf die Weinberge, wir trinken den Wein und sagen: ‚Er gehört uns, er gehört Südafrika, er gehört uns allen.‘ Er ist kein weißes Produkt, er ist kein schwarzes Produkt, er gehört allen.*“

Während man dem südafrikanischen Weinsektor auf der politischen und rechtlichen Ebene eine gelungene Transformation zu Gunsten bisher diskriminierter Bevölkerungsgruppen bescheinigen kann, blieb ein breiter sozialer und wirtschaftlicher

Weinadressen im Internet:

Nelson's Creek/New Beginnings:
<http://www.nelsonscreek.co.za>

Sonop und Winds of Change:
<http://www.african-terroir.co.za>

Paul Cluver und Thandi:
<http://www.cluver.com>
<http://www.thandi.com>

South African Wine Industry Trust:
<http://www.sawit.co.za>

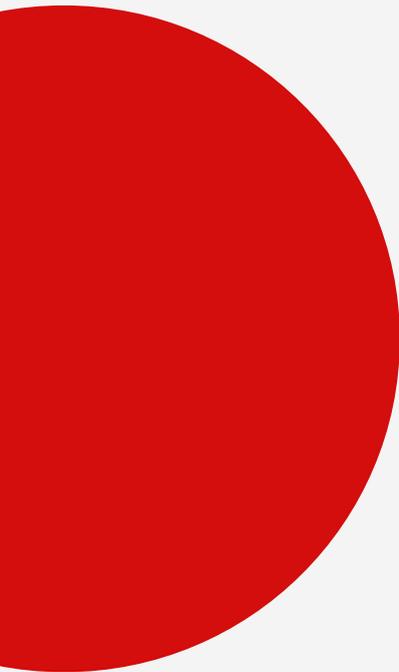
Wandel bisher weitgehend aus. Gerade die prekäre Lebens- und Arbeitssituation von Farmarbeiter/innen und die sich verändernden Beschäftigungsverhältnisse lassen einen raschen Wandel der ökonomischen und sozialen Ungleichheiten unwahrscheinlich erscheinen. Jedoch besteht die Chance, daß durch die Implementierung der Wein-Charter und die Arbeit des *South African Wine Council* Dynamiken entstehen, welche die Transformation beschleunigen sowie vertiefen und uns ermöglichen, südafrikanischen Wein zu trinken, von dessen Konsum auch die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung profitieren kann.

Alltag im Apartheid-Regime

Der diesjährige Photographiepreis der schwedischen Hasselblad-Stiftung ist Ende November in Göteborg an den Südafrikaner David Goldblatt verliehen worden. Die mit 53.000 Euro dotierte Auszeichnung gilt als eine der weltweit wichtigsten für Photographen.

In der Begründung der Jury hieß es, Goldblatts Arbeit sei geprägt durch „die lebenslange Beobachtung sozialer und politischer Entwicklungen in der südafrikanischen Gesellschaft“.

Der 1930 geborene und in Johannesburg lebende Goldblatt hat seit den siebziger Jahren vor allem den Alltag in seiner bis Anfang der neunziger Jahre vom Apartheid-System geprägten Heimat festgehalten.



THEMENSCHWERPUNKT:
RESSOURCENABBAU
UND PLATIN

Marikana für EinsteigerInnen

Oder: Was hat mein Auto mit dem Massaker von Marikana zu tun?

„Ich war gerade bei meinem Mann in Rustenburg, als die Arbeiter anfangen, für höhere Löhne zu streiken; sie forderten 12.500 Rand im Monat. Er sagte mir, sie hätten das Recht, für Lohnerhöhungen zu streiken, damit ihre Familien mit dem Nötigsten versorgt sind. Dann kam der 16. August 2012, und damit begann all mein Leid. Nie werde ich diesen Tag vergessen. Der Schmerz sitzt tief und brennt und will einfach nicht vergehen. Beim Abschied sagte er, sie gingen zu einem Treffen mit der Gewerkschaft und er hoffe, bei diesem Treffen zu erfahren, ob die Gewerkschaft sich mit [dem Platinminenbetrieb] Lonmin geeinigt hatte, ob sie am nächsten Tag wieder arbeiten könnten und wie viel mehr man ihnen bezahlen würde. (...) Auf meinem Bild habe ich auf der einen Seite die Polizisten gemalt, die meinen Mann erschossen haben. Er lag zwischen all den anderen, die auch erschossen wurden. Während ich die vielen Toten und all das vergossene Blut malte, fragte ich mich: Warum hat man unseren Liebsten das angetan?“

Agnes Makopane Thelejane



Wochenlang streiken 2012 die Minenarbeiter der Platinmine von Lonmin, der in London notierten Minengesellschaft, für bessere Löhne und akzeptable Lebensbedingungen. Die meist unter Tage arbeitenden Streikenden, die mit Bohrhammern die Steine wegklopfen und daher Rock Driller genannt werden, verdienen zu der Zeit 4000 Rand (400 €). Sie wollen mindestens 12500 Rand aushandeln, doch ihre Gewerkschaft, die NUM, weigert sich, in den Arbeitskampf zu ziehen. Das hält die Arbeiter nicht davon ab zu streiken. Ihre Lebensbedingungen in den Unterkünften an der Mine rund 100 km nordwestlich von Johannesburg sind nicht mehr zu ertragen: Seit Jahren verspricht die Betreibergesellschaft Lonmin in ihren Hochglanzbroschüren, Häuser für die Arbeiter und ihre Familien zu bauen. Doch von den angekündigten 5500 sind gerade mal drei verwirklicht worden!! Und die anhaltende Luftverschmutzung zerstört die Gesundheit der Arbeiter und ihrer Familien dauerhaft. „Nur 20 Prozent der Dividende, die Lonmin während der Jahre 2007 und 2008 auszahlte, hätten leicht dazu

ausgereicht, die versprochenen 5.500 Häuser zu bauen. Während dieser Jahre des rasch steigenden Platinpreises und der hohen Profite hätten alle gesetzlich geregelten, sozialen Verpflichtungen eingehalten und verwirklicht werden können – die adäquate Versorgung der ArbeiterInnen mit Wohnmöglichkeiten, fließend Wasser, Kanalisation, Müllabfuhr, Schulen, Infrastruktur. Das Unternehmen versagte dabei vollkommen. Im Zeitraum zwischen 2007 und 2011, als Lonmin meinte, sie können sich die Hausprojekte nicht leisten, zahlte das Management 607 Millionen Dollar an Dividenden aus, und weitere 160 Millionen Dollar an eine Tochtergesellschaft mit Sitz auf den Bermuda Inseln. Während die Platinindustrie boomte, ließen sie die ArbeiterInnen vor Ort im Stich,“ schreibt der Journalist Greg Marinovich. (Aus: Greg Marinovich, Murder at small Koppje. Penguin 2016.)

Die Minenarbeiter wollen das nicht länger hinnehmen und beginnen sich zu organisieren. Doch das Management von Lonmin weigert sich, sie

anzuhören, in einigen Medien werden sie als wild Streikende diffamiert und ihre eigene Gewerkschaft distanziert sich von ihnen. Die Arbeiter ziehen sich auf einen der umliegenden Steinhügel zurück, der einzige Ort in der Umgebung, der nicht zur Mine gehört. Dort harren sie aus und versuchen unermüdlich, das Management an den Verhandlungstisch zu bekommen. Im Laufe der nächsten Tage kommen unter zum Teil ungeklärten Umständen bereits zehn Menschen ums Leben. Die Situation wird immer aufgeheizter. Die Polizei fordert sie immer wieder auf, nach Hause zu gehen und vor allem ihre „Waffen“ – Holzstöcke und Macheten – abzugeben. Inzwischen haben sich Arbeiter aus einer benachbarten Mine angeschlossen und mit ihnen auch die jüngere Minengewerkschaft AMCU. Ihr Generalsekretär, Joseph Mathunjwa, setzt sich für die Arbeiter ein, erwirkt eine Abmachung und kann die Streikenden dazu bewegen, am nächsten Morgen den Hügel zu verlassen mit dem Versprechen, dass das Management sich mit ihnen zusammen setzen wird.

Doch hinter den Kulissen ist bereits anders entschieden worden, wie später die Untersuchungskommission herausarbeiten wird: Das Management

von Lonmin – zu dem auch der Vizepräsident des ANC, Cyril Ramaphosa gehört, die südafrikanische Regierung und die Polizei haben sich darauf verständigt, unter allen Umständen den Streik aufzulösen. Dies endet blutig: Am 16. August 2012 wurden 34 Minenarbeiter in Marikana von der Polizei erschossen, weitere 78 zum Teil schwer verletzt. 270 Bergleute werden unter Mordanklage gestellt, da sie mit ihrem Streik die Polizeigewalt hervorgerufen hätten.

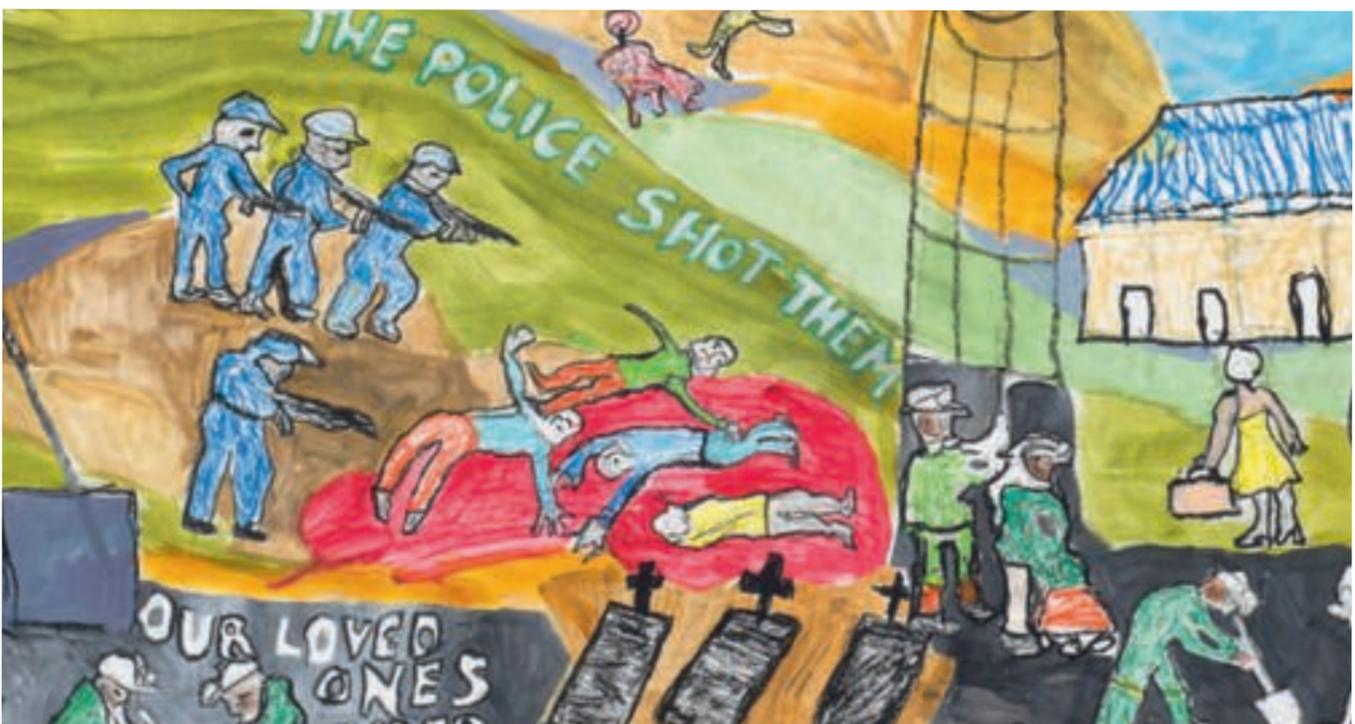
34 Familien haben keinen Ernährer mehr, 34 Frauen sind Witwen geworden. Viele von den verletzten Arbeitern sind arbeitsunfähig, ihre Familien mittellos.

Für Südafrika ist dies ein schwerer Schlag. Noch nicht mal 20 Jahre nach den ersten demokratischen Wahlen lässt die neue, ANC-geführte Regierung auf Arbeiter schießen. Eine Schockwelle geht durch das Land, vergleichbar nur mit Sharpeville 1960 und dem Soweto-Aufstand von 1976. Beide Massaker hatte das Apartheid-Regime zu verantworten. Die nationalen und internationalen Reaktionen veranlassen Präsident Jacob Zuma, eine Untersuchungskommission unter Führung des pensionierten Obersten Richters

Ian Farlam einzuberufen. Sie soll innerhalb von 2 Monaten die Umstände, die zum Massaker führten, klären. Aus zwei Monaten werden zweieinhalb Jahre und erst aufgrund des erneuten öffentlichen Drucks erklärt sich Zuma bereit, die Ergebnisse zu veröffentlichen. Da bereits viele Debatten der Untersuchungskommission in die Medien gelangt waren, bleibt das Ergebnis und die Schuldzuweisung, die die Kommission erteilt, weit hinter den Erwartungen der Menschen zurück. Immerhin ist nun die Mitschuld der Minengesellschaft Lonmin am Streik und somit am Massaker aufgrund ihrer Verweigerung, die Situation der Arbeiter ernst zu nehmen und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern, benannt.

Was hat das mit uns zu tun?

Der Chemiekonzern BASF mit Sitz in Ludwigshafen ist Hauptkunde von Lonmin. Als solcher kauft BASF jährlich für rund 600 Millionen Euro Platin und verwandte Edelmetalle unter anderem für die Katalysatorenproduktion ein. BASF steht seit 30 Jahren mit Lonmin in einer engen Geschäftsbeziehung. Als deutsches Vorzeigeunternehmen und Gründungsmitglied des





UN Global Compact gibt sich BASF als internationaler Vorreiter in Sachen Lieferkettenverantwortung und der Definition von Nachhaltigkeitsstandards, die angeblich über gesetzliche Verpflichtungen hinausreichen. BASF verspricht Grundsätze für ein verantwortliches Handeln – z.B. Menschenrechte, Arbeitsnormen, soziale Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit – auch von seinen Lieferanten einzufordern.

Tatsache aber ist, dass BASF erst auf Drängen von Bischof Jo Seoka im April 2015 eine Stellungnahme zum Massaker von Marikana und der eigenen Verantwortung abgegeben hat. Auf Einladung einer internationalen Solidaritätskampagne hatte der anglikanische Bischof Seoka auf der Aktionärsversammlung von BASF in Mannheim diese Lieferkettenverantwortung zum Thema gemacht. Um seine Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren, sollte BASF seine Verantwortung als Hauptabnehmer von Lonmin beim Wort nehmen und Letzteren tatkräftig und finanziell bei Reparationszahlungen an die Familien der im August 2012 getöteten Menschen unterstützen und sich an nachhaltigen Verbesserungen der Infrastruktur vor Ort beteiligen. Damaliger Kommentar des BASF-Vorstands: „Die Verfehlungen Lonmins sind aus der Distanz schwer zu beurteilen“.

Plough back the fruits

Mit diesem Einstieg in die deutsche Debatte nahm die Kampagne zur Unterstützung der Minenarbeiter und der Hinterbliebenen Fahrt auf. Für die BASF-Hauptversammlung 2016 wurde eine größere Delegation zusammengestellt, die in Österreich, der Schweiz, Berlin und Mannheim über die Verbindung zwischen Rohstoffhandel, Menschenrechtsverletzungen und unsere politische und soziale Verantwortung aufklären wollte. Mit dabei waren zwei Vertreterinnen der Khulumani Support Group, ein Zusammenschluss von Opfern und Überlebenden von Apartheidverbrechen, die sich mit Traumaworkshops um die Hinterbliebenen gekümmert hatten, zwei Vertre-

terinnen der Witwen von Marikana sowie wieder Bischof Seoka.

Die Witwen hatten in ihren Workshops mit Khulumani auf großen Leinwänden ihr Leiden und Leben dargestellt. Mit diesen Bildern hatte die KASA bereits eine Wanderausstellung konzipiert. Jetzt waren die Originale in Wien zu sehen und die Ausstellungseröffnung bildete den Startpunkt der groß angelegten Kampagne. Einer der Höhepunkte war ein Fernsehbeitrag im ARD-Magazin Panorama am Vorabend der Hauptversammlung.

Vorhersehbar enttäuschend war die – dieses Mal besser vorbereitete – Reaktion des BASF-Vorstands und Aufsichtsrats auf die Reden sowohl des

„Wir sind heute hierhergekommen um mit Ihnen zu sprechen und Ihnen davon zu erzählen was am anderen Ende Ihrer Lieferkette passiert. Wir fragen Sie, was sie unternehmen werden, dass Lonmin die weiterhin offenen Probleme, die zu dem Streik vor vier Jahren führten, endlich entschieden angeht: Weiterhin werden Löhne bezahlt, die Familien unter dem Existenzminimum vegetieren lassen. Weiterhin lebt die Mehrheit der ArbeiterInnen und ihrer Familien in Slums. In Ihren letzten Statements sind all diese Fragen nicht behandelt. Und solange diese Fragen nicht beantwortet sind, kann es keine Lösung geben. Wir sagen: Plough back the fruits! Geben Sie uns unsere legitimen Anteile am Reichtum zurück!“

Auszug aus der Rede von Ntombizolile Mosebetsane und Agnes Makopano Thelejane während der AGM von BASF 2016

Bischofs als auch der Witwen: „Wir leisten unseren Beitrag, indem wir ein guter Partner sind für Lonmin, indem wir sicherstellen, dass Lonmin unseren Ansprüchen künftig auch weiterhin gerecht werden kann.“

Die Kampagne forderte vom Bilanzgewinn acht Millionen Euro abzuziehen und die Dividende entsprechend zu kürzen. Diese Summe soll dann in einen Hilfsfonds fließen, der die Hinterbliebenen in ihrer akuten finanziellen Not unterstützt.

Was hat sich verändert?

Auch wenn BASF es nicht öffentlich zugibt, scheinen sie den Druck auf Lonmin erhöht zu haben. Die Häuser sind aber immer noch nicht gebaut, das Trinkwasser ist nicht besser geworden und die Luft ebenfalls nicht. Es ist auch nicht sichtbar, dass hieran gearbeitet werden würde.

Die Witwen haben inzwischen Arbeit in der Mine von Lonmin erhalten, oft sogar unter Tage wie ihre Männer. Doch das ist ein Hohn: die Witwe muss für ihre Witwenrente beim Arbeitgeber ihres Mannes arbeiten? Ihre Häuser sind verwaist, denn auch die Kinder sind im Internat. Die Familien haben keine Heimat mehr und ein Familienleben ist nicht mehr möglich. Nach wie vor sind die Mordanklagen gegen die Minenarbeiter anhängig. Die Justiz berief sich dabei auf ein

Gesetz aus der Zeit der Apartheid, dem zufolge bei einer Schießerei unter Beteiligung der Polizei alle vor Ort festgenommenen Menschen angeklagt werden. Die Anklagen wurde 2012 ausgesetzt, die Arbeiter aus der Haft entlassen, aber bisher gibt es noch keine endgültige Entscheidung.

Wie geht es weiter?

Auch 2017 wird wieder eine Delegation aus Südafrika auf der Hauptversammlung von BASF auftreten. Vorher soll das Gespräch mit Parlamentariern und Gewerkschaften gesucht werden. Denn neben einer internationalen Solidarität mit den Arbeitern und ihren Familien, ist nur durch einen erhöhten Druck aus diesem Spektrum mit längst überfälligen gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die Lieferkettenverantwortung zu rechnen. Am Beispiel von BASF sieht man es sehr deutlich: Eine freiwillige Lieferkettenverantwortung verbessert vielleicht das Image transnationaler Unternehmen, nicht jedoch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter im Globalen Süden. Die Deutschen Gesetzgeber sind aufgefordert, die Freiwilligkeit und damit Unverbindlichkeit der Lieferkettenverantwortung zugunsten gesetzlicher Standards aufzugeben und diese entsprechend zu implementieren, um deutsche Unternehmen zu zwingen, sich auch im Ausland an menschenrechtliche Standards zu halten.

Bild: Witwen von Marikana, Februar 2016

Herausgegeben von:
 KASA – Kirchliche Arbeitsstelle
 Südliches Afrika
 Simone Knapp
 Im WeltHaus Heidelberg
 Willy-Brandt-Platz 5
 69115 Heidelberg
 Telefon: (06221) 4 33 36-16
 Telefax: (06221) 4 33 36-29
 E-Mail: kasa@woek.de
 www.kasa.de
 www.basflonmin.de

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL
 im Auftrag des BMZ



STRATEGIEN IMPERIALER ROHSTOFFSICHERUNG IN DER EU-POLITIK

Boniface Mabanza

Das Jahr 2017 wurde in Deutschland zum »Afrika-Jahr« erklärt. Im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft setzte die Bundesregierung einen medienwirksamen Schwerpunkt und reagierte damit auf die durch die neuen Migrationsbewegungen entstandenen Herausforderungen. Genauer gesagt wurden von drei Bundesministerien unterschiedliche, miteinander konkurrierende Konzepte erarbeitet. Sie tragen die bezeichnenden Namen *Compact with Africa* (Bundesministerium für Finanzen), *Marshallplan mit Afrika* (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und *Pro! Afrika* (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie). Bei aller Unterschiedlichkeit in ihren Nuancen »entdeckt« jedes dieser drei Konzepte – genauso wie ihr europäisches Pendant, der *External Investment Plan* – Afrika als »Kontinent der Zukunft«, als »Chancenkontinent«, für den es gilt, Privatinvestitionen zu mobilisieren.

Alte Macht – neues Spiel

Europa, selbst einer der rohstoffärmsten Kontinente der Welt, weist einen hohen Rohstoffverbrauch auf.¹ Pro Kopf werden in den Ländern der Europäischen Union etwa dreimal so viele Ressourcen verbraucht wie in Asien und viermal mehr als in Afrika. Vor allem die europäische Industrie ist auf Rohstoffe – und den sicheren und kontrollierbaren Zugang zu ihnen – angewiesen. Während der Kolonialzeit war der direkte Zugang garantiert, wenn auch die Kolonisatoren zuweilen untereinander im Wettbewerb standen. Die *Berliner Konferenz* von 1884/85² regelte diese Konflikte und legitimierte die Ausbeutung der zu Kolonien reduzierten Territorien. »Kolonisation«, wie der Staatssekretär des deutschen Reichskolonialamtes sie 1907 definierte, »heißt die Nutzbarmachung des Bodens, seiner Schätze, der Flora, der Fauna und vor allem der Menschen zugunsten der Wirtschaft der kolonisierenden Nation, und diese ist dafür der Gegengabe ihrer höheren Kultur, ihrer sittlichen Begriffe, ihrer besseren Methoden verpflichtet.«³

Mit dem Ende der Kolonisation und der formellen Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten wurde es für die Industrienationen notwendig, Mechanismen zu entwickeln, die nach dem Verlust der direkten Kontrolle der politischen Sphäre den Zugriff auf die weiterhin benötigten Ressourcen gewährleisten konnten.

Die Kontinuitäten des imperialen Zugriffs auf die Ressourcen der ehemaligen Kolonien und auch die neuen Kämpfe um Rohstoffzugänge reproduzieren alte koloniale Muster. Die Konstruktion des »Anderen« ist bis heute wirksam: als unzivilisiertes, auf die Arbeitskraft reduziertes Subjekt in der Kolonialzeit, als unerfahrenes und formbares politisches Subjekt auf dem Weg in die vermeintliche Unabhängigkeit, als abhängiger Empfänger von Entwicklungshilfe und auch als scheinbar ebenbürtiger Verhandlungspartner in internationalen Gremien. Die Narrative sind wandelbar – die aus ihnen resultierenden Machtbeziehungen und politischen Strukturen sowie die ökonomische Dominanz sind bis heute erschreckend stabil. Gemeinsam artikulierte Kritik afrikanischer Staaten entsteht nur langsam und punktuell. So trat die Afrika-Gruppe beispielsweise auf der Konferenz der Welthandelsorganisation WTO in Buenos Aires im Dezember 2017 als Einheit auf, um so der Teile-und-herrsche-Strategie zu entkommen. Der Gruppe gelang es zwar, geschlossen ihre Kritik an einer Handelsarchitektur zu formulieren, die den Globalen Norden auf Kosten des Globalen Südens begünstigt, die Überwindung des jahrhundertalten Machtungleichgewichts scheint jedoch noch weit entfernt.

¹ Vgl. Europäische Sicherheitsstrategie (ESS, 2003): Die EU folgt in ihren strategischen Vorstellungen den USA, sowohl in ihrem Anspruch, weltweit und »vorbeugend« einzugreifen, als auch in ihrer Betonung der Energiefrage. »Die Energieabhängigkeit gibt Europa in besonderem Maß Anlass zur Besorgnis. Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteur der Welt. Unser derzeitiger Energieverbrauch wird zu 50 Prozent durch Einfuhren gedeckt. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil Prozent erreicht haben.« Online verfügbar.

² Vgl. Hans Christoph Buch: *Apokalypse Afrika oder Schiffbruch mit Zuschauern*. Frankfurt a. M. 2011. S. 114f.

³ Zit. nach Henning Melber: *Der Weißheit letzter Schluss. Rassismus und kolonialer Blick*. Frankfurt a. M. 1992. S. 41.

Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und des IWF

Eine ganze Reihe afrikanischer Länder strebten nach der politischen Unabhängigkeit auch ökonomische Reformen an, allerdings gingen deren Bemühungen nicht weit genug. Das lag zum Teil daran, dass die neu entstandenen Staaten nicht tatsächlich in die Unabhängigkeit entlassen wurden. Die vormals staatlichen Minen oder Plantagen der Kolonialmächte wurden oft einfach auf privatwirtschaftliche Akteure der ehemaligen Kolonialmächte überschrieben. Und diese wollten und konnten den Abbruch der privilegierten Beziehungen nicht zulassen, auch weil die koloniale Arbeitsteilung dafür gesorgt hatte, dass in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Portugal und weiteren Ländern verarbeitende Industrien für Kupfer, Kakao und andere Rohstoffe entstanden waren – und diese Rohstoffe waren nur in den Kolonien zu finden.

Ende der 1970er-Jahre wurden die *Strukturanpassungsprogramme* (SAP) der Weltbank und des IWF⁴ entwickelt. Sie wurden als »Entschuldungsprogramme« der adressierten Staaten vorgestellt. Um Kredite der Weltbank bekommen zu können, wurden den Staaten individuell zugeschnittene Programme zur Armutsbekämpfung und zum wirtschaftlichen Wachstum auferlegt, die weitgehende Eingriffe in die Staatshaushalte mit sich brachten und die Souveränitätsrechte weiter einschränkten. Hierzu gehörten neben Subventionsabbau und Haushaltsdisziplin auch Devisenverkehrsbeschränkungen sowie die Privatisierung von Staatsbetrieben. Vertreter von Weltbank und IWF schalteten sich direkt in die mit den SAPs verbundenen Haushaltsreformen ein und regulierten darüber nicht nur Industrie und Finanzwirtschaft, sondern etwa auch Belange der Landwirtschaft, der Gesundheit und der Bildung.

Diese fiskalischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die von IWF und Weltbank geradezu durchgeboxt wurden,⁵ führten dazu, dass die durch die Hinterlassenschaften der Kolonialzeit bereits fremdbestimmten Staaten bzw. ihre politischen Institutionen derart »verschlankt« wurden, dass sie im eigenen Land fast bedeutungslos wurden. Dies alles geschah im Geiste neoliberaler Ideologie, der zufolge die schöpferischen Kräfte des Marktes von den Fängen der staatlichen Regulierung und Bürokratisierung befreit werden sollten. Mit den so geschwächten Staaten verhandelten nun transnationale Konzerne. Letztere konnten sich im Rahmen einer noch nie dagewesenen Privatisierungswelle in den 1990er-Jahren die wertvollsten Konzessionen der rohstoffreichen afrikanischen Länder zu absurd geringen Preisen sichern.

⁴ Der US-Ökonom John Williamson prägte den Begriff »Washington-Konsens« für die Strukturanpassungspolitik, die sowohl Weltbank und IWF als auch die US-Regierung durchsetzten.

⁵ Zu den Maßnahmen, die im Rahmen der Strukturanpassungspolitik durchgesetzt wurden, gehören: die Senkung der Staatsausgaben und der Steuersätze, die Schaffung von Anreizen für die Anziehung ausländischer Investitionen, die Liberalisierung des Handels durch Senkung von Zöllen und Abschaffung von Importbeschränkungen, die Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Einrichtungen sowie die Stärkung der Eigentumsrechte.

Der Triumphzug des neoliberalen Geistes setzte sich auch in der ersten Phase der politischen Umformung Südafrikas nach der formellen Überwindung der Apartheid fort. Das Land sah sich einem doppelten Druck ausgesetzt: Zum einen musste mit dem alten Regime unter Beteiligung der wichtigsten westlichen Länder ein Kompromiss ausgehandelt werden, um die politische Apartheid zu beenden, ohne die Privilegien der *weißen* Minderheit zu gefährden. Zum anderen machten die internationalen Finanzinstitutionen Druck, die Wirtschaft zu liberalisieren, um den Zugriff auf die südafrikanische Ökonomie, die in der letzten Phase der Selbstisolation des Apartheidregimes ins Stocken geraten war, wieder zu verstärken und von Südafrika aus über den ganzen Kontinent zu erweitern.

Als der sogenannte Rohstoffboom⁶ zu Beginn der Jahrtausendwende einsetzte, konnten die meisten afrikanischen Regierungen davon verhältnismäßig wenig profitieren, zumal sie gezwungen waren, untereinander zu konkurrieren. Die Bedingungen, die die meisten afrikanischen Regierungen den transnationalen Konzernen eingeräumt hatten, waren oftmals so außerordentlich großzügig, dass ihr eigener Gewinnanteil sehr niedrig ausfiel. Jörg Goldberg brachte die Misere 2007 auf den Punkt: »[D]ie afrikanischen Regierungen [waren] kurz vor Beginn des Rohstoffbooms zum Jahrhundertwechsel in einer besonders ungünstigen Verhandlungsposition [...]. Die Privatisierungsaufgaben der SAPs hatten die Verschleuderung des Staatseigentums erzwungen; günstige Investitionsbedingungen, großzügige Steuerregelungen und billige Konzessionen sollten ausländisches Kapital anlocken. Vielfach wurden ausländischen Investoren langjährige *Steuerferien* (»tax holidays«) eingeräumt.«⁷

Viele Länder ließen sich auf das Diktat der internationalen Finanzinstitutionen ein, da sie sich Wirtschaftswachstum und somit positive Effekte auf die lokalen Arbeitsmärkte und die Konsolidierung staatlicher Finanzen versprachen.

Es zeigte sich jedoch, dass der ökonomische Nutzen der *Strukturanpassungsprogramme* in den meisten Ländern bescheiden blieb, während die soziale Bilanz bestenfalls stagnierte und die ökologischen Auswirkungen oft verheerend waren. Dazu kommt eine lange Liste von Projekten, die entwicklungspolitisch als »weiße Elefanten« bekannt sind. Es handelt sich um jene Prestigegroßprojekte wie der Inga-Staudamm im Kongo, die große Summen kosteten und somit den Weg in die Zuspitzung der Verschuldung pflasterten.

Der Inga-Staudamm wurde in Westkongo gebaut, um die Minenregion im Südwesten zu versorgen. Dafür wurde der Bau einer Hochspannungsleitung über 2.000 Kilometer erforderlich, der die Kosten nochmals in die Höhe trieb. Heute sehen KongolesInnen überall die Energieleitungen über ihren Köpfen, aber sie selbst haben keinen Strom.

⁶ Vgl. Rick Rowden: Das Ende des Mythos. Afrika hat sich nie wirklich entwickelt. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 1.2.2016. Online verfügbar.

⁷ Jörg Goldberg: Afrika im Weltkapitalismus. Überleben im Goldland, ISW-Report 72. Dezember 2007. S. 14.

Billigere dezentrale Lösungen mit kleinen Wasserkraftwerken, die aufgrund der reichen Wasserlandschaft des Kongo an vielen Orten möglich gewesen wären, kamen für die Weltbank nicht infrage. Das Inga-Projekt war eine Fehlinvestition, zumindest für die lokale Bevölkerung. Die Firma aber, die für den Bau der Anlage verantwortlich zeichnet, verbuchte ebenso wie die Betreibergesellschaft kräftige Gewinne. Dies ist ein erkennbares Muster im Finanzierungsmodell der Weltbank und des IWF: die Bereicherung von Privatunternehmen aus Industrienationen auf Kosten der Verschuldung der Länder, in denen Prestigeobjekte gebaut werden. Auch im Fall von Lonmin ist solch eine Dynamik zu beobachten. Die finanzielle Kooperation zwischen Lonmin und der *International Finance Corporation* der Weltbankgruppe (IFC)⁸ sollte zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der Gemeinschaft von Marikana beitragen. Davon ist vor Ort bis jetzt nichts zu sehen (siehe den Beitrag von Patrick Bond in diesem Buch, S. 318).

Die Regeln der Welthandelsorganisation

Der rasante Aufstieg Chinas und anderer Schwellenländer und deren steigende Nachfrage nach agrarischen, energetischen und mineralischen Rohstoffen stand ab der Jahrtausendwende in zunehmender Konkurrenz zur Rohstoffsicherung westlicher Industrienationen. So führte China ab Mitte der 2000er-Jahre nicht nur Exportbeschränkungen für die eigenen seltenen Erden ein, sondern sicherte sich zunehmend offensiv auch den Zugang zu anderen strategisch wichtigen Rohstoffen, besonders in Afrika: »Westliche Mächte betrachteten Entwicklungsländer jahrhundertlang als Lieferanten billiger Rohstoffe. Nun jedoch kommen neue Wettbewerber mit ins Spiel. Im letzten Jahrzehnt drangen auch China, Indien und andere Schwellenländer in die bisher von Europa und den USA beherrschten Gebiete ein, sie wetteifern nun ebenfalls um die Kontrolle über die dort befindlichen Ressourcen.«⁹

Dabei bediente sich China Methoden, die bis dato von den Europäern ungenutzt waren, zum Beispiel des Tausches von Rohstoffen gegen Infrastruktur. Dies garantiert zum einen dem rohstoffgebenden Land sichtbare Gegenwerte, zum anderen erleichtern diese Infrastrukturen (Straßen, Häfen, Energieversorgung) den Abbau und Transport der Rohstoffe.

Die EU betrachtete diese Maßnahmen als wettbewerbsverzerrend und als Beeinträchtigung ihrer Wirtschaftsinteressen. Als Reaktion entwickelte die EU-Kommission – zumeist im Rahmen von bilateralen Abkommen mit einzelnen Entwicklungsländern –

⁸ Vgl. IFC/World Bank Group: Lonmin Plc, South Africa – Investing in Success and Sustainable Development. o. J. Online verfügbar.

⁹ Mark Curtis: Die neue Jagd nach Ressourcen: Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht. o. O. 2010. S. 10. Online verfügbar.

Maßnahmen wie die *Rohstoffinitiative*¹⁰ und andere Instrumente, die im Folgenden beschrieben werden.

Vorab soll jedoch ein Blick auf die Ebene der Welthandelsorganisation geworfen werden, deren per definitionem multilaterale Regelwerke von der EU zu ihren Gunsten ausgelegt werden. Aufgrund der zunehmenden Einflussmöglichkeiten der sogenannten Schwellenländer sehen sich die Industrienationen auf WTO-Ebene mit wachsendem Widerstand konfrontiert. So geriet die *Doha-Runde*¹¹, die 2001 in der gleichnamigen Hauptstadt von Katar begann und 2005 abgeschlossen werden sollte, auch deswegen ins Stocken, weil die Industrienationen zum Schutz ihrer eigenen Agrarsektoren nicht bereit waren (und sind), Protektionismus und wettbewerbsverzerrende Subventionen abzubauen. Gleichzeitig verlangten sie von Schwellen- und Entwicklungsländern die Liberalisierung ihrer industriellen Sektoren und neuen Handelssparten wie Dienstleistung, öffentliches Beschaffungswesen, Investitionsregeln, Handel mit Daten und Schutz des geistigen Eigentums. An diesem Konflikt sind letztlich auch die Verhandlungen der 11. Ministerkonferenz in Buenos Aires gescheitert: Während die Entwicklungsländer einen Abschluss und eine Umsetzung der *Doha-Runde* verlangen, beharren die Industrienationen darauf, stattdessen auf neue Themen wie E-Commerce zu fokussieren. In Punkto Protektionismus wird offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen: Wenn Europa und die USA die Interessen ihrer Bauern schützen, werden die WTO-Regeln nicht infrage gestellt, sobald aber China ab 2008 zur Förderung seiner Industrialisierung und zur Teilnahme an globalen Wertschöpfungsketten ähnliche handels- und industriepolitische Maßnahmen ergreift, kommen aus Europa und den USA ablehnende Reaktionen, die sich genau auf die gleichen WTO-Regeln berufen, die sie selbst zum Schutz ihrer Bauern ständig verletzen.

Die Welthandelsorganisation selbst ist sich der Konflikte um die verschiedenen Interpretationen bewusst. Das spiegelt sich beispielsweise im *World Trade Report*¹² von 2010 wider. Der Bericht befasst sich mit dem Rohstoffhandel und dessen handels- und investitionspolitischer Steuerung, er beleuchtet die verschiedenen Mechanismen der Rohstoffmärkte. Das Vorwort verfasste der damalige Generalsekretär der WTO, Pascal Lamy. Der langjährige Neoliberalismusverfechter stellt, bezogen auf den Rohstoffhandel, die reine Lehre der Außenhandelslehre infrage, wonach Freihandel immer zum besten Ergebnis für alle beteiligten Länder führe. Um Überausbeutung zu verhindern, plädiert er für eine Verstärkung des selbstständigen Rohstoffmanagements der Entwicklungsländer. Dazu, so Lamy, wäre es notwendig, die Regeln der WTO für den Handel mit Roh-

¹⁰ Initiative zur Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern, Brüssel, 4.11.2008.

¹¹ Vgl. Stefan Tangemann: Das Scheitern der Doha-Runde. Wie groß ist der Schaden? In: ifo Schnelldienst, 17/2006. Online verfügbar.

¹² WTO: World Trade Report 2010. Trade in natural resources, 2010. Online verfügbar.

stoffen zu ergänzen und zu präzisieren. Konflikte zwischen Produzenten- und Verbraucherländern seien vorprogrammiert, für deren Entschärfung bedürfe es daher klarer Regeln. Lamy setzte auf einen raschen Abschluss der *Doha*-Runde, damit endlich die neuen Herausforderungen und Handelskonflikte im internationalen Rohstoffhandel unter dem Dach der WTO bearbeitet werden könnten. Die Uneinigkeit in der *Doha*-Runde, die sich vornehmlich an zukünftigen Agrarprogrammen festmachte, verhinderte aber einen raschen Abschluss – erst 2016 wurde sie als gescheitert erklärt. Von dieser Stagnation profitierten in erster Linie die führenden Industrienationen. Sie nutzten die existierende Asymmetrie der Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten. Für viele Schwellenländer, die meisten Entwicklungsländer und besonders die afrikanischen Staaten sind die Voraussetzungen für ein solches Kräftemessen innerhalb der WTO allerdings nicht erfüllt. Für sie bedeutete es, dass sie zunehmend, vor allem durch die EU, in bilaterale Abkommen gezwungen wurden. Zwei Instrumente sind hier besonders zu erwähnen: Die *Rohstoffinitiative* der EU und die *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen*, die sogenannten EPAs: *Economic Partnership Agreements*.

Die Rohstoffinitiative der EU

Die *Rohstoffinitiative* der EU ist auf Drängen europäischer Konzerne und ihrer Lobbyverbände, darunter der *Bundesverband der Deutschen Industrie* (BDI), zurückzuführen, die angesichts der sich verstärkenden Konkurrenz aus Schwellenländern bemängelten, dass Regierungen der EU-Staaten für die Rohstoffversorgung der eigenen Industrien nicht genug täten. Sie verwiesen auf die Notwendigkeit, diese Lücke mit der gleichen Energie zu schließen, die die Regierungen in die Schaffung von Absatzmärkten für europäische Fertigprodukte steckten. So konstatierte Dieter Ameling, Präsident der *Wirtschaftsvereinigung Stahl*, auf dem ersten Rohstoffkongress des BDI im März 2005: »In der Vergangenheit [hat] die Politik der zentralen Bedeutung der Rohstoffversorgung nicht ausreichend Rechnung getragen. [...] Wir können aber in Deutschland nur dann Exportweltmeister bleiben, wenn die Unternehmen freien und fairen Zugang zu den internationalen Rohstoffmärkten erhalten.«¹³

Was auch immer Ameling unter »fairem Zugang« verstanden haben mag, zentral ist, dass die 2010 unter der Federführung des *Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* ausgearbeitete *Rohstoffstrategie der Bundesregierung* betont, dass auch »Entwicklungshilfe« eine tragende Rolle für die Rohstoffversorgung Deutschlands spielen soll: »Entwicklungspolitische Maßnahmen der Bundesregierung können dazu beitragen, dass in den Partnerländern durch den Aufbau eines stabilen und leistungsfähigen Rohstoffsektors und kompetenter staatlicher Akteure wichtige Rahmen-

¹³ Rede auf dem ersten Rohstoffkongress des BDI, zit. nach <http://bit.ly/2tJsDJR>.

bedingungen für ein investitionsfreundliches Klima geschaffen werden, von dem auch die deutsche Wirtschaft profitieren kann.«¹⁴

Von dieser *Rohstoffstrategie der Bundesregierung* ausgehend entstand aus den Konsultationen zwischen einigen Regierungen innerhalb der EU sowie Industrie- und Lobbyverbänden die Idee einer EU-weiten *Rohstoffinitiative*, die 2008 von der EU-Kommission vorgestellt wurde. Sie beruht im Wesentlichen auf drei Säulen: Förderung von Rohstoffen aus europäischen Quellen, Reduzierung des europäischen Verbrauchs an primären Rohstoffen und vor allem Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auf den Weltmärkten. Letztere Säule gewann an Bedeutung, weil die EU-Kommission zunehmend überzeugt war bzw. wurde, dass weder die Förderung von Rohstoffen aus den begrenzten europäischen Quellen noch der Rückgriff auf Ersatzrohstoffe und Recycling die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrien gewährleisten könnten. Angesichts der Importabhängigkeit der EU von strategisch wichtigen Rohstoffen wie den Hightech-Metallen Kobalt, Platin und Titan, seltenen Erden, aber auch von anderen Ressourcen wie Holz, Chemikalien sowie Fellen und Häuten erweist sich die Thematisierung der beiden anderen Säulen dieser Initiative sogar als eine Art Ablenkungsdiskurs.

So wies die EU-Kommission darauf hin, »dass sich der Grad der Importabhängigkeit der EU bei Mineralien zwischen 48 Prozent für Kupfererz, 64 Prozent für Bauxit und 100 Prozent für Metalle wie Kobalt, Platin, Titan und Vanadium bewegt«.¹⁵ Dass der Zugriff auf strategische Rohstoffe im Ausland das zentrale Interesse der Rohstoffpolitik der EU ist, wurde im November 2013 von einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe¹⁶ nochmals bestätigt. Die Arbeitsgruppe identifizierte 41 für die EU bedeutsame Mineralien und Metalle, von denen 14 als kritisch eingestuft wurden, »da ein hoher Anteil der weltweiten Produktion aus nur wenigen Ländern stammt, hauptsächlich aus China, Russland, der Demokratischen Republik Kongo und Brasilien«.¹⁷

Angesichts dessen forderte der Europäische Rat die Kommission und die Mitgliedstaaten explizit auf, ihre Entwicklungshilfe auch auf die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auszurichten. So wurde beispielsweise im Mai 2009 die Kommission darauf hingewiesen, zur Stärkung der *Rohstoffdiplomatie* das Thema nicht nur in sämtlichen einschlägigen Handelsforen zur Sprache zu bringen, sondern der Europäische Rat ersuchte die Kommission und die Mitgliedstaaten auch, »den Möglichkeiten, die sich im Zusammenhang mit Projekten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit bieten,

¹⁴ BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: *Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen*. Berlin 2010. S. 23. Online verfügbar.

¹⁵ Zit. nach Curtis: Jagd. S. 9.

¹⁶ Vgl. EC: *Critical Raw Materials for the EU: Report of the Ad-hoc Working Group on defining critical raw materials*, 8.11.2013. S. 7. Online verfügbar.

¹⁷ Zit. nach Curtis: Jagd. S. 9. Die 14 als kritisch eingestuften Rohstoffe sind: Antimon, Beryllium, Kobalt, Fluorit, Gallium, Germanium, Graphit, Indium, Magnesium, Niobium, Platingruppenmetalle, seltene Erden, Tantal und Wolfram.

gebührende Beachtung zu schenken«. Dabei sei »die spezielle Situation armer Entwicklungsländer zu berücksichtigen«. ¹⁸

Neben der Einflussnahme durch die Entwicklungszusammenarbeit boten bilaterale Handelsabkommen der EU die Chance, zwei weitere wesentliche handelspolitische Instrumente der rohstoffgebenden Länder auszuhebeln: Exportsteuern und restriktive Investitionsregeln. Nach Auffassung der EU verzerren diese den internationalen Rohstoffhandel und finden sich somit reglementiert in den *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen* wieder: Die Investitionsregeln, ebenso wie die Regulierung von Wettbewerb, Dienstleistungen, öffentlichem Beschaffungswesen und Schutz von geistigem Eigentum sind Teil der »Rendez-vous-Klausel« mit einzelnen Staaten, die Themen auflistet, deren Verhandlung aufgrund des Widerstands der afrikanischen Länder verschoben werden musste. Exportsteuern sind bereits Bestandteil der Güterabkommen, die im Rahmen der *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen* mit verschiedenen afrikanischen Regionen verhandelt wurden. Der folgende Abschnitt behandelt die Problematik von Exportsteuern und deren Einbettung in die EPAs. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf dem Abkommen mit der SADC-Region, ¹⁹ das im Oktober 2016 vorläufig in Kraft trat.

Economic Partnership Agreements (EPA) und Exportsteuern

Auch wenn ihre humanitäre Rhetorik etwas anderes suggeriert, verfolgt die EU mit den *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen*, die seit 2002 verhandelt werden, eine offensive Interessenspolitik, wie sie etwa im Dokument »Global Europe: Competing in the World« im Oktober 2006 vom damaligen Handelskommissar Peter Mandelson artikuliert wurde: »Unser Wohlstand ist eng mit Märkten verbunden, auf denen wir versuchen zu verkaufen. [...] Neben unserem Engagement auf WTO-Ebene haben wir versucht, durch bilaterale Abkommen Handelshemmnisse an den Grenzen abzuschaffen. Ohne die WTO aus den Augen zu verlieren, muss das Ziel einer verstärkten Liberalisierung auf bilateraler Ebene erreicht werden. Wir wollen Themen wie Wettbewerbs- und Investitionsregeln

¹⁸ Zit. nach ebda.

¹⁹ Seit der Gründung 1992 und der progressiven Erweiterung der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (Southern African Development Community, SADC) wird das südliche Afrika mit diesem regionalen Zusammenschluss identifiziert. Hervorgegangen ist die SADC aus der SADCC, der *South African Development Coordination Conference*. Das war der Zusammenschluss der Frontstaaten Angola, Sambia, Simbabwe, Tansania, Mosambik, Botswana, Lesotho, Malawi, Swasiland und Namibia gegen das Apartheidregime Südafrikas. Nach der Überwindung der politischen Apartheid kamen Südafrika, Mauritius, die Seychellen und die DR Kongo hinzu. Die SADC ist eine heterogene Gruppe, deren Zugehörigkeitskriterien sowohl geografische, geschichtliche, ideologische als auch wirtschaftliche Motive kombiniert. Diese Heterogenität spiegelt sich in der Umsetzung der gemeinsamen Projekte der Gemeinschaft wider. So bleiben die definierten ökonomischen Ziele wie die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, einer Zollunion und einer gemeinsamen Währung hinter dem Zeitplan zurück. Vor allem die politischen Ziele, die in der Konsolidierung der Demokratie Ausdruck finden sollten, haben in den letzten Jahren große Rückschritte erlitten.

anpacken, die auf multilateraler Ebene noch nicht diskutiert werden.«²⁰ Das Dokument »Trade for all« der Handelskommissarin Cecilia Malmström vom Juni 2015 fügt hinzu: »Angesichts der Abhängigkeit der EU von importierten Ressourcen ist der Zugang zu Energie und Rohstoffen entscheidend für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Handelsabkommen können den Zugang zu diesen Ressourcen verbessern, indem sie die Regeln für Nicht-Diskriminierung und Transit bestimmen und indem sie lokale Inhaltsanforderungen anfechten. [...] Sie können dafür sorgen, dass Staatsunternehmen in direkter Konkurrenz mit anderen Unternehmen entsprechend den Marktprinzipien stehen.«²¹

Das Ziel der EU-Handelspolitik ist also »ein offener globaler Markt, vollkommen frei von allen Verzerrungen im Energie- und Rohstoffhandel«.²² Um die von der EU im Rahmen der EPAs beabsichtigte Wechselwirkung zwischen multilateraler (WTO) und bilateraler Ebene (etwa zwischen der EU und den AKP-Ländern²³) zu verdeutlichen, sei darauf hingewiesen, dass die bestehenden WTO-Abkommen den rohstoffgebenden Ländern Exportsteuern keinesfalls verbieten: »Maßnahmen, die den Export von Gütern besteuern oder beschränken, sind in der WTO faktisch gar nicht geregelt, und damit auch nicht Bestandteil der Regeln für regionale Handelsabkommen. Versuche der EU und anderer Industriestaaten, diesen Aspekt in die laufenden WTO-Verhandlungen einzubringen, sind weitgehend erfolglos geblieben. Sie versucht es allerdings über andere Kanäle: So machte sie die Begrenzung von Exportzöllen zur Bedingung für den WTO-Beitritt der Ukraine.«²⁴

Vielmehr ist es so, dass Exportzölle als wirtschaftspolitische Instrumente den Beweis erbracht haben, dass sie wirksame Anreize für die lokale Weiterverarbeitung von Rohstoffen bieten können. Sie leisten einen Beitrag dazu, Exporterlöse zu erhöhen und durch Diversifizierung der Exporte Mehrwert zu schaffen. So könnte die Verwundbarkeit einer Volkswirtschaft reduziert werden.²⁵ Darüber hinaus generieren Exportsteuern Staatseinnahmen, die für Investitionen in Gesundheit und Bildung genutzt werden können.

20 EC – European Commission: Global Europe: competing in the world. A Contribution to the EU's Growth and Jobs Strategy. 6.10.2006. Online verfügbar. Eigene Übersetzung.

21 EC – European Commission: Trade for all. Towards a more responsible trade and investment policy. 2015. Online verfügbar. Eigene Übersetzung.

22 Handelskommissar Mandelson im Oktober 2008, zit. nach Curtis: Jagd. S. 22.

23 Die Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Gruppe) bezeichnet eine internationale Organisation von zurzeit 79 Staaten, davon viele ehemalige Kolonien Frankreichs und Großbritanniens.

24 Tobias Reichert/Silke Spielmans/Carolin Mengel/Michael Frein/Kerstin Lanje (Hg.): Entwicklung oder Marktöffnung? Kritische Aspekte in den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und afrikanischen Ländern. o. O. 2009. S. 21.

25 Mehr dazu: KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (Hg.): Zeit zum Umdenken: Rohstoffe im Südlichen Afrika. Der natürliche Reichtum der Region muss endlich der Bevölkerung zugutekommen. Heidelberg 2014.

Zu Beginn der EPA-Verhandlungen trat die EU mit einer radikalen Forderung auf: Das Verbot sämtlicher Exportzölle und -beschränkungen, und zwar sobald die EPAs in Kraft treten: »Die Abschaffung von Ausfuhrbeschränkungen und -steuern ist eine Grundforderung der EU. Es ist erklärtes Ziel der Kommission, einen diskriminierungsfreien Zugang zu Schlüsselrohstoffen der europäischen Wirtschaft zu schaffen. Ausfuhrsteuern stellen dabei ihrer Ansicht nach ein besonderes Problem dar.«²⁶

Zwar konnte die EU ihr ursprüngliches Ziel, Exportzölle vollständig abschaffen zu lassen, nur in einigen Fällen durchsetzen. In den meisten Abkommen dürfen bestehende Exportzölle beibehalten und neue nur unter Auflagen eingeführt werden. So sind Exportsteuern etwa im SADC-EPA-Abkommen enthalten, aber mit Ausnahmen versehen, die ihre Wirkung massiv einschränken: Sie dürfen nur für maximal zwölf Jahre eingeführt werden, nur für maximal acht Produkte pro SADC-Land gelten und dürfen 10 Prozent des Wertes der Rohstoffe nicht überschreiten. Darüber hinaus müssen die SADC-Länder die Exporte in die EU in den ersten sechs Jahren von der Exportsteuer befreien; erst ab dem siebenten Jahr dürfen auf 50 Prozent der in EU-Länder exportierten Produkte Exportsteuern erhoben werden. Hinzu kommt, dass die Länder, die Exportsteuern erheben wollen, deren Wirksamkeit zur Erhöhung der Staatseinnahmen, dem Schutz neuer Industrien oder dem Umweltschutz auch noch entsprechend begründen müssen. So fühlte sich anscheinend die Durchsetzung selbst dieser limitierten Exportsteuern für viele Regierungen der SADC-Region wie ein Sieg an, begründeten sie doch die letztliche Unterzeichnung der EPAs unter anderem mit den von ihnen ausgehandelten Exportsteuerkonditionen.²⁷

Jenseits rein materieller Interessen: Dialektik des kolonisierten Geistes

Was die afrikanische Seite angeht, zeigt eine Analyse aller *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen*, dass die Regionen des Kontinents neben der Unterminierung der Exportsteuer mit weiteren negativen Auswirkungen zu rechnen haben. Dazu zählen: die Gefährdung politischer Handlungsspielräume, Deindustrialisierung, Verlust staatlicher Einnahmen durch Zollabbau, in einigen Fällen sogar die Gefährdung der Ernährungssicherheit. Es stellt sich daher die Frage, warum afrikanische »Eliten« solche *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen* überhaupt unterzeichnen.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die erklären, warum nach langen Jahren zäher Verhandlungen etliche afrikanische Regierungen diese Abkommen trotz aller Nachteile

²⁶ DG Trade: Trade priorities first half 2010; zit. nach Curtis: Jagd. S. 22.

²⁷ Mehr dazu: ICTSD – International Centre for Trade and Sustainable Development: Why should the SADC EPA allow export taxes? 17.3.2014. Online verfügbar. Official Journal of the European Union: EPA between the EU and its member states, of one part, and the SADC EPA States, of the other part. Online verfügbar.

unterzeichnet haben. Einer der Gründe hat mit der »Teile-und-herrsche-Verhandlungsstrategie« der EU zu tun, die in der Marktzugangsreform ihren Ausdruck fand. Mit der *Marktzugangsverordnung* (*Market Access Regulation*, MAR), die 2011 von der EU-Kommission zum ersten Mal ins Gespräch gebracht wurde, sollte die bis dato gültige Verordnung MAR 1528/2007 in dem Sinne reformiert werden, dass insgesamt 18 AKP-Länder den präferentiellen Zugang zum EU-Markt am 1. Oktober 2014 verlieren würden, falls sie bis dahin keine Schritte zur Ratifizierung eines Interimsabkommens eingeleitet hätten. Diese Fristsetzung im Rahmen der MAR-Reform wurde einseitig von der EU ohne vorherige Konsultation der afrikanischen »Verhandlungspartner« beschlossen und erhöhte in beträchtlicher Weise den Druck auf die betroffenen Länder. Dazu gehörten die Elfenbeinküste, Ghana und Kamerun sowie Botswana und Namibia in der *Wirtschaftsgemeinschaft des Südlichen Afrika* (SADC). Vor allem in den letztgenannten Ländern ist der Druck bestimmter Wirtschaftssektoren auf die Regierungen immer größer geworden. In Namibia übten insbesondere die Fischexporteure Druck auf die Regierung aus, das Abkommen zu unterzeichnen. Die Interessen der exportorientierten Wirtschaftszweige stehen in scharfem Gegensatz zu den Interessen binnenorientierter Kleinproduzenten. Eine neue Dynamik, die die EU in den Verhandlungen geschickt zu nutzen wusste. Zudem wirkte sich die Gefährdung der Interessen der exportorientierten Sektoren direkt auf das Eigeninteresse einiger afrikanischer Eliten aus. Zwar dominieren europäische Unternehmen den Handel und Export mit Bananen, Kaffee, Tee, Kakao, Schnittblumen, Bohnen, Rindfleisch und Fisch nach Europa, aber an etlichen dieser Unternehmen sind afrikanische Eliten beteiligt. Die Entscheidung für eine Unterzeichnung der Abkommen wurde somit oftmals zugunsten persönlicher materieller Vorteile und auf Kosten langfristiger Interessen ihrer Länder getroffen.

Ein gutes Beispiel hierfür ist das *Black Economic Empowerment* (BEE) in Südafrika. Was als Instrument der Beteiligung der Schwarzen Bevölkerungsmehrheit an der Ökonomie, von der sie während der Kolonialzeit ausgeschlossen war, gepriesen wurde, hat sich als Instrument der Kooptierung Schwarzer Eliten entpuppt. Von dem Moment an, in dem Eliten beginnen, die Privilegien der Teilhabe an einer »imperialen Lebensweise« zu genießen, wirken sie systemstabilisierend und vergessen die Agenda der Transformation, für die sie als Teil der Befreiungsbewegungen die Massen mobilisierten.

Ein zweiter Faktor, der zum aktuellen Stand der EPA-Verhandlungen beigetragen hat, sind die politischen Veränderungen in Westafrika. Die Machtwechsel in der Elfenbeinküste und im Senegal hatten einen direkten Einfluss auf die EPA-Verhandlungen: Mit Alassane Ouattara bekam die Elfenbeinküste einen Staatschef, dessen Bekenntnis zur neoliberalen Ideologie in seiner langen Karriere beim *Internationalen Währungsfonds* (1968–1990) sowie in seiner Funktion als Premierminister der Elfenbeinküste (1990–1993) bemerkenswert zum Ausdruck kam. Schwerwiegender jedoch wirkt die Tatsache, dass er seine erneute Machtübernahme nach dem eskalierten Konflikt mit seinem Kontrahenten Laurent Gbagbo der umstrittenen französischen Militärintervention in sei-

nem Land zu verdanken hat. Gemeinsam mit seinem Amtskollegen Macky Sall aus dem Senegal, dessen persönliche kommerzielle Ambitionen und Aktivitäten ebenso berühmt wie berüchtigt sind, machte sich Ouattarra für die EPAs stark. Auch in Ghana änderte sich nach dem plötzlichen Tod von Staatspräsident John Atta Mills im Juli 2012 der Umgang mit den *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen*.

Sowohl die MAR-Reformen als auch die erwähnten Regierungswechsel in Westafrika lassen sich auch aus einer postkolonialen Perspektive betrachten. Anders ist vielmehr gar nicht zu erklären, warum die Schwarzen Eliten Abkommen wie EPAs unterzeichnen, obwohl Studien²⁸ deutlich belegen, dass ihre Länder langfristig mehr zu verlieren haben, als sie durch den Handel mit der EU einschließlich der EPA-begleitenden handelsbezogenen Entwicklungspolitik gewinnen können: Sie haben die Rolle der »kolonialen Plündermaschine« übernommen, die sie nach der hart erkämpften politischen Unabhängigkeit ablösen wollten.

Amartya Sen, Nobelpreisträger für Ökonomie, beschreibt dieses Phänomen mit dem signifikanten Begriff der »Dialektik des kolonisierten Geistes«, die in einer Art »Besessenheit vom Westen« Ausdruck finde. Diese Besessenheit könne ein großes Spektrum umfassen: von »sklavischer Nachahmung bis zur entschiedenen Feindschaft«.²⁹ Sen problematisiert die reflexive Wirkmächtigkeit der alten kolonialen Muster: Sie zeigten sich nicht nur in der fortwährenden Dominanz und im Paternalismus der alten Kolonialmächte, vielmehr hätten sich auch in den kolonisierten Bevölkerungen die Spuren der Demütigung mit ihrem aufgezwungenen Minderwertigkeitsgefühl eingeschrieben und wirkten fort. Das ist sicher nicht die alleinige Erklärung für die Korrumpierbarkeit der afrikanischen Eliten, allerdings ein gewichtiger Aspekt.

Die Wahrnehmung von Korruption ist oft selektiv. Die Korruptionsskandale, die Südafrika 2017 erschütterten und an denen global agierende Unternehmen wie McKinsey, KPMG oder Bell Pottinger beteiligt waren, werden anders diskutiert als beispielsweise die Korruptionsskandale um Jacob Zuma. Während Zuma in der Regel unterstellt wurde, es handele sich um einen charakteristischen Wesenszug, der sich womöglich bei allen Schwarzen Menschen finden lässt, wurden die benannten Unternehmen und deren Manager als Ausnahmeerscheinungen dargestellt, die nur wegen des (Schwarzen) Kontextes so agierten. Sisonke Msimang ist Recht zu geben, wenn sie in Bezug auf das Buch »The president's keepers«³⁰ konstatiert: »Exposing corruption [...] will only yield results when the crimes of white South Africans and global corporations are as thoroughly investigated and debated by whites as those of their black compatriots.«³¹

28 Vgl. etwa Johannes Kramml/Marietta Kaufmann/Karin Küblböck/Julia Planitzer: Mehr Menschenrechte in Rohstoff-Lieferketten. Sorgfaltspflichten – Handelspolitik – öffentliche Beschaffung. Wien 2017.

29 Amartya Sen: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. Bonn 2007. S. 100–112.

30 Jaques Pauw: The President's Keepers: Those keeping Zuma in power and out of prison. Cape Town 2017.

31 Sisonke Msimang: Are South Africa's anti-corruption crusaders racist? In: Mail & Guardian, 14.11.2017. Online verfügbar.

Dies gilt nicht nur für Südafrika, sondern weltweit. In Deutschland trifft man in öffentlichen Veranstaltungen nicht selten auf Menschen, die die Dokumentation über die »Paradise Papers« im Fernsehen gesehen haben und sich über korrupte Eliten in Afrika echauffieren, ohne ein einziges Wort über die Rolle der größtenteils *weißen* ProtagonistInnen dieser Skandale zu verlieren. Korruption wird automatisch und exklusiv mit den »Anderen« in Verbindung gebracht, nicht aber mit dem »zivilisierten Europa«.

Rohstoffpolitik als Sicherheitspolitik

Was würde eigentlich passieren, wenn afrikanische Staaten den Widerstand gegen Handelsabkommen so weit führten, dass die Versorgung Europas tatsächlich gefährdet wäre? In der EU und in den USA wurde in den letzten 15 Jahren der Sicherheitsbegriff derart neu definiert, dass es längst nicht mehr darum geht, sich gegen Gefahren von innen und außen zu verteidigen, sondern darum, überall, wo es notwendig ist, ökonomische Interessen, besonders den Zugang zu Rohstoffen und Energie militärisch durchzusetzen und zu sichern. Rohstoffpolitik wird aus dieser Perspektive Teil der Sicherheitspolitik, wie es etwa im Weißbuch der Bundeswehr zum Ausdruck kommt:

»Wie viele andere Länder ist [Deutschland] in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig. [...] Von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas ist eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung. [...] Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen.«³²

Viele Eliten im Globalen Süden wissen um die Gefahren des Widerstands gegen die Interessen der westlichen Industrienationen, sie üben sich in vorsehendem Gehorsam und fügen sich quasi freiwillig ein. Schließlich wissen sie um das Schicksal derer, die in der Vergangenheit versuchten, die Dinge anders zu machen. Die Schicksale von Thomas Sankara und vor ihm Patrice Émery Lumumba sind die bekanntesten Beispiele für die Einflussnahme westlicher Machtzentren, wenn es darum geht, ihre Interessen in Afrika zu verteidigen. Nadine Rosa-Rosso spricht in Bezug auf ihr Heimatland davon, dass das als Land der Aufklärung bekannte Frankreich nicht zögere, »Kriege, Folter und politische Morde anzuordnen, wenn es darum geht, ihr koloniales Reich und die Interessen ihrer multinationalen Konzerne *Elf, Total, Areva, Bolloré, Eramet, Technip, Bouygues, Orange, Geocoton, Rougier, etc.* zu verteidigen. Und es handelt sich hierbei nicht um eine alte Geschichte, sondern um das Alltagsleben für Millionen AfrikanerInnen.«³³

³² BMVg – Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. S. 23. Online verfügbar.

³³ Nadine Rosa-Rosso: Le mythe de l'Europe en paix depuis 1945: l'exemple français. In: Le Grand Soir, 2.8. 2016. Online verfügbar. Eigene Übersetzung.

Robert Cooper, Büroleiter von Javier Solana³⁴, hatte seinerzeit offen kommuniziert, dass die EU zur Durchsetzung ihrer Interessen keine Mittel scheue: »Der postmoderne Imperialismus hat zwei Komponenten. Erstens der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von internationalen Konsortien und durch internationale Finanzinstitutionen ausgeübt. Die Herausforderung der modernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns verfahren wir auf Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung. [...] Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.«³⁵

In Deutschland trat im Mai 2010 der damalige Bundespräsident Horst Köhler zurück, weil seine Aussage darüber, dass die Bundeswehr zum Schutz der Rohstoffsicherung eingesetzt werden könnte,³⁶ auf massive Kritik stieß. Es gab seitdem zwar keinen konkreten und offen diskutierten Einsatzfall der Bundeswehr zur Sicherung von Rohstoffen,³⁷ aber die Diskussion steht nach wie vor im politischen Raum. Verteidigungsexperten betonen immer wieder die Notwendigkeit, die Ausbildung der SoldatInnen so zu gestalten, dass ihre Einsätze weltweit möglich sein können. Angesichts der Tatsache, dass die europäische Industrie auf mineralische und energetische Ressourcen angewiesen ist, die in Europa nicht vorhanden sind oder aufgrund von hohen Umweltstandards oder niedriger ökonomischer Rentabilität nicht abgebaut werden können, stellt sich tatsächlich die Frage: Was würde passieren, wenn ein Land wie die DR Kongo, aus dem 60 Prozent des benötigten Kobalts kommen, aus irgendwelchen Gründen die Versorgung einstellen würde? Südafrika täte das Gleiche mit Platin und weitere Länder würden ihnen folgen? Es ist anzunehmen, dass das, was Robert Cooper »Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung« nennt, eine neue Dimension erreichen würde. An dieser Stelle ist es

34 Javier Solana war 1995–1999 Generalsekretär der NATO, von 1999 bis Ende November 2009 Generalsekretär des Rates der Europäischen Union und Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Er wurde aufgrund seiner Kompetenzen in außen- und verteidigungstechnischen Fragen als Außenminister der EU bezeichnet.

35 Robert Cooper: The new liberal imperialism. In: The Guardian, 7.4.2002. Online verfügbar. Eigene Übersetzung.

36 Der Bundespräsident (und ehemalige IWF-Geschäftsführer) Horst Köhler sagte in einem Radiointerview zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan am 22.5.2010: »Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen.«

37 Auch wenn der Mali-Einsatz der französischen Armee von vielen afrikanischen zivilgesellschaftlichen Kräften als eine Mission zur Verteidigung der Rohstoffversorgung in Bezug auf das Uran im Nachbarland und die Erschließung neuer Rohstoffquellen in Mali selbst gesehen wird, ist die Bundeswehr in Mali nach den Worten von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nur dort, um Frankreich zu »entlasten«.

vielleicht hilfreich, daran zu erinnern, dass der Zweite Kongokrieg, der im August 1998 begann, vor allem darauf zurückzuführen war, dass die damalige Regierung unter L.-D. Kabila eine aus der Sicht westlicher Länder »falsche« Rohstoffpolitik eingeleitet hatte. Mittlerweile sind mehr als sechs Millionen Menschen an den Folgen dieses Krieges gestorben, Millionen leben als Binnenvertriebene oder Flüchtlinge in Nachbarländern, aber die Rohstoffe des Kongos versorgen die Weltmärkte.

Schlussbemerkung

Ignacio Ramonet, 1991 bis 2008 Direktor der *Le Monde diplomatique*, schrieb in seinem Artikel »Das Jahr 2000«: »Die wahren Herrscher der Welt sind nicht diejenigen, die den Anschein politischer Macht haben.«³⁸ Anhand der Geschichte Afrikas lässt sich dies belegen: Afrikanische Länder wurden nie wirklich unabhängig, da die Logik der Ausrichtung der Volkswirtschaften auf ausländische Nutznießer konstant blieb. Die tatsächlichen Machthaber sind diejenigen, die die Regeln bestimmen. Afrikanische Eliten haben Anteile an der Macht, aber sehr oft operieren sie unter Rahmenbedingungen, die sie selbst nicht bestimmen.

Von den ad absurdum geführten Unabhängigkeiten afrikanischer Länder bis zu den jüngsten bilateralen *Freihandelsabkommen* über die *Strukturanpassungsprogramme* der internationalen Finanzinstitutionen und die Auflagen der Welthandelsorganisation hat Europa zusammen mit anderen Industrienationen einen großen Erfindungsgeist an den Tag gelegt, um den während der kolonialen Besatzung bestehenden privilegierten Zugang zu den Ressourcen Afrikas und anderer Entwicklungsländer auch nach der formaljuristischen Unabhängigkeit zu sichern. Eine Konstante ist dabei die Kontrolle der Weltmarktpreise: Weil die rohstoffreichen Länder, besonders in Afrika, weder ihre Ressourcen noch die Märkte, auf denen diese gehandelt werden, kontrollieren, erhalten sie nie den gerechten Preis für das, was sie als Beitrag zur Weltwirtschaft leisten. Die »unsichtbare Hand«, die die Fluktuationen der Preise bestimmt, ist aktiv, wenn es darum geht, rohstoffreiche Länder dazu zu bringen, bei jedem Preisverfall die »Last« von Unternehmen so zu senken, dass diese »überleben« können, also profitabel bleiben. Wenn die Preise in die Höhe schnellen und Konzerne große Profite einfahren, bleibt die unsichtbare Hand inaktiv. Daher appelliert die südafrikanische Journalistin Khadija Sharife an die afrikanischen Regierungen: »Where countries hold the monopoly on finite resources and pricing is opaque, governments in Africa must revisit the role in price setting in the global economy, both for resources and labour.«³⁹

³⁸ Ignacio Ramonet: L'an 2000. In: *Le Monde diplomatique*, 12/1999. Online verfügbar. Eigene Übersetzung.

³⁹ Khadija Sharife: The London Fix: Price-Making in Capitalism. In: *Review of African Political Economy*, 25.2.2016. Online verfügbar.

Neben der Kontrolle der Preise für die importierten Rohstoffe verfügen die westlichen Länder noch über ein weiteres, mindestens ebenso mächtiges Instrument: Sie beanspruchen die Definitionsmacht über die Gestaltung der Rohstoffmärkte und die Instrumente ihrer Regulierung.

Wie diese Definitionsmacht funktioniert, erklärte der Film- und Theaterregisseur Milo Rau in einem Interview am Beispiel des Gesetzes zu Konfliktmineralien: »Nehmen wir das im Kongo abgebaute Coltan oder Gold. Das EU-Parlament verabschiedet ein Gesetz, das sagt: Wir wollen keine Konfliktmineralien, wir wollen saubere Produktionsbedingungen. Das klingt erst einmal toll, aber dann stellst du dem Rohstoffexperten der EU die Frage: Was heißt eigentlich ›Konfliktmineral? Und der antwortet ganz entspannt: Das ist ein Mineral, das wir nicht haben, das wir aber in Europa benötigen. Deshalb brauchen wir dieses Regulierungsgesetz, um die kongolesischen Produzenten zu kriminalisieren und die Rohstoffe zu billigstmöglichen Preisen nach Europa zu schaffen.«⁴⁰

Auf die Frage hin, ob das Gesetz den Zusammenhang zwischen Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und unserem Konsum von Alltagsgütern prüfen soll, antwortet Rau:

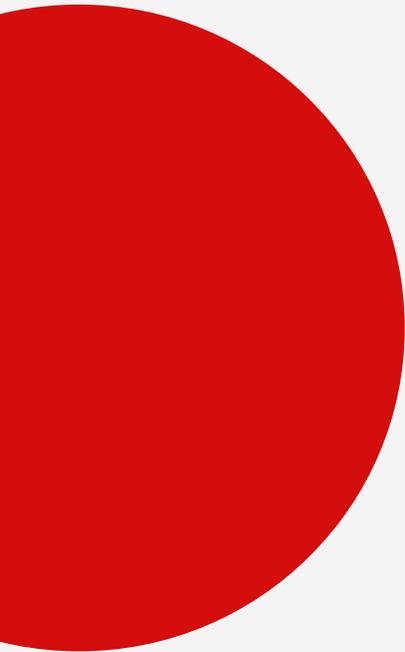
»Genau, das ist der moralische Anspruch. Aber in Wahrheit ist es ein imperiales Monopolgesetz: Denn das Label ›sauber‹ kriegen nur die europäischen Multis. Die kongolesischen Kleinproduzenten haben keine Lobby im EU-Parlament. Das ist so, als würde das ZK der chinesischen Kommunistischen Partei Ethikgesetze für die deutsche Autoindustrie verabschieden, VW schließen lassen und dann chinesische Autos importieren. Das klingt völlig absurd, für die Kongolesen und riesige Weltteile ist das jedoch Alltag.«⁴¹

⁴⁰ »Wir sind Arschlöcher durch Geburt.« Milo Rau spricht mit Harald Welzer und Peter Unfried über Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert. In: taz.FUTUR-ZWEI-Interview, Oktober 2017. Online verfügbar. ⁴¹ Ebda.

► Ankündigung des Auftritts von DJ Mlungu (isiXhosa: *Weiße/r*) im *Makwase Palace* in Marikana. DJ Mlungu ist ein *weißer* Südafrikaner, er spricht ca. die Hälfte der elf südafrikanischen Landessprachen und ist ein auch in der Schwarzen Community respektierter House DJ und Musikproduzent.



THEMENSCHWERPUNKT:
INFORMELLE
BESCHÄFTIGUNG



Wenig Geld für harte Arbeit

Wirtschaften ohne Kapital, ohne Gewerbesteuer, ohne Buchhaltung. Was in Deutschland mehr oder weniger unvorstellbar ist, gehört in Südafrika zum Alltag. Im sogenannten „informellen Sektor“ arbeiten dort unzählige Taxifahrer, Haushaltshilfen oder Straßenhändler als unregistrierte Kleinstunternehmen.

Von Nadine Lindner | 20.04.2012

Werberufe liegen in der staubigen Luft, auf dem Markt von Marabastad, einem armen Stadtviertel am Rand der Innenstadt von Pretoria. Das Sortiment ist groß: frisches Hühnerfleisch, Obst, Gemüse, aber auch Schulhefte oder Modeschmuck. Hinzu kommt der süßliche Geruch von gekochten Maiskolben, die Leting Ngobene verkauft. Für fünfzig Cent pro Stück ein beliebter Snack. Ihr Verkaufsstand ist ein simpler Einkaufswagen. Doch eigentlich hat die junge Frau etwas ganz anderes gelernt: „Ich habe vor zwei Jahren mein Abitur gemacht. Danach kam ein Jahr College für die Ausbildung zur Krankenschwester. Das habe ich im letzten Herbst abgeschlossen. Aber sie hatten einen Einstellungsstopp. Ich hatte damit keine Chance auf eine Arbeit.“ Ihr Einkaufswagenshop ist nicht als Unternehmen beim Staat registriert, neue Ware kauft sie mit dem Bargeld, das sie tagsüber eingenommen hat. Gewerbesteuern bezahlt sie nicht, einzig die Mehrwertsteuer, die für ihre Einkäufe anfällt, entrichtet sie. Für die 20-jährige Leting Ngobene ist der Maiskolbenverkauf ein Auffangnetz.

Kein Einzelfall, wie Nachi Majoe von Salga befindet, einer Organisation vergleichbar mit dem Deutschen Städtebund: „Südafrika hat eine hohe Arbeitslosenrate, von über 20 Prozent. Das trifft Leute ohne Ausbildung, aber auch solche mit Qualifikationen. Und um das Überleben zu sichern, gehen sie in den informellen Sektor. Es ist wie eine Lebensader für das Land.“ Diese unregistrierten Kleinstunternehmen machen sieben Prozent der Wirtschaftsleistung aus, wie Martin Breitenbach erklärt, Wirtschaftsprofessor an der Universität Pretoria. Die Tendenz seit Jahren: steigend. „Mittlerweile findet die Hälfte der Arbeitskräfte in Südafrika ihr Auskommen im informellen Sektor. Für Südafrika, aber auch für viele Entwicklungsländer ist dies der Hauptarbeitgeber.“

Doch diese Entwicklung hat auch deutliche Schattenseiten, wie Nachi Majoe vom südafrikanischen Städtebund erklärt: „Einer der Nachteile des informellen Sektors ist die Ausbeutung: Nicht nur die Löhne sind sehr niedrig, sondern auch die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Viele arbeiten sehr lang und ohne Gesundheitsschutz.“ Wie Patricia Mathabate zum Beispiel. Die 28-jährige arbeitet als Köchin auf dem Markt von Marabastad – von morgens sieben bis abends sieben. Sechs Tage in der Woche. „Ich bin nicht lange in die Schule gegangen. Und als ich dort war, habe ich nichts gemacht, nichts gelernt. Jetzt kriege ich hier dreißig Euro in der Woche.“ Das macht 120 Euro im Monat. Für südafrikanische Verhältnisse ein Hungerlohn. Gerade Benzin und damit öffentliche Busse und Lebensmittel sind teuer. Das Wirtschaftswachstum ist mit rund drei Prozent, die für Südafrika im Jahr 2012 erwartet werden, zu klein, um für einen wirklichen Aufschwung am Arbeitsplatz zu sorgen. Viele Schul- oder Hochschulabgänger finden trotz Ausbildung keinen festen Job. Noch einmal Martin Breitenbach: „Die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes ist immer noch sehr schwach. Nur einer von vier Schulabgängern hat überhaupt Aussicht auf eine reguläre Beschäftigung.“

Der Arbeitsmarkt in Südafrika bleibt nach wie vor angespannt. Nach Angaben von Adcorp, einem der größten Personalvermittler, der auch regelmäßige Studien zum Arbeitsmarkt veröffentlicht, hat in den letzten fünf Jahren fast eine halbe Million Firmen ihre Geschäftstätigkeit aufgegeben. Viele der ehemaligen Geschäftsführer oder auch der Mitarbeiter suchen dann ihr Einkommen wie Leting Ngobene oder Patricia Mathabate im informellen Sektor.

und um die Tätigkeit der informellen Arbeiter und Arbeiterinnen zu regulieren. Dadurch wird es diesen ermöglicht werden, Ansprüche zum Beispiel auf soziale Leistungen zu erheben. Wenn nämlich die informelle Wirtschaft insgesamt als Verhandlungspartner anerkannt wird, könnten auch die informell Beschäftigten als Arbeitnehmer anerkannt werden, und dann wäre es für sie sehr einfach, eine Stimme zu haben. Hier geht es auch um den Zugang zu sozialem Schutz. Beschäftigte in der informellen Wirtschaft haben keine Gesundheitsversicherung, und wie ich schon sagte, ist die Gesundheitsvorsorge während der Mutterschaft ein besonderes Problem, und es gibt keine Kinderbetreuungseinrichtungen, um nur einige Probleme zu nennen. Natürlich haben sie auch keine Arbeitnehmerrechte, wie sie für die formelle Wirtschaft üblich sind. Wir sehen uns gerade internationale Erfahrungen an betreffend die Umsetzung der Empfehlung 204 der Internationalen Arbeitsorganisation, die informelle Wirtschaft auf eine formelle umzustellen. Unter Formalisierung der informellen Wirtschaft verstehen die Regierungen in erster Linie Besteuerung, aber sie sehen nicht, daß darin auch die Bereitstellung bestimmter Dienstleistungen und bessere Bedingungen für die Beschäftigten der informellen Wirtschaft enthalten sein müssen. Darunter verstehen wir zum Beispiel den Zugang zu Wasser und Toiletten, die Bereitstellung anständiger Räumlichkeiten, in denen man arbeiten kann

und wo die Waren auch über Nacht sicher gelagert werden können. Wenn Frauen sich das Hin- und Hertragen ihrer schweren Lasten jeden Tag in der Früh und am Abend ersparen könnten, würde sich das auch schon positiv auf die Gesundheit von Frauen auswirken. Weiters möchten wir ein vereinfachtes Steuersystem sehen, informelle Arbeiter/innen zahlen ja ständig Steuer, aber oft sehr willkürlich und bürokratisch organisiert. Bei uns in Zimbabwe berücksichtigt die Regierung nur die formelle Wirtschaft,



Lorraine Sibanda

obwohl diese stark geschrumpft ist. Für jede Reform der Politik ist es weiters sehr wichtig, die informell Beschäftigten in irgendeiner Form einzubeziehen, damit sie ihren Beitrag zur Politikformulierung leisten können.

Gibt es dabei schon Erfahrungen?

Ich habe schon Beispiele von »private-public partnership« zwischen der

informellen und der formellen Wirtschaft gesehen, zum Beispiel in Swaziland, wo eine Bank den informellen Händlern Raum für ihre Arbeit zur Verfügung stellt, dort verkaufen sie Früchte und Gemüse, und alles ist ganz nett und ordentlich. Kein Wunder, daß diese Leute dann ihr Konto bei gerade dieser Bank eröffnen, die ihnen einen Unterschlupf gewährt. Das würde ich genauso machen. Solche Beispiele sollten auch den Regierungen zu denken geben, sie sollten private Firmen motivieren, Zelte oder Stände entlang der Straßen aufzustellen und informelle Händlerinnen dort unterzubringen. Sie wissen ja, heutzutage sind Kommunalverwaltungen überall auf der Welt mit Verschönerungsprogrammen ihrer Städte beschäftigt, und um Alternativen für die informellen Händler kümmert sich niemand. Ein besonderes furchtbares Beispiel dafür hatten wir 2005 in Zimbabwe, mit der sogenannten Operation Murambatsvina, wörtlich übersetzt »Säuberung«. So etwas sollte es nie geben! Wenn man mit einem Finger auf die Leute zeigt, die man beschuldigt, die Stadt zu verschmutzen, dann muß man mit den

anderen vier Fingern auf die Regierung zeigen. Was hat denn die Regierung getan, um das Leben dieser Leute zu verbessern? Haben sie irgendeine Infrastruktur aufgebaut, um ihnen Unterkunft zu bieten? Oder gar Häuser? Die Leute migrieren ja vom Land in die Stadt auf der Suche nach besseren Lebensmöglichkeiten. Die Städte wachsen also, und das erfordert einen anderen Ansatz der städti-

Goldbarren im Handgepäck

Simbabwe gängelt informell Arbeitende und die Elite profitiert

Die Ressourcen sind in Simbabwe ungleich verteilt: Durch die Ausbeutung von informell Arbeitenden ergaunert sich die Oberschicht einen märchenhaften Reichtum. Das betrifft beispielsweise den Goldsektor, in dem viele Kleinschürfer*innen tätig sind. Mitglieder der Regierungspartei schaffen das Gold am Fiskus vorbei in die Golfstaaten, während Goldgräber*innen und Kleinhändler*innen kriminalisiert werden.

von Rita Schäfer

► Am 26. Oktober 2020 endete die Reise der politischen Funktionärin Henriette Rushwaya abrupt am internationalen Flughafen in Simbawwes Hauptstadt Harare. Sicherheitspersonal fand in ihrem Handgepäck sechs Kilogramm Gold, das sie nach Dubai mitnehmen wollte. Zur Entschuldigung gab die Vorsitzende der Zimbabwe Miners' Federation an, sie hätte zwei ihrer Reisetaschen verwechselt. Rushwaya oblag damals qua ihres Amtes die Förderung der Produktivität von Kleinschürfer*innen. Doch als prominentes Mitglied der Regierungspartei Zimbabwe African National Union – Patriotic Front (ZANU-PF) war sie schon in große Korruptionsskandale verstrickt. Zugleich gilt die Funktionärin als enge Vertraute der Präsidentengattin Auxilia Mnangagwa.

Jährlich verliert der Fiskus in Harare 30 bis 34 Tonnen Gold durch illegalen Export. So hatten Kriminelle allein 2019 Goldstücke im Wert von 60 Millionen US-Dollar nach Dubai gebracht. 2018 belief sich der gesamte fiskalische Verlust aus dem Goldexport auf etwa drei Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig verbuchte die Zentralbank offiziell 33,2 Tonnen Gold; 63,3 Prozent davon hatten Kleinschürfer*innen gewonnen und ordnungsgemäß bei offiziellen Aufkaufstellen abgeliefert. Schätzungsweise 1,5 Millionen Simbawwer*innen sind heute im Goldbergbau tätig.

Fidelity Printers & Refiners, die für die Zentralbank Gold aufkaufen, zahlen in der Regel unter Wert, sodass Kleinschürfer*innen schon vor der Corona-Pandemie 2020 aus Existenznot informelle Absatzmärkte nutzten. Über politisch gut vernetzte Mittelsmänner und Mittelsfrauen, die im Unterschied zu den Goldgräber*innen hohe Gewinne mit dem mühsam gewonnenen Edelmetall erzielen, gelangt das kostbare Gut beispielsweise in die Vereinigten Arabischen Emirate. Die gefährliche Goldsuche in Flüssen und in verlassenen Minenschächten ist mangels wirtschaftlicher Alternativen seit Jahren für immer mehr Menschen zur Einkommensstrategie geworden. Zahlreiche Menschen haben sie schon mit ihrem Leben bezahlt.

Ähnlich wie im Kolonialstaat ...

► Einen Monat nach dem Goldfund am Flughafen in Harare wurden auf dem Gelände der Premier Property Goldmine zehn informelle Goldsucher lebend begraben. Der Grund: Die chinesische Firma Zhong Jin hatte im Auftrag eines Investors aus Belarus Minenschächte versiegelt, ohne zuvor die lokalen Autoritäten darüber zu informieren. Unternehmensvertreter erklärten dagegen, die Polizei

sei unterrichtet gewesen und hätte zugestimmt. Es sind aber nicht nur Kommunikationsprobleme, die informelle Goldgräber*innen gefährden. Hinzu kommen jährlich dutzende Tote während der Regenzeit, denn die in Folge des Klimawandels vermehrt auftretenden Starkregen durchweichen ungesicherte Minenschächte. Dadurch stürzen immer wieder Schächte ein und verschütten Arbeiter*innen unter Tage. Die über Jahrhunderte tradierten und von Generation zu Generation verfeinerten Kenntnisse über lokal angepassten Goldbergbau schützen nicht mehr.

Das einstige Herrscherzentrum Zimbabwe, das auf agrarischer Überschussproduktion und Fernhandel unter anderem mit Gold basierte, war 1980 namensgebend für den unabhängigen Staat Zimbabwe. Die zuerst sozialistisch ausgerichtete Regierung verbaute durch ihre inkompetente klientelistische Wirtschaftspolitik den meisten Staatsbürger*innen eine ökonomische Perspektive. Ähnlich dem Kolonialstaat, der die informelle Arbeit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu unterbinden versuchte, marginalisiert auch die nachkoloniale Regierung informell Arbeitende. In den Wirtschaftsprogrammen der letzten vierzig Jahre kamen sie kaum vor. Auch im aktuellen, bis 2025 gültigen Entwicklungsplan werden sie nur kurz genannt. Dort gelten sie als potentielle Steuerzahler*innen, dementsprechend soll ihre Arbeit formalisiert werden. Damit sind vorrangig städtische Kleinhändler*innen gemeint. Neben dem Zugriff auf deren geringe Verdienste geht es den Regierenden vor allem um Kontrolle und keineswegs um bessere Arbeitsbedingungen oder die Reduzierung von Unsicherheiten.

... werden informell Arbeitende illegalisiert

► In diesem Sinne treibt der Staat etwa Gold- und Diamantensucher*innen weiter in die Illegalität. Die Gesetzgebung zu mineralischen Ressourcen gibt Kleinschürfer*innen oder Kooperativen im Wettbewerb des Minensektors keine Chance. Vielmehr blieb die Gesetzgebung auch nach mehrfacher Umbenennung ein koloniales Relikt. Wie schon unter dem rhodesischen Siedlerregime können nur gut vernetzte Großunternehmer*innen die hohen bürokratischen Hürden des formellen Sektors meistern. Mit dieser Interessengruppe schmieden Entscheidungsträger*innen in staatlichen Behörden Allianzen und inszenieren sich als Ordnungshüter*innen. Schon nach spektakulären Diamantenfunden 2006 wurden mehrere tausend Diamantensucher*innen verhaftet, 2008 starben über zweihundert bei einer Militäraktion im Marange-Minengebiet. Die lukrativen Diamantenminen gehören inzwischen früheren Armeechefs und chinesischen Investoren. Sie sind seitdem wie Hochsicherheitstrakte gegen informelle Diamantensucher*innen abgeschirmt. Hinter gut bewachten Zäunen hat Legalität dennoch keinen hohen Stellenwert. Nur ein Bruchteil der wertvollen Steine gelangt auf offiziellem Wege außer Landes und wird von der Zentralbank erfasst. So entgehen dem Staatshaushalt weiterhin notwendige Einnahmen.

Gleichzeitig dauern vom Staat beauftragte Gewaltaktionen gegen informelle Minenarbeiter*innen an. Anfang Februar 2020 führte das aus ranghohen Armee-, Polizei- und Geheimdienstver-



Informelles Wirtschaften in Harare/Simbabwe (2019) | Fotos: Rita Schäfer

tretern bestehende Joint Operations Command eine groß angelegte Operation gegen »illegale« Goldsucher*innen durch. Dabei nahm sie unter anderem die Premier Property Mine ins Visier, wo 500 informelle Arbeiter*innen der Umweltzerstörung bezichtigt wurden. Landesweit wurden 2019 und 2020 über 5.000 Goldschürfer*innen festgenommen. Ihnen wurde vorgeworfen, Anarchie zu verbreiten. Eine gewisse Ironie beinhaltet dieser Vorwurf dadurch, dass auch Soldaten aufgrund ihres geringen und wegen der hohen Inflation nahezu wertlosen Solds seit Jahren versuchen, mit Goldschürfen ihren Unterhalt zu sichern.

Inwieweit Mitglieder bewaffneter Banden, die Goldsucher*innen und Bewohner*innen in der Umgebung von Goldminen terrorisieren, inzwischen in Haft kamen, bleibt unklar. Trotz zahlreicher Raubüberfälle, Vergewaltigungen und Morde ließ die Polizei die notorischen Gangs jahrelang unbehelligt gewähren. Denn sie handeln im Auftrag einiger Regierungspolitiker – Patrone, die nicht nur Gruppen informeller Goldsucher*innen für sich arbeiten lassen, sondern solche Banden einsetzen, um Konkurrenz im Goldgeschäft auszuschalten. Persönliche Fehden tragen die untereinander zerstrittenen Hintermänner der Killerkommandos auf den Rücken der Goldgräber*innen aus.

Desolate Wirtschaftspolitik

► Ein politischer Wille zugunsten nachhaltiger Wirtschaftsreformen ist nicht erkennbar. Die informelle Ökonomie des Landes gilt als zweitgrößte weltweit. Diese Tatsache ist das Ergebnis politischer Fehlentscheidungen und verbreiteter Korruption, denn Simbabwe verfügt über umfangreiche Ressourcen, eine gut ausgebaute Infrastruktur und eine Bevölkerung mit hohem Bildungsstand. Ein weiterer Grund ist, dass sich die Regierung 1991, also elf Jahre nach

der politischen Unabhängigkeit, auf wirtschaftliche Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds einließ. Unter deren Spardiktat und angeordneten Massenentlassungen schrumpften staatliche Dienstleistungen und die zuvor prosperierende Industrie. Die Arbeitslosigkeit stieg, Löhne und Lebensstandard der verbliebenen Arbeiter*innen sanken.

Der Bedeutungsgewinn informeller Arbeit beschleunigte sich mit den parteipolitisch motivierten und ungesetzlichen Enteignungen vieler, von Weißen betriebenen Farmen ab dem Jahr 2000.

Diese wurden größtenteils nicht in tragfähige neue Agrarbetriebe umgewandelt, sondern verkamen zu Statusobjekten führender Politiker*innen, die sich als Großgrundbesitzer*innen inszenierten, aber kein Interesse an der wirtschaftlichen Prosperität oder der Umverteilung

ihrer neuen Besitztümer hatten. Schlagartig entließen sie einige hunderttausend Arbeitskräfte. Viele suchten dann in der informellen Ökonomie ihre Existenzsicherung, zumal der übrige wirtschaftliche Niedergang und die Deindustrialisierung voranschritten. Während 1982 nur zehn Prozent aller Arbeitskräfte informell tätig waren, schnellte ihre Zahl 2011 auf 84,2 Prozent und 2014 auf 94,5 Prozent. 2019 waren insgesamt nur noch 930.000 der über 15 Millionen Staatsbürger*innen formell beschäftigt.

Doch auch diese Beschäftigten mussten große finanzielle Unsicherheiten meistern: Drastische Lohn- und Gehaltskürzungen, monatelang ausbleibende Zahlungen in Unternehmen, (para)staatlichen sowie städtischen Einrichtungen und ein Kaufkraftverlust von 95 Prozent allein zwischen Februar und November 2019. Viele sahen sich zu informellem Zuverdienst gezwungen. Die Situation verschlechterte sich während der Corona-Pandemie 2020 und dem damit einhergehenden Lockdown weiter: Über 90 Prozent der

Die Regierung will die informelle Ökonomie unter Kontrolle bringen

Unternehmen reduzierten die Arbeitszeiten und damit die Löhne, über 22 Prozent entließen Arbeitskräfte. Zwar will die Regierung die Zahl der formal Beschäftigten wieder erhöhen, doch fehlen konkrete Programme. Für minimale Corona-Finanzhilfen müssen Antragsteller*innen ihre Mitgliedschaft in der Regierungspartei nachweisen. Diese knüpft in der Krise das Patronage-Netz noch enger. Unabhängiges Unternehmertum oder autonome Kooperativen haben wieder keine Chance.

Im Namen der Ordnung

► Die Ausgrenzung der informell Arbeitenden betreibt die Regierungspartei schon lange. Beispielsweise begründete sie die massenhafte Zerstörung von informellen Marktständen und Handwerksbetrieben im Winter 2005 mit der notwendigen Schaffung einer Trennlinie zwischen informellem und formellem Sektor. Die nationale Wirtschaft könne nur auf letzterem basieren. Die Regierung müsse entsprechende Korrekturen vornehmen, um die Ordnung wiederherzustellen. Sie gab der Zerstörungsaktion den Titel »Murambatsvina«, den Dreck wegräumen. Diese vernichtete die Lebensgrundlage von über 700.000 Menschen.

Seit Jahrzehnten gehören Übergriffe staatlicher Sicherheitskräfte und angeheuerter Jugendlicher auf informelle Handels- und Handwerksbetriebe zum Alltag. Letztere wurden wiederholt als Orte kriminellen Handels und als Brutstätten von Cholera- oder Typhus-Epidemien gebrandmarkt (iz3w 379, Seite 6). Mitglieder der ZANU-PF Jugendliga und einer regimetreuen Jugendmiliz gingen gewaltsam gegen informell

Die Räumungsaktion hieß Murambatsvina, den Dreck wegräumen

Arbeitende vor, niemand wurde strafrechtlich verfolgt. Vor allem im Kontext nationaler Wahlen wurden Kleinhändler*innen zur Zielscheibe, denn die Regierung unterstellte ihnen, Oppositionsparteien zu wählen. Gleichzeitig verlangten ZANU-PF Politiker, die als »Grundstücksbarone« an Immobiliengeschäften gut verdienen, von Kleinhändler*innen in der Hauptstadt Harare hohe Gebühren bei der Vergabe von Standplätzen. Mit solchen Schutzgeldforderungen zweigen sie öffentliche Gelder ab.

Verkompliziert wurde die Situation dadurch, dass bei Kommunalwahlen die führende Oppositionspartei im Land, Movement for Democratic Change (MDC), in etlichen Städten gewann und die Bürgermeisterämter übernahm. Das nationale Ministerium für Lokalverwaltung setzte sich mehrfach über diese demokratisch gewählten Kommunalpolitiker*innen hinweg und schikanierte Kleinhändler*innen, die nicht den ZANU-PF Patronage-Netzen angehörten. In den Staatsmedien drohten Vertreter*innen der ZANU-PF wiederholt, sie würden MDC-Stadträte in Harare zwingen, die Stadt zu »reinigen«, damit war die Vertreibung der Kleinhändler*innen gemeint. Während des Lockdowns 2020 zerstörten staatliche Sicherheitskräfte und deren Handlanger viele Verkaufsstände, was die prekäre Situation zuspitzte. Informelle Händler*innen wurden ihrer wichtigen Verteilungs- und Versorgungsfunktionen während der Corona-Pandemie entledigt, indem Polizist*innen Waren konfiszierten. Solche Übergriffe, Einschüchterungen und Haftandrohungen sind nur das jüngste Kapitel der Gewalt gegen informell Arbeitende. Wenn Kleinhändler*innen nun einen neuen Stand eröffnen wollen, müssen sie sich bei der Stadt-

Alles unter Kontrolle

Die Formalisierung informeller Arbeit ist vielen Staaten ein Anliegen. Dabei geht es zuerst um Steuereinnahmen und Kontrolle. Demgegenüber fordert die Internationale Arbeitsorganisation ILO Formalisierungen, um Arbeitsrechte zu verwirklichen. Aber die Art und Weise, wie Formalisierungen vielerorts durchgeführt werden, verursacht neue Probleme. Davon sind insbesondere Frauen betroffen.

38

► Die Wirtschaftsexpertin Jayati Ghosh untersucht ländervergleichend die Geschlechterhierarchien in den Formalisierungsprozessen für informell Arbeitende. Ghosh legt Wert darauf, die Situation von Frauen und sozioökonomische Kontexte zu beachten. Diese entscheiden, ob die möglichen Vorteile der Formalisierung realisiert werden. Dazu zählt die Ökonomin den erhöhten Schutz vor Diskriminierung und Gewalt sowie Maßnahmen für Gesundheit und soziale Absicherung. Gleichzeitig benennt Ghosh strukturelle Benachteiligungen von informell arbeitenden Frauen: Geringere Technikausstattung, erschwelter Kreditzugang oder unzureichende Vorbereitungen auf buchhalterische Erfordernisse. Spätestens im Rahmen von Formalisierungen wird das problematisch. Patriarchale Einstellungen von Behördenvertretern und mangelnder Schutz vor Korruption sind weitere Schwierigkeiten, mit denen Frauen beim Formalisierungsprozess allein dastehen.

Geldtransfer in Indien

► Informell Arbeitende sahen sich in den letzten Jahren einer »autoritären Modernisierung« durch die neoliberal und hindunationalistisch orientierte Regierung von Premierminister Narendra Modi ausgesetzt (iz3w 374). Diese bekämpft Informalität ordnungspolitisch. Formalisierung ist dabei mit Steuerforderungen und monetären Liquiditätsproblemen verbunden. Dadurch erhöhen sich Betriebskosten für Kleinstunternehmerinnen. Der zum Standard erhobene elektronische Geldtransfer bedeutet für sie neue Hürden. Gleichzeitig werden Wahlversprechen wie eine verbesserte gesundheitliche Fürsorge nicht eingelöst.

Vielmehr setzt sich die Misere im staatlichen Gesundheitssektor fort. Dazu zählt die mangelnde Bereitschaft der Regierung, Frauen, die jahrelang als »Freiwillige« auf Honorarbasis im staatlichen Gesundheitssektor dienten, formalisiert auch unter besseren Konditionen anzustellen. Dabei leisten sie für die Gesundheitsversorgung wichtige Dienste, wie Jayati Ghosh unterstreicht.

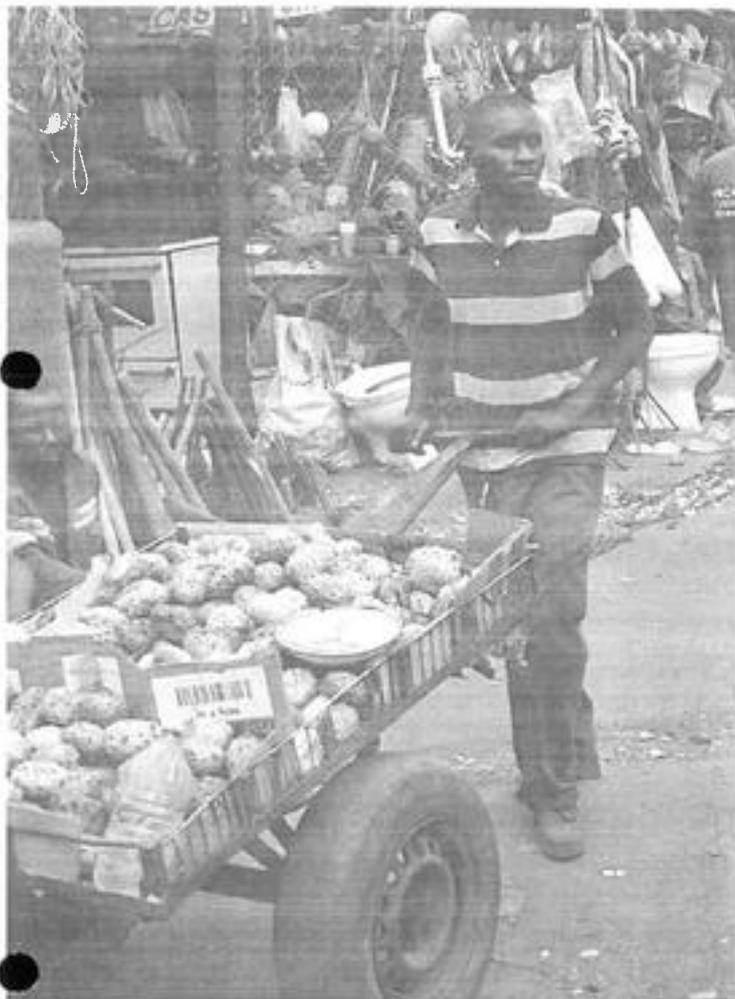
Unflexibles Thailand

► Obwohl Thailand als wirtschaftliches Boomland gilt und die Zahl informell Arbeitender geschrumpft ist, bleibt die informelle Ökonomie relevant. Die Regierung strebt eine Formalisierung des Sektors an und führte bereits eine freiwillige Sozialversicherung ein, die etwa Gesundheits- und Unfallversicherungen, Mutterschutz und Alters-

verwaltung registrieren lassen. Aber zur Begleichung der hohen Gebühren fehlt den meisten das Geld.

Interessenvertretungen von Kleinhändler*innen wie die National Vendors Union of Zimbabwe, die Vendors Initiative for Social and Economic Transformation und die Zimbabwe Chamber of Informal

Economy Associations versuchen, ihre Mitglieder gegen solche Machenschaften zu schützen. Die strengen Corona-Lockdown-Vorschriften erschweren jedoch solche Aktionen. Das betrifft auch den direkten Austausch mit dem Gewerkschaftsdachverband Zimbabwe Congress of Trade Unions, der die Arbeitnehmer*innen im formellen Sektor vertritt. Gemeinsam monieren sie den mangelnden politischen Willen der Regierenden, die Rechte von Arbeitenden in der formellen und informellen Ökonomie zu unterstützen. Dabei unterstreichen sie, dass Arbeitende erst wegen der katastrophalen Wirtschaftslage in die Informalität gedrängt werden und viele gern wieder im formellen Sektor arbeiten würden. Solche zivilgesellschaftlichen Vereinigungen müssen damit rechnen, dass sie von Geheimdienstspitzeln unterwandert und ihre Vorsitzenden von staatlichen Sicherheitskräften misshandelt werden. Diese Strukturprobleme stellen sich allen Organisationen in Simbabwe, die Rechtsstaatlichkeit, Arbeits- oder Menschenrechte einfordern. Präsident Emmerson Mnangagwa betonte noch im Juli 2021 öffentlich, die Regierung habe in den nächsten Jahren verstärkt ein Auge auf die Nichtregierungsorganisationen. Den simbabwischen Betroffenen ist klar, was diese Drohung bedeutet. Informell Arbeitende und ihre Interessenvertretungen müssen auch in Zukunft unter dem autoritären Regime im umfassenden Sinn ums Überleben kämpfen.



► Rita Schäfer ist Mitarbeiterin im iz3w.

Handel mit Kaktusfrüchten
in Harare

renten umfasst. Obwohl diese Versicherung als relativ bedarfsorientiert gilt, weist Ghosh auf Fallstricke hin.

Frauen beispielsweise im informellen Onlinehandel, informelle Reinigungskräfte oder Sexarbeiterinnen würden im Formalisierungsprozess durch stärkere Kontrollen, unflexiblere Arbeitszeiten und durch die offizielle Kriminalisierung der Prostitution benachteiligt. Sexarbeiterinnen befürchten Verhaftungen, wenn sie sich bei Gewaltübergriffen um Hilfe von staatlichen Stellen bemühen. Zudem hält sie die gesellschaftliche Stigmatisierung von einer Registrierung ab, obwohl gesundheitliche Dienstleistungen, etwa Behandlungen von Geschlechtskrankheiten, damit einhergehen. Da es am politischen Willen mangelt, die Sexindustrie zu ändern, würde eine Formalisierung keine Verbesserungen bringen, so das Fazit von Ghosh.

Prekäres Marokko

► Geschlechterdifferenzen kennzeichnen formelle und informelle Arbeitsmöglichkeiten auch in Marokko. Besonders gering ist der Verdienst von Reinigungskräften in privaten Haushalten. Obwohl

die Regierung die ILO-Konvention für Hausangestellte gesetzlich umgesetzt hat, sind viele weibliche Beschäftigte zögerlich, diese anzunehmen. Das betrifft Minderjährige, deren Gehalt direkt an die Eltern gezahlt wird; Verwandte der Arbeitgeber*innen, die für Kost und Logis sowie ein Taschengeld arbeiten; und Arbeiterinnen, die ihren Arbeitgeber*innen nicht vertrauen und ohne bürokratische Hürden kündigen wollen. Feste Arbeitsverträge würden diese Flexibilität einschränken.

So zeigt Jayati Ghosh mit unterschiedlichen Fallbeispielen die Zurückhaltung von Frauen in der informellen Ökonomie gegenüber Formalisierungen auf. Es sind komplexe Lebenslagen und Spannungsfelder, die dem oft entgegenstehen. Die Probleme der informellen Ökonomie lassen sich nicht mit ein paar Formalisierungsmaßnahmen in Wohlgefallen auflösen.

Rita Schäfer

Literatur

- Jayati Ghosh (ed.): *Informal Women Workers in the Global South*, Routledge, Abingdon 2021
- Jayati Ghosh: *The Gender Implications of Formalising Informal Activities*, Summary Report, IDEAs, Working Paper 7, 5.7.2019. www.networkideas.org

Simbabwische Care-Arbeiter*innen im südafrikanischen Migrationsregime

Die jüngste Bewegung von Menschen aus Simbabwe nach Südafrika ist einer der größten konzentrierten Migrationsströme in der südafrikanischen Geschichte. Migrantische Care-Arbeiter*innen sind besonders stark von der selektiven Migrationspolitik und den restriktiven Arbeitsbedingungen betroffen.

Kommentar 19. Februar 2020

Von [Stefania Vittori](#)

Die anhaltende wirtschaftliche und politische Krise in Simbabwe sowie zunehmende Arbeitslosigkeit und innenpolitische Instabilität veranlassen einen Großteil der Bevölkerung dazu, sich in anderen Bereichen der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen umzusehen, entweder in der städtischen informellen Wirtschaft oder außerhalb des Landes oder beides. Besonders die südafrikanische Ökonomie ist stark durch simbabwische Arbeiter*innen geprägt. Dabei stellt sich die Frage, welche politische Gestaltungskraft simbabwischen Care-Arbeiter*innen in der Aushandlung neuer Handlungsspielräume in der südafrikanischen Migrationspolitik zukommt.

Nach dem Umsturz des Apartheidregimes 1994 sahen die meisten simbabwischen Arbeitnehmer*innen Südafrika als einen Ort an, in dem sie temporäre Beschäftigung finden konnten, um die ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen und die schlechten sozialen Aussichten in Simbabwe zu bewältigen. Die abnehmenden Perspektiven in den informellen und formellen simbabwischen Wirtschaftssektoren drängten qualifizierte und unqualifizierte Arbeitskräfte – unabhängig von Alter, Fähigkeiten und Bildungsniveau – dazu, verschiedene Formen von Arbeit, vom informellen Handel bis zur langfristigen formellen Beschäftigung, in den urbanen Räumen Südafrikas wahrzunehmen.

Die neoliberale Umstrukturierung des Arbeitsmarktes, ökonomische Diversifizierung und die zunehmende Integration von südafrikanischen Frauen in den formalen Erwerbsmarkt führten jedoch Ende der 1990er Jahre zur Aufwertung von weiblicher Arbeitskraft und insbesondere von Reproduktionstätigkeiten.

Die Prozesse der fortschreitenden Deregulierung von Arbeitsverhältnissen und Inwertsetzung von Sorge- und Pflegearbeit eröffneten simbabwischen Arbeitssuchenden neue Zugänge zur ausgeblendeten Haushalts- und Reproduktionsökonomie in Südafrika. Bezeichnenderweise hatte dies auch eine doppelte Privatisierung sozialer Aufgaben und von Sorgearbeit zur Folge. Die Belastung der sozialen Reproduktion übertrug sich dabei zunehmend auf die Haushalte und Gemeinschaften der arbeitenden Armen und simbabwischen Arbeitssuchenden. Die steigende Nachfrage nach flexiblen Arbeitskräften vor allem im Pflege- und Haushaltssektor übersetzte sich allerdings nicht in eine liberale Migrationsgesetzgebung Südafrikas.

Die Insider und Outsider des südafrikanischen Migrationsmanagements

Mit dem Amtsantritt von Jacob Zuma im Jahr 2007 wurde erstmals ein reformiertes System des bisherigen grenzüberschreitenden Migrationsmanagements eingeführt. Die drakonischen Visumsbeschränkungen von 1996 und Einwanderungsgesetze von 2002 wurden durch die bilaterale Vereinbarung des 90-Tage Visa (SITC) ersetzt. Die Zahl der Arbeitserlaubnisse für simbabwische Fachkräfte stieg nach 2008 rasch an. Vor allem simbabwische Fachkräfte und Studierende konnten ab 2006 durch die verschiedenen im Einwanderungsgesetz vorgesehenen befristeten und unbefristeten Aufenthaltsgenehmigungen nach Südafrika einreisen. Die Auflagen des Joint Initiative for Priority Skills Acquisition (JIPSA) Einwanderungsgesetzes

waren für den Großteil der simbabwischen Bevölkerung, die von der Regierungskrise betroffen waren, jedoch unmöglich zu bewerkstelligen.

Die simbabwischen Arbeitssuchenden sahen sich mit strengen Bedingungen des neuen Mobilitätsregimes konfrontiert. So sollten sie einen Nachweis über eine bestätigte und bezahlte Hotelunterkunft oder ein Einladungsschreiben einer Person (Geschäftspartner*in oder Angehörige*r), die ihren rechtmäßigen Wohnsitz in Südafrika hat, vorweisen. Für die meisten simbabwischen Migrant*innen gestaltete es sich immer schwieriger, auf legalen Wegen nach Südafrika zu migrieren.

„Dieses Zusammenspiel zwischen Mobilität und Eindämmung produzierte eine neue Form der Biopolitik, die viele Migrantinnen in eine neue gesellschaftliche Rangordnung drängte“ (Heck 2004).

Doch die Reformen, die im Jahr 2009 in Kraft traten, hatten die unbeabsichtigte Folge einer zunehmenden unerlaubten Migration. So bot das 90-Tage-Visum einen legalen Weg, mit Pass nach Südafrika einzureisen und sich für einen Zeitraum von 90 Tagen dort aufzuhalten, sowie nach einer Ausreise erneut einzureisen. Davon ausgenommen waren die undokumentierten, oftmals weiblichen Migrant*innen, die sich in temporären oder auch längerfristigen, aber zumeist informellen Beschäftigungsverhältnissen in der informellen Pflege und dem Hausarbeitssektor wiederfanden und damit die Visumsauflagen nicht erfüllen konnten. „Dieses Zusammenspiel zwischen Mobilität und Eindämmung produzierte eine neue Form der Biopolitik, die viele Migrantinnen in eine neue gesellschaftliche Rangordnung drängte“ (Heck 2004).

Die unzureichenden Investitionen in das öffentliche Gesundheitswesen und die Ausweitung des Niedriglohnssektors in Südafrika stehen damit im Zusammenhang mit der eingeschränkten Mobilität der simbabwischen Arbeiter*innen und ihrer Einbettung in die sich transformierenden Arbeits- und Produktionsverhältnisse. Der Ausschluss von simbabwischen Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt und in anderen Bereichen ist weitgehend das Ergebnis des Versuchs der südafrikanischen Regierung, Grenzen zwischen Insidern und Außenstehenden zu ziehen und die zunehmende Versorgungslücke zu schließen.

Die Externalisierung von gesellschaftlicher Reproduktionsarbeit

Das strategische Schweigen zwischen der südafrikanischen Regierung und dem simbabwischen Regime zu den restriktiven Migrationsauflagen und Arbeitsbedingungen der Migrant*innen erschwert weiterhin, einen gemeinsamen Rahmen für ein integriertes Migrationsmanagement zu ermöglichen. Die fehlenden bilateralen Abkommen zur Arbeitsmigration bedeuten, dass „die jenseits der Märkte verrichtete soziale Sorgearbeit weiterhin aus dem Ökonomischen abgespalten und damit ökonomisch unsichtbar gemacht und entwertet“ verbleibt.

Die selektive Migrationspolitik und restriktiven Arbeitsmaßnahmen Südafrikas drängen die simbabwischen Migrant*innen in unregelmäßige Beschäftigungssektoren. Diese Beschäftigungsformen umfassen meist Tätigkeiten im Gesundheits- und privaten Sektor. Die simbabwischen Migrantinnen kompensieren somit weitgehend den Überschuss an Haus-, Betreuungs- und Pflegearbeiten und tragen zugleich zu einer sozial selektiven Emanzipation für hoch qualifizierte Frauen in Südafrika bei. Die Externalisierung von gesellschaftlicher Reproduktionsarbeit aus der marktförmigen und versorgenden Wirtschaft verdrängt oder verunmöglicht gar sorgeorientierte Politiken weiterhin.

Die simbabwischen Care-Arbeiterinnen verbleiben in unsicheren und informellen Arbeitsverhältnissen und verfügen in den meisten Fällen über keine Auffangnetze. Sie sind weitgehend von Kündigungsschutz, Tarifverhandlungen sowie Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen ausgeschlossen. Die überwiegend migrantischen Haushaltshilfen, Pfleger*innen und Nannies, die im Care-Sektor arbeiten, müssen sich selbst und ihre Kinder, da sie oftmals selbst Familienernährerinnen sind, durch unbezahlte Reproduktionsarbeit erhalten.

So beruht die Stabilität der südafrikanischen Ökonomie auf dem Einsatz entrechteter, migrantischer Arbeitskräfte aus den Mitgliedsstaaten der SADC (*Southern African Development Community*). Es kann also davon gesprochen werden, dass die soziale Reproduktion in Südafrika zu einem Großteil durch weibliche, migrantische Arbeitskräfte gesichert wird. Die transnationale Produktion und Reproduktion wird über einen ethnisierten und geschlechtsspezifisch segmentierten Arbeitsmarkt aufrechterhalten, welcher auf der Entrechtung seiner Arbeitskräfte basiert und von selektiven Einwanderungsaufgaben gestützt wird.

Das Handlungspotential der simbabwischen Care-Arbeiter*innen in Zeiten von zunehmenden Außen- und Sicherheitspolitischen Maßnahmen

Eine Zusammenführung der bislang weitgehend unabhängig voneinander verlaufenden Streiks in der Sphäre der Produktion und die sozialen Kämpfe in der Sphäre der Reproduktion ist von zentraler Bedeutung, um Kampagnen für eine Neuorganisation von Produktion, Ausbildung und Entlohnungssystemen zu ermöglichen. Dabei müssten die traditionellen Gewerkschaften wie die neuen demokratischen Arbeitervertretungen ihre Aufmerksamkeit auch auf die Krise der Reproduktion richten. Eine stärkere Zusammenarbeit von nationalen Gewerkschaften und lokalen NGOs mit den Arbeitsmigrantinnen müsste bewerkstelligt werden.

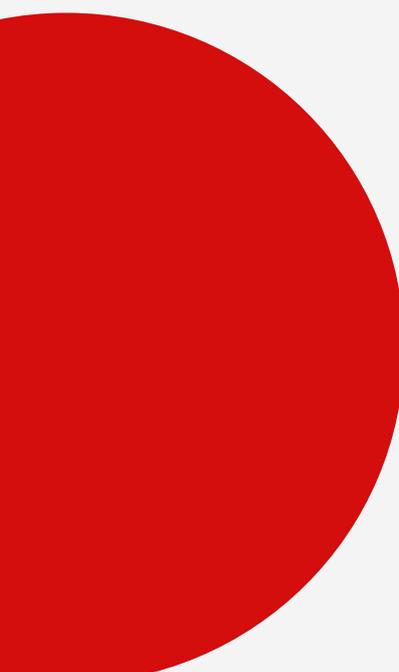
Organisationen und kleinere Verbände wie die Zimbabwe Lawyers Association oder auch National Union of Care Workers of South Africa, die sich seit 2016 für ihre politische Mitbestimmung und für die Anerkennung ihrer Arbeit im öffentlichen Gesundheitssektor einsetzen, stellen gute Beispiele für eine emanzipatorische Praxis dar. Die Forderungen an den südafrikanischen Staat, seinen Verpflichtungen nachzukommen, würden damit auch eine breitere und reichhaltigere Debatte um die Fragen der Sozialpolitik in Südafrika eröffnen. Die besten Aussichten auf eine anhaltende, radikale Herausforderung des profitorientierten, von Migration abhängigen Wirtschaftsmodells Südafrikas besteht in einer Vereinigung dieser Kämpfe, orientiert an den von den Frauen entwickelten Perspektiven und Lösungen.

Weiterführende Literatur:

- Chirume, Joseph: Community healthcare workers demand full-time employment, better pay, News24 Online, 14.09.2018, <https://www.news24.com/SouthAfrica/News/community-healthcare-workers-demand-full-time-employment-better-pay-20180914>
- Crush, J. (2011). Complex Movements, Confused Responses: Labour Migration in South Africa (rep., pp. 1-27). Waterloo, ON: Southern African Migration Programme. SAMP Migration Policy Brief No. 25. <https://www.africaportal.org/publications/complex-movements-confused-responses-labour-migration-in-south-africa/>
- Fine, Janice (2014). Restriction and Solidarity in the New South Africa: COSATU's Complex Response to Migration and Migrant Workers in the Post-Apartheid Era. The Transformation of Work: Challenges and Strategies. Solidarity Center. 1-50. <https://www.solidaritycenter.org/wp-content/uploads/2015/09/Restriction-and-Solidarity-in-New-South-Africa-migration-report.1.2014.pdf>
- Heck, G. (2004). Migration und Diaspora. Netzwerke und Ermächtigungsprozesse kongolesischer Frauen. Geschlecht im Migrationsprozess: Konstruktionen, Widersprüche und Bewegungen. Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 18, Karl Dietz Verlag Berlin
- Maregele, Barbara: Home based carers want better work conditions. Ground Up, 30.05.2017. <https://www.groundup.org.za/article/home-based-carers-want-better-work-conditions/>
- Trafford, Z., Swartz, A., & Colvin, C. J. (2018). "Contract to Volunteer": South African Community Health Worker Mobilization for Better Labor Protection. NEW SOLUTIONS: A Journal of Environmental and Occupational Health Policy, 27(4), 648–666. <https://doi.org/10.1177/1048291117739529>
- United Nations Development Programme (2010). The Potential Contribution of the Zimbabwe Diaspora to Economic Recovery. Comprehensive Economic Recovery in Zimbabwe Working Paper Series. Series 11. <https://www.zimbabwesituation.com/old/WP11.pdf>



LÄNDERSCHWERPUNKT:
SÜDAFRIKA





10 Jahre nach der Finanzkrise: Südafrika

Im September 2018 jährt sich der Konkurs der Bank „Lehman Brothers“ und damit der Beginn der schwersten Finanzmarktkrise seit 1929 zum zehnten Mal. Seit dieser Krise leben Menschen auf der ganzen Welt unter dem Eindruck, die Folgen dieser Krise und die mit ihr eingetretenen Veränderungen bewältigen zu müssen. Kurzfristige Arbeitsverträge, Arbeitslosigkeit, schlechtere Arbeitsbedingungen und schwerere Finanzierungsmöglichkeiten für kleine Unternehmen sind Herausforderungen, mit denen Menschen auf allen Kontinenten zu kämpfen haben. Gesprochen wird dabei zumeist nur über Europa und Nordamerika, doch wie steht es um den Rest der Welt? Wie haben die Länder des Globalen Südens die Auswirkungen der Finanzkrise verkraftet und sind die sowieso schon armen Bevölkerungsteile vergessene Leidtragende? SÜDWIND hat sich beispielhaft mit der gesellschaftlichen und politischen Situation einiger Länder im Globalen Süden auseinandergesetzt, um Antworten auf diese Fragen zu finden und um zu zeigen, dass eine unbedachte Deregulierung der Finanzmärkte im Norden die Armutssituation der Menschen im Süden erheblich verschärft.

Südafrika in Zahlen:

Bevölkerung: 56 Millionen (2017)

Bevölkerungsdichte: 47 Menschen pro km² (2017),
Vergleich Deutschland: 237 pro km²

BIP: 349,4 Milliarden US-Dollar (2017)

BIP pro Kopf: 6.160 US-Dollar (2017)
Vergleich Deutschland: 44.469 US-Dollar (2017)

BIP-Wachstum: 1,32 % (2017)

HDI-Rang: 0.666 – entspricht dem Platz 119 von 188 (2015) (Der Human Development Index zur Berechnung der menschlichen Entwicklung berücksichtigt neben dem BIP auch die medizinische Versorgung, den Bildungsstand und die Situation der Frauen in einem Land)

Quellen: World Bank Data, 2018; UNDP 2017

Südafrika: Sinkende Rohstoffpreise führen zu Massenentlassungen

Den wenigsten Menschen dürfte, wenn sie an Südafrika denken, in den Sinn kommen, dass es sich dabei um eines der reichsten Länder der Erde handelt – zumindest was die Bodenschätze angeht. In Südafrika befinden sich die weltweit größten Vorkommen an Gold und Platin und auch andere Rohstoffe, wie Kohle, kommen dort in riesigen Mengen vor.



Foto: Dan Brown/Flickr.com

Trotz dieser großen Vorkommen, welche im Jahr 2010 auf einen Gesamtwert von 2,5 Billionen US-Dollar berechnet wurden und der generell hohen volkswirtschaftlichen Leistung als zweitgrößte Volkswirtschaft Afrikas, kommt hiervon wenig bei dem größten Teil der Bevölkerung an. Südafrika ist eines der Länder mit den weltweit extremsten Einkommensunterschieden. Nach offiziellen Zahlen der Regierung aus dem Jahr 2009 erhalten die ärmsten 20% der Bevölkerung 1,6% des gesamten Einkommens im Land, während die reichsten 20% vom Gesamteinkommen 70% erhalten. Von den fast 60 Mio. EinwohnerInnen lebten im Jahr 2015 13,8 Mio. in extremer Armut.



Foto: Steven dos Remedios/Flickr.com

Nach staatlichen Angaben liegt die Arbeitslosenquote bei rund 27%. Dieser bereits hohe Wert berücksichtigt aber nur Personen, die aktiv Arbeit suchen. Personen, die eigentlich arbeiten könnten, aber z.B. aufgrund von mangelndem Erfolg die Suche nach Arbeit aufgegeben haben, werden dabei nicht berücksichtigt. Unabhängige Stellen schätzen die tatsächliche Arbeitslosigkeit in Südafrika auf bis zu 50%. Die Ungerechtigkeiten in der Bevölkerung beschränken sich

jedoch nicht nur auf das Einkommen, auch im Hinblick auf den Zugang zu Wohnraum, Nahrungsmitteln und Sicherheit spiegeln sich diese Verhältnisse in der südafrikanischen Gesellschaft wider.



Wie sich während der Finanzkrise 2008 deutlich zeigte, bekommen in einer Krisensituation die ärmsten Teile der Bevölkerung die Konsequenzen dieser am härtesten zu spüren. Die

Krise erreichte Südafrika vor allem über zwei Wege. Zum Einen gab es einen massenhaften Kapitalabzug durch internationale Banken, welche die Gelder während der Krise benötigten, um die Verluste aus den Spekulationsgeschäften zu kompensieren. Dies hatte zur Folge, dass Börsenkurse einbrachen und Kredite viel schwieriger und deutlich teurer zu bekommen waren. Der zweite Weg, über den die Finanzkrise Südafrika erreichte, war für das Land jedoch noch gravierender. Aufgrund der hohen Abhängigkeit der südafrikanischen Wirtschaft von internationalen Rohstoffpreisen hatte der internationale Preissturz von Platin weitreichende Folgen für die Wirtschaft, den Staat und die gesamte südafrikanische Bevölkerung. Der Preis für ein Gramm Platin sank von

Juni bis November 2008 um mehr als die Hälfte von anfänglich 60 bis 70 US-Dollar auf weniger als 30 US-Dollar. In den Folgejahren erholten sich die Preise zwar etwas, der Wert von Platin liegt jedoch aktuell wieder nur knapp bei 30 US-Dollar. Die daraus resultierenden Auswirkungen hielten auch noch in den letzten zehn Jahren an, da der Bergbau eine entscheidende Rolle für den Wohlstand des Landes spielt.

Die in Südafrika aktiven Bergbauunternehmen hatten bereits vor der Krise und bei hohen Rohstoffpreisen ihre ArbeiterInnen zunehmend über Leiharbeitsfirmen angeheuert. Für die betroffenen MinenarbeiterInnen bedeutet dies, dass

sie schlechter bezahlt und schneller entlassen werden können. Außerdem sparen die Unternehmen somit die Zahlung von Sozialleistungen oder Entschädigungszahlungen, wenn ArbeitnehmerInnen z.B. aufgrund der Arbeitsbedingungen erkranken. So konnten Ende des Jahres 2008 mit dem Fall der Rohstoffpreise, innerhalb von wenigen Wochen 150.000 MinenarbeiterInnen entlassen werden.



Foto: Adam Cohn/Flickr.com



Foto: Graeme Williams/Media Club/Flickr.com

Während die Entlassungen angeblich zwingend notwendig waren und kein Geld mehr für soziale Projekte zur Verfügung stand, wurden gleichzeitig von denselben Firmen neue Minen eröffnet, vor allem im Bereich des Kohleabbaus. Dieser Umstand verdeutlicht, dass das Argument der niedrigen Rohstoffpreise lediglich vorgeschoben wird. Die Unternehmen machen weiterhin genug Profite, um zu expandieren.



Foto: Jboudane/Flickr.com

Dies geschah in einer Situation, in der sich die Lebensbedingungen der ArbeiterInnen bereits verschlechtert hatten. Sie wohnen in überfüllten Massenunterkünften und Siedlungen aus Wellblechhütten mit unbefestigten Straßen und ohne Zugang zu fließendem Wasser, Elektrizität und Kanalisation. Die Siedlungen sind meist informell. Das Land gehört nicht den SiedlerInnen, sie werden aber von staatlicher Seite mangels besserer Alternativen toleriert. Die massenhaften Entlassungen gefährdeten sogar diesen minimalsten Lebensstandard der Menschen. Andere BergbauarbeiterInnen sind in firmeneigenen Unterkünften untergebracht, in denen teilweise menschenunwürdige Bedingungen herrschen. Zwar wurden die großen Bergbauunternehmen schon vor der Krise dazu angehalten, Maßnahmen durchzuführen, um die soziale und ökonomische Situation in den Wohngebäuden zu verbessern, aber gerade in den Jahren nach dem Preissturz wurde eben dieser als Argument angeführt, die Ausgaben für solche Programme drastisch zu reduzieren.

Neben der steigenden Arbeitslosigkeit verschlechterte die Krise die Ernährungssicherheit. Während der Krisenjahre wurde gerade für viele GeringverdienerInnen der rasante Anstieg der Lebensmittelpreise gefährlich. Generell sind die Löhne in Südafrika in den letzten 30 Jahren deutlich gesunken, teilweise weil die Inflation deutlich schneller steigt als die Einkommen, aber auch weil zunehmender internationaler Konkurrenzdruck zu geringeren Lohnerhöhungen oder sogar -senkungen führt. In Südafrika befanden sich auch vor der

So wurde ein Programm, über das Unternehmen gezwungen wurden, mehr Wohnraum pro Person und Familie zu schaffen sowie die wichtigsten sanitären und infrastrukturellen Einrichtungen bereitzustellen, gekürzt. Dies führte dazu, dass nur für wenige Beschäftigte besserer Wohnraum entstand und die Mehrheit in informelle Siedlungen gedrängt wurde. Wohnheime, die zuvor 18.000 Beschäftigte beherbergt hatten, waren auf 3.000 Wohneinheiten reduziert worden. Mit der Krise verschwanden damit alle Aussichten auf eine Verbesserung der Wohn-, Arbeits- und Lebenssituation.



Foto: Ian Truter/Flickr.com



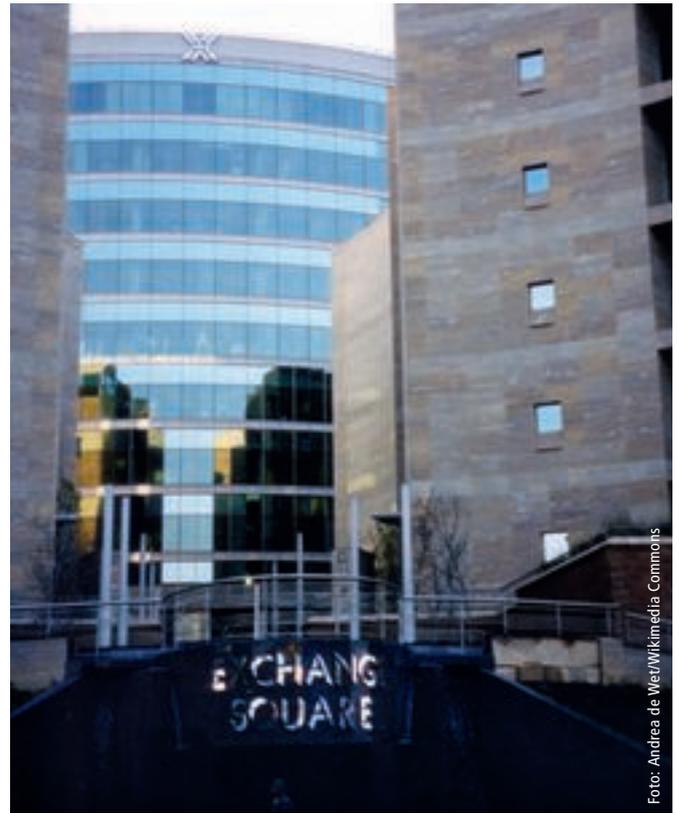
Krise rund 30 % der Bevölkerung in der Situation, nicht genug Lebensmittel für den eigenen Bedarf beschaffen zu können. Während der Krise hat sich diese Zahl erhöht. Die sowieso schon starke Ungerechtigkeit und Armutssituation verstärkte sich eklatant.

Die Anzahl der NiedrigverdienerInnen im Land ist hoch und steigt immer weiter an. In einem südafrikanischen Supermarkt verdient ein/e niedrigqualifizierte/r ArbeiterIn 3.500 Rand pro Monat, umgerechnet circa 275 US-Dollar. Dieser Lohn macht es schwierig, eine Unterkunft in urbanen Regionen zu bezahlen, geschweige denn eine gesunde Ernährung zu finanzieren.

Aufgrund der zentralen Stellung des Bergbaus in der südafrikanischen Wirtschaft hatte der Preissturz bei den Bodenschätzen zudem Folgen für andere Wirtschaftsbereiche. Ein Rückgang von Arbeitsplätzen und Umsatzeinbrüche waren auch im verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor bemerkbar. Die Schrumpfung dieser Bereiche begann zwar bereits vor der Finanzkrise 2008, wurde jedoch durch sie beschleunigt.

Neben den weitreichenden negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft war ebenfalls der Finanzmarkt von der internationalen Krise betroffen. In den Jahren vor der Krise floss internationales Kapital in das Land. Das Angebot an günstigen Krediten aus dem Ausland führte in Südafrika zu einem Anstieg von Konsumentenkrediten, vor allem für Luxusgüter und Immobilien. Auf dem Immobilienmarkt hatte sich in Südafrika eine Spekulationsblase gebildet. So stieg der Grundstückspreis im Land zwischen den Jahren 1997 und 2008 um insgesamt 389 %. Nach dem Kollaps des Finanzmarktes in den USA reduzierten die in Südafrika aktiven Banken ihre Schuldenquote,

also das Verhältnis der eigenen Schulden zu den eigenen Wertanlagen, und damit auch das eigene finanzielle Risiko, indem sie in großen Mengen Kapital aus dem Land abzogen.

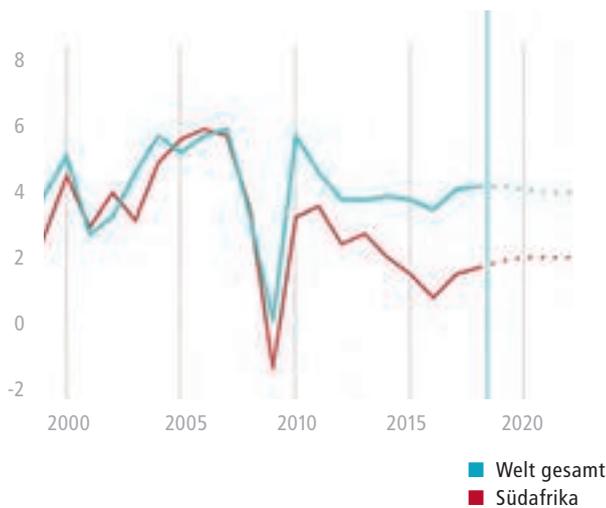


Auch an der Börse kam es zu massenhaften Anlagenverkäufen durch ausländische Investoren, was unter anderem einen Einbruch der Börsenkurse um 35 % zur Folge hatte. Aufgrund des plötzlichen Mangels an Kapital wurden Kredite deutlich teurer. Zwar platzte die Immobilienblase in Südafrika nicht in vergleichbarem Ausmaß wie in den USA, jedoch nahm der Verschuldungsgrad durch Hypothekendarlehen stark zu. Auch in den Jahren nach der Krise bleibt der Kreditmarkt angespannt. Weniger wohlhabende DarlehensnehmerInnen haben auch heute noch, zehn Jahre später, keine Chance, zu regulären Konditionen Kredite zu bekommen und müssen auf zwielichtige Anbieter zurückgreifen, die 30 bis 60 % Zinsen einfordern.

Doch selbst von der temporären Kapitalflucht während der Krise abgesehen, steigen die Defizite im Staatshaushalt Südafrikas nach der Finanzkrise immer weiter an. Im Zuge einer zunehmenden Globalisierung verlegen großen Unternehmen zum Beispiel im Bergbaubereich ihre Firmensitze zunehmend ins Ausland, wo unter anderem rechtliche und steuerliche Begebenheiten attraktiver sind. Umsätze wandern somit steuerfrei am südafrikanischen Fiskus vorbei und auch die Gewinne werden ins Ausland transferiert. Der jährliche Verlust, den der Staat dadurch erleidet, wird auf 150 Mrd. US-Dollar geschätzt. KritikerInnen werfen den Unternehmen fehlende Verantwortung für Menschen und Umwelt vor, weil Gewinne ins Ausland abgeführt und die immensen tatsächlichen Kosten des Bergbaus für die Gesundheit der AnwohnerInnen und die Umwelt nicht berücksichtigt werden.



Entwicklung des Wirtschaftswachstums 2000-2016 (näherungsweise in Prozent)



Quelle: http://www.imf.org/external/datamapper/NGDP_RPCH@WEO/ZAF/WEO WORLD

Sehr deutlich werden die langfristigen Auswirkungen der Finanzkrise auf Südafrika, wenn man das Wirtschaftswachstum des Landes betrachtet. Dieses lag in den Jahren vor der Krise zumeist zwischen 2 % und 8 % und war vor allem auf die treibende Kraft der Konsum- und Immobiliendarlehen zurück zu führen. In den Krisenjahren fiel es auf ein Rekordtief von minus 6 %. In den zehn Jahren nach der Krise verlangsamte sich das Wachstum deutlich und pendelt nun zwischen -2 % und maximal 5 %. Gründe dafür sind unter anderem der Rückgang der Kreditvergabe. Mit diesem geringen Wachstum

geht einher, dass die vor zehn Jahren in der Krise verlorenen Arbeitsplätze auf Dauer verloren gegangen sind. Aufgrund des niedrigen Wirtschaftswachstums steigt die Arbeitslosigkeit sogar weiter an, während Reallöhne sinken. Von Seiten der Regierung gibt es keine effektiven Maßnahmen um dem Entgegenzuwirken oder die sozialen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit abzuschwächen.

Der Weltmarktpreis für Platin hat nie wieder den Stand vor 2008 erreicht, und lag Anfang des Jahres 2018 auf einem erneuten Tiefpunkt, welcher dem Wert während der Krise entspricht. Obwohl Südafrika gut 85 % des weltweiten Platinvorkommens besitzt, kann das Land keinerlei Einfluss auf die Preise nehmen, geschweige denn auf Standorte des weiterverarbeitenden Sektors.

Statt den Abbau effektiver zu gestalten, die regionale Wirtschaft zu unterstützen und die Mengen zu regulieren, kommt es zu Vorratslagerungen und einer Überproduktion. Für die Unternehmen dienen die Preise als Argument für weitere Entlassungen, Outsourcing und Kündigungen. ExpertInnen gehen davon aus, dass weitere Entlassungen in der Bergbauindustrie bevorstehen. Vor allem die voranschreitende Mechanisierung ermöglicht den Unternehmen den zunehmenden Verzicht auf Arbeitskräfte. Die Finanzkrise 2008 kann definitiv als Auslöser für diese weitreichenden Verschlechterungen im Bereich der Bergbauindustrie gesehen werden. Die vorangegangene geschilderte prekäre Situation der BergbauarbeiterInnen, die sich bis heute noch nicht verbessert hat, sorgte in den letzten Jahren für eine Vielzahl von Streikaktivitäten der Beschäftigten, ob mit einer der zahlreichen Gewerkschaften koordiniert oder als „wilder Streik“. Im Jahr 2012 starteten rund 3500 ArbeiterInnen einen Streik an einer Platinmine der Firma Lonmin in Marikana.



Foto: Ryan93/Wikimedia Commons

Sie forderten einen existenzsichernden Lohn von 12.000 Rand pro Monat – umgerechnet rund 900 US-Dollar. Der Streik eskalierte und Polizeikräfte schlugen diesen am 16. August gewaltsam nieder. 34 Bergleute wurden dabei erschossen. Dieses, als „Massaker von Marikana“ bezeichnete Ereignis löste einen Skandal in der südafrikanischen Gesellschaft aus.



Foto: Daniel Arauz/Flickr.com



Foto: Fotolia.com

Dieser wurde durch die Nichtbeachtung der Forderungen durch die Bergbauunternehmen verstärkt und weitete sich im September zu einem Streit aus, welcher auf andere Bergwerke übersprang. Da diese jedoch kaum zu nennenswerten Veränderungen der Situation der ArbeiterInnen führten, waren zeitweise bis zu 75.000 Beschäftigte aus dem Bergbausektor an Streikhandlungen beteiligt. Im Jahr

2014 brachen erneut landesweite Streiks aus, die immerhin teilweise zu Lohnerhöhungen auf bis zu 850 US-Dollar führte. Auch heutzutage spricht die südafrikanische Minenaufsicht von bis zu drei Bergbau-Protesten am Tag. Die Probleme im Bergbaubereich sind also keinesfalls beseitigt worden.

Zehn Jahre nach der internationalen Finanzkrise hat sich die Situation für viele SüdafrikanerInnen verschlechtert. Dabei gibt es durchaus Lösungsvorschläge, die eine Verbesserung für die Menschen in Südafrika versprechen. Da die Bergbauindustrie in den letzten Jahrzehnten hohe Gewinne einfuhr, wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie der Bench Marks Foundation, vorgeschlagen, Sicherheitsrücklagen einzuführen, auf die im Krisenfall zurückgegriffen werden kann. Steht der Platinpreis hoch, kann eingezahlt werden und in Zeiten von Niedrigpreisen müsste es keine Entlassungen oder Lohnkürzungen geben. Vor allem aber würde dieses Instrument den Bergbauunternehmen das Argument dafür nehmen, bei niedrigen Rohstoffpreisen Kürzungen durchzuführen.

Literaturhinweise

United Nations Development Programme (2017): Human Development Report 2016. Online abrufbar: <http://hdr.undp.org/en/2016-report>

Ashman, S., Fine, B., & Newman, S. (2011): The crisis in South Africa: Neoliberalism, financialization and uneven and combined development. *Socialist Register*, 47(47), 174-195.

Michael Nassen Smit: How inequality is wrecking SA's economy, and what we can do about it, *business life* 16 October 2017 <https://www.businesslive.co.za/bd/opinion/2017-10-16-alarming-statistics-how-sas-economy-suffers-from-inequality/>

Statistiken zu Südafrika:
<https://data.worldbank.org/country/south-africa>

SÜDWIND

Seit fast 30 Jahren engagiert sich SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Anhand von konkreten Beispielen zu Missständen decken wir ungerechte Strukturen auf, machen sie öffentlich und bieten Handlungsalternativen. Dabei verbinden wir unsere Recherchen mit entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und tragen Forderungen in Kampagnen, Gesellschaft, Unternehmen und Politik. Durch Gespräche mit Verantwortlichen aus Politik und Unternehmen oder die Beratung von EntscheidungsträgerInnen in der Gesellschaft tragen wir so zu Veränderungen bei.



Impressum
 Bonn, September 2018

Herausgeber
 SÜDWIND e.V.
 Kaiserstraße 201
 53113 Bonn
 Tel.: +49(0)228-763698-0
 info@suedwind-institut.de
 www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:
 KD-Bank
 IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
 BIC: GENODED1DKD

AutorInnen:
 David Schwarz,
 Antje Schneeweiß

Redaktion und Korrektur:
 Kathrin Hegger, Vera Schumacher

V.i.S.d.P.: Martina Schaub

Gestaltung: www.pinger-eden.de

Druck und Verarbeitung:
 Brandt GmbH, Bonn
 Gedruckt auf Recycling-Papier

Gefördert durch



Evangelische Kirche
 von Westfalen



Gefördert mit Mitteln von Brot für die Welt



Die Apartheid und ihre Gegenbewegung(en)

Eine vertiefte Einführung in die Geschichte der Apartheid kann nicht geleistet werden. Hierzu kann auf zahlreiche historische Abhandlungen verwiesen werden, die die Entwicklung der Gesellschaft im heutigen Staat Südafrika eingehend betrachten (beispielsweise Thompson 2001, Saul/Bond 2014) oder auf die Sammelbände, die sich mit der Entwicklung von sozialen Bewegungen seit dem Ende der Apartheid befassen (Ambacher/Khan 2010a, Ballard/Habib/Valodia 2006). An dieser Stelle sollen allerdings einige für das Verständnis der Arbeit wichtige Aspekte beschrieben werden, die ihren Ursprung bereits in der Apartheidzeit haben. Hierzu gehören die Entwicklung gesellschaftlicher Konfliktlinien während der Apartheidzeit, ihre Konsequenzen für die Bevölkerung und die mit daraus resultierende Entstehung der südafrikanischen Antiapartheidbewegung.

Die Apartheid

Zwischen 1948 und 1990 basierte das politische und gesellschaftliche System in Südafrika auf der Ideologie der Apartheid. Apartheid kommt aus der afrikaanischen Sprache und bedeutet „getrennt sein“. Das Oxford Dictionary definiert Apartheid dementsprechend als „(in South Africa) a policy or system of segregation or discrimination on grounds of race“ (Oxford Dictionary 2013). Die auf rassistischen Grundsätzen angelegte Segregation der Bevölkerung unter der Apartheid weist dabei ähnliche Grundzüge auf wie das indische Kastensystem: Ein System von sozialer Stratifizierung auf Basis von Fremdzuschreibung, in dem soziale Mobilität nicht möglich ist (Nanda/Warms 2013: 243).²⁶ Während in der populärwissenschaftlichen Literatur häufig Bezug genommen wird auf die Trennung zwischen der schwarzen und weißen Bevölkerung, war die Strukturierung durch das Regime der Apartheid weitaus komplexer. Das Apartheidregime unterteilte die Bevölkerung in vier verschiedene Gruppen: „Whites“, „Blacks“

26 Die Apartheidzeit bildete allerdings nicht den Anfangspunkt rassistischer Gesetzgebung oder Unterdrückung im heutigen Südafrika. Bereits mit dem Beginn der Kolonialisierung der Region im Jahr 1652 war der Kampf um die Kontrolle des Landes entbrannt. Die Zeit bis etwa 1910 ist gekennzeichnet durch eine Versklavung breiter Teile der Bevölkerung, durch Widerstandskämpfe verschiedener Gruppen gegen die Kolonialisierung, aber auch die Auseinandersetzung zwischen Buren und Engländern um den Einfluss im Land (Thompson 2001: 31-153). Mit dem Zusammenschluss der weißen Gruppen im Land – der englischen Republiken und der Burenrepubliken – im Jahr 1910 wurde die *Union of South Africa* gegründet – durch die eine Ära der Segregation eingeleitet wurde, die dann 1948 in die Apartheid mündete (Thompson 2001: 153-186).

(auch „Africans“ oder „Natives“), „Coloureds“²⁷ und „Indians/Asians“ (ehemalige Einwanderer_innen und deren Nachfahren aus Indien). In dieser Aufteilung wurden „Weiße“ als höhergestellte, „zivilisierte“ Gruppe betrachtet. Deren Interessen sollten über den Interessen der untergeordneten Bevölkerungsgruppen stehen (Thompson 2001: 190). Die Trennung zwischen „Coloureds“, „Indians“ und „Blacks“ sollte für eine weitere gesellschaftliche Zersplitterung sorgen, um die Machtposition der weißen Regierung zu stärken. Nur rund zehn Prozent der Bevölkerung fielen zu Beginn der Apartheidzeit unter die Kategorie „Whites“, die restlichen 90 Prozent der Bevölkerung waren „Non-Whites“. Zum Ende der Apartheid lag der Anteil der schwarzen Bevölkerung bei etwa drei Vierteln, der der Coloureds bei zehn Prozent und drei Prozent fielen unter die Kategorie „Indians oder Asians“ (Leibbrandt/Levinsohn/McCrary 2005: 10).

Auf Basis der Trennung der vier Bevölkerungsgruppen erließ das Apartheidregime Gesetze, die dann zu einer weiteren Fragmentierung der Gesellschaft führen sollten. Die Zeit zwischen 1948 und 1978 gilt dabei als Höhepunkt der Apartheidzeit, weil in dieser Zeit die meisten Gesetze zur Rassentrennung erlassen wurden. Die Gesetze, die auf der Ebene persönlicher Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen die stärksten Einschränkungen boten, waren das Verbot von Beziehungen und Heirat zwischen Weißen und Nicht-Weißen (*Mixed Married Act* aus dem Jahr 1949), sowie die Trennung beider Gruppen im öffentlichen Raum, wie auch in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln (*Reservation of Separate Amenities Act*, 1953). 1950 wurde dann auch der *Group Areas Act* erlassen, der die räumliche Trennung auf Basis von rassistischen Kriterien vorsah. Das Gesetz führte zu erzwungenen Umsiedlungen großer Teile der Bevölkerung, die anhand ihrer Klassifikation in neue Wohnsiedlungen umziehen mussten (Thompson 2001: 190ff.). Beispiele für diese Segregationen finden sich bis heute in Städten wie Kapstadt (Hart 1988: 603ff.), Johannesburg (Platzky/Walker 1985) oder auch Durban (Maharaj 1995). Mit dem *Natives Representative Council* wurde 1951 darüber hinaus ein Gremium geschaffen, durch das die schwarze Bevölkerung neu verwaltet werden sollte. Dies führte zur

27 Der Begriff „Coloured“ wurde als weitere Kategorie konstruiert für „Nicht-Weiße“, aber auch „Nicht-Schwarze“. Sie erfolgte auf der Basis, dass es seit der Kolonialisierung Beziehungen zwischen Kolonialisierern und den Kolonialiserten unterschiedlicher Herkunft gab, deren Nachfahren im Apartheidsystem einen weiteren Status erhielten. Dieser wird vom südafrikanischen Soziologen Zimitri Erasmus wie folgt beschrieben: „For me, growing up coloured meant knowing that I was *not only* not white, but *less than white: not only* black but *better than black* (as we referred to African people)“ (Erasmus 2001: 13-14). Der Begriff „Coloured“ ist wie alle anderen Kategorien der Apartheid eine *hergestellte* Kategorie, und wurde durch staatliche Praktiken und Regulationen wie dem Bericht der *South African Native Affairs Commission* (1903-1095) oder dem *Population Registration Act* (1950) zementiert (Reddy 2001: 66).

Gründung von acht, später dann zehn Gebieten, die als „*Homelands*“ bezeichnet wurden. Diese Gebiete sollten von lokalen Autoritäten verwaltet werden. Der Bevölkerung, die in diesen Gebieten lebte, wurde der Zugang zu anderen Teilen des Landes untersagt. Dies sollte eine weitere Segregation der Bevölkerung ermöglichen (Thompson 2001: 191). Das abschließende Ziel dieser Trennung sollte die Entstehung von zwei Nationen im südafrikanischen Staat sein: Der weißen Nation und der nicht-weißen Nation, die dieser untergeordnet war (Thompson 2001: 190).

Zivilgesellschaftliche Opposition

Während der Apartheidzeit entwickelte sich eine starke zivilgesellschaftliche Opposition in Form der Antiapartheidbewegung. Zu den früheren Gruppen, die gesellschaftlichen Widerstand organisierten, gehörten der *African National Congress* (ANC) sowie der *Pan Africanist Congress* (PAC), die ab den 1960er Jahren verboten wurden und nur noch im Exil agieren konnten. In den 1970ern entstand die *Black Consciousness* Bewegung, Mitte der 1970er erstarkten die Gewerkschaften wieder und in den 1980ern wurde der zivile und zivilgesellschaftliche Widerstand durch die *United Democratic Front* organisiert (Marx 1992: 10). Für die Analyse dieser Arbeit spielen vor allem der *African National Congress* (ANC), die Gewerkschaften sowie der zivile und zivilgesellschaftliche Widerstand in Südafrika eine Rolle. Es sei jedoch darauf verwiesen, dass der ANC nicht die einzige wichtige Widerstandsbewegung im Land war und sich eine Reihe von Akteuren ebenso gegen die Apartheid einsetzten, allerdings im Gegensatz zum ANC und Nelson Mandela nicht die gleiche Popularität erhalten haben (eine sehr detaillierte und empfehlenswerte Ausführung über Akteure, Konflikte und Erfolge der südafrikanischen Widerstandsbewegung findet sich bei Marx 1992).

Ein für die Antiapartheidbewegung handlungsleitendes Dokument wurde bereits 1955 beim Treffen der *South African Congress Alliance* mit der so genannten *Freedom Charter* formuliert. Die *Congress Alliance* war ein Zusammenschluss von verschiedenen Organisationen, die sich gegen das Apartheidsregime richteten; der ANC als eine der frühen Widerstandsorganisationen im Land²⁸ kam dabei eine wichtige Rolle zu. In der *Freedom Charter* versprachen die Widerstandsgruppen nach dem Ende der Apartheid unterschiedslos allen Bürgerinnen und Bürgern Südafrikas, umfassende soziale, ökonomische und politische Rechte

28 Der ANC wurde bereits 1912 gegründet und war in den ersten Jahren eine Lobbyorganisation, die sich für die Rechte der schwarzen Bevölkerung einsetzte. Die Ideologie in den Anfangsjahren kann als „moderater Nationalismus“ bezeichnet werden (Ellis 1991: 439).

zu gewähren; hierzu gehörten u.a. Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Zugang zu Wasser und Elektrizität, eine angemessene Gesundheitsversorgung und das Recht auf menschenwürdiges Wohnen (Freedom Charter 1955). Die *Freedom Charter* blieb das zentrale Dokument für die Bewegung bis zum Ende der Apartheid. Sie bildete nach dem Übergang zur Demokratie auch die Basis von Regierungsversprechen der ANC-Regierung. Noch heute nehmen viele südafrikanische Bewegungen, aber auch Bürger_innen Bezug auf das Dokument.

In den ersten Jahren der Apartheid setzten sich verschiedene Gruppen, darunter neben dem *Pan Africanist Congress*, der ANC, aber auch die kommunistische Partei (SACP) einer eher politisch-rhetorischen Ebene gegen die Gesetze des Apartheidsregimes ein. Diese Haltung änderte sich mit dem Massaker von Sharpeville, bei dem im März 1960 knapp 70 Demonstrierende durch die Polizei erschossen wurden. Diese waren größtenteils Mitglieder der PAC, die friedlich gegen die Passgesetze²⁹ der Regierung demonstriert hatten. Die Erschießungen waren der Anfang einer radikalen Repression der Regierung gegen die Widerstandsgruppen (Frankel 2001: 3-5). Diese – darunter auch der ANC – wurden nur neun Tage nach dem Massaker von Sharpeville verboten (Ellis 1991: 439). In der Folge radikalisierten sich die Gruppen. Die SACP und der ANC gründeten mit *Umkhonto we sizwe* (der Speer der Nation) eine militärische Sektion, die zunächst von Nelson Mandela angeführt wurde (Ellis 1991: 442). *Umkhonto we sizwe* führte in den folgenden Monaten Sabotageakte und gezielte Anschläge auf strategische Knotenpunkte der Regierung durch, die immer auch als koordinierte politische Aktionen mit dem ANC verstanden wurden (Ngculu 2003: 239-243). Das Apartheidsregime verhaftete Nelson Mandela und andere Anhänger in den Jahren 1962 und 1963. Nach dem offiziellen Verbot ging eine Reihe von Mitgliedern der Vereinigung ins politische Exil nach Tansania (Ellis 1991: 443). Oliver Thambo koordinierte die Arbeit des ANC aus dem Exil. Er sollte zudem auch im Ausland heraus die Verbindungen des ANC mit anderen Solidaritätsgruppen stärken und so Druck auf das Apartheidregime ausüben (ebd.). So entwickelt sich auch außerhalb Südafrikas eine starke Bewegung gegen die Apartheid, die einen transnationalen Charakter annahm (Klotz 2002). In verschiedenen Ländern der Welt, darunter Schweden oder Großbritannien gründeten sich Unterstützergruppen, die den Kampf gegen die Apartheid politisch, aber auch durch ökonomischen Boykott unterstützten (für einen Überblick über die Boykotte ge-

29 Der Pass Law Act von 1952 sah vor, dass alle schwarzen Südafrikaner_innen über 16 Jahre einen Pass bei sich tragen sollten, insbesondere dann, wenn sie sich außerhalb der Homelands oder der ihnen zugewiesenen Townships bewegten. Somit sollte die schwarze Bevölkerung stärker kontrolliert werden. Im Widerstand gegen die Apartheidgesetze weigerten sich viele Südafrikaner_innen, diesen Pass mitzuführen. Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Passgesetze in Südafrika liefert Savage (1986).

gen die Apartheid siehe Crawford/Klotz 1999). Darüber hinaus unterstützten die Vereinten Nationen den Kampf gegen die Apartheid (Klotz 2002: 60-63).

Neben den Aktivitäten der *Black Consciousness*-Bewegung, die in den späten 60ern gegründet wurde, nahmen die Gewerkschaften ab den 1970ern eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Apartheid ein. Für Gewerkschaften mit einer nicht-weißen (zum Beispiel rein schwarzen oder gemischten Mitgliederbasis) waren die Möglichkeiten der politischen Organisationen durch verschiedene Erlasse der Regierung zu Beginn der Apartheid noch stark eingeschränkt (Habib/Valodia 2006: 227). Im Jahr 1973 erstarkten die schwarzen und gemischten Gewerkschaften in Südafrika wieder, ausgelöst durch einen Streik von Hafenarbeitern in Durban (Habib/Valodia 2006: 227). Diese Entwicklungen gingen einher mit anderen politischen Entwicklungen der 1970er Jahre, die den Druck auf das Apartheidsregime erhöhten. Hierzu gehören der internationale Druck über die Vereinten Nationen, der Wirtschaftsboykott, aber auch die sich verstärkenden Unruhen im Land, wie der Schüleraufstand von SOWETO im Jahr 1976, der zu einer Reihe von weiteren Aufständen führte (Ndlovu 2006). Die Regierung reagierte auf den politischen Druck mit einer Reform der Arbeitsmarktgesetze, was unter anderem auch das gewerkschaftliche Organisationsrecht für nicht-weiße Gewerkschaften vorsah (Habib/Valodia 2006: 229). Ab 1979 formierten sich neue Gewerkschaftsverbände, aus denen heraus sich der *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) als größter und wichtigster Akteur in Südafrika bildete (Habib/Valodia 2006: 227-229), trotz verschiedener Auseinandersetzungen über die richtige Strategie des Verbandes (Habib/Valodia 2006: 30, Ludwig 2015). Der Verband hatte 1985 über 460.000 Mitglieder und ist seitdem der wichtigste Akteur für die Organisation der Arbeiterschaft. Die kooperativ-kritische Haltung, durch die es dem Verband im Apartheidsstaat gelang, durch Streiks und andere politische Aktionen Verbesserungen für die Arbeiter_innen zu erreichen (Ludwig 2015), wird als *social movement unionism* bezeichnet (Webster 1987, Webster/Buhlungu 2004).

Die Gewerkschaften waren somit auch die Verbindung zum Widerstand der Bevölkerung in Südafrika. Dieser wurde immer wieder auch auf der privaten Ebene durch direkten Widerstand (bspw. Verweigerung der Arbeit) durchgeführt. Doch gab es am Ende der Apartheid auch eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die in der *United Democratic Front* vereinigt war. Diese entstand 1983 und wurde gegen Ende der Apartheid zur stärksten internen Opposition. Nach anfänglichen Protesten, die sich vorrangig auf die Regierungsebene bezogen, gab es immer stärkere Unruhen und Aufstände in den südafrikanischen Townships, später auch Hungerstreiks einiger Anhänger_innen (van Kessel 2000: xvii-xviii). Teilweise waren über 700 Organisationen im Widerstand gegen die Apartheid vereint. Die UDF wurde nicht direkt vom ANC organisiert, auch wenn sie von

Untergrundkämpfern in Südafrika unterstützt wurde. Die UDF erweiterte durch Massenmobilisierungen den demokratischen Spielraum für zivilgesellschaftliche Gruppen und trug durch verschiedene Proteste und Kampagnen dazu bei, das Apartheidsregime weiter zu schwächen (Suttner 2005: 60-65).

Dieser Überblick zeigt, dass sich während der Apartheidzeit eine stark ausdifferenzierte Bewegung etablierte, die sowohl im Ausland als auch im Inland gegen das Apartheidsregime mobilisierte. Dies führte zur „Krise des Apartheidsregimes“, die Thompson auf die Zeit ab 1978 datiert und somit neben dem Druck von außen auch mit den Aufständen im eigenen Land erklärt. (Thompson 2001: 221). In den folgenden Jahren verstärkte sich der Druck auf das Regime: „At their height in the late 1980s, international sanctions touched nearly every facet of South African society from sport, to travel, to restrictions on technology transfer“ (Crawford/Klotz 1999: 19). Mit der Freilassung von Nelson Mandela durch den südafrikanische Präsidenten Frederik Willem de Klerk wurde der langsame Übergang zur Demokratie im Jahr 1990 eingeleitet. 1994 fanden dann die ersten demokratischen Wahlen im südafrikanischen Staat statt, aus denen Nelson Mandela als erster schwarzer Präsident hervorging (Saul 2014: 121-142).

Folgen der Apartheid: Soziale Ungleichheit

Nach dem Übergang zur Demokratie stellte der ANC die Regierung. Um verschiedene gesellschaftliche Gruppen zu integrieren, einigte sich der African National Council gemeinsam mit der *South African Communist Party* (SACP) und dem *Congress of South African Trade Unions* auf eine Regierungskonstellation mit korporatistischen Merkmalen: Die drei Akteure formieren seit dieser Zeit eine so genannte strategische Allianz (auch Drei-Parteien-Allianz genannt). Der *African National Congress* (ANC) tritt dabei offiziell bei den Wahlen als Partei an. Doch stehen Delegierten aus COSATU und der SACP Listenplätze für den Einzug ins Parlament zur Verfügung (Bhorat/Naidoo/Yu . 2014: 15). Diese Konstellation hat bis heute Bestand.

Das Land hatte unmittelbar nach dem Ende der Apartheid mit verschiedenen Herausforderungen zu kämpfen. Hierzu gehörte zunächst die Frage, ob und wie ein friedlicher Übergang zur Demokratie gewährleistet werden könnte. Mit der Wahrheits- und Versöhnungskommission (*Truth and Reconciliation Commission*, kurz TRC), die von Desmond Tutu geleitet wurde, sollten die Verbrechen während der Apartheidzeit aufgearbeitet werden. Die Kommission sah Straffreiheit vor für jeden, der seine Verbrechen während der Apartheidzeit zugab (Van Zyl

1999).³⁰ Den zuvor von der Demokratie ausgeschlossenen Gruppen wurden mit dem Übergang zur Demokratie umfassende politische Rechte gewährt, doch gingen diese nicht automatisch mit einer Verbesserung der sozio-ökonomischen Realitäten einher (Terreblanche 2002: 34-35). Die rassistische Strukturierung der Gesellschaft hatte eine hohe soziale Ungleichheit hinterlassen, an deren unterem Ende vorrangig die schwarze Bevölkerung stand: “No other capitalist state (neither in North or South) has sought to structure income inequalities as systematically and brutally as did South Africa under apartheid” (Seekings/Natrass 2005: 2). Ein großer Teil dieser sozialen Ungleichheiten ist bis heute präsent.

Zum Ende der Apartheid befanden sich 87 Prozent des Besitzes in den Händen der weißen Minderheit, die nicht einmal zehn Prozent der Bevölkerung des Landes stellte (Atuahene 2011). Doch wurden bereits Mitte der 1980er Jahre Stimmen aus der Antiapartheidbewegung laut, die von einer Neuordnung der Wirtschaftspolitik und einer Umverteilung zugunsten der schwarzen Bevölkerung abzurücken bereit waren, wenn im Gegenzug dazu das Apartheidregime bereit wäre, den Übergang zur Demokratie zu gewährleisten und der gesamten Bevölkerung die gleichen politischen Rechte zu gewährleisten (McKinley 2010: 29-33). Dies erklärt auch, warum der Übergang zur Demokratie in Südafrika nicht mit Enteignungen der weißen Bevölkerung verbunden war. Vielmehr sollte nach und nach eine langsame Umverteilung des Besitzes stattfinden, die aber de facto bis heute nicht vollständig umgesetzt wurde (McKinley 2010: 29-31). Tatsächlich hat sich die soziale Ungleichheit im Land seit dem Übergang zur Demokratie eher verschärft (Terreblanche 2002, Seekings/Natrass 2005). Als Ursache dafür ziehen kritische Beobachter der Regierung die makroökonomischen Reformen in den 1990er Jahren heran. In den 1990er Jahren wurde der Grundstein für eine neue Wirtschaftspolitik in Südafrika gelegt. Seit seiner Gründung war der ANC mit einem sozialistischen Wahlprogramm angetreten, das die Partei offiziell auch bei den Wahlen 1994 bekräftigte: Unter Nelson Mandela kündigte die Partei eine Umverteilungspolitik an, die zunächst auch mit dem *Reconstruction and Development Programm* (RDP) umgesetzt wurde (Kappel 2013: 5). Gleichzeitig verfolgte die Partei aber auch das Ziel der Reintegration Südafrikas in den Weltmarkt. Nachdem Thabo Mbeki im Jahr 1996 Nelson Mandela als Präsident Südafrikas abgelöst hatte, wurde diese Politik auch vollzogen. Unter

30 Während die Arbeit der TRC im Ausland größtenteils positiv wahrgenommen wird, gibt es auch viele kritische Stimmen dazu: „So wurden viele der TRC-Empfehlungen nicht mal ansatzweise umgesetzt: Entschädigungen wurden erst nach mehreren Jahren des Protests der Gewaltüberlebenden in Form einer geringen Einmalzahlung gewährt, die Klärung des Verbleibs von Verschwundenen wurde nur schleppend betrieben, die Strafverfolgung der Täter, die keinen Amnestieantrag gestellt hatten, wurde erst gar nicht begonnen“ (Grunebaum/Henri/Merk 2010: 209).

Mbeki wurde das *Growth, Employment and Redistribution Programme* (GEAR) verabschiedet. Mit GEAR folgte die südafrikanische Regierung den Forderungen des Washington Consensus, einem Wirtschaftsprogramm, das bereits 1989 durch die Institutionen von *Bretton Woods* (Weltbank und den Internationalen Währungsfonds) vorgeschlagen wurde und eine Reihe von Strukturanpassungsmaßnahmen vorsah. Ziel der Verabschiedung von GEAR war es, Südafrika nach dem ökonomischen Ausschluss wieder in den Weltmarkt zu integrieren und darüber hinaus das eigene Haushaltsdefizit zu bereinigen (Kappel 2013: 5).

Diese Reformen haben nur teilweise zu einer Veränderung der ökonomischen Ungleichheiten im Land geführt. Die soziale Ungleichheit hat sich sowohl zwischen den unterschiedlichen Gruppen (*races*) als auch innerhalb dieser Gruppen verschärft (Terreblanche 2002, Seekings/Nattrass 2005). Einer kleinen Elite von schwarzen Südafrikaner_innen ist der ökonomische Aufstieg seit dem Ende der Apartheid gelungen. Hierzu gehört die sich langsam entwickelnde Mittelschicht: Das *Institute for Race Relations* schätzt, dass mindestens 10 Prozent der Schwarzen einen Lebensstandard einer Mittelschicht hat (IRR 2015). Insgesamt (dies bedeutet bezogen auf die gesamte Bevölkerung) leben 45,5 Prozent der Menschen in Südafrika in Armut, 20,2 Prozent sogar in extremer Armut (Statistics South Africa 2011: 19). Ein weiteres Problem ist die hohe Arbeitslosigkeit, die von der Regierung offiziell mit 26,4 Prozent angegeben wird (Statistics South Africa 2015a, Stand 09.06.2015). Diese Quote entspricht dem Teil der Bevölkerung, der in den letzten 14 Tagen vor der Erhebung aktiv nach Arbeit gesucht hat. Es gibt zudem eine zweite Quote der Regierung, die alle Arbeitssuchenden einschließt, diese liegt landesweit bei 36,1 Prozent (Statistics South Africa 2015a, Stand 09.06.2015). Auch hier zeigen sich massive Unterschiede hinsichtlich der jeweiligen Bevölkerungsgruppen: In den ländlichen Provinzen und ehemaligen „Homelands“ liegen die Quoten höher: Im Free State bei 34,7 bzw. 42,1 Prozent, in Mpumalanga bei 30,4 bzw. 41,9 und im Eastern Cape bei 29,4 bzw. 44,2 (jeweils erste und zweite Quote, Statistics South Africa 2015a, Stand 09.06.2015).

Auch auf dem Arbeitsmarkt war und ist die rassistische Strukturierung sichtbar: Bereits 1911, also noch knapp 40 Jahre vor Beginn der offiziellen Apartheidpolitik wurden mit dem „Mines and Works Act“ schwarze Arbeiter_innen von höher qualifizierten Arbeiten ausgeschlossen; diese blieben der weißen Arbeiterschaft vorenthalten. Weiße Gewerkschaften unterstützten die Reformen des Regimes und sicherten ihren Mitgliedern somit Vorteile auf dem Arbeitsmarkt, beispielsweise bevorzugte Zugänge zu Stellen (Bhorat/Naidoo/Yu 2014: 2). Darüber hinaus wurde mit dem *Bantu Education Act* aus dem Jahr 1953 ein Bildungssystem geschaffen, das die Bevorzugung der weißen gegenüber der schwarzen Bevölkerung zementierte: 1975 wurde 15 Mal mehr Geld für einen

weißen Schüler als für einen schwarzen Schüler ausgegeben (Thomas 1996: 330). Diese rassistische Diskriminierung spiegelt sich bis heute auch in den Stellenbesetzungen wider: „*Members of the poorest half of the population are still relatively uneducated, unskilled, without formal jobs, and deprived of information about their rights and opportunities.*“ (Terreblanche 2002: 35). Hinzu kommt, dass trotz hoher Wachstumszahlen in Südafrika nur wenig neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dieser Umstand wird in der Ökonomie als *Jobless Growth* bezeichnet und lässt sich damit erklären, dass Wachstum vorrangig in den Sektoren erzielt wird, in denen wenig Arbeitsplätze benötigt werden (Kappel 2013). Durch die Umsiedlungen in den 1970er Jahren hatte das Apartheidsregime darüber hinaus eine Segregation der Wohnorte vollzogen, die die verschiedenen Gruppen getrennt hatte. Je nach Gruppe waren die Gebiete mit unterschiedlichen Ressourcen ausgestattet: Am unteren Ende standen die „Blacks“, in deren Wohnvierteln die Infrastruktur besonders schlecht war. Viele Regionen verfügen bis heute weder über Zugang zu Wasser und Abwasser noch Strom. Laut offizieller Statistik leben rund 13 Prozent der Bevölkerung in sogenannten informellen Wohnstätten, 7,9 Prozent in traditionellen Wohngebieten (Statistics South Africa 2015b).

Mit dem Übergang zur Demokratie in Südafrika ist auch eine starke Ausdifferenzierung im Bereich der Nichtregierungsorganisationen und der sozialen Bewegungen in Südafrika zu beobachten, auf die im Folgenden stärker Bezug genommen werden soll. Diese Entwicklungen lassen sich auch mit der hohen Unzufriedenheit der südafrikanischen Bevölkerung mit den Reformen der Dreiparteien-Allianz erklären und der Enttäuschung über die Politik des ANC.

Das Aufkommen „Neuer Sozialer Bewegungen“ in den 1990er Jahren

Die Regierung gründete unmittelbar im Zusammenhang mit dem GEAR Programm den *National Economic Development and Labour Council* (NEDLAC). Dieser ermöglichte – in einer ähnlich korporatistischen Tradition wie der Zusammenschluss der Regierung zur Dreiparteien-Allianz – einer Reihe von NGOs und Basisorganisationen eine politische Vertretung und die Zusammenarbeit mit der Regierung (Ballard et al. 2006: 1). Regierungskritische oder radikalere Organisationen, die sich bereits in den Anfängen von GEAR gegen das Programm wandten, wurden von diesen Strukturen häufig ausgeschlossen. Sie wurden somit auch von der finanziellen Unterstützung durch die Regierung abgekoppelt, die mit der Einbeziehung in diese Strukturen verbunden war (McKinley 2010: 31-33). Insbesondere zuvor bereits stark formalisierte Nichtregierungsorganisationen näherten sich stärker an die Regierung an und wurden dabei auch in die Um-

setzung von Regierungsprogrammen einbezogen (Ballard et al. 2006: 15-17). In der Folge brach ein Teil der kritischen Zivilgesellschaft zunächst zusammen (McKinley 2010: 31-33).

Im Jahr 1996 kam es zu einer ersten Gründungswelle sozialer Bewegungen in Südafrika, die dort auch mit dem Begriff „New Social Movements“ oder „Post-Apartheidbewegungen“ charakterisiert werden (Ballard et al. 2006: 1-22). Der Begriff soll diese neuen Bewegungen von den alten Bewegungen, also den Befreiungsbewegungen bzw. der Anti-Apartheidsbewegung abgrenzen. Das Aufkommen dieser Bewegungen wird in der Literatur mit der hohen Unzufriedenheit der sozialen Gruppen mit den Reformen der südafrikanischen Regierung erklärt. Hierbei spielen drei Aspekte eine Rolle: Erstens, die Verabschiedung von GEAR und die damit verbundene Liberalisierung der Wirtschaftspolitik. Zweitens das Versagen der Regierung, einfache Grundbedürfnisse und sozioökonomische Rechte der Bevölkerung – wie in der Verfassung verankert und von Nelson Mandela versprochen wurden – umzusetzen und somit zur Verbesserung der Lebensumstände der armen (also schwarzen) Bevölkerung beizutragen. Und drittens die Umsetzung der neuen Wirtschaftsprogramme und Privatisierung, die in einigen Teilen des Landes (beispielsweise in SOWETO) dazu führte, dass Bevölkerungsgruppen, die für die Wasser- und Stromversorgung nicht aufkommen konnten, von der Versorgung abgeschnitten wurden (Ballard et al. 2006: 2).

Die Protestgruppen, die seit Mitte der 1990er Jahre gegründet wurden, zeichnen sich durch eine Vielfalt an Themen und Strategien aus. Gruppen wie das *Soweto Electricity Crisis Committee* (SECC), die *Concerned Citizens Group* (CCG) und das *Anti Privatization Forum* (APF) sind Netzwerke, die sich gezielt aus Protest gegen die neoliberalen Wirtschaftsreformen der Regierung gegründet hatten. Insbesondere das APF hat sich durch unterschiedliche Strategien gegen eine Privatisierung der Grundversorgung (Zugang zu Wasser oder Elektrizität) eingesetzt und dabei die Bevölkerungsgruppen unterstützt, die keine materiellen Grundlagen haben, um dies zu leisten (Naidoo 2010: 144-154). Andere Gruppen fordern die Umsetzung politischer Versprechen in verschiedenen Politikfeldern. Hierzu gehören die Landlosenbewegung (LPM), die sich für die ausgebliebene Landreform stark macht (Greenberg 2006, Greenberg 2010), die *Treatment Action Campaign* (TAC), die den Umgang der Regierung mit HIV/Aids stark kritisiert hat und sich für eine bessere medizinische Versorgung, aber auch Aufklärung und Prävention einsetzt (Friedman/Mottiar 2006, Mbali 2010) oder auch die Obdachlosenbewegung (Khan/Pieterse 2006: 155). Besonders große Aufmerksamkeit über die Landesgrenzen hinaus hat zudem *Abahlali baseMjondolo* erhalten. *Abahlali* ist ein Netzwerk von Bewohner_innen der „shacks“, Wellblechhütten oder Bretterbuden in zumeist informellen städtischen Siedlungen. Die Gruppe kämpft für die Verbesserung von sozialen Rechten der armen Bevölke-

rung für die Integration dieses Teils der Bevölkerung in das gesellschaftliche Leben (Pithouse 2006, Pithouse 2008). Seit etwa 2004 hat sich darüber hinaus die Zahl der Aufstände in den ärmeren Regionen deutlich erhöht. Die Aufstände richten sich gegen die schlechten Zustände in den verschiedenen Regionen des Landes und adressieren häufig direkt die lokalen politischen Eliten. Die zunehmende soziale Ungleichheit hat die Proteste weiter angeheizt (Alexander 2010: 24). Diese Proteste sind häufig durch verschiedene Formen von Gewalt gekennzeichnet: Die Demonstrierenden zünden Autoreifen an und errichten Strassenblockaden. Häufig kommt es auch zu Auseinandersetzungen mit der Polizei (Ambacher/Khan 2010b: 12).

Ein Problem für die sozialen Bewegungen, aber auch für die Akteure der *Service Delivery Proteste* ist, dass ihre Forderungen nur in wenigen Fällen tatsächlich durch die Regierung umgesetzt werden. Das Verhältnis zwischen den sozialen Bewegungen und der Regierung ist seit Jahren stark zerrüttet und führt immer wieder zu Konflikten und Auseinandersetzungen. Während zu Beginn der „neuen Demokratie“ die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen noch relativ eng war, hat sich das Verhältnis zwischen den beiden Akteuren seit Anfang der 2000er Jahre massiv verschlechtert. Die Gewerkschaften, aber auch die kommunistische Partei wollten in der Dreiparteien-Allianz als kritische Stimme und gleichzeitig auch als Adressat für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Land auftreten. Bei Regierungsantritt hatten sowohl COSATU als auch die SACP versprochen, sich als Teil der Regierung für die Umsetzung der *Freedom Charter* einzusetzen. Zwar setzten sich COSATU und vor allem auch einige Mitgliedsgewerkschaften des Dachverbandes zunächst gegen das Wirtschaftsprogramm GEAR ein (siehe Ludwig 2015), doch verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Bewegungen und Teilen der Gewerkschaften. In der Folge kündigte COSATU die Zusammenarbeit mit den kritischen Gruppen in Südafrika durch eine Resolution aus dem Jahr 2003 auf (COSATU 2003), was auch als Zeichen an die Regierung und die Unterstützung der Regierungspolitik gesehen werden kann. Die Kritik an den Bewegungen wurde in verschiedenen Resolutionen formuliert und festgehalten. Demnach seien die Bewegungen keine demokratisch legitimierte Akteure und würden auch keinen Beitrag zum Aufbau des Landes beitragen (COSATU 2003). Zwar unterstützten einige Mitgliedsgewerkschaften, wie beispielsweise die *South African Municipal Workers Union* (SAMWU) den Kampf gegen GEAR, doch hat die Kooperation zwischen den Gewerkschaften und Bewegungsorganisationen nur teilweise funktioniert (Ludwig 2013: 100-105).

Erst seit 2012 ist eine verstärkte Annäherung von Teilen der Gewerkschaften an die Bewegungen zu beobachten. Als Auslöser hierfür kann das Massaker von Marikana gesehen werden, bei dem im August 2012 44 Menschen erschos-

sen wurden, darunter 34 Minenarbeiter. Dem Massaker war ein Arbeitskampf vorausgegangen, bei dem die Arbeiter ohne die Bergbaugewerkschaft NUM für höhere Löhne kämpften, da sie sich von dieser Gewerkschaft (die gleichzeitig Mitglied ist in COSATU) nicht mehr vertreten fühlten. Die Ereignisse in Marikana, die auch die Kritik an der Polizeigewalt wieder verstärkt haben, können als Bruch zwischen dem ANC und der Bevölkerung interpretiert werden. Ebenfalls in Anlehnung an Sewell (1996) interpretiert Peter Alexander die Ereignisse in Marikana als „Event“, durch das eine Reihe von Veränderungen eingetreten ist (Alexander 2013: 604). Darüber hinaus leitete es den Bruch in der südafrikanischen Gewerkschaftsallianz ein, der durch die in dieser Analyse untersuchte Metallarbeitergewerkschaft NUMSA vorangetrieben wurde. Die NUMSA wurde im November 2014 aus COSATU ausgeschlossen. In weiteren Resolutionen hat die Gewerkschaft den Aufbau einer sozialistischen Bewegung angekündigt, durch die die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen und Basisgruppen intensiviert werden soll. In Anlehnung an die sozialistischen Bewegungen in Lateinamerika wäre dabei auch die Gründung einer eigenen Partei denkbar (siehe hierzu auch die empirischen Kapitel zu politischen Gelegenheiten und zum *Framing*).

Diese Ausführungen zeigen das komplexe Verhältnis zwischen den sozialen Bewegungen, der südafrikanischen Regierung sowie den Gewerkschaften, die eine wichtige Rolle im südafrikanischen politischen System einnehmen. Viele der Konflikte in Südafrika resultieren auch aus dem Erbe der Apartheidzeit und der daraus resultierenden sozialen Ungleichheit, auf die auch die neue Regierung seit 1994 keine zufriedenstellende Lösung finden konnte. Für die Analyse dieser Arbeit spielen die Ausführungen insofern eine Rolle, weil die zerrüttete Beziehung der sozialen Bewegungen zur Regierung sowie zu den Gewerkschaften auch Auswirkungen auf die Strategien der Bewegungsorganisationen hat, die in dieser Arbeit untersucht werden. Ähnliches gilt für die politischen und sozialen Konflikte in Südafrika, die die Arbeit der Organisationen maßgeblich prägen. Dies wird schon bei der Entstehung der Umweltbewegung deutlich, auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

Vor dem Übergang zur »green economy«?

Diskussion in Südafrika zu Kohleausstieg und Umweltsteuern

Als einziger Staat Afrikas – und als einer von nur 57 weltweit – besteuert Südafrika seit kurzem den CO₂-Ausstoß. Der seit Juni in Kraft befindliche *South African Carbon Tax Act* sieht eine Abgabe von 120 Rand pro Tonne emittierten Kohlendioxids und flüssiger Brennstoffe vor sowie steuervermindernde Anreize für Energieeffizienz. Während die betroffenen Unternehmen den Untergang der südafrikanischen Energiewirtschaft prophezeihen, gehen Umweltforscher von einer langfristigen Reduktion der CO₂-Emissionen um ein Drittel aus. Für kritische Nichtregierungsorganisationen ist damit aber nur der erste Schritt auf dem langen Weg zur Erreichung des in Paris zugesagten Klimaziels gesetzt. Ein Bericht von Sheree Bega.

Südafrika ist zwar zunehmend überflutet mit schlechten Nachrichten über die Auswirkungen des Klimawandels und den Verlust von Wasser und biologischer Vielfalt, aber seine politischen Antworten sind bei weitem nicht um-

fassend genug. »Der dringende Bedarf an transformativen Veränderungen wird auf allen Ebenen der wissenschaftlichen Analyse und der Berichterstattung immer deutlicher«, bemerkt Professor Nick King, ein Umweltfuturist und -analyst. »Die Politiker sprechen von winzigen Änderungen und nicht von einer Richtungsänderung um 180 Grad. Sie gehen davon aus, es würde ausreichen, die bisher beobachteten Veränderungen zu bewältigen, anstatt daß sie proaktiv nach



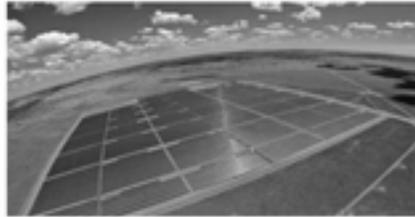
Protest gegen das umstrittene Kohlekraftwerk Thabametsi

alternativen Entwicklungspfaden zu suchen, mit denen wir die drohende Katastrophe vermeiden und eine optimale Biosphärenfunktionalität wiederherstellen könnten.« Und weiter: »Gerade in Südafrika, wo wir auf Kohle setzen, wird nur eine dramatische Änderung der Politik eine ausreichend große Änderung des Kurses ermöglichen.«

Ende September forderte UN-Generalsekretär António Guterres

vor dem Weltklimagipfel der Vereinten Nationen, ab 2020 keine neuen Kohlekraftwerke mehr zu bauen. Er plädierte für einen »Übergang von der grauen zur grünen Wirtschaft, der gerecht ist und niemanden zurückläßt«. Dessen-

ungeachtet habe Südafrika noch immer keine Vision und kein Verständnis für die Dringlichkeit der Klimakrise, sagt Greenpeace Africa. »Die Tatsache, daß die Regierung nicht einmal den Anschein erweckt, einen gerechten Übergangsplan zu haben, zeigt, wie ernst der Staat die Transformation zu einer grünen Wirtschaft nimmt – oder auch nicht.« Im März habe Südafrika im Index des Weltwirtschaftsforums zur Vorbereitung auf die Energiewende den vorletzten Platz – 114 von 115 – belegt.



Sonnenenergieerzeugung in der Nördlichen Kapprovinz

Wir sehen kein ausreichendes Maß an Dringlichkeit seitens der Regierung, das dem Ausmaß der Klimakrise in Südafrika entspricht», sagt auch Nicole Loser, eine junge Anwältin am Center for Environmental Rights in Johannesburg. Es gebe eine Reihe von Stolpersteinen, die dazu geführt hätten, daß der Prozeß der Verabschiedung rigoroser Gesetze zum Klimawandel seit über einem Jahr zum Erliegen gekommen sei. So sei ein Gesetzentwurf zum Klimawandel, der im Juni letzten Jahres zur Stellungnahme veröffentlicht wurde, nicht vor-

angekommen. Er bedürfe *»wesentlicher Änderungen, um den Klimawandel im Einklang mit der Verfassung ausreichend regulieren zu können«*. Der größte Stolperstein, so Loser, sei allerdings, daß *»wei-*

Abschied von der Kohlekraft?

terhin widersprüchliche Regierungsentscheidungen getroffen werden, die Klimaschutzbemühungen überflüssig machen.» So sollen neue Kohlekraftwerke, Minen und andere Infrastrukturen für fossile Brennstoffe gebaut werden *»zu einer Zeit, in der diese Projekte nicht benötigt werden und die Dringlichkeit, die Abhängigkeit Südafrikas von fossilen Brennstoffen zu verringern, nie offensichtlicher war.«*

trotz des klaren Signals von Guterres, daß es nach 2020 keine neuen Kohlekraftwerke mehr geben sollte,

Klimawandel und

Fast 800 Millionen Menschen auf der Welt gelten als arm, d. h. daß sie von weniger als 1,90 US-\$ pro Tag leben. Mehr als 820 Millionen Menschen haben nicht genug zu essen. Drei Viertel der Menschen, die als extrem arm gelten, leben auf dem Land und sind in Bezug auf Einkommen und Ernährung von der Landwirtschaft abhängig.

Der Kampf gegen Armut und Hunger in der Landwirtschaft ist aber aufgrund der Herausforderungen des Klimawandels schwieriger geworden. Denn die Auswirkungen von Dürren und Überschwemmungen auf Infrastruktur und Gesundheit sind am stärksten bei den Armen zu spüren. Der Klimawandel behindert ihre Fähigkeit, Lebensmittel zu erzeugen, und verengt ihren Zugang zu Ressourcen und Grundbedürfnissen. Das bedeutet: Die Beseitigung von Armut, Hunger und Unterernährung sowie die Bekämpfung des Klimawandels müssen gleichzeitig angegangen werden.

Auch Südafrika hat in den letzten Jahren solche Auswirkungen zu spüren bekommen. Zum Beispiel haben sich die Dürreperioden gehäuft – zwischen 2015 und 2017 sind mehrere davon aufgetreten. In diesem Zeitraum waren die durchschnittlichen Niederschlagsmengen im Land konstant niedrig, was einen immensen Druck auf die landwirtschaftlichen Aktivitäten erzeugte. Die Produktion der meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse fiel unter das übliche Niveau, was sich negativ auf die Beschäftigung und die Ernährungssicherheit auswirkte.

So sind zum Beispiel die meisten als arm klassifizierten Menschen auf Mais angewiesen, um ihren Nahrungsbedarf zu decken. In den Jahren 2016 und 2017 jedoch ging die Maisproduktion um mehr als 55% zurück. Zum ersten Mal seit acht Jahren mußte Südafrika Mais importieren. Rund 5,6 Millionen Tonnen wurden zu einem Preis von 9,2 Milliarden Rand importiert. Mehr als 14 Millionen Menschen in Südafrika gelten als extrem arm, und die meisten waren entweder von einem Mangel an Lebensmitteln (insbesondere Mais) oder von hohen Lebensmittelpreisen betroffen.

Die Inflation stieg und stabilisierte sich für den größten Teil des Jahres 2017 auf hohem Niveau. Der Preis für 5 kg Maismehl stieg von 36,39 Rand im Jahr 2015 auf 45,98 R im Jahr 2017, was einer Steigerung von 26% entspricht – mehr als dem Vierfachen der oberen Inflationsgrenze. Die Inflation bei Nahrungsmitteln war höher als die Inflation allgemein, was bedeutet, daß Menschen, deren Ernährungssituation prekär war, von der Dürre stärker betroffen waren.

Armutsbekämpfung

Südafrika bietet durch verschiedene Arten des Schutzes der sozialen Sicherheit bereits jetzt einen Polster für die am stärksten gefährdeten Mitglieder der Gesellschaft, insbesondere für ältere Menschen, Behinderte, Kriegsveteranen oder Pflegekinder. Auf das Ministerium für soziale Entwicklung entfielen mehr als 10% des Staatshaushalts (R 140 Mrd.), und darüber hinaus entfielen etwa 45% (R 63 Mrd.) auf Sozialversicherungsprogramme. Würde die Regierung die durch die Dürre verursachten Nahrungsmittelpreissteigerungen kompensieren, dann müßte das Sozialbudget um etwa 1% aufgestockt werden. Dürren und andere Ereignisse im Zusammenhang mit dem Klimawandel erhöhen die Komplexität der Beseitigung von Armut, Hunger und Unterernährung und müssen daher in die Bemühungen zur Erreichung dieser Ziele einbezogen werden. Voll finanzierte Programme und Strategien müssen umgesetzt werden.

Die Forschung schätzt, daß die Kosten für die Staatskasse, um die extrem arme Bevölkerung bei der Aufrechterhaltung des Lebensstandards vor der Dürre zu unterstützen, mehr als 75 Mio. Rand betragen würden. Diese Schätzung basiert auf den Wohlfahrtsverlusten, die durch Preiserhöhungen entstanden sind. Diese Kosten könnten einmalig rückerstattet werden. Es sind jedoch langfristige Lösungen erforderlich, um die Kapazitäten der Menschen zu stärken, die Infrastruktur für die Verwaltung der Lebensmittelverteilung zu verbessern und die Auswirkungen des Klimawandels zu mildern.

Der einfachste Weg, um den Hunger zu beenden, besteht darin, die Kapazitäten der Menschen so aufzubauen, daß sie sich selbst versorgen können. Dies muß jedoch in einem Kontext geschehen, in dem die Bedeutung und der Wert der Umwelt und der Ressourcen anerkannt werden.

Das heißt, daß Ressourcen wie Land, wassersparende Technologien und Saatgutsorten, die unter trockenen Bedingungen eine bessere Leistung erbringen, den Armen zur Verfügung gestellt werden sollten. Diese Unterstützung sollte diese Gruppen ebenso erreichen, wie es bei den Sozialprogrammen der Fall ist. Solche Bemühungen würden es den Armen ermöglichen, selbstständig zu werden, und würden ihre Fähigkeit, sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen, verbessern.

Mmatlou Kalaba ist Agrarökonom und Dozent an der University of Pretoria, Elizabeth Mkwandawire ist Koordinatorin am UN Academic Impact Hub an derselben Universität. Ihren Beitrag entnehmen wir dem Mail&Guardian vom 25. Oktober 2019.

plant die Regierung den Bau von kohlebasierten Stromerzeugern in Thabametsi und Khanyisa, ein industrielles Entwicklungsprojekt in Limpopo mit einem 3300 MW-Kohlekraftwerk. Die beiden anderen in Bau befindlichen Kohlekraftwerke Medupi und Kusile liegen bereits massiv über Budget und Zeit, und eine Reihe neuer Kohlebergwerke und Infrastrukturprojekte wie das Mokolo-Krokodil-Wasseraufbereitungsprojekt und ein Transnet-Eisenbahnprojekt zur Unterstützung der Pläne zur Weiterentwicklung der Kohle im Waterberg sind in Planung.

darüber hinaus würde die Regierung die »astronomischen« Kosten des Klimawandels in Südafrika viel zu wenig berücksichtigen. »Die Dürren, Überschwemmungen und Brände der letzten Jahre haben Südafrika Milliarden gekostet. Modellprojektionen schätzen aber, daß die Wahrscheinlichkeit einer Zunahme der Häufigkeit und Intensität gegeben ist«, sagt Loser. »Unter Berücksichtigung der enormen externen Kosten für den Abbau und die Verbrennung von Kohle für Klima, Gesundheit und Umwelt ist klar, daß die Ausbeutung von Kohle für das Land keinen wirtschaftlichen Nutzen bringt, zumal es billigere und realisierbare Energiealternativen gibt, die nicht so negative Auswirkungen mit sich bringen.«

Zwar hätten die Ministerien für wirtschaftliche Entwicklung bzw. für Umwelt, Forstwirtschaft und Fischerei einen Planungsprozeß zur Umgestaltung von Sektoren gestartet, in denen durch den Klimawandel wahrscheinlich Arbeitsplätze verlorengehen werden. Dies sei »ein sehr wichtiger Schritt im Prozeß des gerechten Übergangs«. Es müsse jedoch noch viel mehr getan werden, um Südafrika ausreichend auf den Übergang zu

einer »grünen Wirtschaft« vorzubereiten, so Loser.

Ein wesentliches Hindernis dafür sehen Experten und Vertreter/innen von NGOs allerdings in der starken politischen Dominanz der Bergbaulobby und ihrer Repräsentanten im Kabinett. Auch die Gewerkschaften sind skeptisch, da sie den Verlust von Arbeitsplätzen vor allem im Kohlebergbau befürchten. Der Übergang zu einer grünen Wirtschaft müßte daher wirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch abgedeckt werden, wie es bei Bergbauschließungen ja auch in Europa gehandhabt worden ist. Die Regierung schein nicht zu verstehen, daß Technologien für erneuerbare Energien etwa fünfmal so viele Menschen beschäftigen könnten wie Kohlekraftwerke für die Stromerzeugung, argumentiert daher der eingangs schon erwähnte Professor Nick King. »Etwa 100.000 Kohlejobs verhindern derzeit, daß eine halbe Million Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien geschaffen wird.« Es bräuchte »einen klaren strategischen Plan, um die veralteten und verschmutzenden Kohlekraftwerke von Eskom zu schließen, Kohlearbeiter entweder in Pension zu schicken oder umzuschulen, Kohlesiedlungen in Trainings- und Produktionszentren für erneuerbare Energien umzuwandeln und Südafrika auf diesem Gebiet zu einem führenden Land zu machen. Es scheint jedoch, als hätten wir wenig politischen Willen, uns vom derzeitigen System zu verabschieden und unsere Version eines Green New Deal zu entwickeln.«

Die Umweltjuristin Makoma Lekalakala von *Earthlife Africa* in Johannesburg fordert die Regierung auf, ihre Führungsrolle unter Beweis stel-

len und keine neuen Kohleminen und Kraftwerke zu genehmigen bzw. ihre Unterstützung und Investitionen für Projekte im Bereich der dezentralen Technologien für erneuerbare Energien zu erhöhen. »Wir haben zu lange geredet. Es ist jetzt Zeit für konkrete Maßnahmen.« Daran denkt auch Tasneem Essop von der *National Planning Commission (NPC)*: »Wir gehören weiterhin zu den Top 20 der emittierenden Länder der Welt, sind aber auch besonders anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels.



Makoma Lekalakala (*Earthlife Africa*)

Unsere Maßnahmen gegen den Klimawandel sollten ganzheitlich mit der Bewältigung unserer dreifachen Herausforderung Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit in Verbindung stehen.« Die NPC habe gerade einen 16-monatigen Dialogprozeß der Sozialpartner über die Vision und die Wege für einen gerechten Übergang abgeschlossen, unter anderem mit jungen Menschen, Arbeitnehmer/innen und der energieintensiven Nutzer/innen/gruppe. Dabei sei ein Konsens über zwei wichtige Fragen erzielt worden: erstens, bis 2050 einen CO₂-freien Ausstoß zu erreichen, und zweitens, die Kohle durch eine solide und gerechte Übergangsplanung aus dem Verkehr zu ziehen. Dazu wird in den kommenden Monaten die Ausarbeitung eines Sozialpakts über einen sozial gerechten Übergang zu einer grünen Wirtschaft in Südafrika erforderlich sein. ■

Klimarissen im Südlichen Afrika

Das größte Klimarisiko sind die steigenden Temperaturen – sie verändern den Regenfall und die Jahreszeiten. Im Südlichen Afrika nehmen die Temperaturen schneller als im weltweiten Durchschnitt zu. Über die letzten hundert Jahre sind sie im Durchschnitt um 1 Grad Celsius gestiegen. Das scheint nicht viel, aber es ist ein Durchschnittswert. Einzelne Meßstationen hatten tägliche Anstiege von drei bis vier Grad. Und Projektionen zeigen, daß es im Jahr 2100 – verglichen mit vorindustriellen Verhältnissen – einen Temperaturanstieg von zwei bis fünf Grad geben dürfte. Das hängt nicht zuletzt vom Ausmaß der CO₂-Emissionen ab, aber davon haben wir bislang noch keinen verringerten Anstieg gesehen.

Regenfälle sind schwer zu prognostizieren. Generell kann man davon ausgehen, daß tropische und subtropische Regionen mehr Regen haben werden, mediterrane aber trockener werden dürften.

Vor allem wird davon die Landwirtschaft betroffen sein, und als Folge dessen die Nahrungsmittelsicherheit unserer Region. Hier gegenzusteuern erfordert konzertierte Bemühungen von Regierung, Agrobusiness und Finanzinstitutionen.

Peter Johnston
(*University of Cape Town*)

Sheree Bega ist Umweltreporterin der Johannesburger Wochenzeitung *Saturday Star*. Ihr Beitrag erschien dort am 7. September 2019 und wurde von INDABA redaktionell bearbeitet.

Jugend auf den Straßen in Kapstadt, Johannesburg und Windhoek

Hunderte von Jugendlichen marschieren in Kapstadt, Johannesburg und Pretoria, um die Regierung aufzufordern, dringend gegen den Klimawandel vorzugehen. Ein großer Marsch am 14. Juni wurde von der *African Climate Youth Alliance* initiiert und war Teil des weltweiten Jugendklimaprotestes am »Friday for Future«. Unter den lokalen Organisationen waren das *Walter Sisulu Environmental Center* sowie das *Co-operative and Alternative Policy Center* (COPAC). Auch eine *Well Worn Theatre Company* – eine Gruppe, die sich dem Bewußtseinsbildung in Sachen Klimawandel verschrieben hat – trat bei dem Marsch auf.

Die Demonstranten, die meisten von ihnen unter 18 Jahre alt, marschierten mit Plakaten durch die Straßen der Stadt mit Slogans wie: »Hey hey, ho, ho, fossil fuels have got to go!«, »Save our planet« oder »There's no planet B«.

In einem Moratorium, das Regierungsvertretern überreicht wurde, forderten sie, ein Moratorium für neue Abbaukonzessionen für Kohle, Gas und Öl zu verhängen, Südafrika bis 2030 zu hundert Prozent auf erneuerbare Energien umzustellen und einen verpflichtenden Lehrplan zum Klimawandel auszuarbeiten.

Solomon Kutumela vom *Walter Sisulu Environmental Center* lenkte die Aufmerksamkeit auf Schü-

lerinnen und Schüler aus dem Township Mamelodi bei Pretoria. Er sei für sie wichtig, am Marsch teilzunehmen, weil ihr Engagement gegen den Klimawandel dadurch öffentlich sichtbar werde.

So auch der 15-jährige Jeffrey Mashela, ein Schüler von Mamelodi East: »Ich bin heute hier, um zu zeigen, daß die Umwelt für uns sehr wichtig ist. Als Jugendliche sollten



Klimaaktivistin in Windhoek

wir über die nächste Generation nachdenken und Vorkehrungen für ihre Zukunft treffen.« Er forderte die Regierung auf, auf die Stimmen der Jugend zu hören.

Ein anderer Schüler aus Mamelodi, Dzunani Makwakwa, sagte, die Welt werde sich in naher Zukunft ändern, wenn wir den Klimawandel nicht angehen. »Wenn wir Jugendlichen nicht aufstehen, wird es nie zu Veränderungen kommen. Wir müssen sowohl der älteren als auch der nachfolgenden Generation zeigen, daß uns unsere Umwelt am

Herzen liegt.«

COPAC-Geschäftsführerin Jane Cherry zufolge fordert ihre Organisation einen »fundamentalen und gerechten Übergang zu einer grünen Wirtschaft«, der sicherzustellen müsse, daß die Arbeitnehmer im Kohlebergbau später Arbeitsplätze im Bereich nachhaltiger Energie finden können.

»Wir wollen, daß die Arbeiterschaft von diesen nachhaltigen Alternativen profitiert«, so Cherry. COPAC bereite derzeit eine Charta des Volkes für die Klimagerechtigkeit vor, die dem Parlament unterbreitet werden soll. Dazu gebe es Roundtable-Gespräche mit verschiedenen Gruppen, zum Beispiel mit von Dürre betroffenen Gemeinden, mit Studenten- und Jugendorganisationen, Gewerkschaften und Medien.

Auch im protestmäßig eher verschlafenen Windhoek finden seit März regelmäßig »Fridays for Future«-Märsche statt, die von der langjährigen Umweltaktivisten Bertchen Kohrs (EARTHLIFE Namibia) und der Designerin Ina-Maria Shikongo unterstützt werden. Für 29. November (nach Redaktionsschluß) ist eine Kundgebung auf der UN Plaza in Katutura geplant, von wo eine Demonstration über die Independence Avenue zum Umweltministerium bzw. dem Sitz der Premierministerin führen soll. ■

Genealogie der Impfungerechtigkeit

Die deutsche Impfblockade hat weltweite Auswirkungen

Ende Mai 2021 begann in Südafrika die dritte Infektionswelle. Es herrschte die – verglichen mit dem ursprünglichen Virus – signifikant ansteckendere Delta-Variante vor. Innerhalb einer Woche erhöhte sich die Zahl der bestätigten Covid-19-Fälle dramatisch. Gleichzeitig stieg die Zahl der Todesfälle. Diese dritte Welle mit der infektiöseren Variante kam nicht aus dem Nichts: Sie fand vor dem Hintergrund eines systemischen Versagens statt. Das ist nicht allein auf der nationalen Ebene in Südafrika selbst zu verorten, sondern hat seine Ursachen auch und insbesondere in Deutschland.

von Julia Manek und Anne Jung

► Ende Juni hatten in Südafrika etwas mehr als 2,3 Millionen Menschen entweder den Impfstoff von Johnson & Johnson oder eine beziehungsweise zwei Dosen des Impfstoffs von Biontech/Pfizer erhalten. Das waren ca. vier Prozent der Gesamtbevölkerung. In vielen anderen afrikanischen Ländern ist die Situation ähnlich, sie liegen deutlich unter der weltweiten Impfrate der Gesamtbevölkerung. Die Nachfrage nach den Impfstoffen übersteigt deren Verfügbarkeit signifikant.

Wenn aber die Pandemie erfolgreich eingedämmt werden soll, braucht es Impfstoffe für alle. Dafür müssen die Produktionskapazitäten ausgeweitet werden. Lediglich 0,3 Prozent der Impfdosen gehen aktuell an die 30 ärmsten Länder des Globalen Südens. Dort wird es noch bis zu zwei Jahre dauern, bis sie auf die sogenannte Herdenimmunität hoffen können.

Die wichtigste Vorbedingung für die Herstellungs- und Verteilungsfrage der Impfstoffe ist die Patentfreigabe. Anders als intuitiv anzunehmen, wird die maßgebende Debatte bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) – nicht aber bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) – geführt. Trotz über 180 Millionen Infizierten und vier Millionen an Covid-19-Verstorbenen weltweit wird das Gesundheitswissen weiterhin als Handelsware betrachtet und nicht als globales Gemeingut.

Dabei hatten die Regierungen Indiens und Südafrikas schon Anfang Oktober 2020 bei der WTO eine weitreichende Ausnahmeregelung für die Patentrechte in der Impfstoffproduktion und auf alle relevanten medizinischen Güter für die Prävention und Behandlung von Covid-19 eingereicht: Den TRIPS-Waiver. Dieser ist eine global vereinbarte und in der WTO verankerte Verzichtser-

klärung von geistigen Eigentumsrechten im Rahmen des TRIPS-Abkommen, in dem Patentfragen und andere handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums geregelt sind. Die bedarfsorientierte Produktion von Covid-19-Impfstoffen könnte durch mehr Hersteller*innen erfolgen, wenn eine Ausnahmeregelung für Patentrechte vereinbart werden würde. Dabei soll diese nur solange gelten, wie die Pandemie anhält.

Deutschland blockiert

► Der Waiver stellt also alles andere als eine radikale Forderung dar – doch die Weltgemeinschaft hätte damit die Kraft, die Pan-



Protest des People's Health Movement vor der deutschen Botschaft in Südafrika
Foto: People's Health Movement

demie einzudämmen. Deshalb unterstützen ihn bereits 100 Mitglieder der WTO. Gleichzeitig erhöht der wachsende zivilgesellschaftliche Protest den Druck auf die Koalition der Unwilligen, die ihn noch immer blockieren. Deren Zentrum bilden Deutschland und die Europäische Kommission. Sie diskreditieren die im Rahmen des TRIPS-Abkommens vorgesehene Möglichkeit als überzogene und radikale Forderung. Die Torpedierung des Waivers symbolisiert die Dominanz einer Ordnung, die selbst dann bis zur letzten Impfdosis verteidigt wird, wenn eine Pandemie die Welt bedroht: Die kapitalistische Profitmaximierung.

Um ihre Blockadehaltung zu legitimieren, behaupten viele Politiker*innen und Pharmafirmen, dass es im globalen Süden keine geeigneten Produktionsstätten gebe. Das ist falsch und rassistisch: Flankiert von einem Wissens- und Technologietransfer könnten Länder wie Südafrika, Senegal oder Ägypten in sechs bis neun Monaten umrüsten, um mRNA-Impfstoffe herzustellen. Auch Bangladesch, Pakistan und einige Länder Lateinamerikas könnten die ersehnten Impfstoffe produzieren. Indien hat bereits damit begonnen. Deutschland scheint der politische Wille zu fehlen, über die eng definierten nationalen (Wirtschafts-)Interessen hinauszugehen.

Angela Merkel hätte die Möglichkeit, in den letzten Monaten Bundeskanzlerin Geschichte zu schreiben und den Waiver zu unterzeichnen. »Je mehr wir impfen, desto freier werden wir sein« – damit hat sie recht. Doch für wen gilt diese Freiheit? Deutschland versucht mit allen Mitteln zu verhindern, dass mit der Aussetzung der Patente ein Präzedenzfall geschaffen wird. Deshalb werden weitere hunderttausend Menschen an Covid-19 sterben. Schutzmaßnahmen wie Lockdowns werden in vielen Ländern des Globalen Südens lebensgefährlich bleiben, weil Menschen ohne jede soziale Absicherung unmittelbar ihr Einkommen verlieren. Armut und Hunger werden weiter zunehmen.

Dennoch herrscht exklusive Solidarität vor, die sich nationalistisch auf die eigenen Staats- und nur auf EU-Bürger*innen bezieht.

Auf dem globalen Parkett wird statt Solidarität nun Charity propagiert, zumal Politiker*innen und Pharmaindustrie nicht bereit sind, ein öffentliches Gut zur Bewältigung der Pandemie zu schaffen. Dabei sind es die Regierungen der Welt, die derzeit Milliarden für Forschung und Entwicklung am Impfstoff bereitstellen. Von ihnen – größtenteils öffentlichen Mitteln – gehen große Summen an die Pharmaindustrie, ohne dass die Preispolitik für den künftigen Impfstoff im öffentlichen Interesse geregelt wurde. Risiken werden vergesellschaftet, Gewinne privatisiert. Demgegenüber ist es erschütternd zu sehen, wie der Generaldirektor der WHO, der immer wieder strukturelle Lösungen und eine faire Verteilung angemahnt hat, sich für jede in Aussicht gestellte Impfdosis bedanken muss. Die »milden Gaben« der Covax-Initiative der G7 sind wie ein vergifteter Cocktail aus Entrechtung und Abhängigkeit.

Süd-Ansätze

► Die Corona-Pandemie hat Südafrika schwer erschüttert – aber innerhalb des Landes keineswegs überall und alle in gleichem Maße: In den Armenvierteln ist die Sterberate an Covid-19 doppelt so hoch wie in reichen Stadtteilen. Aus einer Antikörperstudie geht hervor, dass Schwarze Südafrikaner*innen fünfmal häufiger von Infektionen betroffen sind als weiße. Arme Schwarze Frauen haben durch die Pandemie die stärksten sozioökonomischen und gesundheitlichen Einbußen erlitten. Gleichzeitig waren sie am meisten mit zusätzlicher Kinderbetreuung, Krankenpflege und Überlebenskämpfen belastet. Trotz zunehmender patriarchaler und sexualisierter Gewalt erhielten sie kaum professionelle Hilfe.

Doch die Pandemie hat in Südafrika auch etwas sichtbar gemacht, was sonst verborgen bleibt: Während des harten Lockdowns bildeten zivilgesellschaftliche Akteur*innen neue Allianzen. Gleich zu Beginn gründeten diese Netzwerke die C19 People's Coalition, bestehend aus 310 Gruppen im ganzen Land, die sich zu einer starken Stimme im Kampf für Gerechtigkeit in der Pandemiebekämpfung zusammenschlossen. Die Gesundheitsarbeiter*innen haben Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer basisorientierten Gesundheitsbewegung aufgezeigt. Einer Bewegung, die Verantwortliche kontrolliert und sich gegen eine neoliberale Politik wehrt, die mitten in der Pandemie das Gesundheitsbudget kürzt. Ihr erstes Ziel ist eine Impfkampagne von unten. Ihre Vision: eine landesweite Basisgesundheitsbewegung, die mit der Logik der ökonomischen, politischen, geschlechtlichen und globalen Ungleichheit bricht.

»Als zivilgesellschaftliche Bewegung müssen wir sicherstellen, dass wir eine alternative Machtstruktur aufbauen, die nicht nur von Gesundheitsexpert*innen getragen wird, sondern auch von Gewerkschaften, Gesundheitsarbeiter*innen, Frauenorganisationen und Schüler*innen. Sie sind der Hoffnungsschimmer, dass wir die Pandemie überwinden und vielleicht zu einem anderen Land in einer anderen Welt werden können,« sagt Dr. Lydia Cairncross, Ärztin und Gesundheitsaktivistin des People's Health Movement in Südafrika.

Die größte Stärke dieses Zusammenschlusses liegt in der gegenseitigen, community-übergreifenden Unterstützung. Dabei geschieht die Mobilisierung und Vernetzung der Aktivist*innen vorwiegend online, aber nicht nur: Mahnwachen vor den Botschaften der reichen Länder und vor Geschäftssitzen großer Pharmaunternehmen trugen den Protest gegen die Blockade des TRIPS-Waiver durch die Europäische Union und die Bundesregierung auf die Straße.

Die größte Stärke dieses Zusammenschlusses liegt in der gegenseitigen, community-übergreifenden Unterstützung. Dabei geschieht die Mobilisierung und Vernetzung der Aktivist*innen vorwiegend online, aber nicht nur: Mahnwachen vor den Botschaften der reichen Länder und vor Geschäftssitzen großer Pharmaunternehmen trugen den Protest gegen die Blockade des TRIPS-Waiver durch die Europäische Union und die Bundesregierung auf die Straße.

#MakeThemSign

► Die deutsche Blockadehaltung gegen die Patentfreigabe richtet überall in der Welt Schaden an. Erdacht wird sie jedoch »vor unserer Haustür« – und auch hier manifestiert sich inzwischen Protest. Bei einer Kundgebung am 6. Juni 2021 vor den Toren des Biontech-Werks in Marburg wurde die Freigabe der Impfstoff-Patente verlangt. Mit dem Hashtag #MakeThemSign werden führende Politiker*innen dazu aufgefordert, den Waiver zu unterschreiben. Gegen das globale Krisenregime braucht es solidarische und transnationale Proteste.

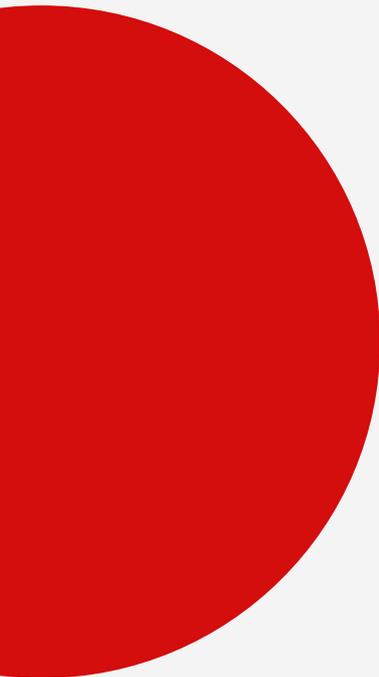
So ist der aktuelle Moment wie geschaffen für eine breitere globale Bewegung, um das Recht auf bestmöglichen Zugang zu Gesundheit umfassend und universell zu erstreiten – in der Pandemie und darüber hinaus.

► Julia Manek und Anne Jung arbeiten für medico international in Frankfurt am Main.

Die deutsche Blockadehaltung richtet weltweit Schaden an



LÄNDERSCHWERPUNKT:
NAMIBIA



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

NACHRICHT | 21.03.2020

Afrika - Südliches Afrika

Namibia nach 30 Jahren Unabhängigkeit

Die Namibier*innen warten weiter auf Umverteilungsgerechtigkeit

AUTORIN

Romie Nghitevelekwa



Markt in Windhoek

Vor seiner Unabhängigkeit, also zur Zeit der kolonialen Apartheid, belegte Namibia Platz zwei auf der weltweiten Ungleichheitsskala. Davor lag nur Südafrika, der damals in Namibia herrschenden Kolonialmacht. Sozioökonomische Ungleichheiten, die in der politischen Ökonomie des Apartheidkolonialismus wurzeln, haben die namibische Gesellschaft stark geprägt. Was hat sich nach 30 Jahren Unabhängigkeit geändert? Kaum etwas! Namibia ist noch immer das Land mit der zweitgrößten Ungleichheit weltweit. Ein zentraler Faktor ist dabei weiterhin die (Ungleich-)Verteilung des Landbesitzes, deren leidvolle Geschichte weit zurückreicht.

Romie Nghitevelekwa ist Sozialanthropologin am Institut für Soziologie, Universität von Namibia. Sie forscht u.a. über die differenzierten Bedeutungen von Land und die Komplexität der Landrechte in den kommunalen Gebieten Namibias.

Die (Ungleich-)Verteilung des Landbesitzes nach rassistischen Kriterien ist eine Folge der Enteignungsprozesse, die 1883 ihren Anfang nahmen, als der deutsche Kaufmann Adolf Lüderitz dem Nama-Kaptein Josef Frederiks die ersten Landstücke abkaufte. Die dabei angewandte Vorgehensweise lässt sich mit Fug und Recht als Betrug durch irreführende Geschäftshandlungen beschreiben (und ist auch als sogenannter «Meilenschwindel» bekannt geworden). Das erste Geschäft drehte sich um ein Gebiet, das fünf deutsche geographische Meilen umfasste und für 100 Britische Pfund und 200 Gewehre verkauft wurde. Dem folgte der Verkauf eines Küstenstreifens, der vom Oranje-Fluss aus rund 222 Kilometer entlang der Küste verlief, ungefähr 20 deutsche geographische Meilen ins Landesinnere reichte und für 500 Pfund und 60 Gewehre erworben wurde. Bei diesen Geschäften handelte es sich, ebenso wie in vielen anderen Fällen, um direkte Abmachungen zwischen deutschen Kaufleuten und ansässigen lokalen Führern. Sie behielten ihre Gültigkeit bis 1898, als die deutsche Kolonialverwaltung begann «Reservatsgebiete» für die schwarze Bevölkerung einzuführen. Damit schuf man einen formalen politischen Rahmen für die Landübergaben durch den privaten Landerwerb von der ansässigen Bevölkerung und für die unter Gewaltanwendung durchgeführten Landbeschlagnahmen.

Als Südafrika 1915 die Verwaltung des heutigen Territoriums von Namibia übernahm, waren 11.490 Hektar der Agrarfläche im Besitz deutscher Siedler. Der Prozess der Ent- und Übergabe von Land hörte mit dem Ende der deutschen Kolonialherrschaft nicht auf, sondern wurde von der südafrikanischen Verwaltung fortgeführt. Tatsächlich nutzte Südafrika das namibische Gebiet als Teil seiner Siedlungspolitik, und zwar, um seine «verarmte weiße Bevölkerung» dorthin umzusiedeln. Bis 1926 hatte man etwa 880 Farmen an 1.106 weiße südafrikanische Siedler*innen zugeteilt, die somit eine Fläche von 7,5 Millionen Hektar besiedelten. Bis 1962 waren 39,8 Millionen Hektar Land in den Besitz von Weißen übergegangen. Einige besonders unbeliebte Gebiete gab man auf Empfehlung der Odendaal-Kommission an die schwarze Bevölkerung zurück – und erklärte damit den auf Rassentrennung basierenden Prozess der Landverteilung für abgeschlossen.

Als Namibia 1990 die Unabhängigkeit erlangte, verfügten Weiße über 36,2 Millionen Hektar Land und Schwarze über 33,5 Millionen Hektar. Ein eklatanter Aspekt der Ungleichheit war dabei, dass das Land im Besitz von Weißen von nur ungefähr 4.200 Haushalten bzw. weniger als 5 Prozent der Bevölkerung genutzt wurde, während die übrigen 33,5 Millionen Hektar 150.000 Haushalten bzw. 70 Prozent der Bevölkerung als Lebensgrundlage dienten. Dieses (Miss-)Verhältnis in der Landverteilung schrie förmlich nach Umverteilungsmaßnahmen – und ließ daher auch Forderungen nach Umverteilungsgerechtigkeit laut werden. Die Auseinandersetzung mit sozioökonomischen Ungleichheiten und/oder ungerechten sozioökonomischen Strukturen war Teil des politischen Programms der SWAPO während des Befreiungskampfs. Einige haben diese Fragen als «sozialistische» Rhetorik abgetan. Mit dem Tag der Unabhängigkeit am 21. März 1990 brach eine neue Ära an, die für die Namibier*innen nicht nur Selbstbestimmung und Freiheit vom Joch des Kolonialismus bedeutete, sondern sie auch vor die Aufgabe stellte, distributive Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu überwinden. In seiner Vereidigungsrede am Tag der Unabhängigkeit betonte Sam Nujoma, der erste Präsident der Republik Namibia, die Unabhängigkeit gehe mit der großen Verantwortung einher, die mühsam erkämpfte Freiheit zu verteidigen und darüber hinaus hohe Standards der Gleichheit und Gerechtigkeit zu setzen und einzuhalten. Solche Einschätzungen waren tatsächlich treffend, wenn man bedenkt, dass das Erbe des Kolonialismus und apartheidbedingter Ausbeutung in der kürzlich unabhängig gewordenen Nation fortlebte, nämlich in Form frappierender Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die dringend angegangen werden mussten.

Eine erste entscheidende Diskussion beim Aufbau der unabhängigen Nation drehte sich darum, wie man die redistributiven Forderungen erfüllt, die auf «eine gerechtere Verteilung von Ressourcen und Wohlstand abzielen». Regierung, Zivilgesellschaft und namibische Bevölkerung zeigten sich durchaus entschlossen, am Status quo zu rütteln und die bestehenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in der Landverteilung anzugehen. Beleg dafür ist, dass man nach der Unabhängigkeit erstmals eine Konferenz zur Landfrage im Jahr 1991 einberief und dort 24 Konsens-Resolutionen verabschiedete. Elf davon waren strategische Ansätze zur Umverteilungsgerechtigkeit und bezogen sich unter anderem auf Aspekte wie ungerechte Landverteilung, das Verbot von ausländischem Landbesitz, die Verringerung der Anzahl und Größe der Farmen, die Enteignung von Land im Besitz nichtansässiger Eigentümer*innen, die Enteignung von unzureichend genutztem Land und die Stärkung der Rechte von Farmarbeiter*innen. Andere Resolutionen bezogen sich auf Grundbesitzreformen in kommunalen Gebieten. Letztere bestehen parallel zu den Freehold Areas, in denen das Land durch Besitzurkunden gesichertes Privateigentum ist. Die namibische Bevölkerung lebt mehrheitlich in kommunalen Gebieten und bekommt von traditionellen Verwaltungen Land zur Verfügung gestellt. Diese Gebiete haben, wie Wolfgang Werner es nennt, unterschiedliche administrative Inkarnationen durchlaufen – zunächst waren sie Reservate, dann Homelands und schließlich kommunales Land.

Die Landkonferenz und ihre Konsens-Resolutionen legten die Grundlage für die darauffolgende Landreform, die im Gesetz zur (kommerziellen) Agrarlandreform von 1995 umgesetzt wurde. Dieser kurz nach der Unabhängigkeit unternommene Schritt verdeutlichte, dass die Verteilungsgerechtigkeit hinsichtlich des Landbesitzes in Namibia ein zentrales Anliegen ist. Zu diesem Zweck wurden noch weitere politische, rechtliche und institutionelle Instrumente umgesetzt, darunter etwa die Änderung des Landwirtschaftsgesetzes von 1991, das um das Gesetz zur Schaffung der Agribank Namibia von 2003 erweitert wurde; das zur Subventionierung von Krediten eingeführte Affirmative Action Loan Scheme von 1992; und die Nationale Umsiedlungsstrategie von 2001. Mit dieser Reihe von Instrumenten hat sich die Regierung in beachtlicher Weise um die Umverteilung von Land an zuvor benachteiligte Namibier*innen bemüht gezeigt.

Am 21. März 2020 feiert Namibia 30 Jahre Unabhängigkeit. Nach drei Jahrzehnten gilt es nun, die Versprechen, die wir uns selbst im Jahr 1990 gegeben haben, Revue passieren zu lassen. Wir müssen uns näher anschauen, welchen Pfad wir eingeschlagen haben, um mehr Gerechtigkeit in puncto Landbesitz bzw. Umverteilungsgerechtigkeit zu erreichen. Eine entscheidende Frage lautet dabei: Welche Bilanz hat unsere Landreform hinterlassen? Die Antworten auf solch wichtige Fragen sorgen bei vielen Namibier*innen leider nicht gerade für Begeisterung. Die Situation bei der Landverteilung ist nahezu unverändert geblieben. Derzeit gelten 48 Prozent der Landfläche in Namibia als kommerziell genutzte Agrarfläche, 17 Prozent sind in staatlichem Besitz, und 35 Prozent sind kommunale Gebiete. Im Mittelpunkt der Umverteilungsdebatte steht die kommerziell genutzte Agrarfläche. Doch zu den Schlüsselfragen zählt ebenso, was sich mit Blick auf die allgemeinen Landbesitzrechte getan hat und auch hinsichtlich der Besitzverteilung nach Nationalität sowie der Landbesitzverhältnisse zwischen einst bevorteilten und benachteiligten Gruppen – oder, anders gesagt, den Besitzverhältnissen hinsichtlich der Kategorien Ethnizität, Geschlecht und Klasse. Die Hälfte der kommerziell genutzten Agrarfläche ist weiterhin im Besitz von Einzelpersonen: 250 Farmen, die insgesamt eine Fläche von 1,2 Millionen Hektar beanspruchen, befinden sich in ausländischem Besitz, wobei noch gravierender ist, dass 70 Prozent der kommerziell genutzten Agrarfläche im Besitz von Nachfahren der weißen Siedlerbevölkerung sind, die offiziell als «vormals bevorteilte Personengruppe» bezeichnet werden.

Was vielen Namibier*innen zusätzlichen Frust bereitet, ist, dass Land weiterhin an ausländische Interessenten verkauft wird, die zumeist die höchsten Gebote abgeben. Davon betroffen sind besonders diejenigen Namibier*innen, die ihr Vieh in den Korridoren zwischen den kommerziellen Agrarbetrieben weiden lassen; diejenigen, die immer wieder verbannt werden, weil das einzige ihnen zur Verfügung stehende Land in Townships umgewandelt wird; oder die vielen landlosen Namibier*innen, die das Land wirklich gebrauchen könnten. Viele verärgert es, dass das zum Zwecke der Umverteilung erworbene Land

größtenteils der politischen Elite zugutegekommen ist, weshalb auch immer wieder öffentlich gefordert wird, die Profiteure der Umsiedlungspolitik zu entlassen. Angesichts dieser Dynamiken sind rassistisch bedingte Ungleichheiten bei der Landverteilung für viele Namibier*innen nicht mehr die einzige Sorge. Auch klassenbasierte Ungleichheiten fallen mittlerweile ins Gewicht, ganz abgesehen von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten. Von den 4.922 Staatsbürger*innen in Besitz kommerziell genutzter Agrarfläche sind 77 Prozent Männer, während Frauen nur 23 Prozent ausmachen. Die Forderungen nach Umverteilungsgerechtigkeit drehen sich daher ebenso sehr um die Geschlechterfrage wie um Fragen der Klasse und Ethnie, wobei sie zuletzt auch um Forderungen nach Generationengerechtigkeit erweitert wurden. Das vorläufige Fazit lautet jedoch, dass die redistributive Landreform nicht die geforderte Gerechtigkeit gebracht hat – stattdessen besteht der Status quo weiterhin.

Dazu kommt ein weiterer Punkt: Die Frage der Landumverteilung bezieht sich nicht mehr nur auf kommerziell genutztes Agrarland. Die Ungleichverteilung von Land betrifft mittlerweile auch kommunale Gebiete. Im Laufe der Jahre haben viele gesellschaftliche Akteur*innen – vor allem Eliten und Reiche – in einem als «Landaneignung» (en. «land grabbing») bezeichneten Prozess große Teile kommunaler Gebiete eingezäunt und in Privatbesitz überführt. Natürlich geschieht das auf Kosten der übrigen Nutzer*innen dieser kommunalen Gebiete. Das alte «unberührte Land», das den Nutzer*innen kommunaler Gebiete als Weideland für ihr Vieh diente, ist zu Privateigentum geworden. Wenige Einzelpersonen sind nun im Besitz von mehr als 5.000 Hektar kommunaler Fläche, während anderen nur drei Hektar oder weniger zur Verfügung stehen, wenn sie denn überhaupt Zugang zu dem Land haben. Diese Ungleichheit ist unübersehbar und sorgt in Namibia für gesellschaftliche Spannungen. Die Konflikte um Weiderechte und Landaneignungen in der westlichen Region Kavango sind in Namibia noch gut in Erinnerung. Farmer*innen aus dem mittleren Norden (vorwiegend aus den Regionen Oshikoto und Ohangwena) hatten dort Land eingezäunt, das sie seit 1992 als Weidefläche nutzten. 2004 wies die traditionelle Uukwangali-Verwaltung die den Ovambo angehörigen Farmer*innen dazu an, das Gebiet zu verlassen. Der Fall kam vor Gericht, wurde zugunsten der traditionellen Verwaltung entschieden und führte 2005 zu einem Räumungsbefehl. Bis heute sind der westliche Teil der Region Kavango und die Gebiete im mittleren Norden durch einen Zaun getrennt. Zudem betrifft die Landfrage mittlerweile auch den städtischen Raum. Viele Namibier*innen – sogar die aus der gerühmten Mittelschicht, ganz zu schweigen von den geringverdienenden und den am Existenzminimum lebenden Menschen – können sich weder Grundbesitz noch Wohnraum leisten. Die Landfrage hat sich in 30 Jahren der Unabhängigkeit zu einem nationalen Problem entwickelt. Wir stehen am Anfang eines neuen Kapitels und eines neuen Jahrzehnts, und die Namibier*innen hoffen weiter auf Umverteilungsgerechtigkeit, doch die Ungleichheiten sind auch heute noch von beträchtlichem Ausmaß. Nun gilt es, alle emanzipatorischen Kräfte zusammenzubringen, damit von der Hoffnung auf redistributive Gerechtigkeit nicht nur die Hoffnung bleibt.

[Übersetzung von Utku Mogultay und Katharina Martl für Gegensatz Translation Collective]

Ein Weg zur Armutsbekämpfung:

500 namibische Dollar machen einen Unterschied

In Namibia steht die Initiative zur Einführung eines Grundeinkommens (Basic Income Grant/BIG), das erstmals 2008 im Dorf Otjivero in der Region Omaheke erprobt wurde, wieder im Rampenlicht (INDABA 107/20). Die Koordinatorin der Kampagne, Rinaani Musutua, nahm in einem Interview mit Kuzeeko Tjitemisa zu den Forderungen Stellung.

Ihre Initiative hat kürzlich die Forderung nach einem universellen Grundeinkommen (BIG) in Höhe von 500 N\$ monatlich für alle Personen zwischen 19 und 59 Jahren erhoben. Wie sind Sie zu dem Betrag gekommen?

Unsere Berechnungen basieren auf dem aktuellen Staatshaushalt. Was die BIG Coalition of Namibia vorschlägt, würde ungefähr 7,5% des Budgets ausmachen – weniger als die 10%, die das Verteidigungsministerium erhält, ohne greifbare Ergebnisse zu liefern. Die Lebenshaltungskosten sind in Namibia aufgrund unserer Importabhängigkeit extrem hoch, daher müßte der ideale Betrag eigentlich bei 1.000 N\$ liegen, damit ein/e durchschnittliche/r Namibier/ in seinen oder ihren Lebensunterhalt bestreiten und ein menschenwürdiges Leben führen kann. Windhoek gilt als fast 35% teurer als Kapstadt. Wir wollten der Regierung aber entgegenkommen und überlegten daher, was sich der Staat in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage

leisten kann. Bei dem von unserer Initiative vorgeschlagenen Satz würde das Programm ungefähr 5,5 Milliarden N\$ pro Jahr kosten.

Viele Kritiker sagen, die Einführung eines Grundeinkommens wäre eher ein Akt der Wohltätigkeit als eine Methode, um die Fesseln der Armut zu lösen.

Das Grundeinkommen ist keine Wohltätigkeit. Es ist ein Menschenrecht. Die Regierung hat eine moralische Verpflichtung zum Schutz ihrer Bürger vor Armut und unmenschlichen Lebensbedingungen gemäß Artikel 95 der namibischen Verfassung, der die Förderung des Wohlergehens der Menschen und die Aufrechterhaltung eines angemessenen Lebensstandards vorsieht. Steuern sind ein wesentlicher Bestandteil des Gesellschaftsvertrags zwischen Bürgern und Regierung. Da sie die Haupteinnahmequelle der Regierung sind, ist es daher nur moralisch richtig, daß die Bürger sozialen Schutz gegen Armut fordern.



Rinaani Musutua

Neue Kampagne

die Idee dahinter zu informieren und auch die Ergebnisse des Politprojektes von 2008/9 wieder ins Gedächtnis zu rufen.

Die von der Koalition verfaßte Deklaration ist sehr deutlich in ihrer Kritik an der Regierungsführung. Der Slogan »No BIG, No vote for you!«, mit dem die Erklärung endet, sorgte aber für erste Unstimmigkeiten innerhalb der Koalition, weil sie für einige zu regierungskritisch ist. Dabei wäre eine positive Formulierung – etwa »Wir wählen euch nur, wenn ihr Euch für die Einführung eines BIG einsetzt« – eine politische Strategie, die auch die Demokratie des Landes fördern würde. Eine intensivere Zusammenarbeit mit Oppositionsparteien wie etwa dem LPM könnte eine weitere Strategie sein, um die Regierung unter Druck zu setzen.

Doch eines wurde in den Debatten deutlich: Die Kampagne muß aus ihren Fehlern der Vergangenheit lernen und ihre Forderungen viel deutlicher stellen. Dazu gehört unter anderem auch eine breitere Massenmobilisierung für das Thema. Aber eben auch eine Konfrontation mit der Regierung, die über die erste Legislaturperiode von Präsident Geingob durch die Ernennung von Bischof Kameeta zum Minister für Armutsbekämpfung und soziale Angelegenheiten vorgaukelte, sie würde an der Umsetzung eines BIG arbeiten.

»Wir glauben, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der notwendige Wandel nicht von der politischen Führung unserer gegenwärtigen politischen Parteien ausgehen wird, und daher besteht die Notwendigkeit, marginalisierten und ausgebeuteten Gruppen die Möglichkeit zu geben, zu Agenten des Wandels zu werden. Insbesondere junge Menschen müssen zu treibenden Kräften des Wandels werden«, ist in der bereits erwähnten Deklaration nachzulesen.

Ob es der Kampagne dieses Mal gelingen wird, vor allem auch junge Menschen zu mobilisieren und damit den nötigen Druck von unten zu erzeugen, wird sich in den nächsten Monaten zeigen.

Simone Knapp

Simone Knapp ist Koordinatorin der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika in Heidelberg. Ihr Kommentar erschien auf www.kasa.de und wurde für INDABA leicht gekürzt. Die neue Kampagne wird auch von der Österreichischen Namibia-Gesellschaft (ÖNG) unterstützt.

Die Mehrheit der Namibier ist auf die Unterstützung ihrer Verwandten und Freunde angewiesen, die normalerweise auch wenig Einkommen haben. BIG gibt allen Menschen ein eigenes Einkommen, was die Belastung der Armen verringert, die Verwandte und Freunde mit ihrem begrenzten Einkommen unterstützen müssen.

Tatsächlich reduziert das Grundeinkommen Abhängigkeit und setzt Ressourcen für persönliche wirtschaftliche Investitionen frei. Durch die Bereitstellung einer universellen, stabilen und kontinuierlichen Einkommensquelle verfügt BIG über das höchste Entwicklungspotential, da die Menschen darauf zählen und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten besser planen können. In Wirklichkeit sind die politischen Amtsträger diejenigen, die unverantwortlich handeln, indem sie durch korrupte Praktiken Geld aus den Staatskassen umlenken und künftige Generationen ihrer Ressourcen, ein menschenwürdiges Leben zu führen, berauben.

Noch einmal: Glauben Sie, die namibische Regierung kann es sich leisten, jeden Monat 500 N\$ zu zahlen, wenn man bedenkt, daß fast ein Drittel der namibischen Bevölkerung arbeitslos ist?

Die Regierung kann sich ein universelles Grundeinkommen sehr wohl leisten! Die Erschwinglichkeit ist eine Frage des politischen Willens und der Verschiebung von Prioritäten. Die namibische Bürokratie wurde im Laufe der Jahre ausgebaut, weitere Minister eingestellt. Ebenso stiegen die Militärausgaben, ohne greifbare Ergebnisse zu liefern, und Namibia liegt so auf dem 13. Platz der Länder mit dem höchsten Anteil an Militärausgaben, noch vor den Vereinigten

Staaten. Namibia erhebt im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ungewöhnlich hohe Steuern ein im Vergleich zu anderen Ländern, die könnten zur Finanzierung des Grundeinkommens verwendet werden. Die Regierung pumpt immer wieder Steuergelder in die Aufrechterhaltung des verschwenderischen Lebensstils der Politiker, in unproduktive staatseigene Unternehmen und Infrastrukturprojekte wie den Bau teurer Regierungsbüros oder der zweispurigen Straße zum Flughafen, die nichts zu menschlicher Entwicklung beitragen.

Die Regierung muß ihre Prioritäten verschieben. Wenn sie aufhört, das Geld der Steuerzahler für unproduktive Aktivitäten auszugeben, werden genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, um ein Grundeinkommen zu finanzieren. Dessen Kosten können mit einer Einkommensteueranpassung einhergehen. Diese sollte progressiv geregelt werden, sodaß Personen mit höherem Einkommen den Grundeinkommenszuschuß der Niedrigverdiener und Arbeitslosen subventionieren.

Die BIG-Initiative wurde 2008 erstmals in Otjivero in Omitara/Omaheke, etwa 100 Kilometer östlich von Windhoek, getestet. Welche Auswirkungen hatte dieses Pilotprojekt auf die Gemeinde?

Um die Auswirkungen des Grundeinkommenszuschusses zu demonstrieren, führte die BIG Coalition das weltweit erste Pilotprojekt für ein universelles Grundeinkommen durch. Dabei erhielten alle Einwohner unter 60 Jahren ein Grundeinkommen von 100 N\$ pro Person und Monat. Aus einer begleitenden Studie internationaler Wissenschaftler, die in Otjivero durchgeführt wurde, gehen die positiven Auswirkungen des Grundeinkommens deutlich hervor: Familien

nahmen öfter die Gesundheitsdienste in Anspruch, was das Einkommen der örtlichen Klinik erhöhte. Die wirtschaftlichen Aktivitäten nahmen zu, Einwohner gründeten kleine Unternehmen oder machten sich selbständig, z. B. in Ziegelherstellung, Brotbacken und Schneiderei. Das Grundeinkommen gab Menschen die Möglichkeit, einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten, da es ihnen half, ihr kreatives und unternehmerisches Potential freizusetzen. Die Kaufkraft der Haushalte steigerte sich; der Schulbesuch nahm zu, da es sich die Familien leisten konnten, Schulgebühren zu zahlen und Uniformen zu kaufen. Die örtliche Polizeistation verzeichnete auch eine signifikante Reduzierung der Kriminalität. Die Gleichstellung der Geschlechter verbesserte sich, da das Grundeinkommen den Hausfrauen Einkommenssicherheit bietet, deren unbezahlte Betreuungsarbeit für die Gesellschaft so wichtig ist. Frauen mußten sich nicht mehr prostituieren, da sie ihr eigenes Einkommen hatten. All diese Ergebnisse widersprechen auch der Kritik, das Grundeinkommen würde zu Verantwortungslosigkeit führen. Im Gegenteil, die Studie zeigte, daß die meisten Menschen die ihnen gebotenen Möglichkeiten gut nutzten und Initiativen ergriffen, um ihren Lebensunterhalt zu verbessern.

Wie erwarten Sie, daß die Regierung die BIG-Initiative finanziert? Woher soll das Geld kommen?

Es ist an der Zeit, daß Namibias Bergbau- und Fischereiindustrien, die Milliarden an Gewinnen erzielen, ihren angemessenen Anteil an Steuern bezahlen. Korruption, Steuerhinterziehung und illegale Finanzströme führen zum Verlust von Milliarden dringend benötigter Mittel, mit denen die Regierung ein universelles Grundeinkommen finanzieren könnte. Unse-

re Regierung muß ein wirksames Steuersystem einführen, um Korruption, Steuervermeidung und illegale Finanzströme in diesen Branchen zu stoppen. Wenn der Mißbrauch öffentlicher Mittel und die Korruption aufhören, kann sich die Regierung ein universelles Grundeinkommen leisten, um dadurch Armut und Ungleichheit zu verringern. Dies wäre ein entscheidender Schritt zur Bekämpfung extremer Armut und Ungleichheit. Es ist unser Recht, daß wir alle Zugang zu natürlichen Ressourcen haben, die wir auf diesem Planeten finden, und von diesen profitieren, um unsere grundlegenden menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Daher sollten keine natürlichen Ressourcen nur für wenige Einzelpersonen privatisiert werden.

Wie schon gesagt, sollten die Kosten eines Grundeinkommens von einer Anpassung der Einkommensteuer begleitet werden, sodaß höhere Einkommensverdiener den Basic Income Grant sofort wieder über das Steuersystem zurückzahlen. Dieses sollte schrittweise so gestaltet werden, daß einkommensstärkere Personen das Grundeinkommen effektiv subventionieren, sodaß die einkommensschwachen Personen und die Arbeitslosen ihn ausbezahlt bekommen können. Dies könnte ziemlich einfach arrangiert werden und würde also zu einer Umverteilungsmaßnahme führen, die erheblich zum Versprechen Präsident Geingob's, die Armut zu beseitigen, beitragen würde.

Darüber hinaus stimuliert das Grundeinkommen auch das Wirtschaftswachstum, da die Menschen mehr Geld ausgeben und in die namibische Wirtschaft investieren können. Dies würde nicht nur den Lebensstandard der Menschen verbessern, sondern auch die Steuereinnahmen für die Regierung erhöhen und das Wirtschaftswachstum ankurbeln.

Das universelle Grundeinkommen ist ein Konjunkturpaket, das die Erwerbsbeteiligung erhöht. Es erhöht dadurch auch die Kaufkraft und ermöglicht es den Menschen, Verbraucher lokal produzierter Grundgüter zu werden, z. B. von Waren, die von informellen Händler/innen verkauft werden. Das universelle Grundeinkommen ist keine Versicherung, aber eine Investition in die lokale Wirtschaft, da es Möglichkeiten schafft, daß Geld innerhalb unserer Wirt-

schaft zirkuliert und somit das Wirtschaftswachstums stimuliert.

Die Mehrheit der BIG-Empfänger geben ihr Geld für lokal produzierte Güter aus, im Gegensatz zu wohlhabenden Personen, die Luxusgüter importieren und so dafür sorgen, daß Geld aus der lokalen Wirtschaft abfließt. Lokale und vor allem ländliche Märkte werden stark vom Grundeinkommen profitieren und damit die Wirtschaft in den unterentwickelten ländlichen Gebieten ankur-

beln. Dies wird nicht nur den Lebensstandard der Menschen verbessern, sondern auch die Steuereinnahmen der Regierung erhöhen.

Das Interview erschien am 25. September 2020 in der regierungsnahen Zeitung *New Era*. Übersetzung: Nina Herzog-Hawelka. Weitere Informationen: www.bignam.org. Rinaani Musutua spricht am 21. Jänner 2021, 19 Uhr, online im Rahmen unseres FORUM SÜDLICHES AFRIKA (www.sadocc.at).

Wahlen 2020 in Namibia

Wie vorgesehen fanden am 25. November 2020 die Wahlen zu den *Local und Regional Councils* statt, diesmal nur mit Stimmzetteln abgehalten. Die seinerzeit um teures Geld aus Indien importierten, sehr umstrittenen Wahlmaschinen kamen nicht zum Einsatz – angesichts der Corona-Situation war das der *Independent Electoral Commission* doch zu teuer. Während den *Local Councils* vor allem kommunalpolitische Bedeutung zukommt, spielen die 14 *Regional Councils* auch auf nationaler Ebene eine Rolle. Jede Region wählt laut Verfassung drei Vertreter in den *National Council*, die zweite Kammer des namibischen Parlaments, die nicht nur die Gesetzesbeschlüsse der *National Assembly* überprüft, sondern in regionalen Fragen auch über ein legislatives Vorschlagsrecht verfügt. Bislang war dies weitgehend Formsache, weil die regierende SWAPO hier über eine satte Mehrheit von 40:2 Mandaten verfügte. Nach den eben abgehaltenen Wahlen wird sich diese Situation aber wohl ändern.

Das Wahlergebnis von 2020 bestätigte den Trend von 2019 (INDABA 105/20): SWAPO konnte zwar die absolute Mehrheit halten, verlor gegenüber den letzten Wahlen aber dramatisch. Alle Regionalstimmen zusammengezählt fiel sie mit knapp dreihunderttausend Stimmen und 56,8% gegenüber ihrem Traumergebnis von 2015 um fast 26 Prozentpunkte zurück. An zweiter Stelle landeten die *Independent Patriots for Change* (IPC) – eine Partei, die ihre Existenz erst dem Antreten des unabhängigen Kandidaten Panduleni Itula bei den Präsident-

schaftswahlen 2019 verdankt – mit beachtlichen 17,5%. Aufgegliedert nach Regionen ergeben sich klare Unterschiede zwischen Nord, Zentralraum und Süd: Während die beiden südlichen Regionen (Hardap und //Karas) vom *Landless People's Movement* (LPM) dominiert werden, ging das wirtschaftlich wichtige Erongo an die *IPC*, Kunene im Nordwesten an das *Popular Democratic Movement* (PDM), die ehemalige *Turnhalle Alliance*. Die übrigen zehn Regionen (insbesondere im Norden) konnte SWAPO halten, sodaß ihr die Mehrheit im *National Council* gesichert ist, allerdings gegenüber einer wesentlich gestärkten Opposition.

Local und Village Councils: In 31 von 54 bisher ausgezählten Stadträten konnte sich die Opposition die Mehrheit sichern. Besonders schmerzlich ist, daß die Regierungspartei ihre Dominanz in den Hafenstädten Walvis Bay und Swakopmund sowie in der Hauptstadt Windhoek verlor. Hatte SWAPO hier 2015 noch 12 von den 15 Mandaten erzielt, jetzt sind es nur mehr 5 (detaillierte Ergebnisse unter www.elections.my.na). Zum neuen Bürgermeister wurde noch dazu der von SWAPO ausgeschlossene ehemalige Jugendfunktionär und Gründer des *Affirmative Repositioning Movement* (INDABA 87/15), Job Amupanda, gewählt. Die Wahlbeteiligung war mit weniger als 40 Prozent zwar immer noch niedrig, gegenüber 2015 aber wesentlich höher. Berichten zufolge ist dies der Beteiligung von Jungwähler/innen zu verdanken, aber auch (deutschsprachiger) Weißen, die mit der Aussicht auf eine Niederlage der SWAPO nun offenbar ihre bisherige Politikverdrossenheit überwunden haben.





Fotos: Reinhart Kößler

Genocide March, Swakopmund, 29.3.2014. Ovaherero (rechts) und Nama (links) gemeinsam auf dem Gräberfeld des KZ Swakopmund

Moralische Verantwortung?

In Namibia sorgt das neue Abkommen mit Deutschland für Konflikte

Ende Mai 2021 kamen die Verhandlungen zwischen der namibischen und der deutschen Regierung über die Konsequenzen des Genozids 1904 bis 1908 an Ovaherero und Nama im damaligen Deutsch-Südwestafrika zu einem Abschluss. Doch Interessenvertretungen überlebender Nachfahren kritisieren die Vereinbarung scharf.

von **Reinhart Kößler**

► In dem Abkommen wird von deutscher Seite anerkannt, dass es sich bei dem staatlich verordneten Massenmord in der damaligen deutschen Kolonie um einen Genozid gehandelt hat. 1904–08 hatte das gezielte Vorgehen der »Schutztruppe« gegen den antikononialen Widerstand zum Tod von bis zu 80 Prozent der dort lebenden Ovaherero und von der Hälfte der Nama geführt. Die Formulierung dieser Anerkennung, dass »die in Phasen des Kolonialkrieges verübten abscheulichen Gräueltaten in Ereignissen gipfelten, die aus heutiger Perspektive als Völkermord bezeichnet werden«, hält sich freilich sorgfältig in dem Rahmen, den Josef Fischer bereits 2003 vorgegeben hatte: Er hatte eine »entschuldigungsrelevante Entschuldigung« ausgeschlossen.

Dementsprechend »akzeptiert« Deutschland lediglich »eine moralische, historische und politische Verpflichtung, sich für diesen Völkermord zu entschuldigen und in der Folge die für eine Versöhnung und für den Wiederaufbau erforderlichen Mittel bereitzustellen«. Daraus wird im Weiteren ein »Zuschuss« für »Entwicklung«. Es geht demnach nicht um einen aus schwerem Unrecht und

Menschenrechtsverletzungen entstehenden Anspruch der Geschädigten, sondern vielmehr um eine etwas abgewandelte Form der Entwicklungszusammenarbeit. Das hat entscheidende Auswirkungen auf die Verfügungsmöglichkeiten über diesen Entwicklungsfonds.

Konflikte über Interessenvertretung

► Unmittelbar nach der Unterzeichnung der als Joint Declaration bezeichneten Vereinbarung sickerten Einzelheiten durch, so dass noch vor Beendigung des offiziellen Stillschweigens erste Proteste laut wurden. Dazu zählte vor allem eine gemeinsame Erklärung der Ovaherero Traditional Authority (OTA) und der Nama Traditional Leaders Association (NTLA). Die Einwände von Ovaherero und Nama richteten sich zum einen gegen die als unwürdig empfundene Höhe dieses »Zuschusses« von 1,1 Mrd. Euro, der über 30 Jahre verteilt werden soll. Zum anderen lehnten sie die im Abkommen festgelegte Zuweisung zu einzelnen Bereichen von Infrastrukturmaßnahmen bis zur Erinnerungspolitik ab. Auf all diesen Ebenen fordern Opfergruppen ihre maßgebliche Beteiligung an den Entscheidungen.

Dieser Widerstand gegen das Abkommen war absehbar, schließlich hatten die Instanzen, die aller Wahrscheinlichkeit nach für die Mehrheit heute lebender Ovaherero und Nama sprechen, in den vergangenen Jahren gegen das Verfahren und Format der Verhandlungen mit Deutschland immer wieder protestiert. Sie hatten seit deren Beginn 2015 eine eigenständige Vertretung am Verhandlungstisch gefordert – gemäß der bereits über längere Zeit nachdrücklich vertretenen Devise »Not About Us Without Us!«. Damit

sprachen die Aktivist*innen und *traditional leaders* der namibischen Regierung das Recht ab, ihre Interessen und Anliegen im Hinblick auf den Genozid gegenüber der deutschen Regierung zu vertreten. Darüber hinaus stellten sie in Frage, ob die Regierung überhaupt dazu in der Lage sei. Das könnten nur sie selbst tun.

Auch die Resolution der Nationalversammlung in Windhoek vom Oktober 2006, in der die namibische Regierung aufgefordert wurde, Verhandlungen mit Deutschland zu ermöglichen, wird entsprechend ausgelegt: Der namibischen Regierung käme demnach eine Mittlerfunktion zu, die Verhandlungen würden zwischen der deutschen Regierung und den Opfergruppen geführt und sollten eine Anerkennung des Genozids und somit eine Entschuldigung sowie »Reparationen« erreichen. Eine seitens Deutschlands wirklich auf Versöhnung abzielende Verhandlungsstrategie hätte jedenfalls auf die Interessenvertretung der betroffenen Gruppen Wert legen müssen.

●uld und Versöhnung ...

► Auf namibischer Seite hatte ungeachtet sonstiger schwerwiegender Differenzen immer Einigkeit darüber geherrscht, dass Deutschland zu Reparationen verpflichtet sei. Nicht nur nach afrikanischen Vorstellungen von Recht und Versöhnung, sondern auch nach den international anerkannten Prinzipien der *transitional justice* bestehen solche Verpflichtungen, wenn Verbrechen gegen die Menschheit verübt werden. Ihre Verweigerung steht einer ernsthaften Versöhnung im Wege. Das Auswärtige Amt wollte keine Präzedenzfälle schaffen, etwa im Hinblick auf Ansprüche aus Griechenland, Italien und Polen aufgrund der deutschen Gewalttaten während des Zweiten Weltkriegs. Es hielt jahrelang eisern an seiner Linie fest, das Wort Genozid nicht zu benutzen, was jede Verhandlungsmöglichkeit blockierte.

Am 2. Juni 2015 verabschiedete der Bundestag jedoch eine Resolution, in der zum 100. Jahrestag des Genozids an Armenier*innen im Osmanischen Reich dieser Völkermord als solcher benannt und verurteilt wurde – Präsi-

●nt Erdoğan wies prompt auf das
deutsche Schweigen zu Namibia hin.

Wohl auch aufgrund schon länger laufender Sondierungen mit der Regierung in Windhoek ließ das Auswärtige Amt (AA) dann wissen, es sperre sich nicht mehr gegen die Bezeichnung des staatlich sanktionierten Massenmordes als Genozid. Dies dürfte den Eintritt in Verhandlungen ermöglicht haben, auch wenn das AA weiter betonte, damit sei kein juristischer, sondern lediglich ein »historischer und moralischer« Sachverhalt gemeint. Eine Verpflichtung, den entstandenen Schaden wieder gut zu machen, wurde so von der deutschen Diplomatie weiter bestritten. Anders als vom deutschen Sondergesandten Ruprecht Polenz erwartet, waren die Verhandlungen mit der namibischen Regierung nicht einfach und ließen sich nicht in drei Runden erledigen. Der wesentliche Grund dafür lag in der von vorneherein eingebauten Pattsituation.

Auch wenn hinsichtlich der deutschen Pflicht zu Reparationen auf namibischer Seite weitgehende Einigkeit bestand, so tat sich in der Frage der Zusammensetzung des Verhandlungsteams eine kaum überbrückbare Kluft zwischen der Regierung in Windhoek und der Mehrheit der Opfergruppen auf. Die Regierung beharrte durchgehend darauf, sie repräsentiere das gesamte namibische Volk und sei daher auch allein berechtigt, die Verhandlungen zu

führen, was OTA, NATLA und das Nama Genocide Technical Committee wie gesehen in Frage stellten.

... oder Verantwortung und Wiedergutmachung?

► Das Beharren der Opfergruppen, sich selbst zu vertreten, beruht auch auf der Erfahrung, von der Regierung in wichtigen Punkten übergangen worden zu sein, etwa bei der Rückführung von menschlichen Überresten aus Deutschland nach Namibia 2014. Wohl um einen Eklat wie bei der ersten derartigen Rückführung 2011, als die damalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt abrupt die zentrale Zeremonie verließ, zu vermeiden, wurde drei Jahre später nicht nur die Öffentlichkeit überrascht. Die Rückführung geschah auch unter Ausschluss der rituellen Spezialisten, ohne die Ahnen nicht reisen können. Aus diesem Anlass benutzten protestierende Ovaherero und Nama erstmals die Parole »Not About Us Without Us«. Dies verstärkte die Forderung, eigenständig am Verhandlungsprozess beteiligt zu sein.

Wesentliche Argumente sind neben der Interpretation der Resolution der Nationalversammlung von 2006 und den schlechten Erfahrungen mit der Regierung die Minderheitenposition der Opfergruppen im heutigen Namibia, die auch mit den andauernden demographischen Folgen des Genozids in Verbindung gebracht wird. Die Betroffenen leiten daraus den Anspruch auf einen Status als indigene Völker ab, den im südlichen Afrika unter anderem auch San (Buschleute) stellen. Damit könnten Ovaherero und Nama Rechte aus der entsprechenden Deklaration der Rechte indigener Völker der Vereinten Nationen (UN) von 2007 sowie der ILO-Konvention über »indigene und in Stämmen lebende Völker« von 1989 in Anspruch nehmen. Ein weiteres Argument betrifft die Diaspora von Ovaherero und Nama in Botswana und Südafrika. Deren Vorfahren sind in den meisten Fällen vor dem Kolonialkrieg ab 1904 geflohen. Sie können offenkundig nicht von der namibischen Regierung vertreten werden, da sie keine namibischen Staatsbürger*innen sind und daher in Namibia auch nicht als Wahlberechtigte gelten.

Diese Einwände betreffen grundlegende Fragen moderner Staatlichkeit, etwa das Territorialprinzip und staatsbürgerliche Rechte. Auf den ersten Blick kann es daher naheliegender erscheinen, dass die namibische Regierung auf ihrem Alleinvertretungsrecht besteht. Dies unterstützte die deutsche Regierung mit dem Hinweis, die Zusammensetzung der Verhandlungsdelegation sei Sache der beteiligten Regierungen. Bereits auf

der Ebene indigener Rechte muss dieses Prinzip aber relativiert werden. Ähnliches gilt, wenn Prinzipien der *transitional justice* berücksichtigt werden. Hier geht es um die Anerkennung des Geschehenen und der Opfer beziehungsweise deren Nachfahren sowie die Glaubwürdigkeit der Absichtserklärung, alles zu tun, damit ein solches Verbrechen nicht wieder geschehe. Die Folgen des Genozids sollen rückgängig gemacht werden – eine offenkundig unrealistische Zielsetzung, die aber im Sinne der ‚Wiedergutmachung‘ in deutschen Ohren vertraut klingt. So wird in diesem Zusammenhang von *reparation* gesprochen.

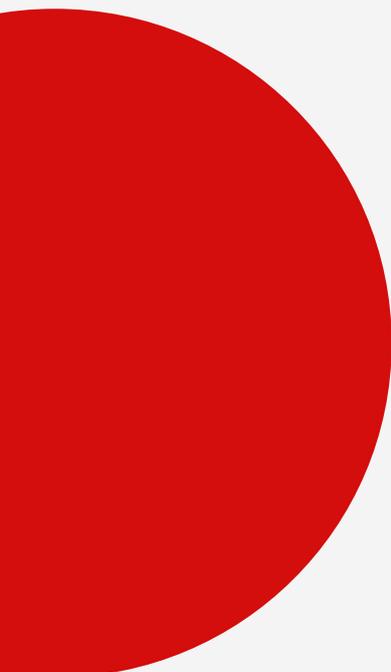
Langes Taktieren

► Die Mehrheit der Opfergruppen verweigerte sich dem Vorschlag der namibischen Regierung, im Rahmen von beratenden Körperschaften an den Verhandlungen beteiligt zu werden. Dabei bildete sich die schon länger bestehende Spaltung unter Ovaherero in Anhänger*innen des durch Wahl bestimmten Ombara Otjitembi

Deutschland akzeptiert eine
»moralische Verpflichtung«
für diesen Völkermord



LÄNDERSCHWERPUNKT:
MOÇAMBIQUE



Moçambique am Scheideweg

Die politische und wirtschaftliche Krise von 2016/17

Derzeit wird Moçambique von einer dreifachen Krise heimgesucht: dem politisch-militärischen Konflikt, der Wirtschafts- und Finanzkrise und der ökologischen Krise. Diese Situation kommt nicht von ungefähr und hat ihre Wurzeln in den ungelösten sozialen, politischen und strukturellen Problemen. Was sind die Hintergründe? Welche Szenarien und Optionen der Krisenbewältigung und der nachhaltigen Entwicklung hat das Land? Moçambique steht an einem Scheideweg seiner Geschichte.

Von Hemma Tengler.

Nach dem Friedensabkommen von 1992 wurden die Wurzeln der Instabilität und der politischen und sozialen Gegensätze nicht angegangen. Regionale Disparitäten mit einem Entwicklungsgefälle Süd-Nord verschärften sich. Maputo boomte, während die Entwicklung in den Provinzen nur langsam vorankam. Der Zugang zu Jobs und Ressourcen ist auf FRELIMO-Anhänger begrenzt, Privilegien und Macht konzentrieren sich in den

selbst aus: Sie boykottierte die ersten Munizipalwahlen, drohte wiederholt mit Wahlboykott, verschlief die aktive Teilnahme an den Beratungsgremien in den Distrikten (*Conselhos Consultivos Distritais*). Das rechtsstaatliche politische Instrumentarium lernte sie erst spät zu nutzen. Sie reklamiert die teilweise Nichterfüllung des Friedensabkommens von 1992, legt Beweise zu Unregelmäßigkeiten bei Wahlen vor, stellt einen Gesetzesantrag auf Änderung der Staatsform nach dem Modell des Föderalismus, der abgelehnt wird.

Der politisch-militärische Konflikt beginnt im April 2013 mit Angriffen der RENAMO auf militärische und zivile Ziele im Zentrum und Norden Moçambiques. Ein Griff zu den Waffen aus Verzweiflung und Taktik des politischen Überlebens? Dhlakama leitet ihn von Gorongosa aus.

Im Oktober 2013 greifen Regierungstruppen erfolglos sein Hauptquartier in Satungira an. Daraufhin kün-

digte die RENAMO das Friedensabkommen von Rom von 1992. Im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen werden im September 2014 die Feindseligkeiten eingestellt, Präsident Guebuza und RENAMO-Führer Dhlakama einigen sich auf ein Amnestiegesetz. Bei den Wahlen im Oktober 2014 kommt es zu Unregelmäßigkeiten. Filipe Nyusi (FRELIMO) gewinnt mit 57% und wird neuer Staatspräsident, Dhlakama kommt auf 36%. Die RENAMO gewinnt die Mehrheit in fünf der zehn Provinzen.

Nach der Ablehnung des RENAMO-Gesetzesantrages zur Dezentralisierung und der Ermordung des Verfassungsrechtlers Gilles Cistac lebt 2015 der militärische Konflikt im Zentrum Moçambiques wieder auf und intensiviert sich 2016. Vermittlungsversuche internationaler Mediatoren bleiben erfolglos. Im Dezember 2016 erklärt Dhlakama einen vorübergehenden Waffenstillstand, der bis heute eingehalten wird.

Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Konflikts waren beträchtlich. Die militärischen Ausei-

**Anhaltender
politischer
Konflikt**



Blick auf den Hafen von Maputo

Händen ihrer Elite. Der systemimmanente Klientelismus grenzt die große Mehrheit der Bevölkerung und die RENAMO aus: sozial und politisch. Die RENAMO grenzt sich aber auch

nersetzungen konzentrierten sich auf die Zentrumsprovinzen Sofala, Manica, Zambezia und Tete. Die Anzahl der Todesopfer auf beiden Seiten ist ungewiß, es gibt keine offiziellen Zahlen, die Medien schweigen über die Anzahl der Opfer. Ich selbst habe einige Berichte von Augenzeugen und betroffenen Familien über Entführungen, Morde und Überfälle gesammelt. Es kam zur Ermordung von FRELIMO-nahen Bürgermeistern durch die RENAMO. Todesschwadronen der FRELIMO entführten und ermordeten RENAMO-Anhänger und Führungskräfte in ländlichen Distrikten und in Beira. Angst und Schrecken führten zum Verlassen der Dörfer, Märkte und Felder. Aus Sicherheitsgründen wurden zahlreiche ländliche Schulen geschlossen. Etwa 10.000 Menschen flüchteten in das benachbarte Malawi.

Angriffe der RENAMO auf Busse und LKWs, in denen sie Regierungssoldaten und Waffentransporte vermuteten, beeinträchtigten die Nord-Süd-Verbindung und die Straße Tete-Chimoio. Die politische Instabilität zog Handel und Wirtschaft in Mitleidschaft.



Friedensgespräche September 2016

Als Wachstumsstrategie der Regierung fungiert seit 2005 die Förderung der extraktiven Industrie mit Hilfe ausländischer Direktinvestitionen, da dem Land Kapital, Technologie und Facharbeitskräfte fehlen. Moçambique hat bedeutende Rohstoffvorkommen,

Moçambiques

Es geht um drei Kredite und zwei Anleihen im Gesamtwert von zwei Milliarden US-Dollar, welche die Regierung von Moçambique in den Jahren 2013 und 2014 ohne Genehmigung (und ohne Information) des Parlaments aufgenommen hat respektive durch einheimische Banken aufnehmen hat lassen. Das Vorgehen wurde natürlich ruchbar, worauf der Internationale Währungsfonds und Moçambiques Gläubigernationen (die sog. G14) ihre Zahlungen und Budgethilfeprogramme einstellten. Die Regierung in Maputo inkludierte daraufhin die Kreditaufnahme ins Budget von 2015 und beauftragte das New Yorker Wirtschaftsprüfungsunternehmen *Kroll Inc.* mit der Prüfung der Transaktionen. Der von Kroll Inc. im Juni heurigen Jahres veröffentlichte Bericht (Summary: <http://bit.ly/Kroll-sum>) führte zu einer heftigen politischen Diskussion. Aus Sicht von Japan und der Weltbank ist er unzureichend, da den Prüfern eine volle Kooperation von nationalen und internationalen Institutionen vorenthalten wurde. Als Konsequenz daraus wird es vorerst keine weiteren Direktfinanzierungen der moçambikanischen Regierung geben, auch wenn seitens der Weltbank grundsätzlich die Absicht besteht, die Budgethilfe wieder aufzunehmen. Seitens der G14 wurde auch verlangt, daß die Lücken im Bericht von Kroll entsprechend aufgefüllt werden müssen. Ebenso wurden Forderungen hinsichtlich einer generellen Reform der Finanzgebarung der Regierung von Moçambique erhoben. Japan drängt in eine ähnliche Richtung und möchte, daß Maßnahmen getroffen werden, damit sich eine solche Situation nicht wiederholt.

Das Kroll-Audit wies jedoch auch darauf hin, daß die Verantwortung nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei jenen moçambikanischen Institutionen zu suchen ist, die die Darlehen erhielten, und ebenso bei den vergebenden Banken *VTB* und *Credit Suisse*. Diese hätten ja wissen müssen, daß die Kredite gegen die moçambikanische Verfassung verstießen. Deshalb wäre nicht die Regierung verantwortlich für die illegitimen Kredite, sondern eben die vergebenden Banken.

Unter den geldgebenden Nationen herrscht somit eine Spaltung. Die EU und Großbritannien argumentieren, daß die moçambikanische Regierung haften und zurückzahlen sollte. Die Schweiz, Schweden, Kanada und einige andere Staaten plädieren hingegen dafür, daß Moçambique die Schuld für illegitim erklären und sich weigern sollte zu zahlen.

Der Journalist und Sozialwissenschaftler Joseph Hanlon (*Open University Milton Keynes*) vertritt, ebenso wie zahlreiche Nichtregierungsorganisationen sowie die Katholische Bischofskonferenz in Moçambique, hinsichtlich eines Anteils von 1,157 Milliarden die zweitere Ansicht. Er untermauert dies mit mehreren Argumenten:

Kreditdesaster

Erstens waren die Unterzeichner – der damalige Finanzminister Manuel Chang beziehungsweise der damalige Nationale Budgetdirektor und heutige Vizeminister Isaltina Lucas – nicht dazu berechtigt, die staatliche Garantie für die Kredite zu unterschreiben. Dadurch wäre diese Garantie rechtlich wertlos.

Zweitens wurden die Kredite nicht für den angegebenen Zweck verwendet. Von den 850 Mio \$ des Ematum-Bonds beispielsweise wurden nur 91 Mio. Dollar tatsächlich für Fischerboote verwendet. Zusätzlich wurden wirtschaftlich falsche Annahmen getroffen, etwa ein im Vergleich zu den Seychellen fünffach höherer Erlös durch den Verkauf von Thunfisch.

Drittens kamen die Banken der Sorgfaltspflicht nicht nach. Es wurde verabsäumt zu prüfen, ob die Kreditvorhaben realistisch waren und/oder keine wissentlich falschen oder unwahren Aussagen seitens des Kreditnehmers getätigt wurden.

Hanlons viertes Argument ist die Korruption. Durch das Verheimlichen der Kredite und des gesamten Vorgangs von der Kreditvergabe bis zur Durchführung der Vorhaben lastet der moçambikanischen Regierung ein Geruch von Korruption an.

Während nun die Regierung bereits überstürzt und zu ihrem rechtlichen Nachteil eine teilweise Haftung übernommen hat, gilt es jetzt also laut Hanlon, die Banken in ihre Pflicht zu nehmen. Nun ist laut Darlehensvertrag geregelt, daß bei Nichterfüllung die englischen Gerichte zuständig sind. Diesen wäre – so wurde es interessanterweise der Regierung in Maputo gesagt – eine Verletzung der moçambikanischen Verfassung egal. Ein Urteil im März dieses Jahres zeigte jedoch, daß dies nicht unbedingt stimmt.

In diesem Fall argumentierte die Ukraine, einen russischen Kredit von 3 Mrd. US-\$ nicht zurückzahlen zu wollen, weil er verfassungswidrig aufgenommen worden wäre. Diese Position wurde vom Gericht zwar abgelehnt, doch hielt das Gericht ausdrücklich fest, Verletzungen einheimischer gesetzlicher Regeln seien deshalb nicht in jedem Fall irrelevant. Außerdem war der Kredit an die Ukraine an die Regierung gegangen, während im Fall von Moçambique private Firmen die Nutznießer waren. Laut Hanlon bedeutet dies, daß Moçambique eine hohe Chance hätte, vor den englischen Gerichten zu gewinnen.

Joseph Hanlon plädiert daher dafür, die Regierung in Maputo müsse klar machen, daß sie keine Verantwortung für die illegalen Kredite übernehmen und sich konsequent in Zahlungsverweigerung üben würde.

Peter Prinesdom/Red.

seine *off-shore*-Erdgasvorkommen gehören zu den größten der Erde.

Moçambiques Außenwirtschaft ist durch einen Überhang an Importen gekennzeichnet. Das Verhältnis zwischen Importen und Exporten hat sich in den letzten Jahren zu Ungunsten der Exporte entwickelt und macht das Land stark importabhängig, vor allem bei Erdöl, Fahrzeugen, Maschinen und Getreide.

Im größten Beschäftigungssektor, der Landwirtschaft, überwiegen kleine Familienbetriebe mit niedriger Flächen- und Arbeitsproduktivität. Dies liegt vor allem an der geringen Förderung der Landwirtschaft mit nur 3% des Budgets und damit an der fehlenden Verbesserung der Wirtschaftsweise

Bauern vernachlässigt

und der Absatzmärkte des familiären Sektors. Resultat sind Nahrungunsicherheit und Mangelernährung der Bevölkerung. 80% der Bevölkerung fehlen die Mittel für eine adäquate Ernährung. 25% der Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt.

Im Jahr 2016 trafen eine Reihe von Vorkommnissen zusammen:

- Der Verfall der Rohstoffpreise bedingte geringere Exporteinnahmen und eine Erhöhung des Zahlungs- und Handelsbilanzdefizits.

- Der Schuldenskandal: *EMATUM*-Kredit: 850 Mio US-\$ für Küstenschutzboote und Thunfischflotte – die Boote verrotten mittlerweile im Hafen von Maputo; *ProIndicus*- und *MAM*-Kredite (700 bzw. 535 Mio US-\$) für Schiffswerft und Ausrüstung des Geheimdienstes. Die beiden letzteren Kredite waren illegal, sie wurden am Parlament vorbei und ohne Information an den IWF aufgenommen, sie sind aber öffentliche Kredite mit Rückzahlungsgarantie des Staates.

- Anstieg der Staatsverschuldung

auf 120% des BIP.

- Suspendierung der IWF-Kredite und der direkten Budgethilfe der bilateralen Geber.
 - Das Wachstum schrumpfte von 6,6% (2015) auf 3,4%, Prognose von 4,5% für 2017.
 - Abwertung der Landeswährung um 100% im Jahresverlauf.
 - Die Inflationsrate stieg auf 19,2%, bei Lebensmittel 40%, was besonders die arme Bevölkerung trifft.
- Verschärft wird die Krise durch den politisch-militärischen Konflikt und steigende Militärausgaben. Außerdem wird das Land durch eine Dürre als Folge des El Niño heimgesucht. Die Nahrungsmittelproduktion sinkt, 700.000 Menschen benötigen Lebensmittelhilfe.

Seitens der Regierung gab es punktuelle Maßnahmen:

- Restrukturierung des Budgets: Einsparungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, bei Straßen- und Wasserprojekten, Lohnstopp und Zulagenkürzungen im öffentlichen Dienst
- Reduzierung der Importe
- Suspendierung von Infrastrukturprojekten
- Reduktion des Mindestlohns 2017 um 60%
- Unabhängiges Audit von EMATUM, MAM und Proindicus.

Für die Regierung besteht die Bewältigung der Schuldenkrise neben der Einsparung bei öffentlichen Ausgaben nach wie vor in der extraktiven Wirtschaft, vor allem aus den Einnahmen aus den Erdgasprojekten. Bis 2023 werden diese Einnahmen den Schuldendienst bedienen.

Ein weiteres Problem stellen die Entwaldung und der Handel mit tropischen Hölzern dar. Die Verursacher des jährlichen Verlustes von 0,58%

der Waldfläche (220.000 ha) sind Brandrodung, Holzkohleproduzenten, unkontrollierte Buschfeuer, Feuerholz und Holzexporteure. Ab 2010 ist ein enormer Anstieg des Exports von Rundholz zu verzeichnen. Holzexporte gehen hauptsächlich nach China, gefolgt von Europa.

Die Folge ist ein hausgemachter



Holzexporte hauptsächlich nach China

Beitrag zum Klimawandel: Veränderung der Temperatur- und Niederschlagsverteilung, Dürren oder Überschwemmungen.

Schritte in die richtige Richtung sind die Gesetze von 2016 mit neuer Besteuerung des Exports von nicht-behandeltem Rundholz und die Schaffung einer Behörde zur Kontrolle der Holzexporte.

Von 2004 bis 2009 wurden 2 Mio. ha Land an ausländische Investoren vergeben, die Plantagen-Monokulturen errichten. Alleine 2016 gingen 500.000 ha Land an ausländische Investoren, davon sind 21.000 ha in Nutzung. 100.000 ha für Biobrennstoffe wurden „aufgegeben“.

Großprojekte ausländischer Investoren aus Brasilien und Japan in Nam-pula sind noch immer in der Pipeline:

- Ein Bewässerungsprojekt von 200.000 ha am Rio Lurio würde 100.000 Kleinbauern vertreiben,
- PROSAVANA: 700.000 ha für

Sojaanbau würde Millionen Kleinbauern betreffen,

Intransparenz über Details dieser Projekte und den Stand der Verhandlungen sowie die Spaltung der Zivilgesellschaft in Befürworter und Gegner tragen zur Verunsicherung der Bevölkerung bei.

Die Regierung hat keine klare Position. Die Unterstützung der Rechte der Kleinbauern ist wenig wahrscheinlich. Die Folgen des Landraubs: Entzug der Lebensgrundlage und erhöhte Ernährungsunsicherheit.

Der Kohle-Tagebau und das Kohlekraftwerk in Tete verursachen den Verlust von Vegetation, Luft- und Wasserverschmutzung und sauren Regen. Flußverschmutzung und Erosion sind die Folgen der Aktivitäten der Goldwäscher und des Tagebaus von Edel- und Halbedelsteinen in Manica, Cabo Delgado und Tete.

Welche Szenarien gibt es nun in Moçambique?

Szenarium 1: Politische Stabilität. Um diese zu garantieren, sind als kurzfristige Maßnahmen ein Dialog zwischen Regierung und RENAMO, der in einen Friedensschluß mündet, und die Erfüllung der noch ausstehenden Punkte des Friedensabkommens von 1992, d. h. vor allem die Eingliederung der RENAMO-Kämpfer in entsprechende Positionen in Polizei und Heer, vorrangig.

Mittelfristig sollte eine Reform der Verfassung umgesetzt werden, die die Gewaltenteilung garantiert und den Dezentralisierungsprozeß voranbringt. Mehr Kompetenzen sollten von der Zentralregierung an Provinzregierungen und Provinzver-

Entwaldung – ökologische Krise

sammlungen abgegeben werden, was auch die Dezentralisierung der staatlichen Finanzen einschließt. Eine Direktwahl der Provinzgouverneure wäre aus demokratiepolitischer Sicht wünschenswert. Generell ist eine neue Wahlgesetzgebung mit verstärkter Kontrolle des Registrierungs- und Auszählungsprozesses notwendig.

Voraussetzungen für die Umsetzung dieser Reformen sind die Überwindung der Vertrauenskrise zwischen



Präsident Filipe Nyusi – für welches Szenario steht er?

beiden Lagern, Zugeständnisse der FRELIMO und der Wandel der RENAMO in eine moderne politische Partei. Aufgrund der Dialogbereitschaft beider Parteiführer ist es realistisch, an die Möglichkeit einer Reform zu glauben, trotz der Flügelkämpfe in der FRELIMO und des demokratiepolitischen Nachholbedarfs der RENAMO.

Der breitere Zugang zu Ressourcen und Ämtern, der nicht auf die Mitgliedschaft bei einer einzigen Partei beschränkt bleiben darf, würde Chancen für eine größere Bevölkerungsgruppe schaffen. Provinzen hätten eigene Entwicklungsprogramme und Förderungsmechanismen, was zur Verringerung der regionalen Disparitäten beitragen würde.

Insgesamt bedeutet die politische Stabilität mit den sie begleitenden Reformen ein Mehr an Partizipation,

sozialer Inklusion und sozialer Gerechtigkeit. Ohne politische Stabilität und soziale Umverteilung ist die wirtschaftliche Entwicklung gefährdet.

Ein zweites Szenarium ist die Bewältigung der Schuldenkrise bzw. Befriedigung der Kreditgeber.

Eine Maßnahme ist die Restrukturierung der Schulden durch Verhandlungen über die Rückzahlungen mit den Kreditgebern. Aufgrund des Audit-Berichts von *Kroll*, der Unregelmäßigkeiten bei allen am „Geschäft“ Beteiligten zeigte – Kreditgebern, den Lieferanten, der Regierung, den drei Firmen –, wird stark die Forderung laut, die Kreditrückzahlung überhaupt abzulehnen. Beides sind kurzfristige Maßnahmen, die die Wirtschaftskrise nicht an ihren Wurzeln anpacken.

Für notwendige neue Kredite verlangen die multi- und bilateralen Geber wie bisher neoliberale einnahmens- und ausgabenseitige Maßnahmen:

- Verstärkte Steuereintreibung
- Außenwirtschaft stärken, Exporteinnahmen erhöhen
- Kontrolle der Ausgaben für Gehälter (Staatsapparat)
- Einsparungen im Sozialbereich
- Einsparungen bei öffentlichen Investitionen
- Privatisierungen

Die Restrukturierung der Schulden verteuert die Kredite. Restrukturierung ist nur positiv, wenn sie Mittel für Wirtschaftsreform freisetzt und nicht alles beim Alten bleibt.

Die sozialen Auswirkungen der beschränkten Verfügbarkeit von Mitteln für Wirtschafts- und Sozialprogramme, der Lohnstopps und Lohnkürzungen sind die Zunahme der Armut und der Anstieg der Arbeitslosigkeit. Privati-

sierungen hingegen kanalisieren mehr Kapital in die Hände von wenigen inländischen Oligarchen. Dieses Szenarium setzt daher die Abhängigkeit von Krediten und Auslandsinvestitionen fort.

Fazit: Die nächste Krise kommt bestimmt und wird Moçambique wieder – unvorbereitet – treffen!

Szenarium 3: Stärkung der extraktiven und exportorientierten Wirtschaft. Ausländische Investoren in Bergbau und Industrie durch günstige Steuer- und Produktionsbedingungen würden bevorteilt und die langfristige Landvergabe an ausländische Investoren in der Landwirtschaft fortgesetzt.

Die Dominanz der extraktiven Wirtschaft birgt unübersehbare Nachteile, wie die Ungewißheit über zukünftige Einnahmen aus dem Bergbau, den unkontrollierbaren Abfluß von Gewinnen der Investoren ins Ausland und an die inländische Elite sowie die geringe Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Abhängigkeit vom Weltmarkt wird verstärkt. Die Entwicklung der heimischen Wirtschaft wird vernachlässigt.

Die Landvergabe an ausländische Investoren – meist ist es Land in den besten Lagen und gut erschlossen – entzieht der ländlichen Bevölkerung ihre Lebensgrundlage, erhöht die Ernährungsunsicherheit und hat aufgrund der Plantagenwirtschaft negative ökologische Auswirkungen. Dieses Szenarium ist also sozialökonomisch, ökologisch und politisch nicht nachhaltig.

Welche alternativen Optionen könnte es geben? Erstens einen Schuldennachlaß und die Sicherung neuer Kredite. Wie in Szenarium 2 ausgeführt wurde, bedeutet die Befriedigung der Kreditgeber eine strenge

Austeritätspolitik, da die Möglichkeiten der Erhöhung der Staatseinnahmen limitiert ist. Von Privatisierungen öffentlicher Betriebe würde die nationale Elite profitieren. Momentan ist Moçambique nicht in der Lage, Fälligkeiten zu befriedigen. Eine Restrukturierung

der Kredite schiebt die Rückzahlungen nur hinaus. Ein Schuldennachlaß, ähnlich wie im Jahr 2000 unter der HIPC-Initiative, ist das

Alternative Szenarien realistisch?

Gebot der Stunde, um das Land zu entlasten. Er würde das Land aber nicht von der Aufnahme neuer Kredite befreien. Als Strategie für mehr Staatseinnahmen könnte so wie bisher die Förderung von Auslandsinvestitionen und neuer Megaprojekte angesehen werden. Die Förderung der extraktiven Wirtschaft als Wachstumsstrategie bliebe bestehen. Die Folgen wären:

- Nachhaltigkeit der Schulden bewirkt noch keine nachhaltige Entwicklung
- Neue Kredite = Fortsetzung der Abhängigkeiten
- Fortführung der bisherigen Muster von Produktion und Einkommensverteilung: „*Producing more in the same way does not help out of the crisis*“ (Castel-Branco, 2016)
- Keine wirtschaftliche Nachhaltigkeit
 - Zunahme der Armut, soziale und politische Konflikte
 - Die nächste Krise ist vorprogrammiert

Eine zweite Option wäre eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsreform. Diese würde eine umfassende Änderung der Wirtschaftsstruktur bedeuten, ein Umdenken im Produktionsprozeß, eine gerechte Verteilung der Wertschöpfung ebenso wie politische Reformen und Bewußtseinsänderung in der Bevölkerung. Im Bereich der

Wirtschaft würde diese Reform umfassen:

- Diversifizierung und Erweiterung der wirtschaftlichen Aktivitäten und Arbeitsplätze
- Reform und neue Kontrollmechanismen der leistungsschwachen öffentlichen Betriebe
- Austerität für Infrastrukturprojekte, die nicht der Gesamtwirtschaft und -bevölkerung dienen
- Neue Landwirtschaftspolitik: Sicherheit des familiären Landbesitzes, Modernisierung, Produktions- und Produktivitätssteigerung, Nahrungssicherheit
 - Absorption des Überschusses im Inland
 - Reform der Reproduktion und Akkumulation von Kapital ist notwendig, um der nächsten Krise Stand zu halten.

Die Gesellschafts- und Sozialpolitik sollte auf soziale Umverteilung und die Vermeidung von exzessivem Konsum einiger weniger nationaler Oligarchen und internationaler Firmen ausgerichtet sein. Politische Reformen müßten die innere Stabilität gewährleisten. Eine Bildungsreform mit der Abkehr von rein akademischer Bildung und Förderung technischer/praktischer Ausbildung würde Fachkräfte für die diversen Produktionsprozesse schaffen.

Es bedarf auch des Umdenkens in der breiten Bevölkerung über Arbeitskultur, Wirtschaften, Bürgerrechte und -pflichten etwa durch politische Bildung. Das Resultat dieser Option wäre eine nachhaltige Entwicklung, die Ökologie, sozialen Ausgleich und wirtschaftliche Unabhängigkeit umfaßt.

Die gegenwärtige Krise bietet eine Chance für notwendige tiefgreifende Veränderungen. Denn es ist klar, daß „quick fixes“ nicht ausreichen, sondern zur nächsten Krise beitragen.

Es muß sich Grundlegendes an den Machtverhältnissen und am Entwicklungsmodell ändern. Es muß klare Positionen und Prioritäten geben wie z. B. den Vorrang des familiären Kleinbauernsektors vor den ausländischen Investoren in der Landwirtschaft.

Es wird notwendig sein, Staats(re)form und Demokratiemodell nach dem Prinzip breiter Partizipation an Entscheidungen und Verantwortung zu überdenken.

Good governance ist das Gebot der Stunde: Transparenz, Privilegienabbau, Korruptionsbekämpfung. Gerade der Audit-Bericht über die drei Kredite hat fehlende Transparenz, Interessenskonflikte und fehlende Managementkapazitäten geoffenbart. Fehlleistungen und Korruption dürfen nicht länger ungestraft bleiben. Die Unabhängigkeit der Justiz müßte garantiert werden.

Das Land braucht eigene Visionen und eigene Ideen der nachhaltigen Entwicklung. Es sollte Abhängigkeiten verringern und sich nicht der neoliberalen Politik unterwerfen.

Ein Bündel von Maßnahmen ist gefragt anstelle von Symptomkuren wie der Restrukturierung von Krediten, der Verweigerung der Kreditrückzahlung oder einem Schuldennachlaß. Es darf nicht alles beim Alten bleiben. Sozialpolitik und Wirtschaftsreform müssen angegangen werden.

Hemma Tengler war von 1996 bis 2016 Projektleiterin für verschiedene internationale Organisationen, darunter die ÖEZA, sowie Dozentin an der Katholischen Universität (UCM) in Beira. Seit 2016 beobachtet sie die Entwicklungen als Konsulentin. Ihr Beitrag in diesem INDABA ist die Zusammenfassung des am 22. Juni im Rahmen des SADOCC-Forums Südliches Afrika gehaltenen Vortrags.

wir dachten: Das war es wohl. Gegen 19 Uhr aber ging der richtige Sturm los. Der Wind hob das Wellblech auf unseren Häusern in die Höhe, auf und nieder, bis das Wellblech weg-flog, Bäume umstürzten, Äste brachen, Strommasten fielen. Gegen 20 Uhr war der Strom weg. Der Sturm tobte. Um Mitternacht trat plötzlich eine totale Stille ein. Geisterhaft. 15 Minuten darauf ein erneuter, noch heftiger Sturm, er brüllte und brauste, mähte alles nieder, was aufrecht stand, riß Bäume aus dem Boden, trug die Dächer weg, brachte Mauern zum Einsturz. Es regnete in Strömen. Erst gegen 6 Uhr in der Früh ließ der Sturm nach. Die Zerstörung war furchtbar, ja, aber wir waren am Leben geblieben, wir konnten es kaum glauben und sind so dankbar, daß Gott uns am Leben ließ!«

Die ersten Tagen nach Idai waren katastrophal. Eine Folge von Problemen stellte sich ein:

- Beira war 10 Tage nur auf dem See- und Luftweg erreichbar. Die Telekommunikation war tagelang unterbrochen und auch danach prekär.
- Ganze Dörfer in den Distrikten Búzi und Nhamatanda wurden weggespült. Die Flüsse Búzi und Pungue führten wochenlang Hochwasser. Im Distrikt Búzi flüchteten Menschen auf Dächer und Bäume und harrten tagelang ohne Versorgung auf ihre Rettung. Viele konnten sich nicht auf den Bäumen halten, stürzten ins Wasser und ertranken.
- Es dauerte mehrere Wochen, bis nach und nach die Stromversorgung in den Stadtvierteln von Beira wieder hergestellt werden konnte.
- Familien ohne Behausung mußten in Schulen und Zeltstädten untergebracht und versorgt werden.



Bauruine in Beira

- Die Lebensmittelvorräte der Menschen waren durch den Regen verdorben. In Beira funktionierte nur ein einziger Supermarkt. Die Lebensmittelpreise verdoppelten und vervierfachten sich. In Land und Stadt lassen die Ernteverluste eine lange Hungerzeit erwarten. Sie werden durch die kleinere zweite Ernte nicht wettgemacht werden.
- Die Stadtwasserleitung war 14 Tage lang unterbrochen, die Brunnen durch die Überschwemmungen verseucht.
- Choleraausbruch und Anstieg der Malariafälle.
- Traumatisierung der Betroffenen, vor allem von Kindern.
- Geringe Sicherheit in den Aufangslagern: Sexuelle Gewalt, Fälle von Menschenhandel.
- Probleme bei der Verteilung von Hilfsgütern durch Korruption.

Wären ein besseres Warnsystem und Präventivmaßnahmen möglich gewesen? Gerechterweise muß man sagen, daß das Warnsystem diesmal in Aktion war. Seine Effektivität hängt jedoch von geographischen Faktoren und von der

Akzeptanz durch die Rezipienten ab. Den ärmeren Bevölkerungsschichten fehlten der Glaube und die Möglichkeiten einer Vorsorge. Zumindest in Sofala gab es keine Möglichkeiten der Evakuierung: Welche sicheren Orte gibt es für eine Million Menschen in einer 100 km breiten Küstenebene mit kaum nennenswerten Erhebungen!

Die nationalen Institutionen, die für Katastrophenschutz und -hilfe zuständig sind, waren nicht auf eine Katastrophe dieses Ausmaßes vorbereitet, weder was die Kommunikationsmittel noch was Ersthilfe und Transportmittel für Rettungsaktionen anbelangt. Ohne Hilfe aus Südafrika (v. a. Helikopter), Lebensmittelhilfe und Impfkampagne der UN sowie zahlreicher internationaler Organisationen hätten die nationalen Institutionen nicht reagieren können. Es muß allerdings betont werden, daß es sich bei Idai um eine Superkatastrophe handelte. Immerhin haben die nationalen Institutionen aus Idai gelernt und vor dem Landgang von Kenneth 36.000 Familien aus Risikozonen an der Küste evakuiert und dadurch ihr Überleben gesichert.

Reichte die Vorbereitung aus?

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

NACHRICHT | 03.12.2021

Krieg / Frieden - Europa - Ostafrika

Mosambikanischer Bürgerkrieg

Die EU mischt mit

AUTOR/INNEN

Andreas Bohne, Fredson Guilengue



Grenzbrücke von Cabo Delgado, im Norden von Mosambik.

CC BY-SA 2.0, Flickr/F Mira

Andreas Bohne und Fredson Guilengue über die militärische Ausbildungsmission der EU in der gasreichen Provinz Cabo Delgado.

Am 19. November 2021 bewilligte der Europäische Rat weitere 40 Millionen Euro für die militärische Ausbildungsmission der Europäischen Union in Mosambik (EUTM Mozambique). Damit soll die Ausbildung mosambikanischer Militäreinheiten unterstützt werden, die in der Provinz Cabo Delgado im Norden des Landes eingesetzt werden. Gleichzeitig wird «insbesondere sachdienliche nichtletale Ausrüstung» bereitgestellt – dieser auf den ersten Blick harmlose Begriff bezeichnet militärisches Material, mit welchem Menschen nicht getötet werden können, das aber «persönliche und kollektive Ausrüstung, Ausrüstung für Bodenmobilität, technische Geräte und ein Feldlazarett» umfasst.

Seit 2017 haben sich Anschläge von Islamisten in der gasreichen Provinz Cabo Delgado zu einem regelrechten Bürgerkrieg entwickelt. Die mosambikanische Regierung führte den Konflikt viele Jahre auf Aktionen krimineller Banden zurück; andere, durchaus vorhandene Gründe sozioökonomischer, kultureller

und politischer Natur wurden ganz bewusst ausgelassen.

Fredson Guilengue ist Projektmanager der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Büro Johannesburg und kommentiert regelmäßig die politische Lage in Mosambik.

Andreas Bohne ist Referatsleiter Afrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Der Bürgerkrieg, der bereits mehr als 3.500 Menschenleben gekostet hat, erhielt in diesem Jahr durch Angriffe auf die Stadt Palma und andere strategische Orte eine neue Dynamik. Die Aktionen demonstrierten die Stärke der Aufständischen, und deren Angriffe in der Nähe der geplanten Gasverflüssigungsanlagen des französischen Öl- und Gasgiganten Total erzwangen ein Umdenken. Nachdem die mosambikanische Regierung lange gezögert hatte, ausländische Truppen auf ihrem Gebiet zuzulassen, entschloss sie sich angesichts der wachsenden Bedrohung schließlich doch, externe Akteure in das Land zu holen. Seit Sommer dieses Jahres sind Ruanda, die Regionalorganisation Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) und die EU in den Konflikt militärisch involviert (Die Ausbildungsmission der USA wird hier ausgeklammert.).

Externe Akteure: Ruanda und SADC

Der entscheidende Akteur ist dabei Ruanda. Nach einem Staatsbesuch des mosambikanischen Präsidenten Filipe Nyusi bei Paul Kagame in Kigali gaben beide im Juni die Entsendung von Truppen bekannt. Offiziell wurde verkündet, dass die Erfahrungen der ruandischen Streitkräfte in der Bekämpfung terroristischer Strukturen der primäre Grund für den Truppeneinsatz seien. Die Beteiligung wirft dennoch Fragen auf, weil – bei allen Bekundungen der Solidarität – unklar bleibt, was die tatsächlichen Motive Ruandas sind und wer für die Kosten der Mission aufkommen wird.

Bekannt ist inzwischen, dass Frankreich die Aktivitäten Ruanda nicht nur mit Wohlwollen, sondern auch **finanziell unterstützt, und dass Ruanda militärische Einsätze als Refinanzierungsinstrument** nutzt. Die ruandische Gemeinschaft in Mosambik hegt darüber hinaus den Verdacht, dass Präsident Kagame mit dem Einsatz auch das Ziel verfolgt, Zugriff auf die in Maputo lebenden ruandischen Oppositionellen zu erhalten. Und in der Tat wurden in den vergangenen Wochen bereits mehrere ruandische Dissident*innen in Mosambik verhaftet.

Nach einigem Zögern trat der zweite Akteur, die Regionalorganisation SADC, auf den Plan. Dass die SADC-Mission SAMIN erst im Juli 2021 eintraf, sorgte innerhalb der Regionalorganisation für Unbehagen, da Mosambik die Anwesenheit der ruandischen Truppen offensichtlich gegenüber jenen seiner Nachbarländer bevorzugte. Dabei hatten einige Anrainer, wie beispielsweise Südafrika, sich bereits über einen längeren Zeitraum für eine Intervention in den Konflikt eingesetzt.

Während Ruanda 2.000 Soldaten vor Ort hat und die Dauer der ruandischen Mission unbefristet ist, umfasst SAMIM 935 Personen und der Einsatz war zunächst auf drei Monate befristet, kann aber anschließend verlängert werden.

Die ruandischen Streitkräfte kontrollieren die beiden wichtigsten Gasdistrikte, Palma und Mocimba da Praia; die Mission der SADC operiert in den Bezirken Mueda und Macomia. Der militärische Einsatz konnte zwar die Aufständischen zurückdrängen und Gebietsgewinne erzielen; für einen militärischen Sieg reichte jedoch es nicht. Vielmehr agieren die terroristischen Kämpfer seitdem in Form kleiner, flexibler Gruppen.

Die Rolle der EU

Als dritter großer Akteur trat schließlich die EU in den Konflikt in Cabo Delgado ein. **Am 12. Juli 2021** – und damit zu einem Zeitpunkt, als Ruanda seine militärische Präsenz in dem Land bereits verstärkt hatte – beschloss der Europäische Rat die Einrichtung einer militärischen Ausbildungsmission der EU in Mosambik. Die für zwei Jahre beschlossene EUTM Mozambique ist vor Ort mit 140 Personen vertreten. Die jetzt bewilligten Maßnahmen bedeuten eine drastische Erhöhung der am 30. Juli 2021 bewilligten Sofortmaßnahme in Höhe von 4 Mio. Euro.

Als Ziel ihrer Mission nennt die EU die militärische Ausbildung einer künftigen schnellen Eingreiftruppe, die insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und zum Schutz der Zivilbevölkerung eingesetzt werden soll. Darüber hinaus soll die Mission ihre Ausbildungsaktivitäten aber auch auf Einheiten der mosambikanischen Armee und Marine ausweiten. In diesem Jahr werden zwei Kompanien durch portugiesische Soldaten ausgebildet, im nächsten Jahr dann drei weitere Kompanien. Insgesamt sollen elf Kompanien mit insgesamt bis zu 2.000 Soldaten der mosambikanischen Armee und Marine von der EUTM geschult werden und anschließend eine schnelle Eingreiftruppe bilden.

Aber warum greift die EU militärisch in einen Konflikt ein, der weit außerhalb Europas ausgetragen wird? Die Antwort liegt auf der Hand: Seit im Jahr 2010 vor der Küste von Cabo Delgado riesige Erdgasvorkommen entdeckt wurden, sind Mosambik und im weiteren Sinne die SADC-Region von geopolitischem Interesse. Die Rohstoffunde haben den Appetit der großen transnationalen Energieunternehmen, sich die Taschen mit Gasdollars zu füllen, erheblich gesteigert.

Insbesondere Portugal und Frankreich drängen bereits seit langem auf ein stärkeres sicherheitspolitisches Engagement der EU in Mosambik. Portugal, die ehemalige Kolonialmacht Mosambiks, hatte seine Unterstützung schon Monate vor dem Einsatz angeboten. Die portugiesische Regierung gibt eine einfache Erklärung für ihre Beteiligung: Sie behauptet, keinen direkten wirtschaftlichen Nutzen aus ihrem Engagement zu ziehen, sondern lediglich dabei helfen zu wollen, eine radikale islamistische Bedrohung in einem Land zu bekämpfen, mit dem es tiefe historische Verbindungen hat (Solidarität und historische Verantwortung). Während die Portugiesen die Sprache und die Geschichte mitbringen, haben die Franzosen das Geld. Es überrascht daher nicht, dass ein französischer und ein portugiesischer Offizier die EU-Mission leiten.

Frankreich verfolgt demgegenüber mit seinem Engagement handfeste Wirtschaftsinteressen. Die Geschäfte des französischen Energieriesen Total sind durch den Konflikt stark beeinträchtigt worden, der Krieg hat sein 20-Milliarden-Euro-Investitionsprojekt zum Stillstand gebracht. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, dass, abhängig der Sicherheitslage, Total-Mitarbeiter*innen ihre Arbeit im nächsten Jahre wiederaufnehmen sollen; Meldungen sprechen von einem Produktionsstart der Gasverflüssigung im Jahr 2026 oder 2027.

Neben Portugal und Frankreich wird die Mission von Finnland, Spanien, Italien, Griechenland, Rumänien, Belgien, Luxemburg und Estland getragen. Deren Engagement umfasst nicht unbedingt den Einsatz von Personen vor Ort, sondern beispielsweise auch zur logistischen Unterstützung, etwa bei der Satellitenkommunikation.

«Friedensmacht Europa»?

Die militärische Ausbildungsmission in Mosambik findet im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU statt. Auf dem Papier ist die GSVP vor allem auf Krisenprävention ausgerichtet; sie ist aber auch Ausdruck eines Militarisierungsprojekts der EU, das Ende der 1990er Jahre begann.

Das Engagement in Mosambik ist eingebettet in die aktuelle Neuausrichtung der GSVP. Dazu gehört

insbesondere die European Peace Facility (EPF, Europäische Friedensfazilität) als das neue Finanzierungsinstrument, das alle außenpolitischen Maßnahmen der EU mit militärischem oder verteidigungspolitischem Bezug im Rahmen der GSVP abdeckt. Nach dem EU-Vertrag ist es nicht gestattet, militärische Maßnahmen aus dem EU-Haushalt zu finanzieren. Um dieses Verbot zu umgehen, wird ein Budget für die Militärfinanzierung außerhalb des EU-Haushalts geschaffen, das für den Zeitraum 2021-2027 mit rund fünf Milliarden Euro ausgestattet werden soll.

Mit der EPF strebt die EU eine größere Flexibilität an, die es ihr ermöglicht, die Afrikanische Union zu umgehen und finanziell direkt für nationale und subregionale militärische Initiativen aufzukommen. So erklärte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell, dass die EPF «**die EU weltweit zu einem noch effektiveren Sicherheitsanbieter machen**» werde. Die Mission in Mosambik ist eines der ersten sichtbaren Zeichen für diesen Schritt und überhaupt erst die dritte Unterstützungsmaßnahme, die der Rat seit Einrichtung der EPF angenommen hat. Im Juli 2021 wurde die Unterstützung der **Afrikanischen Union** für deren Mission in Somalia (AMISOM) und der somalischen Nationalarmee gebilligt. Anfang November erfolgte die Zusage für eine Maßnahme der Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina.

Die EPF ersetzt die frühere African Peace Facility (Afrikanische Friedensfazilität), die zuvor das Hauptinstrument war, mit dem sich die EU an der Finanzierung von Maßnahmen unter Leitung der Afrikanischen Union oder afrikanischer Regionalorganisationen beteiligte. Darüber hinaus will die EU mit der EPF Waffenlieferungen in Krisenregionen erleichtern sowie Ausbildung und Ausrüstung für nationale Armeen direkt finanzieren. Nach Ansicht der International Crisis Group und internationaler Nichtregierungsorganisationen könnte dies die angespannte Lage in fragilen Staaten noch verschärfen.

Fest steht bereits jetzt, dass die EU-Ausbildungsmission massiv in die mosambikanische Innenpolitik eingreift. Sie wird die Position der Armee gegenüber den polizeilichen Sicherheitskräften und lokalen Milizen stärken – was nicht ohne Konflikte gehen wird. Eine Stärkung der Armee ist auch die Mission des neuen mosambikanischen Verteidigungsministers, Cristóvão Chume. Der Berufssoldat arbeitete bereits mit Präsident Nyusi zusammen, als dieser noch Verteidigungsminister war. In seiner Rede bei Chumes Vereidigung betonte Nyusi am 12. November nicht nur die Notwendigkeit, die Streitkräfte zu modernisieren, sondern auch alle militärischen Aktivitäten, die mit dem Konflikt in Cabo Delgado zusammenhängen, dem Verteidigungsministerium zu unterstellen.

Politisch gesehen bietet der Krieg der Regierung eine gute Gelegenheit, von ausländischen Ressourcen zu profitieren und die militärischen Kapazitäten der FRELIMO auszubauen, die auch für andere, potenziell undemokratische Aktivitäten genutzt werden können, wie die Unterdrückung der lokalen Zivilgesellschaft und der politischen Parteien.

Die EU hat sehr lange auf präventive und zivile Konfliktlösungsmechanismen in Cabo Delgado verzichtet. Wenig hilfreich ist es, wenn die militärische Karte nun als «Instrument eines integrierten Ansatzes» präsentiert und durch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit flankiert wird, die die EU in den letzten Wochen intensiviert hat. Von einer wirklichen Priorisierung ziviler Ressourcen gegenüber militärischen Mitteln kann indes nicht die Rede sein. Eine aktuelle Einschätzung des «Cabo Delgado Monthly» kommt zu dem Schluss, dass der am 21. September verabschiedete Wiederaufbauplan für Cabo Delgado vor allem die Stellung Maputos in der Provinz stärken wird.

Mosambik stehen unruhige Zeiten bevor

Unter dem enormen Druck der mosambikanischen Armee, der ruandischen Truppen und der lokalen Milizen haben sich die Aufständischen, wie erwähnt, zurückgezogen und als Guerillabewegung reorganisiert. Die nunmehr wesentlich kleineren Einheiten verfügen über geringere militärische Schlagkraft und können nur noch kleinere Angriffe durchführen. Man sollte sich davon aber nicht täuschen lassen: Die neue Lage kann zwar zu einer relativen Stabilität in der Region führen und die

Wiederaufnahme wirtschaftlicher Aktivitäten ermöglichen, darf jedoch nicht als das Ende des Konflikts angesehen werden. Denn da Mosambik militärisch nicht in der Lage ist, diesen Guerillakrieg zu gewinnen, steht zu erwarten, dass die Terroristen noch lange aktiv bleiben können und werden. Dies wirft die Frage auf, was geschehen wird, wenn die ausländischen Truppen die Verantwortung für die Bekämpfung der Aufständischen zurück in die Hände Mosambiks legen.

Eine militärische Lösung, die die komplexen Ursachen des Konflikts übergeht – zu denen auch die Wechselwirkung von Kolonialismus, Modernisierung und Extraktivismus mit der lokalen Gesellschaft von Cabo Delgado zählt –, verspricht keinen Erfolg. Nur eine umfassende Lösung, die auf einen langfristigen Zeitraum ausgerichtet ist, kann die Lage nachhaltig verbessern. Davon allerdings ist die auf eine militärische Lösung fixierte Regierung in Maputo weit entfernt. Dem Land stehen deshalb weiter unruhige Zeiten bevor.

Verärgerte Geister und Götter?

Naturkatastrophen, Krisen, Hexerei und religiöse Attacken in Mosambik. Die fortschreitende Globalisierung führt weltweit zu Tendenzen der Entfremdung, auf die vielfach mit einem Rückgriff auf traditionelle Verhaltensmuster geantwortet wird. In manchen Regionen Mosambiks reagieren die Menschen zur Bewältigung der Krise mit gesellschaftlich-spirituellen Strategien von Verwünschungen und Verhexungen bis hin zu Lynchmorden. Wie Afrika sich aus abgedrängtem Wissen und Traditionen ein neues Selbstverständnis geben könnte, diskutieren Philosophen wie Sarr und Mbembe.

Mosambik ist ein seit vielen Jahren von multiplen Krisen betroffenes Land. Insbesondere wirtschaftliche Ausbeutung in Verbindung mit zunehmender Armut, Korruption, manipulierten Wahlen und Staatsverschuldung sowie elitäre Pakte und politische Unruhen, bewegen die kritischen gesellschaftlichen Diskurse. Sich vermehrende Naturkatastrophen, welche eine Folge des globalen Klimawandels darstellen, haben vor allem auf viele bereits vulnerable Menschen in Mosambik schreckliche, und im globalen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang gedacht, zutiefst ungerechte Auswirkungen. Auf der Suche nach Erklärungen in Bezug auf die nicht endenden Krisenszenarien – über die auch keine symbolische Friedenspolitik und weitere wirtschaftliche Liberalisierung des Landes hinwegtäuschen kann – erklären sich einige Menschen in Mosambik die aktuelle Situation mit übersinnlichen Kräften und dem Einwirken von Geistern oder der Verärgerung von Gott oder Allah. Die Menschen suchen nach Möglichkeiten, spirituelle Gegenmacht in Bezug auf die sich sozialpolitisch zuspitzende Situation zu erzeugen oder zumindest die Götter und Geister zu besänftigen.

Multiple Krisen und sozial-religiöse Herausforderungen in Mosambik

Die beispielhaften Krisen Mosambiks sind immer auch Symptom komplexer politökonomischer, globaler, nationaler und lokaler Zusammenhänge und lassen sich in ihren Auswirkungen nicht nur über einseitige Erklärungsversuche wie ungünstige Umweltbedingungen oder den Klimawandel erklären. So stellt sich uns die Frage, wie die Menschen in Mosambik mit immer wiederkehrenden Krisen umgehen können. Wer wird dafür verantwortlich gemacht und welche Überlebensstrategien gibt es?

Es ist allgemein bekannt, dass der postkoloniale Staat Mosambik es nicht schafft, der großen Mehrheit seiner Bürgerinnen und Bürger ausreichend soziale, wirtschaftliche und politische Sicherheit zu bieten. Es ist dem Staat nicht gelungen, seine natürlichen Ressourcen, sei es Wasser oder Anbauflächen, Gas oder Kohle, zur Verbesserung der Lebenslagen der Mehrheit der Bevölkerung zu nutzen. Das wirtschaftliche Wachstum des Landes hat die Ungleichheit zwischen Reichen und Armen, urbanen und ländlichen Gebieten sowie dem Süden und Norden des Landes vergrößert. Mosambik zählt zu den ungleichsten Ländern in Subsahara-Afrika. Es fehlt an Bewusstsein und politischem Willen, den vorhandenen Reichtum gerechter zu teilen. Es werden auch keine Bildungsprogramme angeboten, die den Mangel an Sicherheit und die fortwährende absolute Armut im Kontext einer wachsenden kleinen, sehr reichen transnationalistisch organisierten kapitalistischen Klasse, erklären könnten. Diese Elite trägt „ihren“ Reichtum zur Schau und betont somit die immense soziale Ungleichheit im Lande nicht nur, sondern sie zeigt sie ungehemmt öffentlich vor. In den sozialen Medien kursieren täglich Bilder und Nachrichten von überdimensionalen Häusern, leistungsstarken Autos und Luxusreisen politisch-wirtschaftlicher Profiteure und deren Familienangehörigen.

Die Mehrheit der Bevölkerung beobachtet diese Situation sprachlos, wütend oder frustriert. Nebenbei werden Erwartungen an ein besseres Leben geschürt. Viele junge Menschen wünschen sich eine verbesserte Lebensperspektive, ohne begründete Hoffnung zu haben, dass sich diese jemals einstellen wird. Die Dauerkrisen des Landes sowie die zum wiederholten Male festgestellten Unregelmäßigkeiten in der Wählerregistrierung sowie die ungleichen Wettbewerbsbedingungen zwischen der Frelimo und den Oppositionsparteien während der diesjährigen Wahlen lassen keinerlei Hoffnung zu. Die daraus resultierende Zukunftsangst im Kontext extremer sozialer Ungleichheit wird nicht selten von den betroffenen Menschen mit der Wirkung übersinnlicher Kräfte und der Einflussnahme von spirituellen Geistern erklärt. Diese Geister sind allerdings nicht immer harmlos, sie können zu Verwünschungen, Verhexungen bis zu Lynchmorden führen. Ein Beispiel dafür wäre die zunehmende spirituelle Gewalt im Distrikt Inhassunge (Zambeziá Provinz). Dort wird die Wut der Bevölkerung über die zunehmende Armut bei gleichzeitiger Ausbeutung natürlicher Ressourcen auf verschiedene Zielgruppen konzentriert. Einerseits werden vor allem ältere, für den lokalen Kontext als wohlhabend angesehene ältere Frauen als Hexen angeklagt, schwer verletzt und teils ermordet, andererseits wurden zum Beispiel 2016 chinesische Investoren mit Flüchen übersät; es kam in diesem Zusammenhang zu mindestens einem ungeklärten Mord (Kleibl 2018). Zusätzlich kam es in Zusammenhang mit den für die Lokalbevölkerung lebensbedrohlichen Investitionen des indischen Unternehmens Jindal in der Tete-Provinz zu mehreren, auch über spirituelle Dynamiken begründeten, Aufständen (Kleibl 2016).

Diese Entwicklungen stehen im Zusammenhang mit menschlichen Wünschen und Zielen, sich von bösen Geistern und deren Einflüssen wieder befreien zu können. Es handelt sich möglicherweise um einen durchaus nachvollziehbaren Überlebensmechanismus, der an die unerfüllten Wünsche der Menschen geknüpft scheint. Davon abgesehen gibt es viele Formen der Naturheilkunde in Mosambik, die wiederum mit Geisterglauben und Heilung in Verbindung stehen; dazu zählen Methoden zur Heilung von Bluthochdruck, Infektionen oder Diabetes. Es ist wichtig, zwischen Methoden und Geisterglauben zur Heilung von Krankheiten einerseits und Verwünschung, ritueller Kriminalität und Verhexung andererseits, zu unterscheiden. Beide Phänomene gibt es in ähnlicher Form auf der ganzen Welt.

In Mosambik nimmt in der öffentlichen Wahrnehmung das Ausmaß von spirituell begründeter Gewalt sowie religiös motivierter Revolten und Attacken sowohl gegen den mosambikanischen Staat als auch gegen wirtschaftliche Großinvestoren, in den letzten Jahren zu. Relevante Statistiken oder verlässliche Fallzahlen sind allerdings kaum bekannt (vgl. Kleibl 2017). In einem Mosambik-Rundbrief (2018) wurde zu dieser Situation kurz Stellung bezogen. Weimer (2018) nutzt eine historische Perspektive, um die zunehmende rituelle Gewalt gegen Repräsentanten des mosambikanischen Staates zu erklären. Über empirische Fallstudien aus drei Provinzen Mosambiks (Cabo Delgado, Zambézia und Niassa) in Verbindung mit historisch-anthropologischen sowie politökonomischen Literaturanalysen zeigt er mögliche Zusammenhänge historischer und aktueller, religiös und spirituell gefärbter Attacken auf. Er bezieht sich insbesondere auf drei zusammenhängende Aspekte:

1. Die historisch verankerte politökonomische Situation Mosambiks wird von der Partei Frelimo dominiert, diese antwortet auf Unzufriedenheit und Dissens autoritär und oftmals mit Gewalt.
2. Der limitierte Zugang zur politischen Macht produziert soziale und wirtschaftliche Exklusion lokaler sozialer, wirtschaftlicher und politischer Vertreter sowie deren Interessen. Diese Exklusion ist am stärksten zu beobachten, wenn es um den Zugang zu seltenen Rohstoffen geht.

3. Die demographische Mehrheit junger Menschen in Mosambik befindet sich in einer „Warteschlange“. Sie will eine sofortige neue Lebensperspektive und befindet sich in Distanz zu ihren Ursprungsgemeinden und dortigen kulturellen Einflüssen. Gleichzeitig werden diese jungen Menschen weder von der Gesellschaft noch der Wirtschaft absorbiert.

Die oben geschilderten verwobenen Aspekte einer seit vielen Jahren andauernden Krise führen zu einer besonderen Vulnerabilität und Erschöpfung vor allem männlicher Jugendlicher und junger Erwachsener. Diese sind laut Weimer (2018) besonders anfällig für globale Einflüsse, Jugendgangs und radikal religiöse Netzwerke. Diese Einschätzung deckt sich mit den Ergebnissen von Interviewanalysen, welche in den Jahren 2014 und 2015 im Rahmen eines qualitativen Forschungsprojektes in der Provinz Zambézia, Inhassunge-Distrikt, erstellt wurden (Kleibl 2018). Religiöse Netzwerke waren dort ebenfalls, neben den staatlichen, die einzigen Strukturen, welche Selbstorganisation und Austausch im Kontext zunehmender sozialer Ungleichheit und politischer Konflikte ermöglichten. Im Rahmen dieser religiösen Netzwerke wurde ebenfalls Widerstand gegen die sehr problematischen Entwicklungen des Distrikts organisiert. Befragte ältere traditionelle Führer führten diese Gruppendynamik auf Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Armut und soziale sowie politische Exklusion zurück. Die jungen Männer litten unter extremer Perspektivlosigkeit und konnten deshalb auch keine formellen Beziehungen mit Frauen eingehen. Die Bezahlung eines noch so geringen „Lobolo“ (traditioneller Brautpreis) wäre unmöglich gewesen.

Lokale Unvereinbarkeiten der Entfremdungen

Die Situation in Mosambik kann allerdings nicht isoliert betrachtet werden, sie muss in einen größeren Diskurs eingebunden werden, in dem sich inzwischen viele Autorinnen und Autoren mit der Situation von Menschen im Globalen Süden beschäftigen. Arbeitslosigkeit, erlebte wirtschaftliche Armut, soziale Ausgrenzung sowie Folgen des Klimawandels sind für viele Menschen des Globalen Südens alltäglich. Zugleich befinden sie sich in Lebensverhältnissen, die keinerlei Perspektiven bieten, sie gehen auf die Suche nach einem besseren Leben. Das kann von Migration bis hin zu Hexerei und vielfältigen religiösen Praktiken reichen, es ist immer eine Suche nach Wegen aus einer Situation, die ihnen Chancen nimmt.

Im Spannungsfeld von Kolonialisierung, Dekolonisierung, westlicher Modernisierung, Urbanisierung, einer radikalen Veränderung ländlicher Räume, auch durch Land Grabbing verursacht, sowie den Folgen des Klimawandels (Dürren, Überschwemmungen) bahnen sich im Globalen Süden Entwicklungen an, die zu einer radikalen Form der Segregation in Städten sowie damit verbundenen sozialen Problemen führen (Davis 2011). In den wachsenden Elendsquartieren Maputos verdichten sich die Konflikte; Land Grabbing verursacht über ganz Mosambik verteilt eine Vielzahl lokaler Konflikte zwischen Investoren und ländlichen Gemeinden (Faleg 2019). Auch wenn es in Mosambik ein großes Problem von Altersarmut gibt, wurde (und wird) Armut überwiegend zu einem Problem Jugendlicher, die keine Arbeit und somit auch keine Chance erleben, jemals ein nach ihren Vorstellungen gutes und würdiges Leben zu führen. Aus der Migrationsforschung ist hinlänglich bekannt, dass dies oft Anlass für eine gefährliche „Flucht“ vom Land in die Stadt oder in das benachbarte wirtschaftlich besser gestellte Südafrika ist. Die wenigsten Mosambikaner wagen eine Flucht nach Europa.

Die Auseinandersetzungen mit diesen ökonomischen, sozialen und kulturellen Problemen, die sich in erlebter Perspektivlosigkeit verdichten, zeigen immer wieder, wie essenziell ein kritischer Blick auf die Ursachen ist. Hintergründe dieser Entfremdungen müssen schlicht in dem gesehen werden, was Osterhammel „die koloniale Verwandlung der Welt“ nannte

(Osterhammel 2009), die sich bis heute im Globalen Süden in einer neoliberalen und vom Globalen Norden geprägten ökonomischen Globalisierung fortsetzt und eine bisher nicht bekannte globale Ungleichheit produziert.

In den Köpfen vieler, von der Entwicklung ausgegrenzter Menschen in Mosambik, verschärfen sich Gefühle von Ausbeutung und Entfremdung, so dass z.B. im Zentrum von Mosambik ironischerweise geradewegs positiv über die Kolonialzeit im Vergleich zur heutigen Situation gesprochen wird (Kleibl 2018). Die Ungleichheit in Mosambik wird heute von einer beschleunigten Vernetzung der Warenströme durch multinationale Konzerne, politisch-autoritäre Ausbeutungsstrukturen, dem Export eines neoliberalen Entwicklungsmodells, der Extraktion von natürlichen Ressourcen und einem sich ausbreitenden Konsumismus geprägt. Gerade der Letztere erfasst die Eliten und Mittelschichten wie zu Beginn dieses Artikels erläutert.

Der globale Blick: Imperialer Lebensweise und Externalisierung von Risiko

Konzepte der „Weltrisikogesellschaft“ (vgl. Beck 1986) diskutieren die Abhängigkeitsbeziehung zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden als nicht nur ökonomische und politische Machtbeziehungen, sondern als eine Machtbeziehung, die dem Süden eine „Rolle“ und eine „Position“ zuweist, welche in letzter Instanz ausschließlich dem Lebensstil im Globalen Norden förderlich ist. Die Aporien der „Weltrisikogesellschaft“ werden verständlicher, wenn sie um die Thesen der „Externalisierung“ und der „imperialen Lebensweise“ ergänzt werden, diese eröffnen ein tieferes Verständnis dieser Interdependenzen und verschaffen Einblicke warum und wieso es eine Rückkehr zu (neuen) alten Traditionen gibt.

Lessenich bezeichnet die reichen, früh industrialisierten Länder als „Externalisierungsgesellschaften“, deren Macht noch immer darin liege, Ressourcen in Ländern des Südens (der Peripherie) auszubeuten und zugleich die Kosten der eigenen Lebensführung auf diese Weltregionen abzuwälzen (Lessenich 2016). Der Wohlstand des Nordens entsteht wesentlich durch die Auslagerung der Kosten und Lasten des technologischen Fortschritts zu Lasten des Südens. Diese andere Seite der nördlichen Moderne, ihr „dunkles Gesicht“, ergibt sich aus ihrer Verankerung in den Strukturen und Mechanismen kolonialer Herrschaft und deren Fortsetzung in der Globalisierung. Mit seiner Analyse demaskiert Lessenich den Mythos, alle könnten von der globalisierten Weltwirtschaft profitieren. Stattdessen entwickelt er eine Doppelgeschichte: Wenn einer gewinnt, verlieren andere.

Brand und Wissen (2017) haben diese Überlegungen im Begriff der „imperialen Lebensweise“ erweitert und noch einmal verdichtet. Der Globale Norden bereichert sich vor allem zur Absicherung eines breiten Wohlstandes an den ökologischen und sozialen Ressourcen des Globalen Südens. In den verfestigten Abhängigkeiten wird der globale Kapitalismus nicht nur als Fortsetzung kolonialer Muster, sondern als eine neue Form des „ökonomischen Imperialismus“ erkennbar, der auch von Eliten des Südens adaptiert wird. Überbordende Produktion und ein sich stetig ausweitender Konsum erfordern einen überproportionalen Zugriff auf Ressourcen, Arbeitskräfte und biologische Senken der restlichen (südlichen) Welt. Als Ergebnis ökonomisch-rationaler Handlungen kapitalistischer Abhängigkeitsverhältnisse führt diese „imperiale Lebensweise“ im Globalen Süden, und nicht nur dort, zu mitunter sehr irrationalen Gegenbewegungen, die zudem eng mit den Erfahrungen des Klimawandels verbunden sind.

Mit seinem letzten Buch „Die Metamorphose der Welt“ diskutiert Beck (2016), dass sich die globale Moderne in ihrer Komplexität in einer grundlegenden Verwandlung befinde, deren Ende völlig offen sei. Konflikte wie Ungleichheit, Klimawandel, neue Kriege, Flucht, erzwungene Migration, neuer Nationalismus und Populismus sieht er als ein „Vorspiel“ zu etwas völlig Anderem, dessen Reichweite nur erahnt werden kann. Das zeige sich vor allem am Klimawandel, der die Fülle von wiederkehrenden kapitalistischen Krisen verstärke. Diese Situation führe auch zu Fremdenfeindlichkeit, zur Wiederbelebung von abgedrängten Traditionen und zu einer „Zuflucht“ zu religiösen Praktiken unterschiedlicher Art, vom wachsenden Fundamentalismus bis hin zur „Wiederentdeckung“ von „Zauberei“ und ähnlichem. Gerade religiöse Führer intensivieren, da in Religionen Hoffnung und Heil liegen (Lutz 2015), die üblichen Versprechen; transportiert werden darin aber auch neue Beschäftigungen mit dem Jenseitigen, mit Geisterseher*innen, mit Hexen und Hexern, mit Wunderheiler*innen. Vielfach wird Menschen Raum gegeben, die sich damit hervortun, das Heil zu bringen, die Zukunft zu kennen, Ratschläge für ein besseres Leben zu offerieren sowie einfach nur „klar“ zu machen, dass die Gestaltung des Lebens ausschließlich in Gottes oder Allahs Hand läge.

Afrikanische Perspektiven: Ausgänge aus der Krisenzeit

Diese Überlegungen lassen sich mit den philosophischen Thesen von Sarr und Mbembe, die für Afrika ein „Afrotopia“ oder einen „Ausgang aus der langen Nacht“ suchen, noch einmal verdichten; sie schärfen den Blick auf das aktuelle Geschehen und skizzieren „Auswege“ (Mbembe 2016; Sarr 2019). Beide kritisieren, dass westlich hegemoniales Wissen als „allgemeines Wissen“ durchgesetzt wurde und afrikanische Traditionen und Wissen verdrängte bzw. diese durch Theorien von Rasse und Ethnie abwerteten. Sie betreiben darüber hinaus Suchbewegungen, wie Afrika aus abgedrängten Wissen und Traditionen sich ein neues Selbstverständnis geben könnte; und darin zugleich der Welt etwas zeigt, was diese mit der Durchsetzung einer rein instrumentellen Vernunft verloren hat. Laut Mamdani (1996) kann diese Veränderung nur auf der Basis einer Machtreform, welche die postkolonialen institutionell bedingten Spannungen von Stadt und Land und zwischen Ethnien durchbricht, stattfinden.

Mbembe geht in seinen Überlegungen weit über Afrika hinaus, er fordert nicht nur, dass sich dieser Kontinent seiner Fremdbestimmung bewusst wird, ganz im Sinne von Fanon (1981), er fordert, den Unterdrücker in sich selbst zu entlarven, um diesen zu überwinden. Er ist auf der Suche nach einer neuen Form von Demokratie. Diese solle nicht mehr nur anthropozentrisch sein, sondern den ganzen Planeten einbeziehen, die Menschen, alle Geschöpfe, die Pflanzen, die Flüsse, die Luft und alles, was das Leben auf unserer Welt trage. Sarr wiederum versucht aus der Wiederentdeckung des kulturellen Reichtums und der Vielfalt eines an Gemeinschaft orientierten Denkens in afrikanischen Kulturen, die es trotz der Verheerungen des Kolonialismus weiterhin gibt, Gegengewichte zur kolonialen und hegemonialen Entfremdung zu finden. Beiden ist eine ähnliche Analyse eigen, dass die Menschen, insbesondere in Afrika, sich gegenwärtig in einer ungeheuerlichen Situation der „Zerrissenheit“ befinden.

Als Folge dieser „Zerrissenheit“ und Suchbewegungen lassen sich zwar auch Gewalt, die „Zuflucht“ zu religiösem Wissen, zu Hexerei, zu Heiler*innen und Geisterbeschwörer*innen und anderen Praktiken erkennen. Doch diese müssen als Versuche verstanden werden, der erlebten Zerrissenheit aktiv zu begegnen. Sarr weist die „Menschen des Nordens“ darauf hin, dass genau diese Traditionen in Afrika noch sehr lebendig sind, obwohl wir im Norden alles „taten“, sie zu beenden.

Der zu Beginn dieses Artikels beschriebene Kontext von Mosambik weist auf ein doppeltes und darin postkoloniales hierarchisches Gesellschaftsverhältnis in vielen afrikanischen Ländern hin (vgl. Ekeh 1975):

Die vom Westen „assimilierten“ Eliten und heutigen „Entwicklungsgewinner“ einer kleinen afrikanischen Mittelschicht werden von einem aus dem Kolonialismus entstandenen modernen formalen Rechtssystem geschützt. Sie genießen zivile, wirtschaftliche und politische Freiheiten und können sich frei bewegen. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt allerdings weiterhin in einem von sog. traditionellen Gewohnheiten abgeleiteten Rechtsverständnis, in Mosambik wird dieses „direito consuetudinário“ genannt. Auch wenn formell alle Menschen Zugang zu verfassungsrechtlich zugesagten Grundrechten haben, wird durch die Präsenz des „direito consuetudinário“ die postkoloniale Weiterführung einer Politik der Differenz und instrumentellen Ausbeutung erleichtert. Bezeichnet wird das System allerdings als moderner afrikanischer Rechtspluralismus.

Somit ist es nicht verwunderlich, dass auf die der afrikanischen Tradition zugeschriebene Hexerei und die spirituelle Gewalt oftmals mit der Durchsetzung von „direito consuetudinário“ reagiert wird. Im Falle von religiös motivierter Gewalt gegen den Staat oder mächtige Großinvestoren in der Provinz Cabo Delgado werden bewaffnete Schutzpolizei, Militär und Geheimpolizei im Namen des Anti-Terror-Kampfes eingesetzt. Beide Reaktionen weisen auf eine Missachtung der postkolonialen Machtverhältnisse sowie die Ungleichbehandlung und Instrumentalisierung von vermeintlich ethnisch-religiös homogen definierten Gruppen hin. Menschenrechtsverletzungen werden nicht systematisch im Rahmen eines für alle geltenden Rechtssystems geahndet. Es verbleiben vielmehr multiple hierarchisch geordnete Welten, die zwar miteinander verwoben sind, allerdings im postkolonialen System instrumentalisiert und weiterhin in der Gesamtheit durch die imperiale Lebensweise und Konsequenzen der Externalisierung ausgebeutet werden.

Zukunftsvisionen

Insbesondere Sarr denkt darüber nach, wie in einer afrikanischen Moderne, Traditionen und lokales (indigenes) Wissen eine bedeutsamere Rolle spielen können. Dabei ist immer zu fragen, ob Menschen eingeschränkt werden bzw. in neue Abhängigkeiten geraten. Die Phänomene der Hexerei scheinen da weniger geeignet, da sie eher in neue und totalitäre Muster führen, die keine Autonomie versprechen, sondern eher auf Entfremdung und neue Abhängigkeiten zielen. In Ländern wie Mosambik sollte vermehrt auf die kollektiven und historisch gewachsenen eigenen sozialen Strukturen und neu entstandenen sozialen Bewegungen (u.a. Landrechtsbewegung, Frauenbewegung), welche sich oftmals außerhalb der korrupten staatlichen Strukturen und westlichen zivilgesellschaftlichen Institutionen bewegen, gehört werden. Dort können sich Menschen neu orientieren.

Sarr kann sich deshalb eine afrikanische Moderne nur als Verknüpfung von Aspekten und Wissen der europäischen Moderne zusammen mit afrikanischen Traditionen vorstellen; er entfaltet somit beides auf einem anderen Niveau. Die afrikanische Moderne, und damit ein Ausgang aus der langen Nacht (Mbembe), die auch Hexen und Geistern in ihre Grenzen verweist, muss grundsätzlich eine Loslösung vom hegemonialen Wissen und tribal-ethnisch-religiös differenzierten Handeln umfassen, es ist zudem immer eine Kritik am globalen Projekt des neoliberalen Kapitalismus. Hierbei kann es aber zu einer Adaption des Besten aus dem Norden mit dem Besten des Südens kommen. Ziel ist dann eine transkulturelle „Re-Artikulation“ afrikanischen Wissens, mit den darin eingewobenen Kulturen, den spezifischen Werten und einer daran orientierten Praxis. Damit befindet sich Sarr auch in der Tradition von

„Ubuntu“, das sich gerade im südlichen Afrika seit Jahren als alternativer Entwicklungsbegriff für ein aus Traditionen neu zu konzipierendes Verständnis von Gemeinschaft entfaltet und die Diskurse bestimmt (Mathews 2018).

Im mosambikanischen Kontext könnte das die Anerkennung traditioneller Heilverfahren und Konfliktlösungsmethoden bei gleichzeitiger klarer Zurückweisung von menschenfeindlicher spiritueller oder religiöser Gewalt bedeuten. Hierfür bedarf es allerdings einen für alle Bürgerinnen und Bürger funktionierenden starken Rechtsstaat, der traditionelle und moderne Elemente integriert und nicht fragmentiert und hierarchisiert. Das Land müsste wieder nach afrikanischer Tradition dem Nutzen der eigenen Bürger überlassen werden (Nyerere 1967), anstatt ausbeuterisches Land Grabbing, welches vielerorts Naturkatastrophen mitverursacht, noch zu fördern. Das gilt aber generell: Lokales Wissen kann und muss in allen Regionen der Welt re-artikuliert werden, um die postkoloniale Macht zu brechen.

Tanja Kleibl und Ronald Lutz

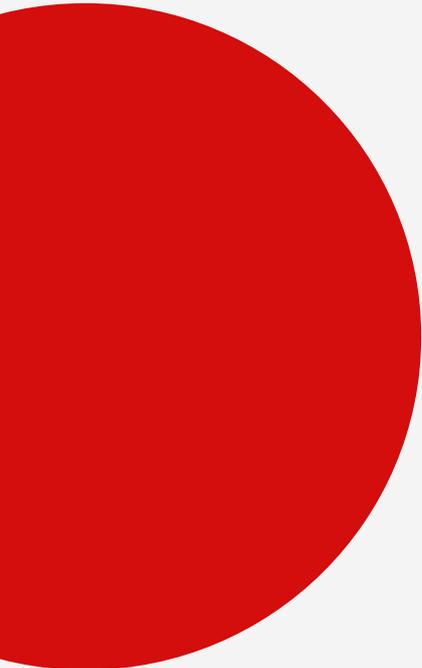
- Bibliographie

- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main
- Beck, Ulrich (2016): Die Metamorphose der Welt, Frankfurt
- Beck, Ulrich & Pofert, Anette (Hrsg.) (2010): Große Armut, großer Reichtum, Frankfurt am Main
- Bertelsen, Bjørn Enge (2016): Violent Becomings: State Formation, Sociality, and Power in Mozambique. New York, Berghahn Books.
- Brand, Ulrich & Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise, München: Oekom Verlag
- Ekeh, Peter (1976): Colonialism and the Two Publics in Africa: A Theoretical Statement. *Comparative Studies in Society and History*, 17, S. 91-112.
- Faleg, Giovanni (2019): Conflict Prevention in Mozambique: Can there be peace after the storm? European Union Institute for Security Studies (ISS), Conflict Series Prevention. Brief Nr. 5, April 2019
- Fanon, Frantz (1981): Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt am Main
- Kleibl, Tanja (2016): Menschenrechtsverletzungen durch das indische Unternehmen Jindal: Leid und Widerstand. In: Mosambik Rundbrief 92
- Kleibl, Tanja (2018): Hexenverfolgung und Rituelle Kriminalität in Mosambik – woher kommt das? Kommentar im Mosambik Rundbrief 96, S. 35 2018
- Kleibl, Tanja (2019): „Sociedade civil? Somos todos nos!“ Civil Society, Development and Social Transformation in Mozambique. PhD Dissertation, Dublin City University. Zugang: <http://doras.dcu.ie/21810/> (15.06.2019)
- Kleibl, Tanja & Munck, Ronaldo (2017): Civil society in Mozambique: NGOs, religion, politics and witchcraft, *Third World Quarterly*, 38:1, S. 203-218
- Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut, Hanser: Berlin 2016
- Lutz, Ronald (2015): Religion als Hoffnung, in: Kiesel, Doron & Lutz, Ronald (Hrsg.): Religion und Politik, Frankfurt am Main, S. 71-99
- Mamdani, Mahmood (1996): Citizen and Subject: Contemporary Africa and the Legacy of late Colonialism, Princeton University Press
- Mathews, Sally (2018): Afrikanische Entwicklungsalternativen, in: *peripherie*, 150/151;
- Mbembe, Achille (2016): Ausgang aus der langen Nacht: Versuch über ein entkolonisiertes Afrika, Frankfurt am Main
- Nyerere, Julius P. (1967): Freedom and Unity. A selection of Writings and Speeches. 1952 – 1965.
- Osterhammel, Jürgen (2009): Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München
- Sarr, Felwine (2019): Afrotopia. Berlin
- Weimer, Bernhard (2018): Vampires, Jihadists and Structural Violence in Mozambique. Reflections on Violent Manifestations of Local Discontent and their Implications for Peacebuilding. Discussion Paper 2018.



LÄNDERSCHWERPUNKT:

ZIMBABWE



Wie vor 40 Jahren

Am achtzehnten April feierte Zimbabwe ohne Feierlichkeiten das vierzigste Jubiläum seiner Unabhängigkeit. Eine jahrelange Wirtschaftskrise und die Corona-Pandemie mit ihren anhaltenden Ausgangsbeschränkungen überschatteten das Andenken an eine zeitweilen durchaus erfolgreiche Geschichte. Ein Rückblick von Daniel Stögerer.

Das Stadion tobte. In seiner Mitte eine Fackel von der Größe eines Menschen, entzündet von dem Freiheitskämpfer und mit absoluter Mehrheit gewählten Premierminister des soeben aus der Taufe gehobenen Zimbabwe, Robert Gabriel Mugabe. So ihm Gott helfe, schwor er den vollen Rängen von Salisburys Rufaro-Stadion, werde er seinem Land treu sein und dessen Gesetze achten. Der bereits ohrenbetäubende Jubel schwoh weiter an. Die Unabhängigkeit im Jahr 1980 stieß international auf großen Zuspruch. Unter anderem die Präsidenten Zambias, Botswanas und Nigerias sowie die Premierminister von Indien und Australien besuchten die Unabhängigkeitsfeierlichkeiten, die Weltstar Bob Marley mit einem 40-minütigen Konzert krönte. »Du hast ein Juwel geerbt«, soll Tanzanias Präsident Julius Nyerere an jenem Abend zu Mugabe gesagt haben, »paß darauf auf.«

Und tatsächlich, es erstrahlte in nie gekanntem Glanz. Wider die Prophezeiungen der alten Minderheitsregierung und ihres damals noch regierenden Pendant in Südafrika boomte das am zweitstärksten industrialisierte Land im subsaharischen Afrika, anstatt zu kollabieren. Die ganze Welt, Österreich eingeschlossen, knüpfte Handelsbeziehungen mit Zimbabwe. Mit dem Vorsatz, ein gebildetes Land sei leichter zu regieren

als ein ungebildetes, startete der Sozialist und ehemalige Lehrer Mugabe eine massive Bildungsreform. Schulgebühren wurden abgeschafft und im ganzen Land Schulen gebaut. Eine Entwicklung, die Zimbabwe afrikaweit bis heute eine der höchsten Alphabetisierungsraten verschaffte.

Leider lief nicht alles so glatt, wie es sollte. Parteipolitische Interessen behinderten die Vereinigung der Armeen jener beiden Parteien, welche die 70er Jahre hindurch für Zimbabwes Unabhängigkeit gekämpft hatten. Militärs von Mugabes Regierungspartei ZANU übten Druck auf Soldaten der Oppositionspartei ZAPU aus, woraufhin diese desertierten, sich im Busch verschanzten und von dort aus Zivilisten attackierten. Als die Armee 1982 im Kampf gegen diese sogenannten Dissidenten erfolglos blieb, ging sie immer mehr dazu über, auch deren Unterstützer und verdächtige Personen auszuschalten. Die Situation eskalierte 1983 schließlich vollends mit dem Einsatz der von Nordkorea ausgebildeten »fünften Brigade« in den Provinzen Matabeleland Nord und Süd, die dort an die 20.000 Menschen ermordete. Auf die Frage, was er in seinem Land am schnellsten verändern wolle, antwortete Mugabe 1980 in ei-

nem Interview für die Sendung *Newsnight Salisbury*, ohne lange nachzudenken: »Die Situation der Kleinbauern.« Es ging um die Umverteilung des Landes europäischer Großgrundbesitzer an die mehrheitlich afrikanische Bevölkerung. Zahlreiche Zimbabwer hatten sich mit der Aussicht auf eigenes Land am Befreiungs-

krieg beteiligt und erwarteten von Mugabe eine Gegenleistung für ihre Entbehrungen. Das *Lancaster House*-Abkommen, das Zimbabwes Übergang vom

Erfolge bei Bildung, Gesundheit

Kolonialstaat zur Souveränität regelte, bestimmte allerdings für die ersten zehn Jahre den Umgang mit der Landfrage. Die Umverteilung von Land in den Staatsbesitz basierte laut Abkommen auf Freiwilligkeit (=willing buyer, willing seller) und wurde zu 50% von Großbritannien kofinanziert. Sie ging allerdings nur langsam voran, sodaß 1987 erst 20% europäischen Grundeigentums in afrikanischen Besitz übergeleitet waren. Aus diesem Grund ging die Regierung 1992 zu verpflichtenden Enteignungen über, wengleich mit Kompensationszahlungen für die Enteigneten.

Als in Großbritannien 1997 allerdings die *Labour Party* unter Tony Blair an die Macht kam, gerieten Zimbabwes Reformbestrebungen ins Wanken. Clare Short, Staatssekretärin

für internationale Entwicklung, erklärte in einem Brief an Zimbabwes Landwirtschaftsminister Kumbirai Kangai das Ende der finanziellen Unterstützung für Zimbabwes Landreform. Schließlich amtierte »eine neue Regierung ohne Verbindungen zu früheren kolonialen Interessen«, so Short.

Ein lasches Argument, das in Zimbabwe auf heftige Empörung stieß. Kriegsveteranen forderten öffentlich eine schnelle, kompensationslose Landreform, und die Regierung hielt im Februar 2000 ein Referendum über eine Verfassungsänderung ab, die eben-

diese Forderung rechtlich ermöglichen sollte. Zu ihrem Frust stimmte das Volk allerdings dagegen. Frust, der kurze Zeit später in Zorn umschlug. Mit einer Mehrheit im Parlament brachte Mugabes ZANU-PF die neue Verfassung dennoch durch und schickte im ganzen Land Mitglieder des nationalen Kriegsveteranenverbandes auf Farmen, um deren weißen Besitzer zu verjagen. Vierterorts beließen die Veteranen es allerdings nicht dabei, sondern griffen die

Farmer samt ihren schwarzen Arbeitern an, verletzten und töteten sie sogar. Die *Commercial Farmers Union*,

eine Berufsvertretung der weißen Farmer, verlautbarte Ende 2001 die Entweignung von 1.948 Farmen seit Beginn des sogenannten *Fast-Track Land Reform Program*.

Aus Sicht der Regierung ein Erfolg, allerdings mit katastrophalen Folgen für die Wirtschaft. Mit den weißen Farmern verloren etwa 300.000 schwarze Farmarbeiter ihre Lebensgrundlage. Der Export von Agrarprodukten brach ein, und das Bruttosozialprodukt sank bis 2008 um ein Drittel seines Wertes von 2000. Die Inflation geriet außer Kontrolle und gipfelte in Wechselkursen von einem US-Dollar zu mehreren Milliarden Zimbabwe-Dollar.

Scheitern der Landreform

Mike Auret (1936 – 2020)

Zimbabwe hat mit ihm einen unerschrockenen Kämpfer für Gerechtigkeit und Wahrheit verloren. Unter dem Eindruck der Grausamkeiten an der Zivilbevölkerung, die die Sicherheitskräfte im damaligen Rhodesien verübten, engagierte sich der weiße Farmbesitzer und ehemalige Soldat der Central African Federation Ende der 1960er Jahre in der *Catholic Commission for Justice and Peace (CCJP)*, der einzigen Menschenrechtsorganisation, die damals existierte. CCJP-Vorsitzender war der engagierte Bischof Donal Lamont, der vom Regime später inhaftiert und des Landes verwiesen wurde. Die Organisation kümmerte sich auch um die politischen Gefangenen, darunter um einen jungen Politiker namens Robert Mugabe.

Im Verlauf des eskalierenden Aufstands gegen das international nicht anerkannte Rassistenregime von Ian Smith wurde Auret der Kooperation mit den Befreiungsbewegungen verdächtigt und mußte seine 27.000 Hektar große Farm südwestlich von Bulawayo verlassen. Während eines Besuchs in Rom erhielt er seine Einberufung zum Militär und entschied sich daraufhin, im Exil zu bleiben. Erst nach den freien Wahlen im Herbst 1979 kehrte er ins nunmehrige Zimbabwe zurück. Bewaffnete Überfälle ehemaliger rhodesischer

Söldner und unzufriedener Guerilleros der ZAPU führten allerdings zu einem neuerlichen Einsatz der Armee und schließlich der von Nordkorea trainierten Fünften Brigade. Mike Auret gelang es, eine Begegnung zwischen dem katholischen Erzbischof von Bulawayo, Heinrich Karlen, und Premierminister Mugabe zu arrangieren. Als Resultat dessen setzte Mugabe eine Untersuchungskommission über die Vorfälle im Matabeleland ein, deren Erkenntnisse allerdings nie veröffentlicht wurden. Zum Ersatz bemühte sich Auret um die Erstellung eines alternativen Berichts, der trotz Schikanen der Geheimpolizei 1987 veröffentlicht werden konnte: »Breaking the Silence«. Nur zwei von den Bischöfen Zimbabwes, darunter Karlen, besaßen den Mut, sich hinter die Dokumentation zu stellen, derzufolge zwischen 1982 und 1984 zwanzigtausend Menschen im südwestlichen Zimbabwe ihr Leben verloren, verschwanden oder flüchteten. Insbesondere der erste schwarze Erzbischof von Harare, Patrick Chakaipa, versuchte, den Bericht verschwinden zu lassen.

Auret kandidierte 2000 erfolgreich für das *oppositionelle Movement for Democratic Change (MDC)*, sah sich zwei Jahre später aber gezwungen, neuerlich ins Exil zu gehen, nach Irland. Dort verstarb er am 10. April 2020 im 84. Lebensjahr. Er hinterläßt seine Frau Diana und vier Kinder.



Gesinnungsterror und Wahlfälschungen: ZANU PF hält sich an der Macht

Eine Krisenkoalition mit der im letzten Jahrzehnt entstandenen Oppositionspartei *Movement for Democratic Change* stabilisierte die Lage 2009 einigermaßen, indem sie den US-Dollar als Landeswährung übernahm und den Fiskus mit der Privatisierung einiger Staatsunternehmen füllte.

Bei weiten Teilen der Bevölkerung genoß Mugabe, der seine Macht fortan nur noch mit politischer Gewalt und Wahlfälschung behaupten konnte, kein Vertrauen mehr. Seiner Ansicht nach trugen Mißmanagement und Korruption freilich keine Schuld am Niedergang Zimbabwes, sondern vielmehr eine Reihe von Sanktionen, welche die EU und die USA in Reaktion auf die Gewalt bei der Landreform über sein Land verhängt hatten.

Konkret beinhalteten diese ein Waffenembargo, ein Einreiseverbot für eine Reihe von Regierungsmitgliedern und regierungsnahen Personen sowie ein Verbot von Finanztransaktionen zwischen den auf eben jener Liste Genannten und den sanktionierenden Ländern. Der amtierende Präsident Emmerson Mnangagwa, der seinen damals 93-jährigen Parteikollegen Mugabe 2017 mit Hilfe des Militärs aus dem Amt putschte, versucht seither

mit Kompensationszahlungen an enteignete weiße Farmer und scheinbar freien Wahlen die Sympathie des Westens zurückzugewinnen. Zwar wirkt seine liberal-demokratische Trendwende angesichts fortwährender Verfolgung und Folter von Regimegegnern alles andere als glaubhaft, aber

die restlichen Länder des Südlichen Afrika zeigen in der Sanktionsfrage dennoch Solidarität mit Zimbabwe. So bezeichnet ein Plakat der *Southern African Development Community* vor der Touristenhochburg Victoria Falls die Sanktionen als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit.«

Blödsinn, behaupten Sanktionsbefürworter. Schließlich seien die Sanktionen auf die Regierung beschränkt und trügen keine Konsequenzen für die breite Mehrheit der Bevölkerung. Die Finanzzeitung *NewZWire* veröffentlichte jedoch 2018 eine Analyse der US-Sanktionen (jene der EU wurden nach

2009 größtenteils wieder aufgehoben), die dieser Argumentationsweise in einigen Punkten widerspricht. So hätte das Verbot von Finanztransaktionen bis 2016 auch eine Reihe von Staatsunternehmen getroffen, die in dem sozialistisch geprägten Land einen beträchtlichen Teil der Gesamtwirtschaftsleistung ausmachen.

Darüber hinaus spanne es bis dato einen Gürtel um Zimbabwes staatliches Bankenwesen und habe zahlreiche informelle Auswirkungen auf Privatunternehmen, da die schlichte Existenz der Sanktionen potentielle ausländische Geschäftspartner ab-

schrecke. Der Westen wäscht seine Hände also anscheinend zu Unrecht in Unschuld. Dasselbe gilt allerdings für Zimbabwes Regierung, die den Sanktionen nach wie vor die alleinige Schuld am Stand der Dinge zuschreibt. Ungeachtet der tatsächlichen Verhältnisse schlitterte Zimbabwe allerdings 2019 durch eine plötzliche Verdopplung der Treibstoffpreise wieder in den Krisenmodus. Die Regierung führte wenig später den Zimbabwe-Dollar wieder ein, und Inflation wurde abermals ein Thema. Viele befürchteten eine Wiederholung der Ereignisse von 2008. Diese blieb allerdings vorerst aus, zumindest bis COVID-19 das Land zum Stillstand brachte.

Zimbabwes Zivilgesellschaft zeigt sich indessen so politisch wie kaum eine andere unter denselben Bedingungen. Als der Pastor Evan Mawarire 2016 in einem Twitter-Video seinen Frust über die Lage der Nation kundtat, startete er unabsichtlich die *#thisflag*-Bewegung, die noch im selben Jahr einen dreitägigen, landesweiten Generalstreik hervorrief. Sowohl nach den dubiosen Ergebnissen der Präsidentschaftswahl 2018 als auch nach der Spritpreiserhöhung 2019 bevölkerten Menschen Zimbabwes Straßen und protestierten. Die Ärzteschaft startete vergangenen September einen vier Monate langen Streik, um auf ihre prekären Arbeitsbedingungen hinzuweisen. Als die Geheimpolizei ihren Präsidenten Peter Magombeyi entführte und foltern ließ, verhärtete sich der Widerstand nur, anstatt abzuflauen. Obgleich Mugabe Julius Nyereres Mahnung nicht sonderlich ernst genommen hatte: Das Juwel scheint nicht verblaßt zu sein. Sein Glanz schlummert wie vor 40 Jahren in den Augen jener Millionen Zimbabwer, die ungebrochen für Veränderung kämpfen.

Zivilgesellschaft zeigt Hoffnung

Inspiration und Hoffnung

Die zimbabwesche NGO Kubatana setzt sich für Menschenrechtsbewußtsein in der breiten Bevölkerung ein. Daniel Stögerer sprach mit ihrer PR-Managerin Portia Kurima über die Arbeit der Organisation, die zimbabwesche Verfassung und politische Perspektiven.

Was ist Kubatana?

Ein kleines, zufälligerweise aus Frauen bestehendes Team, das sich für die Zivilgesellschaft einsetzt. Wir haben zwei Zielgruppen: Einerseits die einfachen Frauen und Männer auf der Straße. Für sie suchen wir nach Nachrichten, die sie betreffen, und geben sie auf vereinfachte und ansprechendere Art weiter. Das Ziel ist es, Informationen so zu verpacken, daß sie Handlung inspirieren, anstatt ignoriert zu werden. Wir spielen auch eine unterstützende Rolle für zivilgesellschaftliche Organisationen, unsere zweite Zielgruppe. Über unsere Plattformen auf den sozialen Medien und unseren Newsletter verbreiten wir Neuigkeiten von ihrer Arbeit und archivieren sie auf unserer Website. Auch diese versuchen wir so zu verpacken, daß sie für Durchschnittsmenschen ansprechend wirken. Schließlich sind sie es, denen solche Organisation dienen möchten.

Wir versuchen auch, wie wir es nennen, „die Punkte zu verbinden“. Manchmal ist die Arbeit der Zivilgesellschaft fragmentiert. Verschiedene Organisationen arbeiten an ähnlichen Problemen, ohne voneinander zu wissen. In solchen Situationen schaffen wir Bekanntschaften, sodaß diese Organisationen, wenn sie möchten, zu-



Teilnehmerinnen der Kubatana-Verfassungsaktion mit den T-Shirts

sammenarbeiten und mit vereinter Stimme sprechen können. Wir glauben, daß die Menschen die Macht zu handeln haben, und versuchen sie dazu zu inspirieren.

Ist es nicht traditionell die Aufgabe von Mainstream-Medien wie Zeitungen und Nachrichtensendungen, Informationen für den Durchschnittsmenschen zugänglich zu machen?

Es gibt da einige Unterschiede zu unserer Arbeit. Einerseits sind wir auf Informationen zu Menschenrechten und der Zivilgesellschaft spezialisiert, andererseits geben wir Informationen mit der „Kubatana-Stimme“ wieder. Sprich: Wir versuchen auch auf Lichtblicke in düsteren Themen hinzuweisen. Wo die Mainstream-Medien zum Beispiel einen schwierigen Bericht über die politische Situation in Zim-

babwe veröffentlichen, den der Durchschnittsmensch auf der Straße unverstündlich oder bedrückend finden würde, verpacken wir die Information neu, sodaß er oder sie einerseits die Problematik versteht, andererseits auch Handlungsmöglichkeiten erkennt. Uns geht es nicht in erster Linie um das Generieren von Informationen, sondern darum sicherzustellen, daß die Menschen etwas damit anfangen können.

Du hast Euren Fokus auf Menschenrechte erwähnt. Warum ist das für die Menschen in Zimbabwe wichtig?

Die Zimbabwe, genauso wie alle anderen Menschen, sollten sich ihrer Rechte bewußt sein. Sie sollten sich ebenso der Pflichten ihrer Verantwortungsträger bewußt sein und diese, wenn nötig, zur Rechenschaft ziehen können. Selbst wenn auf ihren Rechten herumgetrampelt wird, müssen die Menschen zumindest dazu fähig sein, sich auszusprechen und Forderungen zu stellen. Information ist unserer Meinung nach Macht. Ohne sie ist man unfähig zu verstehen, was gerade um einen herum passiert. Ist man aber informiert, kann man sein Wissen nutzen, um zu handeln. Ein Beispiel dazu ist unsere gegenwärtige #knowyourconstitution-Kampagne.

Zahlreiche Leute haben uns geschrieben, daß wir sie dazu angeregt hätten, die zimbabweische Verfassung zu lesen. Sie hätten zuvor nicht gewusst, daß sie verfassungsgemäß diese und jene Rechte besäßen, daß die Verfassung sie dazu befähige, dies und das zu tun, oder daß sie sich bestimmte Dinge von der Regierung erwarten sollten. Diese Art von Wissen möchten wir vermitteln.

Wie kann ich mir die #knowyourconstitution-Kampagne vorstellen?

Es war ein fantastisches Projekt! Sehr erfolgreich und farbenfroh. Wir stellten den Leuten schlicht und einfach die Aufgabe, uns ihren Lieblingsartikel in der Verfassung zu nennen. Zur Belohnung bekam jeder Teilnehmer Bildungsmaterialien wie bunte Schilder oder T-Shirts, auf denen einzelne Verfassungsartikel kreativ dargestellt wurden. Die Resonanz war überwältigend, und wir bekommen immer noch Nachrichten und Videos von neuen Teilnehmern. Die Kampagne entmystifizierte die Verfassung, die sonst als Dokument für Anwälte und Gesetzgeber gesehen wird. Die Teilnehmer realisierten, daß sie ein Dokument für das Volk ist, ihr Dokument. Und daß die Rechte in dieser Verfassung ihre Rechte sind.

Ich habe auf Eurem Twitter-Feed einige der Euch zugeschickten Videos gesehen und war über die oft einfachen und lebensnahen Grundrechte überrascht, die darin genannt wurden. Wie zum Beispiel das Recht auf Versorgung mit sauberem Trinkwasser.

Ich denke auch, daß es diese Alltagsnähe war, die die Leute für die Kampagne begeistert hat. Menschen wie Du und ich lesen die Zeitung oder bestimmte Magazine, aber eher selten Gesetzesdokumente wie die Verfassung. Wenn man allerdings gefragt wird, wann das letzte Mal Wasser aus dem eigenen Wasserhahn floß, realisiert man als Zimbabwe oder Zimbabwein, daß es Ewigkeiten her ist. Die Kampagne erinnerte daran, daß es verfassungsgemäß das Recht

der Menschen ist, fließendes Wasser in ihren Waschbecken zu haben.

Ich würde gerne beim Thema Verfassung bleiben. Letztes Jahr schlug die zimbabweische Regierung Verfassungsänderungen vor, die unter anderem die Macht des Präsidenten über die Judikative ausweiten. Obwohl die Öffentlichkeit sich weitgehend dagegen aussprach, wurden einige dieser Änderungen bereits im Parlament durchgebracht. Warum hören die Politiker nicht auf das Volk?

Das ist eine sehr interessante und aktuelle Frage! Die Verfassungsänderungen sind hier derzeit ein sehr heißes Thema. 2013 gab die damalige Koalition zwischen ZANU-PF (Zimbabwe African National Union – Patriotic Front) und MDC (Movement for Democratic Change) der Bevölkerung die Möglichkeit, sich an der Schaffung einer neuen Verfassung zu beteiligen.

Das Ergebnis dieses Prozesses der öffentlichen Einbindung wird im Moment von der allein regierenden ZANU-PF wieder demontiert. Diese versucht mit den aktuellen Verfassungsänderungen Macht über gewisse Institutionen zu gewinnen. Sie will unter anderem mehr Einfluß über den Prozess, über den Richter bestellt werden.

Kürzlich wies die NGO Veritas Zimbabwe darauf hin, daß bei der letzten Abstimmung zu den Verfassungsänderungen im Parlament auch fünfzehn Oppositionspolitiker der MDC für deren Inkrafttreten gestimmt haben. Warum hilft die Opposition dabei, die Macht der Regierungspartei zu konsolidieren?

Um Jahre zurückgefallen

Solidaritätsappell von Gewerkschafter Japhet Moyo

Die für 2018 geplanten Wahlen werden die Krise im Land nicht lösen, fürchtet der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes von Zimbabwe. Er setzt auf außerparlamentarischen Widerstand und auf eine Wiederbelebung der internationalen Solidarität. Walter Sauer hat mit Japhet Moyo am Rande der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf gesprochen.

Von Zimbabwe ist in unseren Medien nicht mehr viel zu lesen, außerdem vielleicht Kuriosa über Langzeitmachthaber Mugabe und daß die wirtschaftliche Situation schlecht ist. Wie schätzen Sie als Gewerkschafter die Lage ein, gibt es überhaupt eine sinnvolle Perspektive?

Ja, Widerstand von Seiten der Zivilgesellschaft! Wir als Gewerkschaften sind Teil der sozialen Be-



Japhet Moyo im Palais des Nation, Genf

wegungen, die schon vor fast zwei Jahrzehnten zusammengekommen sind und versucht haben, die Situation in Zimbabwe zu demokratisieren. ZCTU, der Gewerkschaftsbund von Zimbabwe, spielte bei der Gründung der Oppositionspartei, des Movement for Democratic Change, eine wesentli-

che Rolle. Bedenken Sie unsere Geschichte: ZCTU wurde 1980 gegründet, als sich fünf ältere Verbände zusammenschlossen, und zwar unter aktiver Beteiligung der Zimbabwe African National Union/ZANU, der führenden Regierungspartei. Über Jahre hinweg hatten wir zu ihr ein Naheverhältnis. Wir haben uns aber schließlich getrennt. Ein Grund dafür war der Einparteiensstaat, den ZANU anstrebte, ein anderer das Strukturanpassungsprogramm, dem wir als Gewerkschaften nicht zustimmen konnten, und wieder ein anderer, daß ZANU zwar in Worten den „wissenschaftlichen Sozialismus“ proklamierte, in der Praxis aber ganz anders handelte. Wir etablierten daher eine Oppositionspartei. Wir als Gewerkschaft sind unabhängig von ihr, ebenso die anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber es gibt in Zimbabwe immerhin eine oppositionelle Partei.

Allerdings liegt die eigentlich Herausforderung in unserem Wahlsystem begründet, das Spielfeld ist sehr ungleich und benachteiligt die Opposition. Mit Blick auf die Parlamentswahlen von 2018 haben manche die Opposition bereits abgeschrieben, die Resultate würden ohnehin schon feststehen, Mugabe würde sicher wiedergewählt infolge des Wahlsystems, das in un-

serem Land gilt. Es gab ja Versuche, das Wahlrecht zu ändern und dadurch Chancengleichheit für alle politischen Parteien herzustellen, aber das hat sich als sehr schwierig erwiesen. Die herrschende Partei hat sichergestellt, daß sich an dem gesetzlichen Rahmen nichts geändert hat und alle Reformen innerhalb desselben verblieben sind. So ist es zum Beispiel sehr schwierig für Oppositionsparteien, auf dem Land eine Kampagne zu führen und um Stimmen zu werben, weil die Führer der lokalen Dorfgemeinschaften schwer politisch instrumentalisiert sind und eine bestimmte politische Partei favorisieren. Auch die staatlichen Strukturen sind einseitig instrumentalisiert, ebenso die Armee, die Polizei und sogar die Zimbabwe Electoral Commission, die ja eigentlich die Institution sein sollte, die freie Wahlen garantiert. Es scheint also ziemlich sicher, daß die bevorstehenden Wahlen die Regierungspartei begünstigen.

Eine Zeit lang hat sich eine Koalition zwischen MDC und der Bewegung der früheren Vizepräsidentin Joyce Mujuru abgezeichnet, ist das vielleicht ein Ausweg?

Als eine politische Bewegung haben wir MDC um eine Erklärung dazu

gebeten, immerhin stehen wir noch immer in einer besonderen Beziehung zueinander. Wir haben versucht, Informationen über diesen sogenannten Mujuru-Faktor zu bekommen. Wieviele Mitglieder haben sie? Wer sind diese? Bringen sie der MDC einen Mehrwert? Die MDC hat über die Jahre hindurch Wahlen gewonnen, auch wenn es dann sicher ein Problem war, Regierungsverantwortung auszuüben, das war schon eine Herausforderung. Jedenfalls höre ich nun von Diskussionen über einen Mujuru-Faktor, und MDC sagt uns, daß es darum ginge, die Regierungsmacht zu verändern. Aber für uns geht es um die Glaubwürdigkeit des Mujuru-Lagers. Viele sind sich dessen bewußt, daß die Mujuru-Bewegung schon wieder gespalten ist. Mujuru ist nicht mehr mit denjenigen Personen zusammen, mit denen sie angetreten ist, wie z. B. Rugare Gumbo oder Didymus Mutasa, das waren die Gurus, die Mujuru den Weg aus ZANU PF heraus bereitet haben. Sie haben sich nun aber getrennt, und wir sind uns nicht sicher, wer jetzt eigentlich die Freunde von Mujuru oder das Mujuru-Camp sind, und welchen Mehrwert sie der MDC bringen können. Und wir sind auch über so manche öffentlichen Ankündigungen wenig begeistert, etwa über die Frage, wer diese Koalition letztlich anführen wird? Wird das Morgan Tsvangirai vom MDC sein – oder Mujuru? Da warten wir auf Erklärungen. Wir hatten gute Gespräche mit MDC, aber die sind noch nicht abgeschlossen. Da geht es noch um wichtige Fragen wie um die innere Struktur dieser Koalition. Es kommt dazu, daß ja auch MDC gespalten ist, das war das ganze vergangene Jahrzehnt hindurch eine Herausforderung. Der Grund dafür ist einfach – ZANU PF war meiner Ansicht nach sehr clever dabei, Konflikte in den kleineren Parteien zu eskalieren,

und das macht die politische Arbeit der Opposition natürlich nicht leichter.

Gibt es eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, zum Beispiel mit den Kirchen?

Ja, Kirchen sind ein wichtiger Teil der Zivilgesellschaft. Wenn Sie z. B. die Crisis in Zimbabwe Coalition hernehmen, dann sehen Sie, daß dort Gewerkschaften, NGOs und glaubensbasierte Organisationen zusammenarbeiten, auch die katholische und andere Kirchen. Als Gewerkschaftsbund haben wir schon seit Jahren gute Verbindungen mit der katholischen Kirche und mit ihrer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden. Ich erinnere mich, daß ich auch von Kirchenzeitungen interviewt wurde. Die Kirchen artikulieren ihre Kritik an der Situation zu Hauses sehr kräftig. Wir arbeiten eng mit ihnen zusammen und würden diese Verbindung gerne noch weiter ausbauen.

Im kommenden Jahr, 2018, stehen in Zimbabwe wieder Wahlen an. Sie haben schon angedeutet, daß sich vielleicht nicht viel ändern wird. Gibt es überhaupt eine Perspektive auf mehr politische Stabilität und wirtschaftliche Erholung?

Mugabe verschärft seinen Kurs täglich, und solange die Natur nicht ihren Tribut fordert und Mugabe dort bleibt, wo er ist, wird es keine Änderung in der Richtung geben, die Zimbabwe eingeschlagen hat. Das bedeutet, der wirtschaftliche Niedergang wird sich fortsetzen, das Land wird weiterhin als Paria-Staat betrachtet werden, alles wird so bleiben wie es ist.

Irgendwann wird Mugabe natürlich der Natur Tribut zollen müssen. Vorgesehen für diesen Fall wäre

eigentlich, daß der jetzige Vizepräsident, Emmerson Mnangagwa, das Ruder übernimmt. Aber Mnangagwa wird von einer Clique in der Partei herausgefordert, welche die Ehefrau des Präsidenten unterstützt. Natürlich hat diese keine Geschichte aufzuweisen, und es ist schwer zu glauben, daß sie bei Wahlen gegen Mnangagwa kandidieren und gewinnen würde. Unsere Angst ist aber, daß es zu einem gewalttätigen Konflikt innerhalb der herrschenden Partei kommen könnte, wenn Mugabe dieses interne Problem nicht löst. Wir können andererseits von der Situation 1977 lernen, als Ndbaningi Sithole die ZANU verließ und mit Mugabe ein Nachfolger quasi aus dem Nichts präsentiert wurde, und zwar vom militärischen Flügel ZANLA. Alle anderen wurden gezwungen, Mugabe anzuerkennen. Wir sind uns da nicht sicher, aber vielleicht ist das System ja auch heute imstande, jemanden von außen zu präsentieren und alle anderen zu zwingen, diese Person zu unterstützen. Das ist alles nicht klar, im Augenblick stehen wir jedenfalls vor einer zutiefst zerstrittenen ZANU PF. Aber die Regierungspartei ist dafür bekannt, ihre Reihen zu schließen, wenn sie mit einer ernststen Herausforderung konfrontiert ist, und genau das könnte vor den Wahlen passieren. Dann würden sie versuchen, die Opposition zu zerschlagen.

Die Gewerkschaften in Zimbabwe hatten traditionell eine starke Basis unter den Arbeitern. Heute sind viele Fabriken geschlossen, die Arbeitslosigkeit ist extrem gestiegen usw. Wird die Basis einer Gewerkschaft dadurch nicht geschwächt?

Ja, historisch gesehen sind Gewerkschaften in der organisierten Arbeiterschaft verwurzelt, das sind

diejenigen Menschen, die in einem formellen Arbeitsverhältnis stehen. Wenn solche Arbeiter und Arbeiterinnen aber in eine Situation der Informalität wechseln, also in den informellen Sektor, dann betrifft das natürlich auch die Gewerkschaft. Als erstes haben wir diesbezüglich die Erfahrung gemacht, daß unsere Mitgliedsverbände bei Kollektivvertragsverhandlungen Probleme bekamen. Sie verloren Mitglieder und wurden dadurch schwächer. Wir haben über all die Jahre versucht, unseren Mitgliedern zu folgen, d. h. wir haben versucht, auch



Während des Interviews mit Walter Sauer

die informelle Wirtschaft zu organisieren. Als Gewerkschaft mußten wir also unsere Zielsetzungen verbreitern. Wir repräsentieren unsere Mitglieder jetzt nicht nur in Bezug auf ihr Arbeitsleben, sondern wir befassen uns auch mit Problemen, welche die Menschen außerhalb dieses Arbeitslebens betreffen. Da geht es zum Beispiel um kommunale Dienstleistungen, gibt es Wasser in den Siedlungen, gehen die Kinder in eine Schule, können die Menschen frei ihre Gemeinderäte wählen oder auch ihre Parlamentsabgeordneten? Haben sie das Recht, sich für eine politische Partei ihrer Wahl auszusprechen? Das sind sogenannte zivile Angelegenheiten und nicht unbedingt auf die Arbeitswelt bezogen. Aber als Gewerkschaften setzen wir uns auch für diese Themen ein, und wir machen die Erfahrung, daß

das von den Mitgliedern anerkannt wird. Wir sprechen also nicht nur von Arbeitsverträgen, sondern auch von dem, was für eine Person wichtig ist, wenn sie aus ihrem Büro oder ihrer Fabrik hinausgeworfen wird. Es gibt eine Organisation namens Zimbabwe Chamber of the Informal Economy (ZCIA), mit der wir ständig zusammenarbeiten. Generell gesehen muß man aber trotzdem sagen, daß wir im Lauf der Zeit schwächer geworden sind, weil die Mitarbeit von Menschen in der formalen Ökonomie halt verschieden ist von der in der informellen Wirtschaft. Wenn wir zum Beispiel Demonstrationen organisieren oder Streiks, dann können Menschen aus dem informellen Sektor nicht wirklich mitmachen, weil dann haben sie ja kein Einkommen. Daher nehmen weniger Leute an unseren Aktivitäten teil als früher. Also ja, wir wurden durch die Informalisierung stark betroffen.

Vor einigen Jahren erregte die sogenannte Operation Murambatsvina großes Aufsehen, als die Polizei gewaltsam gegen informelle Siedlungen und informelle Straßenhändler einschritt. Wie ist die Situation diesbezüglich heute?

Ich glaube, wir waren die erste Organisation, die einen Bericht über Murambatsvina veröffentlicht hat. Murambatsvina betraf ja unsere Mitglieder in der informellen Wirtschaft sehr stark.

Sie müssen verstehen, daß Murambatsvina nicht nur ein einmaliges Ereignis war. Bis zum heutigen Tag werden Häuser unserer Mitglieder zerstört. Das geht so vor sich: Es kommen angebliche Parteileute von ZANU PF, zahlen der lokalen Gemeindeverwaltung Geld und vergeben dann Grundstücke an Leute, die aus Unwissenheit ihre Hütten dort errich-

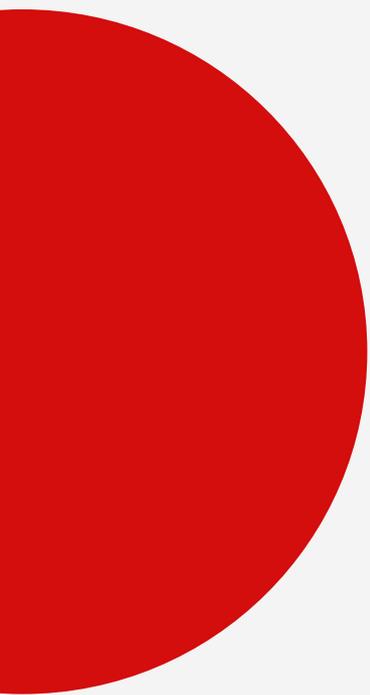
ten. Wenig später kommt dann der Staat und zerstört diese wieder, weil die Leute keinen Besitztitel haben. Daher ist Murambatsvina eine ständige Erscheinung, die Behausungen von Menschen werden zerstört, die Leute verlieren Habseligkeiten, das alles hat nicht aufgehört. Und das tut die Kommunalverwaltung von Harare genauso wie die in anderen Städten.

Wie wichtig ist für Sie in dieser Situation internationale Unterstützung, internationale Solidarität?

Ganz wichtig! Wir waren ziemlich verwundert, als nach der Formierung des sogenannten Inclusive Government nach den Wahlen von 2008, als MDC in eine Koalitionsregierung mit ZANUPF kam, die Botschaft ausgegeben wurde, in Zimbabwe wäre jetzt alles normalisiert. Ich möchte daher an die internationale Gemeinschaft appellieren, sich wieder verstärkt auf Zimbabwe zu fokussieren. Wir fallen jetzt in den Zustand von vor 2008 zurück. Die Menschen in Zimbabwe gehen durch eine qualvolle Zeit, wir stecken in denselben Schwierigkeiten als vor der Zeit des Inclusive Government. Wir wissen daß viele Regierungen und Personen damals andere Prioritäten gesetzt haben in der irrigen Annahme, die Situation hätte sich normalisiert. Sie hat sich aber nicht normalisiert, im Gegenteil, die Dinge zu Hause verschlimmern sich. Die Menschen draußen sollten sich also wieder verstärkt für Zimbabwe interessieren und sich soviel als möglich über Zimbabwe informieren!

Japhet Moyo ist gelernter Metallarbeiter und seit August 2011 Generalsekretär des Zimbabwe Congress of Trade Unions (ZCTU).

ANHANG



Was die Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 verändern sollen

SDG

Stichworte zu den SDG-Unterzielen



Extreme Armut beenden \diamond nationale Armutsquoten halbieren \diamond Sozialschutzsysteme für alle Bevölkerungsgruppen einrichten \diamond Recht auf wirtschaftliche Ressourcen und Zugang zu grundlegenden Diensten, Grundeigentum, natürliche Ressourcen, neue Technologien etc. für alle Männer und Frauen.



Hunger beenden \diamond Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen \diamond nachhaltige Landwirtschaft fördern \diamond die landwirtschaftliche Produktivität verdoppeln \diamond Mangel- und Fehlernährung beenden \diamond genetische Vielfalt bewahren \diamond Nachhaltigkeit der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen.



Gesundes Leben für alle \diamond weltweit Mütter- und Kindersterblichkeit senken \diamond Epidemien bekämpfen \diamond Prävention von Suchstoffmissbrauch (z. B. Alkohol) verstärken \diamond Allgemeine Gesundheitsversorgung für alle erreichen.



Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung für alle \diamond Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern \diamond gleichberechtigte Schulbildung für Mädchen und Jungen \diamond Alphabetisierung aller Jugendlichen \diamond Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen sicherstellen.



Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden \diamond Gewalt gegen Frauen beseitigen \diamond volle und wirksame Teilnahme von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen \diamond Zugang zu reproduktiver Gesundheit.



Nachhaltige Wasser- und Sanitärversorgung für alle gewährleisten \diamond Zugang zu sauberem und bezahlbarem Trinkwasser \diamond Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung weltweit verbessern \diamond Effizienz der Wassernutzung steigern \diamond Berge, Wälder, Feuchtgebiete, Flüsse, Grundwasserleiter und Seen schützen.



Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern \diamond Anteil erneuerbarer Energie deutlich erhöhen \diamond Energieeffizienz verdoppeln \diamond Zugang zu Forschung und Technologie im Bereich saubere Energie und Energieeffizienz fördern.



Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit fördern \diamond Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion verbessern \diamond Zwangsarbeit und Sklaverei abschaffen, Menschenhandel beenden.



Widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen und nachhaltige Industrialisierung fördern \diamond Anteil der Industrie an der Beschäftigung und am Bruttoinlandsprodukt erheblich steigern \diamond wissenschaftliche Forschung verbessern, Innovationen fördern.

SDG

Stichworte zu den SDG-Unterzielen



Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern \diamond Einkommenswachstum der ärmsten 40 % der Bevölkerung erreichen \diamond Alle Menschen zu Selbstbestimmung befähigen und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion fördern \diamond verstärkte Mitsprache der Entwicklungsländer bei Entscheidungsfindung in internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen.



Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten \diamond Zugang zu bezahlbarem Wohnraum sicherstellen \diamond Slums sanieren \diamond Zugang zu sicheren und nachhaltigen Verkehrssystemen ermöglichen \diamond von Städten ausgehende Umweltbelastung senken.



Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen \diamond natürliche Ressourcen nachhaltig und effizient nutzen \diamond Nahrungsmittelverschwendung halbieren \diamond Abfallaufkommen deutlich verringern \diamond nachhaltige Verfahren bei der öffentlichen Beschaffung fördern \diamond Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung stärken.



Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen \diamond Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren stärken \diamond bis 2020 gemeinsam jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutzmaßnahmen aufbringen.



Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen \diamond Meeresverschmutzung erheblich verringern \diamond Versauerung der Ozeane auf ein Mindestmaß reduzieren \diamond die Fischfangtätigkeit bis 2020 wirksam regulieren und Überfischung beenden.



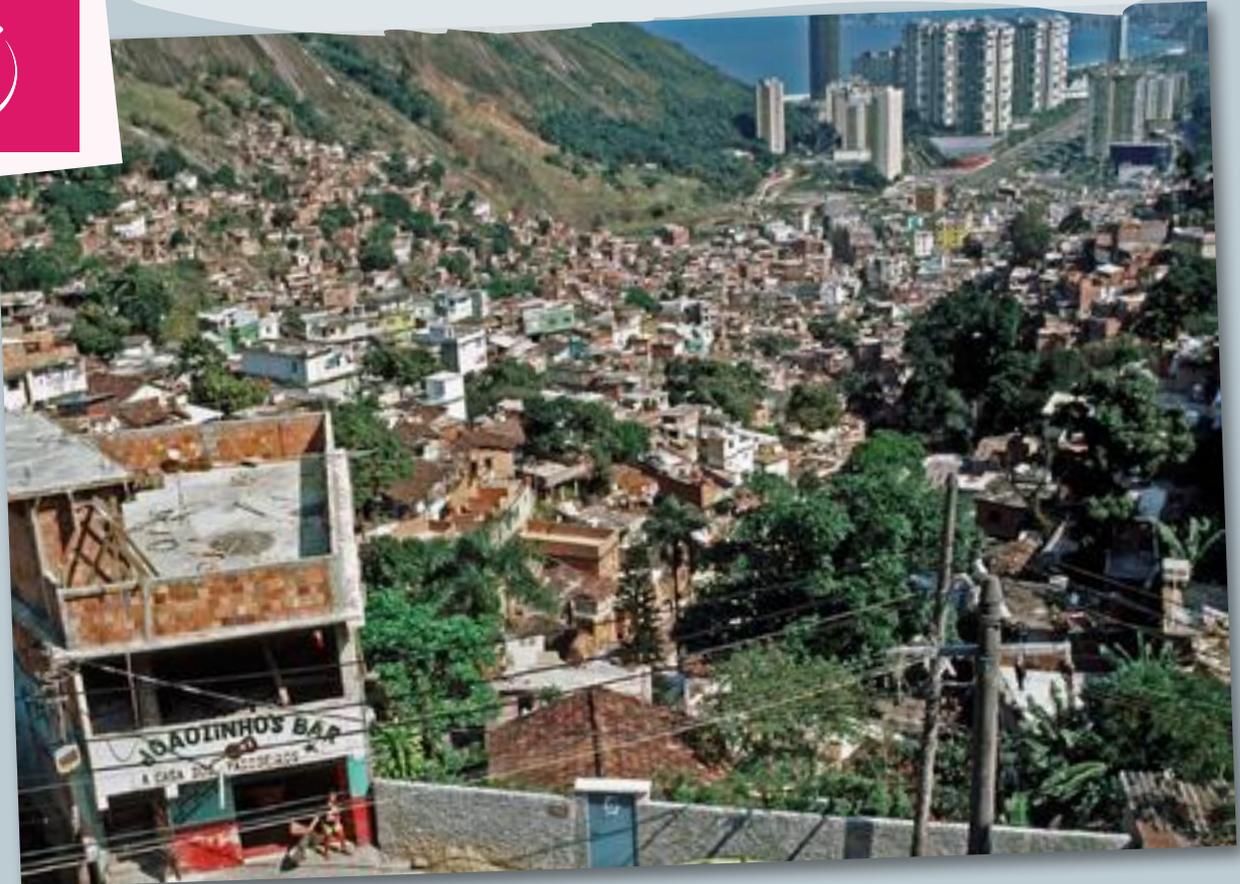
Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern \diamond Entwaldung beenden, geschädigte Wälder wiederherstellen \diamond Wüstenbildung und Bodendegradation bekämpfen \diamond Verlust von Biodiversität entgegenwirken.



Friedliche und inklusive Gesellschaften fördern \diamond alle Formen der Gewalt und gewaltbedingte Sterblichkeit deutlich verringern \diamond Rechtsstaatlichkeit und gleichberechtigten Zugang zur Justiz gewährleisten \diamond Korruption und Bestechung in allen ihren Formen erheblich reduzieren, Grundfreiheiten schützen.



Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen \diamond Mobilisierung einheimischer Ressourcen verstärken \diamond die Einhaltung der Zusage der „entwickelten Länder“ (0,7 % des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit) sicherstellen.

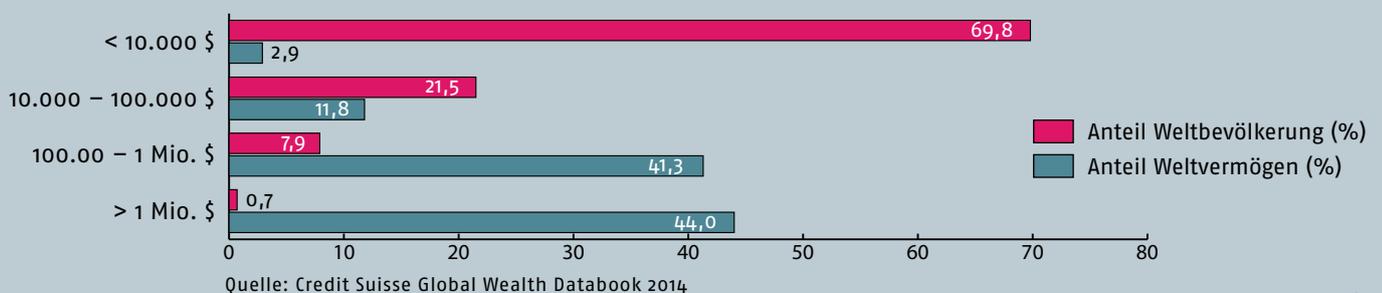


Empörende Ungleichheit. Das Nebeneinander von Armut und Reichtum – hier in Brasilien – ist in vielen Ländern der Erde mit Händen zu greifen. Foto: UN Photo / K McGlynn

12

Wie viel Ungleichheit erträgt die Welt, wie viel soziale Unterschiede nehmen die Armen hin ohne Rebellion? Auch wenn die Armut zurückgegangen ist, so ist doch die Ungleichheit innerhalb vieler Länder weiter gestiegen. Das gleiche gilt auch global für den Abstand zwischen „reichen“ und „armen“ Ländern. Nimmt man die Wirtschaftskraft (Bruttonationaleinkommen pro EinwohnerIn) zur Grundlage, so wächst der in Dollar berechnete Abstand zwischen den Ländern mit hohem Einkommen und denen mit niedrigem Einkommen weiter. Das Pro-Kopf-Einkommen in den reichen Ländern ist 27mal höher als in den „armen Ländern“.

Auch in Österreich wird das Ziel der SDGs, die Ungleichheit zu verringern, erhebliche Kurskorrekturen erfordern. So besitzen hierzulande 50% der einkommensschwächsten Haushalte nur 4% des Vermögens, während umgekehrt die 5% einkommensstärksten Haushalte die Hälfte des Gesamtvermögens besitzen. Die SDGs fordern ein, dass den Ungleichheiten sowohl mit steuerpolitischen Maßnahmen auf nationaler Ebene begegnet wird als auch durch die verstärkte Überwachung und Regulierung der globalen Finanzmärkte.



Arbeitsfragen

- [A]** Erörtern Sie bitte die aus Ihrer Sicht wichtigsten Hindernisse für eine Verringerung der Ungleichheit auf internationaler Ebene.
- [B]** Sehen Sie ökonomische und/oder soziale Vorteile in einer stärker egalitären Gesellschaft? Gilt dies für reiche Länder und für arme Länder gleichermaßen?
- [C]** Leistungsgerechtigkeit macht soziale Unterschiede zwingend erforderlich, denn auch die Leistungen sind unterschiedlich. Bewerten Sie bitte dieses Argument.



SDG 17: Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft mit Leben füllen.



“Global governance” ohne “global government”. Bei aller Schwächen der Vereinten Nationen – Es gibt keinen anderen Ort für den globalen Interessensausgleich und die gemeinsame Suche nach Frieden und nachhaltiger Entwicklung der Menschheit.

Foto: UN Photo / Manuel Elias

Das SDG 17.2 fordert erneut, was die reichen Länder seit langem versprochen haben: 0,7 % des Bruttonationaleinkommens der Wirtschaftskraft der westlichen Länder sollen für die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) bereitgestellt werden. Doch die meisten Geberländer – auch Österreich – liegen weit hinter dem 0,7%-Ziel zurück. 2014 waren es im Durchschnitt aller westlichen Geber gerade einmal 0,3 %. Gleichzeitig ist der Stellenwert der EZA für die meisten Empfängerländer eher bescheiden. In Afrika macht die EZA im Durchschnitt gerade einmal 2,34 % des dortigen Bruttonationaleinkommens aus.

Eine globale Partnerschaft würde für Österreich mehr als nur finanzielle Transfers bedeuten. Die SDGs fragen nach Unterstützung für die Exportkapazitäten der Entwicklungsländer, nach Technologie-Transfer und nach der Übereinstimmung zwischen entwicklungspolitischen Zielen und anderen Politikbereichen („Politikkohärenz in allen Ländern zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung verbessern“). Außerdem soll die Führungsrolle jedes Staates bei der Festlegung und Umsetzung von Maßnahmen der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung im eigenen Land respektiert werden (SDG 17.15).

Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (EZA)

Anteil EZ-Ausgaben am BNE	Schweden: 1,09 %	Österreich: 0,32 %	USA: 0,19 %	Alle Geber: 0,30 %
Anteil EZ-Einnahmen am BNE	Niger: 11,4 %	Mosambik: 12,9 %	Liberia: 43,9 %	Afrika insgesamt: 2,34 %

Quelle: OECD 2015. Die Zahlen sind für 2014. BNE = Bruttonationaleinkommen (Wirtschaftskraft)

- [A]** Bitte sehen Sie sich die o. a. Tabelle an und kommentieren Sie die Zahlen auf dem Hintergrund Ihres Vorwissens. Was finden Sie bemerkenswert?
- [B]** Die SDGs fordern „Politikkohärenz“. Recherchieren Sie bitte Bereiche mangelnder Politikkohärenz in der österreichischen Politik (z. B. Entwicklungs-, Außen-, Außenwirtschafts- oder Landwirtschaftspolitik).
- [C]** Wie stellen Sie sich eine nachhaltige und gerechte „globale Partnerschaft“ vor?

Nützliche Links

Hintergrundinformationen

Nachhaltige Entwicklung – Agenda 2030
Offizielle Seite des Bundeskanzleramts zur Agenda 2030. Detaillierte Informationen zu den SDGs und den Unterzielen sowie Hinweise zur Implementierung der Ziele in Österreich

<https://www.bundeskanzleramt.at/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030>

Deutsches Informationsportal zur Agenda 2030 und zu den SDGs

<https://www.2030agenda.de/en>

Website des Informationsdienstes der Vereinten Nationen Wien zu den SDGs politische Erläuterungen, Statistiken u. a. m. zu den „nachhaltigen Entwicklungszielen“.

www.unis.unvienna.org/unis/de/topics/sustainable_development_goals.html#MoreInfo

Internet-Seite für junge Leute
Film-Trailer, Infos und Bilder zu den SDGs, ausgerichtet auf ein jugendliches Publikum.

www.globalgoals.org/de

SDG – Medien und Ressourcen
Die Website will mit Kurzinfos, Links, Hinweisen auf Veranstaltungen etc. zur Verbreitung der SDGs (jedermann soll sie kennen) beitragen (englisch).

www.project-everyone.org

'We The People' for The Global Goals
Videoclip in dem berühmte Persönlichkeiten aus der ganzen Welt die 17 Ziele vorstellen

<https://www.youtube.com/watch?v=RpqVmvMCmpo>

Interaktive Führung zu nachhaltiger Entwicklung in der Wiener UNO-City für 10 bis 18-Jährige

www.unis.unvienna.org/unis/de/visitors_service/sustainable_development_tour.html

Unterrichtsmaterialien

Lernplattform zu den nachhaltige Entwicklungszielen
Deutschsprachige Unterrichtsmethoden für die Sekundarstufe I + II und Hinweise auf Materialien

www.Lernplattform-nachhaltige-Entwicklungsziele.de

World's largest lesson –
Englisch-sprachige Website mit Unterrichtsmaterialien und -hinweisen zu den SDGs.

www.tes.com/worldslargestlesson/

Sechs Audio-Folgen mit unterschiedlichen Schwerpunkten zu den SDGs (auch mit Transkript), ab 14 Jahren

www.bezev.de/post2015/sdgpodcast.html

Vier Unterrichtseinheiten zu den Neuerungen der SDGs, ab 14 Jahren

www.cbm.de/static/medien/Nachhaltigkeitsziele_Sek2_CBM.pdf

SDGs in einfacher Sprache

www.engagement-global.de/die-nachhaltigkeitsziele.html

Eine Unterrichtseinheit zu SDGs allgemein, ab 14 Jahren

www.globales-lernen-schule-nrw.de/uploads/media/Gy-Ge-SoWi-Sek-II-Q-Phase-LK-Die-SDGs.pdf

Liste mit Unterrichtsmaterialien- und Medien zu den einzelnen SDGs aus der C3-Bibliothek für Entwicklungspolitik

http://www.baobab.at/images/doku/glu2016_17_ziele.pdf

Europa und Internationales

Für ein starkes soziales und demokratisches Europa

Im letzten Jahrzehnt hat sich Europa – bedingt durch restriktive Sparpolitik und dem Erstarren neoliberaler, autoritärer und rechter Kräfte – in eine bedenkliche Richtung entwickelt: Gewerkschaften und Arbeitsrechte geraten ebenso wie die Medienfreiheit zunehmend unter Druck, MigrantInnen oder Frauen sind Hetze ausgesetzt, demokratische Strukturen werden ausgehöhlt. Spaltungstendenzen zeigen sich nicht nur innerhalb der Gesellschaft, sondern auch innerhalb der EU (Brexit). Unsere Vision von Europa ist aber eine der friedlichen Zusammenarbeit und des sozialen Fortschritts. Deswegen stehen wir für ein starkes soziales und demokratisches Europa.

Daher fordert die Gewerkschaft GPA:

- Nein zur aktuellen Handhabung der auf Wettbewerbsfähigkeit ausgelegten länderspezifischen Empfehlungen zu Strukturreformen (etwa im Bereich Pensionen, Systeme sozialer Sicherung, Kündigungsschutz, Kollektivvertragssysteme) und Nein zur neoliberalen Ausrichtung des Europäischen Semesters
- Ausrichtung des EU-Haushalts an der Förderung von sozialer Gerechtigkeit, beschäftigungsfreundlichen Investitionen, nachhaltigem Wachstum, fairer und fortschrittlicher Besteuerung, inkl. Aufstockung der finanziellen Mittel für Soziales (bspw. Europäischer Sozial Fonds - ESF)
- Stärkung des EU-Parlaments als demokratisch gewählte Institution, indem es mit einem echten Initiativrecht ausgestattet wird
- Sanktionierung von Mitgliedsstaaten, die demokratische Grundsätze verletzen, muss ermöglicht werden: Änderung des Artikel 7 EUV dahingehend, dass finanzielle Sanktionen (Streichung von EU-Geldern) statt Verlust des Stimmrechts verhängt werden können. Dafür braucht es niedrigere Quoren im Europäischen Rat.
- Erhöhung der Transparenz durch ein verpflichtendes Lobbyregister sowie eine ausgewogene Besetzung von Beratungs- und ExpertInnengruppen der Kommission
- Stärkere Einbindung der Sozialpartner in die europäische Politik bei wirtschafts- und sozialpolitischer Koordinierung
- Verankerung eines sozialen Fortschrittsprotokolls im Primärrecht: Soziale Grundrechte müssen in der EU Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben.
- Ehrgeizige Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte durch ein sozialpolitisches Aktionsprogramm: Die bisher unverbindlichen Grundsätze müssen in europäische und nationale Gesetze gegossen und damit verbindlich gemacht werden. Dazu gehört etwa die Implementierung europaweiter gemeinsamer Mindeststandards für die Arbeitslosenversicherung, etwa Bezugsdauer und -höhe oder ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung.
- Beschäftigungspolitik darf nicht an rein quantitativen Zielen festgemacht werden, sondern muss sich an Qualität orientieren. Arbeitsverhältnisse müssen derart gestaltet sein, dass man von Arbeit leben kann. Das bedeutet auch die aktive Bekämpfung von prekärer Beschäftigung (bspw. Verbot von Nullstundenverträgen).
- Bekämpfung der Ungleichheit der Geschlechter durch ambitionierte europäische Strategie für Gleichstellung von Frauen und Männern (Verringerung des Gender Pay Gap durch Stärkung der sozialpartnerschaftlichen Lohnpolitik, 40 % Frauenquote in Aufsichtsräten, etc.)

- Zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit braucht es neben einer höheren Dotierung im EU-Finanzrahmen nach 2020 auch einen treffsicheren Einsatz dieser Mittel, damit Jugendliche von der Weiterbildung nachhaltig profitieren.
- Der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen muss gesichert werden. Öffentliche Dienstleistungen müssen aus dem EU-Wettbewerbsrecht herausgenommen werden (z.B. Wasser, sozialer Wohnbau). Die Gemeinden, Städte, Regionen und Staaten brauchen dafür auch eine entsprechende Autonomie bei Auftragsvergaben.
- Um Lohn- und Sozialdumping vorzubeugen, braucht es verbindliche europaweite soziale Mindeststandards, die sich stetig verbessern. Zudem sind verstärkte Kontrollen und höhere Sanktionen notwendig. Gleichzeitig muss innerhalb der EU die grenzüberschreitende Durchsetzbarkeit von Strafen erhöht werden.
- Bei Entsendungen darf es keine Ausnahmeregelungen für bestimmte Sektoren (z.B. Transport und Logistik) geben. Für entsandte Arbeitskräfte müssen umfassend die jeweiligen kollektivvertraglichen Rechte (Arbeitsbedingungen, Lohn,...) des Arbeitsortes gelten.
- Die Europäische Arbeitsbehörde muss mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden, um ihre Rolle für gerechte Arbeitsmobilität wahrnehmen zu können.
- Die Stärkung der Autonomie der Sozialpartner und Förderung des Aufbaus bzw. der Ausweitung nationaler Branchenkollektivverträge sind notwendig, um die Lohnungleichheit in Europa zu bekämpfen. Dies kann durch eine EU-Rahmenrichtlinie zur Unterstützung der nationalen Kollektivvertragsverhandlungen (inkl. ArbeitnehmerInnenrechte und Gewerkschaftsrechte) erreicht werden, welche die Autonomie der Sozialpartner wahrt.
- Beschäftigten der Internet-Ökonomie müssen ein transparenter Beschäftigungsstatus, faire Arbeitsbedingungen mit angemessener Entlohnung, das Recht auf gewerkschaftliche Vertretung sowie auf Kollektivvertragsverhandlungen zustehen

Ausgewogene Wirtschafts- und Steuerpolitik

Sozialpolitik für die Menschen und damit Verteilungsgerechtigkeit kann nur verwirklicht werden, wenn die wirtschafts- und steuerpolitischen Rahmenbedingungen stimmen. Wettbewerbspolitik darf nicht zum Abbau sozialer Rechte verwendet werden. Der Binnenmarkt muss an den Interessen der Menschen ausgerichtet sein.

Daher fordert die Gewerkschaft GPA:

- Für eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion sind hochwertige Arbeitsplätze, Verteilungsgerechtigkeit und die Weiterentwicklung sozialer Schutzsysteme Voraussetzungen.
- Schuldenbremsen im Verfassungsrang und restriktive EU-Fiskalregeln sind abzulehnen; Stattdessen braucht es haushaltspolitischen Spielraum, der die Binnennachfrage stützt.
- Europa braucht mehr Zukunftsinvestitionen, z.B. in klassische Infrastruktur wie öffentlicher Verkehr, in F&E und Bildung sowie in soziale Infrastruktur wie Kinderbetreuungseinrichtungen, Gesundheit und Pflege. Diese müssen aus der Berechnung des strukturellen Budgetdefizits herausgenommen werden (Goldene Investitionsregel).
- Effektive Finanzmarktregulierung, um weiteren Krisen vorzubeugen: Eindämmung kurzfristiger Finanz- und Devisenspekulation, strikte Regulierung von Ratingagenturen, Hedge- und Private Equity-Fonds und Derivaten, Internationalisierung der Finanzmarktaufsicht und Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Aufsichtsbehörden.

- Finanzmarktakteure müssen gerecht besteuert werden. Dafür braucht es die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- Die geltenden Bestimmungen der europäischen Fusionskontrolle sind wenig flexibel und nicht mehr zeitgemäß. Einerseits wirken die derzeitigen wettbewerbsrechtlichen Instrumente nicht bei den neuen Internetmonopolisten, andererseits soll das europäische Wettbewerbsrecht Beschäftigung in Europa nicht gefährden. Insbesondere zur Begrenzung der Marktmacht von Internetgiganten und anderen dominanten Plattformunternehmen (z.B. Uber, Airbnb, booking.com) braucht es europäische Regulierungsmechanismen, die aber zugleich auch die Mitbestimmungsrechte der Belegschaftsvertretungen garantieren.
- Das europäische Beihilfenrecht soll staatliche Subventionen an EU-Unternehmen nicht so einschränken, dass es zu Wettbewerbsverzerrungen v. a. durch staatlich hoch subventionierte außereuropäische AnbieterInnen aus Drittstaaten führt.
- Regulierung von Konzernen der Internet-Ökonomie: gleiche Rahmenbedingungen in Bezug auf ArbeitnehmerInnenrechte, Steuern und Wettbewerbsregeln schaffen.
- Gesamtheitliche Beurteilung aller Geschäftsfelder von Internet-Konzernen bei der Prüfung einer marktbeherrschenden Stellung
- Europäische Klimapolitik muss gemeinsam mit der Energie- und Industriepolitik aktiv gestaltet werden. Konkrete und verbindliche Etappenziele sind notwendig, um die klimapolitischen Herausforderungen gemeinsam als EU bewältigen zu können. Allerdings muss der Übergang gerecht gestaltet werden: ArbeitnehmerInnen dürfen nicht auf der Strecke bleiben, sondern müssen mitgenommen und in neuen Bereichen qualifiziert werden.
- Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips der EU-Mitgliedstaaten bei Steuerfragen
- Steuerdumping beenden: Es bedarf bei Unternehmenssteuern eines Aufwärtstrends, um Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen.

Unternehmensmitbestimmung

Multinationale Konzerne nutzen jeglichen Spielraum aus, um höhere Profite zu erzielen. Systemoptimierungsprojekte wie Restrukturierungen, digitale Transformation u.v.m. dürfen nur mit Mitbestimmung der Beschäftigten erfolgen. Nur so ist eine Einflussnahme in Entscheidungsprozesse möglich.

Daher fordert die Gewerkschaft GPA:

- Reform der EU-Rechtsvorschriften betreffend Demokratie am Arbeitsplatz: Neben einem europäischen Standard für die verpflichtende Einbindung von Belegschaften bzw. Betriebsräten und (Betriebs-)Gewerkschaften bei betrieblichen Entscheidungen, braucht es ebenso eine stärkere Vertretung auf Vorstands- bzw. Aufsichtsratsebene.
- Weiterentwicklung des EU-Gesellschaftsrechts unter Wahrung und Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen;
- Eine Nachbesserung des EU-Rechtsrahmens bei grenzübergreifender ArbeitnehmerInnen-Vertretung ist längst überfällig. Ziel muss die Stärkung der Mitbestimmung sein – unter anderem bei Unternehmensveränderungen und Restrukturierungen (z.B. Einführung neuer Arbeitsformen, Fusionen, Standortverlagerungen).
- Europäische Betriebsräte brauchen erweiterte und stärkere Informations- und Konsultationsrechte, deren Nichteinhaltung sanktioniert werden muss: Konzerne sollen Maßnahmen nicht umsetzen

dürfen, bis der Europäische Betriebsrat und lokale Interessenvertretungen ihre Konsultation abgeschlossen haben.

Globales Agieren muss global reguliert werden

Die Globalisierung von Konzernen, Wirtschaft und Handel schreitet immer weiter fort. Multinationale Konzerne agieren in anderen Ländern - außerhalb des Radars der Öffentlichkeit - oftmals aggressiv, indem sie beispielsweise Gewerkschaftsgründungen verhindern oder Menschenrechte sowie Schutzbestimmungen missachten. Gleichzeitig führt die verfehlte EU-Handelspolitik zu Verelendung vieler Regionen der Welt und leistet damit einen Beitrag zu Migrationsbewegungen.

Daher fordert die Gewerkschaft GPA:

- Anstatt „Liberalisierungsabkommen“ wie TTIP, CETA oder TiSA bedarf es einer grundlegenden Kurskorrektur in der Handelspolitik: Es muss ein Rahmen für Handel geschaffen werden, der auch ArbeitnehmerInnen und der Umwelt nutzt – und vor allem nicht die rechtsstaatlichen Demokratien der teilnehmenden Staaten aushöhlt.
- In Handelsabkommen muss ein Nachhaltigkeitskapitel verbindlich verankert sein, Verstöße dagegen sollen mit empfindlichen Sanktionen versehen sein. Dieses Kapitel muss Beschäftigungssicherung, ArbeitnehmerInnenschutz, Menschenrechte, Gewerkschaftsrechte und Umweltschutz beinhalten. Multilaterale Umweltabkommen, wie z.B. das Pariser Klimaschutzabkommen, müssen Verbindlichkeit erhalten.
- Investitionsschutzbestimmungen in EU-Handels- und -Investitionsabkommen sowie auf multilateraler Ebene sind zu verhindern. Es darf keine privilegierten Klagerechte für Konzerne geben, die es ihnen ermöglichen, Staaten auf Schadenersatz zu klagen (ISDS).
- Schaffung eines europäischen Rechtsrahmens für die internationale Sorgfaltspflicht von Unternehmen: Multinationale Unternehmen mit Sitz in der EU sollen verpflichtet werden, Risikoabschätzungen entlang ihrer Produktions-, Waren- bzw. Auftragsketten für das Folgejahr abzugeben. Dabei müssen insbesondere Menschen- und Gewerkschaftsrechte berücksichtigt werden. Kommt es zu einer Verletzung der Sorgfaltspflichten, kann das multinationale Unternehmen vor den Gerichten des Sitzstaates zur Verantwortung gezogen werden.
- Das Ziel der Entwicklungshilfezahlungen von 0,7 % des BIP muss endlich erreicht werden – insbesondere die österreichische Bundesregierung ist aufgefordert, hier Maßnahmen zu setzen

Bilaterale, europäische und internationale Gewerkschaftsnetzwerke aktiv nutzen

- Wir setzen uns auf Konzern-, Branchen- und politischer Ebene im internationalen Kontext für ArbeitnehmerInnenrechte ein. Daher forcieren wir die politische Einflussnahme auf europäische und internationale Politik in Kooperation mit ÖGB, AK, Partnergewerkschaften in anderen Ländern und europäischen sowie internationalen Gewerkschaftsverbänden; Stärkung bilateraler Gewerkschaftskooperationen, insbesondere auf Branchen- und Konzernebene; Konzernpolitik durch Arbeit mit und Gründung von Europäischen Betriebsräten; Unterstützung von Gewerkschaften in anderen Ländern bei Verletzungen von Gewerkschaftsrechten, u.a. bei Vereinigungsfreiheit oder Angriffen auf Kollektivvertragsstrukturen;

GEWERKSCHAFT GPA

MEINE GEWERKSCHAFT

DIE GEWERKSCHAFT GPA VERTRITT

Die Gewerkschaft GPA ist eine überparteiliche Interessenvertretung der Beschäftigten mit freiwilliger Mitgliedschaft. Mit anderen Gewerkschaften des ÖGB setzen wir uns für die Interessen von ArbeitnehmerInnen, atypisch Beschäftigten, Lehrlingen, KarenzgeldbezieherInnen, Studierenden, SchülerInnen und PensionistInnen ein. Als Gewerkschaft GPA sind wir für zahlreiche Branchen und Sektoren in der Privatwirtschaft zuständig.

DIE GEWERKSCHAFT GPA VERHANDELT

Die Gewerkschaft GPA verhandelt jährlich mehr als 170 Kollektivverträge und sichert damit faire Einkommen von hunderttausenden Beschäftigten. Wir setzen uns in diesen Verhandlungen darüber hinaus auch für gute Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit ein. So sind neben den regelmäßigen Gehaltserhöhungen auch Arbeitszeitregelungen sowie Urlaubs- und Weihnachtsgeld Bestandteil der Kollektivverträge und somit eine zentrale gewerkschaftliche Errungenschaft.

DIE GEWERKSCHAFT GPA BERÄT UND BEGLEITET

Gemeinsam mit 10.000 BetriebsrätenInnen sorgen wir für die Einhaltung der Rechte von Beschäftigten im Betrieb und darüber hinaus. Die Gewerkschaft GPA ist vor allem auch bei betrieblichen Konflikten zur Stelle und unterstützt und berät Mitglieder. Das reicht von der Rechtsberatung bei arbeitsrechtlichen Fragen bis zur Vertretung

vor Gerichten und Behörden. Unsere ExpertInnen beantworten darüber hinaus mitunter komplexe Fragen rund um die Arbeitswelt, so etwa zu Arbeits- und Datenschutz, Home-Office, Sozialversicherung, Pensionen und vielem mehr.

DIE GEWERKSCHAFT GPA FORDERT

Die Gewerkschaft GPA setzt sich dafür ein, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich schließt, dass Frauen und Männer gleiche Chancen und Einkommen haben und Wachstumsgewinne auch ArbeitnehmerInnen zugutekommen. Gute Arbeit, ordentliche Einkommen, sichere Pensionen, gut ausgestattete und nachhaltige Gesundheitssysteme sowie gerechte Verteilung durch ein faires Steuersystem, Arbeitszeitverkürzung und höheres Arbeitslosengeld sind nur einige unserer zentralen Forderungen, um ein gutes und gerechtes Leben für alle zu schaffen.

DIE GEWERKSCHAFT GPA FÖRDERT

Die Gewerkschaft GPA sorgt für die Aus- und Weiterbildung von über 10.000 BetriebsrätInnen und bietet dafür ein umfassendes Programm an Kursen, Seminaren, Webinaren, Workshops, Klausuren und Veranstaltungen. Vorrangiges Ziel unserer Bildungsarbeit ist es, Mitgliedern in Betriebsräten jene Kenntnisse und Fähigkeiten zu ermöglichen, die es ihnen erlauben, die Interessen der Beschäftigten in den Betrieben umfassend und erfolgreich zu verfolgen und – wenn notwendig – auch effizient und machtvoll durchzusetzen.

GEMEINSAM SIND WIR STARK!

DIE GEWERKSCHAFT GPA IST INTERNATIONAL

Gewerkschaftliche Arbeit erfordert internationale Solidarität. Die Gewerkschaft GPA pflegt daher vielfältige internationale Kontakte zu Gewerkschaften in anderen Ländern. Sie agiert in einem breiten Netzwerk europäischer und internationaler Gewerkschaftsverbände. Gerade in Zeiten, in denen die globalisierte wirtschaftliche Macht stetig voranschreitet, muss auch das Engagement und der politische Einsatz für ArbeitnehmerInnen grenzüberschreitend organisiert sein.

DIE GEWERKSCHAFT GPA BEZIEHT STELLUNG

Beschäftigte und alle jene, denen es verwehrt ist, sich Politik und Einfluss zu kaufen, für sie wird es auch in Zukunft notwendig sein, laut die Stimme zu erheben, um die Interessen der Vielen auf der politischen Ebene durchzusetzen und die öffentliche Diskussion zu beeinflussen. Als Gewerkschaft sind wir hier stets gefordert, uns als Lotsen der Gerechtigkeit einzumischen und auf faire Verteilung zu achten. Als Gewerkschaft GPA ist es unser Auftrag, effektive Maßnahmen gegen soziale und wirtschaftliche Ungleichheit einzumahnen, für Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit sowie Gleichstellung auf allen Ebenen einzutreten.

MITGLIED SEIN BEI DER GEWERKSCHAFT GPA

Mitglied bei der Gewerkschaft GPA zu sein, heißt einen wichtigen Beitrag für gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung zu leisten. Denn mit deiner GPA-Mitgliedschaft trägst du dazu bei, dass Beschäftigte mit der Gewerkschaft möglichst stark auftreten und höchstmögliche Gehaltsabschlüsse durchsetzen können. Darüber hinaus eröffnet die GPA-Mitgliedschaft viele weitere **Vorteile**: TOP-Beratung und Rechtsschutz, Versicherungs- und Unterstützungsleistungen, zahlreiche Vorteilsangebote und Ermäßigungen, die alle mit der GPA-Card erworben werden können.

DIE GEWERKSCHAFT GPA IST IN GANZ ÖSTERREICH FÜR DICH DA

Service-Hotline: +43 (0)5 0301

E-Mail: service@gpa.at

www.gpa.at

Mit deiner Mitgliedschaft
stärkst du unsere **Verhandlungskraft!**

mitgliedwerden.gpa.at





SADOCC

Dokumentations- und Kooperationszentrum
Südliches Afrika

Über uns

In der Tradition der Anti-Apartheid-Bewegung verstehen wir uns als Solidaritätsorganisation mit dem Südlichen Afrika. Wir unterstützen insbesondere Südafrika und Namibia bei der Überwindung der Folgen von Kolonialismus und Apartheid. Darüber hinaus setzen wir uns für die anderen Staaten und Gesellschaften dieser sozial und wirtschaftlich integrierten Region ein, die von den Auswirkungen einer benachteiligenden globalen Ordnung betroffen sind und eine sozial gerechte, politisch partizipatorische, wirtschaftlich prosperierende und ökologisch nachhaltige Gesellschaft anstreben. Wir unterstützen Strategien und Maßnahmen, die zur Verringerung von Abhängigkeit nach außen und zu mehr Verteilungsgerechtigkeit im Inneren beitragen. Wir unterstützen daher politische Prozesse und Maßnahmen, die Demokratisierung, eine Veränderung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse und die Bekämpfung diskriminierender Strukturen in den Ländern des Südlichen Afrika zum Ziel haben.

Aktivitäten

- **Quartalszeitschrift INDABA** mit Beiträgen zu aktuellen sozialen, politischen und kulturellen Entwicklungen im Südlichen Afrika
- **Forum Südliches Afrika:** monatliche Diskussions- und Informationsabende mit Expert:innen der Region
- spezialisierte **Dokumentationsstelle und Bibliothek** (ca. 20.000 Titel) und regelmäßige wissenschaftliche Publikationen
- **Nelson-Mandela-Tag** (jährlich am 18. Juli)
- **Stadtspaziergänge** "Afrikanisches Wien"

Kontakt



www.sadocc.at



office@sadocc.at

STUDIEN ZUM SÜDLICHEN AFRIKA 14

© Wien 2022

Redakteurin:

Segal Hussein

Eigentümer und Herausgeber:

Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC)

Verleger:

Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies in Österreich

Gefördert durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit.

A-1040 Wien/Österreich, Favoritenstraße 38/18/1

E-Mail: office@sadocc.at

Telefon: +43 1 505 44 845

Website: <http://www.sadocc.at>

